

glücklich, daß wir sie dort haben und daß wir in das Berufsschulwesen eine Ordnung hineingebracht haben. In den fünf derzeit im Bau befindlichen Landesberufsschulen sind 5660 Schüler versorgt. In Graz-St. Peter, wo uns die Stadtgemeinde erfreulicherweise Hilfe geleistet hat, werden 1253 Lehrlinge versorgt, weitere 1353 werden in einigen Jahren in Arnfels versorgt werden können. Durch Zusammenfassung einiger Berufsschulen in größere Schulsprengel werden 22 Sprengel in 8 Sprengeln vereinigt. Damit konnte in bestimmten Berufen schon eine bessere fachliche Gliederung erreicht werden. 350 Lehrlinge aus 7 Splitterberufen mußten früher in anderen Bundesländern eingeschult werden. Umgekehrt sind 250 Lehrlinge aus anderen Bundesländern in Berufsschulen bei uns eingeschult. In Graz sind von derzeit rund 22.000 kaufmännischen und gewerblichen Lehrlingen 8343 in 6 Schulen untergebracht (Abg. Wurm: „22.000, das ist auch falsch!“) Die Landeshauptstadt Graz bezieht weit mehr an Schulbeiträgen aus der Provinz, als umgekehrt sie hinauszahlen muß, wobei ich hier noch erwähnen darf, daß das Steueraufkommen, die Kopfquote, dort wesentlich kleiner ist als in der Landeshauptstadt Graz.

Eine Reihe von Lehrern in den Bezirksberufsschulen ist noch ungenügend untergebracht. Das ist auch ein Gebiet, auf dem noch viel geleistet werden muß. Die bisherigen Erfolge sind jedoch beachtlich. Wir haben seit 1953 auf Initiative der OVP — Sie haben ja bestritten, daß Sie ab und zu dagegen waren — 34.388.000 Schilling zur Errichtung von Landesberufsschulen und Lehrwerkstätten untergebracht. Das ist eine sehr stolze Bilanz. Ich muß sagen, es ist keinesfalls richtig, daß sich die Kammer um die Internate nur so am Rande Mühe geben würde, sondern es sind dafür schon Millionen aufgewendet worden und weitere Mittel sind dafür noch aufzubringen, denn für die Förderung, Ertüchtigung und Erziehung unserer Jugend darf uns nichts zu teuer sein. Ich kann Ihnen die Zahlen beschaffen und sie werden sicherlich stimmen.

Darüber hinaus möchte ich noch berichten, daß die Innungen, die Meisterschaften und die Gemeinden ebenfalls beachtliche Opfer gebracht haben. Im Namen der gewerblichen Wirtschaft, die in vielen Belangen selbst einen schweren Existenzkampf zu führen hat, danke ich allen jenen aufrichtig, die für diese Entwicklung Opfer gebracht haben. Ich darf auch noch sagen, daß es traurig ist, daß Sie in diesem Haus immer wieder versuchen, diese Dinge zu glossieren. Erschütternd war es seinerzeit, von Raubergeschichten zu reden, wenn wir vom Grenzland redeten. Ich weiß nicht, wer von Ihnen das gesagt hat. (Abg. Gruber: „Sie wissen nichts, aber Sie behaupten immer etwas.“) Wenn Sie ausgesprochen haben, darf ich noch folgendes sagen:

Es ist bekannt, daß das Grenzland mit schweren Sorgen zu kämpfen hat. Wenn Sie im Jahre 1945 und nachher dort entlang gefahren sind, haben Sie die größte Verelendung vorfinden können, viel größer als anderswo in unserem Land. Alles ist um die Wende des Jahrhunderts weggekommen aus diesem Grenzland, die Eisenwerke, die großen Kohlenbergwerke, die Glasfabriken. Es war Verelen-

dung in größtem Ausmaß. Wenn wir nun versuchen, diesem Gebiet, wo ebenso fleißige Menschen arbeiten wie anderswo im Land, etwas zu bieten, kann man dagegen nicht Stellung nehmen. Wenn die Schüler auch einmal von Eibiswald nach Murau fahren müssen, so haben sie dadurch nur einmalige Ausgaben. Das Argument, daß der Schulweg nicht zumutbar ist, trifft ja nicht zu. In der Soboth, die noch nicht eingeschult ist, müssen die Schüler jede Woche 3 Stunden hin und zurückfahren. Dieses Argument wird immer wieder ins Treffen geführt, um dieser Entwicklung entgegenwirken zu können. Daß wir unsere Landesberufsschulen dorthin verlegen, hat seinen Sinn. Die Jugend soll unsere Staatsgrenzen kennenlernen und aus dem Getriebe der Städte herauskommen. Seien wir froh, wenn unsere Jugend dort erzogen wird. Zunächst einmal beruflich usw. (Zwischenrufe.) Ja, sehr verehrter Herr Abgeordneter, Sie haben da gerade einen Ausspruch getan, was jemand sagt und behauptet, müsse er auch beweisen können. Es ist die Aufgabe der Innung, von unserer Jugend politische Einflüsse fern zu halten, sie fachlich und nicht politisch zu erziehen, und deshalb haben Sie mit dieser Entwicklung keine Freude.

Ich darf Ihnen aber auch folgendes sagen. Sie haben aber auch Millionen aufgewendet seit 1953 für Ihr „Jugend am Werk“. (Zwischenrufe der Abg. Bammer, Horvatek, Sebastian.) (Gegenrufe, Lärm.)

Präsident: Das Wort hat Abg. Ing. Koch. Bitte ihn nicht zu unterbrechen.

Abg. Ing. Koch (fortfahrend): Diese „Jugend am Werk“-Heime haben in den ersten Nachkriegsjahren eine Bedeutung gehabt und stehen heute da mit oft mehr Lehrern als Schülern. Es waren ja auch Erzieher und Lehrer am Werk, die keine pädagogische und fachliche Eignung hatten und sich selbst überlassen waren. Sie waren nicht dem Landesschulrat unterstellt. Diese Heime waren in einer Form sinnvoll in den ersten Nachkriegsjahren. Aber diese Heime sind nicht für Investitionen. Denn schauen Sie, in Deutschlandsberg hat die Arbeiterkammer ein herrliches Gebäude, wir haben ein „Jugend am Werk“-Heim, das hat uns Millionen gekostet, die uns fehlen in Deutschlandsberg. Kollege Schabes kennt die Schulraumnot. Hier hätte man in sinnvoller Weise die Millionen aufwenden können für unsere Jugend und sich zeitgerecht umstellen müssen, wenn man sich nicht nur von politischen Überzeugungen leiten ließe.

Kollege Wurm hat sich bitter beschwert über unseren provisorischen Berufsschulbeirat. Dieser provisorische Berufsschulbeirat hat sich redlich Mühe gegeben. Landesrat Brunner wird vielleicht darüber noch berichten. Er hat beratende Stimme, und wir dürfen uns nicht wundern, daß wir dort keine bindenden Beschlüsse fassen können, sondern daß die Landesregierung unsere Empfehlungen wahrnimmt. Herr Landeshauptmannstellvertreter Matzner war ja auch einige Male erschienen im provisorischen Berufsschulbeirat, und wir haben bei der Budgeterstellung auch unsere Zahlen genannt und haben dort auch seinerzeit Herrn Landesrat Matzner gebeten, er möge in der Landesregierung und im

Finanzausschuß unsere Interessen dort vertreten helfen. (Zwischenruf: „Das war an die falsche Adresse gerichtet.“) Im Finanzausschuß war Landesrat Matzner dagegen und sagte, Landeshauptmann Krainer war willens, als Bedarfszuweisung eine Million Schilling zu geben. Wir haben Landesrat Matzner einige Male gebeten. Er war jedoch nicht da. (1. LHStv. Matzner: „Ich habe aus Bedarfszuweisungen auch etwas für Mureck gegeben.“) Nicht aus diesen Mitteln, wie Sie, Herr Landeshauptmann. (Zwischenruf: „Sie sind nicht informiert und reden so laut.“)

Die Generalplanung, die Sie verlangen, ist dazu angetan, ebenso wie beim „Jugend am Werk“ Fehlinvestitionen einzuleiten. Wir haben uns bisher überall der Entwicklung angepaßt und unsere Berufsschulen errichtet und gefördert. Hätten wir eine Generalplanung für die Berufsschulen erstellt, so würden wir festgestellt haben, daß sich die Schülerzahl in Eibiswald inzwischen verdreifacht hat und in Feldbach die Schuhmacher und Sattler geradezu auf Null zurückgegangen sind. So kann man nicht generalplanen. Es müssen die Fachleute zu Wort kommen. Wir müssen sagen, daß sich unsere Landesinnungsmeister damit beschäftigen und schon das richtige getroffen haben. Wenn wir in Voitsberg oder in Leoben eine Berufsschule hätten, so hätten wir ja dort wieder ein Berufsgemisch und könnten ebensowenig aufsteigende Fachklassen wie in anderen Bezirksberufsschulen einrichten. Diesen Landesberufsschulen sind Lehrwerkstätten angeschlossen. Die Einrichtung der Lehrwerkstätten kostet sehr viel Geld. Es ist sinnvoll, solche Landesberufsschulen zu errichten und auch das ganze Berufsschulwesen zum Abschluß zu bringen.

Ich darf noch erwähnen, daß im Budget 1961 für Berufsschulbauten und Lehrwerkstätten 4,4 Millionen im ordentlichen und weitere 5 Millionen bedeckt im außerordentlichen Voranschlag aufscheinen. Damit wird man im nächsten Jahre bedeutend weiter kommen und das gewerbliche Berufsschulwesen vorantreiben können. In konsequenter Folge werden wir die Berufsschulbildung zum Wohle der steirischen Wirtschaft und Sicherung des Arbeitsplatzes unser ganzes Augenmerk schenken. (Lebhafter Beifall bei OVP.)

Abg. Neumann: Hoher Landtag! Der Herr Abgeordnete Stadtschulinspektor Afritsch hat in seinen Ausführungen über die Landschulprobleme gesprochen und sich besonders mit den Problemen des Bezirkes Voitsberg befaßt. Das veranlaßt mich zu einer Stellungnahme. Ich sehe keine Veranlassung, sich in diesem Hohen Haus mit diesem Schulproblem zu befassen. Wir haben ein ganz anderes, großes Schulproblem, und das ist das Mittelschulproblem. Frau Abgeordnete Egger hat angeführt, daß dieses fast in der ganzen Steiermark gelöst ist. In allen größeren Gebieten gibt es schon Mittelschulen, aber noch nicht im Bezirk Voitsberg. Wir haben da beinahe eine kleine Kulturpleite. Es war in unseren Industriegemeinden nicht möglich, die notwendigen Mittel hierfür aufzubringen. Und in diesem Zusammenhang haben wir eine Anfrage an das Hohe Haus. Es wird nun in allen Kreisen über

die Errichtung einer Mittelschule diskutiert. Da lese ich am letzten Dienstag in der „Neuen Zeit“ von einer Elternversammlung bezüglich Gründung einer Mittelschule. In einer Bürgermeistertagung wurde der Antrag gestellt, daß das Amtsgebäude der Bezirkshauptmannschaft, das mit Gemeindegeld errichtet wurde, vom Land Steiermark zurückgekauft werden soll, und jetzt lese ich in der „Neuen Zeit“, daß der Rückkaufsantrag durch das Land bereits den Finanzausschuß passiert hat und im a.-o. Landesvoranschlag aufscheint. Ich habe mich dafür interessiert, sehe aber nicht, daß dieser Rückkauf im Landesvoranschlag, und zwar im a.-o. Landesvoranschlag 1961 vorgesehen ist. Ich möchte daher in dieser Sache um entsprechende Aufklärung ersuchen.

Herr Abgeordneter Afritsch, Ihre Argumentation betrifft die Errichtung einer Volksschule in Söding. Ich möchte betonen, daß diese nicht wegen der Gemeinde Mooskirchen errichtet wurde, sondern um eine pädagogische und gesetzliche Aufgabe zu erfüllen. Derzeit besuchen die Schule Mooskirchen 360 Schüler, davon 220 aus dem Gebiet Söding und der Gemeinde Schadendorf-Berg. Im Schulerhaltungsgesetz heißt es, wenn in einem Gebiet 30 Kinder sind, die mehr als 4 km Schulweg haben, berechtigt dies, eine eigene Volksschule zu errichten. Das ist dort der Fall. Es sind über 100 Kinder, die mehr als 4 km nach Mooskirchen haben, und daher wird sich Söding entschließen, eine eigene Volksschule in Söding zu errichten. (Abg. Afritsch: „Ich habe ja fast das gleiche gesagt, ich begrüße das ja.“) Es ist richtig, daß sich Mooskirchen schon lange um die Errichtung einer ländlichen Hauptschule in Mooskirchen bemüht. Wir alle als Vertreter dieser ländlichen Gebiete sind an der Errichtung einer solchen Hauptschule interessiert, und zwar auch daran, daß diese Schule in Mooskirchen oder in Söding oder in dieser Gegend errichtet wird. In Mooskirchen deshalb, weil dieser Ort ein Zentrum des unteren Kainachtales darstellt. Erklärt haben Sie, daß es eigentlich richtiger wäre, diese Schule in Krottendorf zu errichten. Ich weiß, daß darüber diskutiert wird. Weiters kommt dazu, daß für Krottendorf noch 7 weitere Schulgemeinden als Zuzugsgebiet in Frage kommen. Aber gerade dieses Beispiel wirbt eigentlich für eine Hauptschule in Mooskirchen. Man hat errechnet, daß im Sprengel Mooskirchen nahezu 30 Gemeinden des unteren Kainachtales eingeschult werden könnten. Deshalb treten wir dafür ein, daß in Mooskirchen eine Hauptschule für das untere Kainachtal errichtet wird.

In bezug auf Krottendorf möchte ich folgendes sagen: wenn man schon einmal in Krottendorf ist, dann hat man auch nicht mehr weit nach Voitsberg. In Mooskirchen würden aber auch noch Schüler bis in das Gebiet von Deutschlandsberg eingeschult werden können, die ja alle sehr weit in die nächste Hauptschule haben. Wir sind für die Errichtung einer Hauptschule in Mooskirchen, und zwar nicht deshalb, weil es dort eine gute Musikkapelle gibt und weil diese mit ihren heimatlichen Klängen eine gewisse Anziehungskraft auf gewisse Persönlichkeiten der Steiermark ausübt, nicht deshalb, weil es eine OVP-Gemeinde ist, sondern nur deshalb, um endlich der Jugend des unteren Kainachtales

eine bessere Bildungsmöglichkeit zu schaffen. (Lebhafte Zustimmung bei ÖVP.)

LR. Brunner: Hohes Haus! Man hat den Eindruck, daß diese gewerblichen Berufsschulen erst in den letzten 8 oder 10 Jahren entstanden sind. Das mag stimmen, aber ein gewerblicher Unterricht reicht zurück über 60 Jahre. Damals waren es die Kollektivgenossenschaften, die ihre Lehrlinge an Sonntagnachmittagen 1 bis 2 Stunden unterrichteten. Das hat bis zum Jahre 1923 so gedauert, daß der Unterricht entweder in Abendstunden unter der Woche oder ein- bis zweimal am Sonntag erfolgte. Die Schulträger waren, wie gesagt, die Kollektivgenossenschaften. Im Jahre 1927 haben wir dann das Gesetz bekommen, das uns noch heute mangels eines anderen Gesetzes zur Verfügung steht. Im Gesetz vom Jahre 1927 steht alles darin, was wir auf diesem Gebiet zu tun haben. Bis in die Zeit nach 1945 war es so, daß ja nur in den großen Städten, wie Wien, Graz usw. größere Berufsschulen waren, wo die Lehrlinge vom ganzen Land zusammengezogen wurden. Aber es gab bei uns in der Steiermark Bezirksberufsschulen. Davon hatten wir noch gegen 60 in der nationalsozialistischen Zeit. Diese wurden dann abgebaut, und vor zirka 3 Jahren wurden die Bezirksberufsschulen wieder zusammengelegt, so, daß an einer solchen Berufsschule 200 bis 500 Lehrlinge aus den verschiedensten Gewerbeberufen ihre berufsbegleitende Ausbildung auf theoretischem und praktischem Gebiet bekommen haben.

Die Veranlassung, daß man diese Berufsschulen zusammenzog, war die fachliche Ausbildung. In diesen kleinen Berufsschulen, zum Beispiel in Vorau, Pöllau oder meinetwegen Neumarkt, wurden bis 100 solcher Lehrlinge unterrichtet. Die Lehrer, die dort unterrichtet haben, machten das nebenamtlich und der hauptamtliche Leiter war gewöhnlich der Schuldirektor. Diese Ausbildung hat sehr viel gekostet. Wir haben uns gesagt, es müßte doch möglich sein, schon in den Bezirken draußen die Vorstufe zu schaffen für die später einmal zu errichtenden und alle Lehrlinge erfassenden Landesberufsschulen. So kam es dazu, daß diese damaligen 44 Berufsschulen auf 30 Landesbezirksberufsschulen, zusammengezogen wurden. Die erste Landesberufsschule wurde im Juni 1953 in Eibiswald eröffnet für die KFZ- und Elektrolehrlinge. Die zweite dann in Feldbach für die Sattler, Tapezierer und Schuhmacher und jetzt noch für die Bürolehrlinge vom ganzen Land. Es ist nicht so, wie der Abg. Wurm geglaubt hat, daß nur 9 solcher Lehrlinge außerhalb Graz in Frage kommen. Vom Murauer Bezirk allein waren es 23, die in Feldbach ihren Unterricht genießen, in einem Turnus, der 7 Wochen dauert, und 5 Turnusse sind in einem Jahr zu absolvieren in aufsteigenden Klassen. Eine weitere Landesberufsschule wurde errichtet in Mureck für die Spengler, Schmiede und Kupferschmiede, eine in Gleichenberg für das Gastgewerbe, eine in Murau für das Baugewerbe, also Maurer, Zimmerer, Wagner, und eine für die Brunnenmacher. In Arnfels ist eine Berufsschule im Bau, die den Schlossern vorbehalten ist. In Fürstenfeld sollen die Tischler untergebracht werden. (Abg. Wurm: „Das ist noch gar nicht be-

schlossen worden!“) Aber wir konnten dort noch nicht anfangen, weil wir einen Beschluß des provisorischen Berufsschulbeirates haben, der besagt, daß zuerst einmal die im Bau befindlichen Schulen fertiggestellt werden müssen, bevor die nächsten drankommen. Wir haben ungefähr 7000 Lehrlinge, die in den Landesberufsschulen untergebracht sind, und zwar je 5 Turnusse mit 7 Wochen, und 2 Monate sind Ferien. Diesen Landesberufsschulen sind Internate angeschlossen. Diese Internate möchte ich in ihrer Wichtigkeit dem übrigen Schuldienst und Unterricht völlig gleichstellen, denn sie sind nach der Kinderstube die Fortsetzung der Erziehung. Wir haben in jeder Landesberufsschule rund 30 Lehrer und Erzieher. Im Tag wird 9 Stunden gearbeitet. Vormittag ist die praktische Ausbildung und nachmittag der theoretische Unterricht, auch Staatswissenschaft und solche Dinge, die man im Leben braucht. Es ist heute notwendig, daß in jedem Gewerbebetrieb ein Lehrling eine Ausbildung mit Buchhaltungskennntnissen hat, sonst kommt er nicht weiter.

Uns scheint, daß das Internat zur Berufsschule das Wichtigste ist, denn wir haben traurige Erfahrungen gemacht; ich kann dies auch unter Beweis stellen. Als wir die Schüler noch nicht zusammengefaßt hatten, mußten die Lehrlinge von Mürrzuschlag zum Zimmermannsunterricht nach Graz fahren. Die Buben mußten bereits um 2 Uhr früh wegfahren, um um 7 Uhr am Unterricht teilnehmen zu können. Statt um halb fünf Uhr, wenn die Schule aus war, sind sie mit dem letzten Zug nach Hause gefahren. Der Bub, der hier Unterricht bekam, war auf diese Weise nahezu 3 Tage dem Lehrherrn entzogen, weil er die physischen Kräfte nicht aufbringen konnte, alle Nacht zu fahren und dann dem Meister zur Verfügung zu stehen. Es hat verschiedene Vorkommnisse gegeben, die aller der Schule und den Lehrern in die Schuhe geschoben wurden, jedoch mit Unrecht. Wir sind nicht schuld, daß diese jungen Buben in das Spital gekommen sind. Wo die Mittel gereicht haben, hat man verlangt, die Schüler in Landesberufsschulen unterzubringen. Das ist ja, Gott sei Dank, gelungen. Daß von 23.000 Lehrlingen schon 7000 in Berufsschulen untergebracht sind, ist zweifellos ein befriedigender Erfolg. Das Ziel ist, alle diese gewerblichen Berufe zusammenzufassen und alle in Landesberufsschulen unterzubringen. Wir machen es schon bei Mangelberufen, wie bei Optikern, Büchsenmachern und Rauchfangkehrern. Die sind von Steiermark weg in die Berufsschulen anderer Länder gekommen, z. B. die Optiker nach Tirol, die Rauchfangkehrer nach Lillienfeld, die Büchsenmacher nach Ferlach usw. Die Lehrlinge der Brunnenmacher werden in Murau ausgebildet. Es sind in ganz Österreich etwa 150 Brunnenmacherlehrlinge. Da zahlen eben die Gemeinden von anderen Ländern zu uns nach Steiermark, und so muß auch die Stadt Graz damit rechnen, daß wegen ihrer Zahlungen, die sie zu leisten verpflichtet ist, das Landesberufsschulwesen doch in keiner Weise in der Entwicklung aufgehalten werden kann.

Wir sind es dem gewerblichen Mittelstand schuldig, daß er für seinen Nachwuchs jenen Bildungsgrad erreicht, den er braucht, um sich durchzusetzen. Wohin kommen wir, wenn es diesen gewerblichen

Mittelstand nicht mehr gibt! Schauen Sie sich nur das Finanzgesetz 1960 an. Wer zahlt die meiste Einkommensteuer? 2900 Millionen die physischen Personen. Die nächsten Gruppen sind die Lohnsteuer mit 2500 Millionen und die Körperschaftsteuer mit 2300 Millionen. An der Spitze stehen die physischen Personen. Und von diesen an der Spitze Gewerke Pengg und Mayr-Melnhof. Daß diese Stütze des Staates in seiner Steuerkraft erhalten bleibt, liegt im allgemeinen Interesse.

Für 7000 Lehrlinge haben wir in 8 Jahren bisher jährlich einen Betrag von 2 oder 3 Millionen bezahlt, die größeren Beträge haben wir erst bekommen seit 3 Jahren, und im Jahre 1960 standen im Budget 3'5 Millionen Schilling zum Ausbau der Landesberufsschulen; zur Unterstützung der Gemeinden als Schulträger sind 3'5 Millionen im a.-o. Voranschlag bedeckt. Von diesen 3'5 Millionen im a.-o. Budget, auch das muß ganz offen gesagt werden, wurden nur 2 Millionen ausgegeben, so daß wir von der produktiven Arbeitslosenunterstützung für die Winterarbeiten uns Geld ausleihen mußten. Es gibt keinen Zweifel, 3'5 Millionen sind bedeckt, das wird bezahlt. Wir erhielten einen Überbrückungskredit bei einem Geldinstitut. Nicht Recht habe ich gehabt. Diese 1'5 Millionen wurden für das Jahr 1961 nicht anerkannt und auch nicht liquid gestellt. Heuer haben wir 8'5 Millionen für diesen Zweck. 3 Millionen sollen durch eine Anleihe aufgenommen werden und 2 Millionen sind bedeckt im a.-o. Voranschlag und 3'5 Millionen im ordentlichen Haushalt. Das macht ungefähr 8'5 Millionen aus. Wenn wir eine Relation zu den anderen Ausgaben heranziehen und ich mir beiläufig vorstelle, was die gefallenen Mädchen im Blümelhof oder die Buben in Hartberg oder die sonstigen Erziehungsschulen für schwer erziehbare Jugendliche kosten, so kann man keinen Vergleich anstellen. Das ist hundertmal mehr, als wir für unseren gewerblichen Nachwuchs alljährlich in der letzten Zeit bekommen. Wir müssen die Notwendigkeit dieser Schulen erkennen, und ich verstehe schon, daß es einem Lehrer oft nicht angenehm ist. Mir hat ein Lehrer von diesen aufgelassenen Berufsschulen gesagt: Wir haben uns damit abgefunden, aber wovon sollen wir die Raten bezahlen für den Volkswagen? Das geht uns nichts an. Deshalb werden wir diese Bezirksberufsschule nicht weiter beschäftigen, und jetzt bin ich dort, wo der Herr Abg. Wurm mit Zahlen operiert hat.

Ich kann Ihnen aber sagen, Herr Kollege Wurm, daß diese Zahlen, die Sie uns genannt haben, nicht richtig sind. Der Herr Abg. Koch hat schon gesagt, daß das nicht stimmt. Ich kann Ihnen das genau sagen, denn ich habe es mir herausgeschrieben. Wir haben 7000 Lehrlinge in Landesberufsschulen untergebracht. Insgesamt stehen 23.000 in der Meisterlehre. Es wurde heute gesagt, daß wir 8 Schulen hätten, Sie haben aber vergessen, daß 3 Ortschaften in einer Landesberufsschule zusammengezogen sind. Wir haben nicht mehr als 6 Landesberufsschulen ins Leben gerufen, davon sind einige noch im Fertigwerden, weil es uns an Mitteln fehlt. Aber wir verstehen, daß wir im Lande nur soviel ausgeben können, als wir zur Verfügung haben und daß wir mit keinen Hoffnungsziffern rechnen kön-

nen, wie es oft draußen in großem Maß geschieht. Wir haben keine Hoffnungsziffern, sondern nur Erfahrungsziffern, denn jeder der Herren Referenten hat sich mit den Geldern, die zur Verfügung gestanden sind, für das Finanzjahr 1961 vernünftigerweise abgefunden. Es werden weitere Landesberufsschulen verlangt. Es steht in der Zeitung, Hartberg habe einen Bau aufgeführt und Friedberg will auch einen. Es ist aber nichts geschehen. Keiner hat ein Versprechen bekommen, das können wir gar nicht tun, weil über den Bau von Landesberufsschulen entscheidet mangels eines Landesberufsschulgesetzes das Gesetz vom Jahre 1927, und da haben die Innungen das Recht, zu beschließen. Natürlich wollen wir für alle unsere Berufe eine Schule haben wie in Fürstenfeld, wo die Tischler beschlossen haben, wir wollen für die Tischler eine Schule in Fürstenfeld. (Abg. Wurm: „Nach dem Beschluß der Steiermärkischen Landesregierung entscheidet der provisorische Berufsschulbeirat über Errichtung und Ausbau der Landesberufsschulen.“) Der Herr Landesrat Dr. Schachner-Blazizek hat gesagt: „Hätten wir ein Landesberufsschulgesetz, dann würde das so sein, aber die Entscheidung ist noch ausständig.“ Der Verfassungsgerichtshof befähigt sich zur Zeit damit, welches Recht hier gelten soll. Wenn der Verfassungsgerichtshof entschieden hat, bekommt auch das Land Steiermark ein Landesberufsschulgesetz. Die Internate hat die Kammer beizustellen, ebenso auch die Verpflegung. Wir haben uns bemüht, daß die Lehrer und Erzieher ihre Wohnstätten am Sitz der Berufsschule bekommen. Ich muß dem Herrn Landesrat Dr. Schachner-Blazizek dankbar sein, daß er ein so großes Verständnis hat, wodurch es möglich wurde, daß in Eibiswald Wohnhäuser gebaut wurden und daß die Lehrer dort Unterkunft haben.

Ich habe schon begründet, warum wir so interessiert sind am gewerblichen Nachwuchs.

Nun auch noch etwas wegen des Grenzlandes, Herr Kollege Wurm! Der Herr Landeshauptmann hat oftmals erklärt, wir müssen das Grenzland fördern und unterstützen. Was ist naheliegender, als daß man solche Ausbildungsstätten dorthin gibt. Eine Berufsschule mit einem Durchschnittsbesuch von 350 Lehrlingen durch 10 Monate hindurch pro Jahr ist wirtschaftlich mehr wert als ein Bataillon Soldaten. Und außerdem kommen ja auch noch Besuche hin. Ich bin überzeugt, wir hätten niemals in Murau eine Landesberufsschule bekommen, wenn wir nicht schon seit dem Jahre 1949 den Bau begonnen hätten. Jedenfalls sind die Landesberufsschulen für die Wirtschaft eines solchen Gebietes sehr wichtig. Bezüglich der Bürolehrlinge ist ja für die Umschulung ein Landesregierungsbeschluß da und nicht einer des Berufsschulbeirates; dem wurde dies nur mitgeteilt. Sie sagen, die Innungsmeister von Leoben seien dagegen; das ist ausgeschlossen, denn wenn ein Innungsmeister dagegen ist, geht der ganze Akt ja gar nicht von der Kammer weg. Der Innungsmeister muß also dafür gewesen sein, denn sonst wären die Lehrlinge nicht weggekommen. (Abg. Wurm: „Die sind ja noch gar nicht weg, das trifft ja nur die Tischler. Aber der Innungsmeister der Tischler hat erklärt, auch der Bürgermeister ist dagegen.“) Ich kann Ihnen das Protokoll

vorlesen, Herr Abg. Wurm. In der a.-o. Generalversammlung der Tischlermeister Steiermarks wurde der einstimmige Beschluß gefaßt. Herr Landesrat Pirrsch hat das auch schon gesagt.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich mußte Ihnen das alles sagen, um gründlich zu sein. Ich bin Ihnen wirklich dankbar, wenn Sie mich auf Dinge aufmerksam machen, die da und dort vorkommen können, damit man sie dann abstellt. Wir sind dafür, daß die Lebensmittel, die von diesen Schulen gebraucht werden, an Ort und Stelle gekauft werden, wenn die Preise nicht über die üblichen Preise bzw. über die 5%ige Teuerung hinausgehen, damit die Geschäftsleute etwas davon haben. Das wird auch so gemacht. In Eibiswald hat es lange gedauert, bis dort Ordnung war. Ich bin dankbar, wenn Sie berechtigte Kritik üben, und werde mich stets bemühen, Mißstände abzustellen und Ihnen darüber zu berichten. (Abg. Wurm: „Aber man soll die Tischler dort lassen, wo sie sind.“) Ich habe meine Aufgabe erfüllt. (Lebhafter Beifall.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. **Hegenbarth:** Die außerordentlich rege Debatte zu diesem Kapitel hat gezeigt, daß das Schulwesen eine Herzensangelegenheit des gesamten Landtages ist. Ich darf nunmehr meinen Antrag wiederholen, dieser Gruppe samt den beschlossenen Erhöhungsanträgen die Zustimmung zu geben.

Präsident: Wir stimmen über diese Gruppe ab und ich bitte die Abgeordneten, die mit dem Antrag des Herrn Berichterstatters einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschicht.)

Die Gruppe 2 ist angenommen.

Wir kommen zur

Gruppe 3 „Kulturwesen“.

Berichterstatter ist Abg. Gottfried Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Gottfried Brandl:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Gruppe 3 des Landesvoranschlages enthält die Aufwendungen des Landes Steiermark für Wissenschaft, Kunstpflege, Volksbildung, Denkmalpflege, Naturschutz, Landesarchiv, Rundfunk und Filmwesen. Die Gruppe Kulturwesen weist Ausgaben in der Höhe von 42,904.400 S auf. Gegenüber den Ansätzen des Jahres 1960 ist eine Mehrausgabe von 2,619.800 S vorgesehen. Die voraussichtlichen Einnahmen, welche Kultureinrichtungen zufließen werden, wurden mit 3,147.700 S veranschlagt, so daß das Land einen Zuschuß von 39,756.700 S zu leisten haben wird.

Im Vorjahr hat das Land Steiermark den hohen Förderer des geistigen, wissenschaftlichen und kulturellen Fortschrittes, Erzherzog Johann, mit dessen Namen Kultur und Kunst untrennbar verbunden ist, gefeiert. Es war daher verständlich, daß man im Jahre 1959, in dem sich der 100. Todestag dieses

großen Steirers jährte, sein Lebensbild und Lebenswerk im Volk wieder wach rief. Es wäre falsch, wollte man im heurigen Jahr bei diesem Kapitel des Landeshaushaltes nicht wieder das Andenken an den steirischen Prinzen erneuern. Das vergangene Gedenkjahr hätte seinen Sinn verwirkt, wenn wir nicht weiterhin unser Tun und Wirken in inniger Verbundenheit mit dem Tun und Wirken jenes großen Steirers fortsetzen würden, der uns am 10. Mai 1859 sein Werk zur Fortsetzung in eigener Verantwortung überlassen hat.

Es muß die Aufgabe des Landes sein, das Übernommene zu erhalten und fortzusetzen, das, was in Jahrhunderten gestaltet worden ist, mit dem modernen Theater, neuzeitlicher Musik und Tanz, moderner darstellender Kunst in Einklang zu bringen. Das Land Steiermark hat der Wissenschaftspflege, dem Theater, den Museen, dem Bühnenwesen, der Denkmalpflege, den Musikschulen, den Volksbildungsheimen, dem Naturschutz, dem Rundfunk und dem Filmwesen stets große Aufmerksamkeit gewidmet. Viele Landsleute wissen aber auch heute noch nicht, daß jeder Theaterbesuch oder der Besuch von Museen und Sammlungen, der Schönheiten unserer Landschaft, der Anblick seltener heimischer Tiere ohne die Mithilfe des Landes nur mit sehr hohen Ausgaben verbunden wäre.

Als vom Finanzausschuß bestellter Berichterstatter stelle ich den Antrag, der Gruppe 3 die Zustimmung zu erteilen.

Abg. **Dr. Pittermann:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich habe die Ehre, in dieser vorgerückten Stunde namens meiner Fraktion zum Kapitel Kultur zu sprechen. Ich unterziehe mich gerne dieser Aufgabe und hoffe, daß ich Ihr Interesse wachhalten werde. Die Steiermark hat nicht nur im wissenschaftlichen Leben einen guten Namen, sondern sie hat ihn auch im Kultur- und Kunstleben. Es sollen daher in einer Stellungnahme zum Kapitel 3 des Landesbudgets nicht nur die Verdienste aller Verantwortlichen aufgezeigt werden, sondern neben den Erfolgen auch die tausend aufgewendeten Mühen und Sorgen wenigstens summarisch und im Wesentlichen festgestellt werden.

Wie vielfältig, ja wie widersprechend oft die Kulturarbeit ist, kann nur aus der Vielgestaltigkeit des Menschen selbst erklärt und verstanden werden. Ein kurzer Hinweis auf das Jahr 1959, wie ihn schon der Herr Berichterstatter gegeben hat, hat es unter Beweis gestellt. Denn gerade dieses Jahr hat in seiner Auswirkung all das wahr gemacht, was geplant, erdacht und erzielt werden sollte. Noch oft wird man bei Anlässen im Kulturleben auf dieses Gedenkjahr zurückkommen. Man wird immer wieder auf die Kräfte und Begabungen in unserem Volk stoßen, die geweckt und die für lange Zeit befruchtet wurden. Es erscheint naheliegend, daß jede Förderungsabsicht, jeder Versuch, die schöpferischen, musischen und künstlerischen Kräfte zu heben, an den Wurzeln des kulturellen Lebens anzusetzen haben. Der Nachwuchs ist es, der die kulturellen Aufgaben unseres Landes in jeder Beziehung weiterzuführen hat, ihn zu fördern heißt Sorge tragen, daß das Land sich auch in Zukunft nicht zu schämen braucht.

Aus dieser Sicht heraus soll verstanden werden, daß ich sozusagen als Symbol für die einzusehende Kulturaufgabe die Förderung der Jugend voransetze. Ich darf auf das Studentenheim hinweisen, das mit 130 Betten alle Bevölkerungsschichten von der immer größer werdenden Sorge um geeignete Unterkunft für Studenten entheben wird. Daß auch in Leoben ein solches gebaut wird, liegt ebenfalls auf der gleichen Linie, nur daß diese Heimat außer den Mitteln für die Erbauung auch noch über einen vertretbaren Aufwand für die Führung der Heime verfügen, ist wohl selbstverständlich. Aber wie immer bei solchen Anlässen treten auch hier schon wieder neue Wünsche zutage und es ist durchaus berechtigt, daß auch eine Forderung für ein Heim für Studentinnen Verständnis findet. Wir hoffen, daß wir in absehbarer Zukunft an ein solches Projekt herantreten können. Wenn das Budget 1961 1'4 Millionen für Studienbeihilfen an 1200 steirische Hochschulöler zur Verfügung stellt, ist das wohl ein bedeutender, wenn auch nicht letzter Schritt zur Begabtenförderung, die jenen Söhnen und Töchtern unseres Landes zugute kommen soll, die sich ohne Rücksicht auf die materielle Lage für die hohe Aufgabe ihres Berufes, sei es in einem akademischen oder in einem anderen Beruf, qualifizieren sollen.

Aber die Sorgen unseres Kulturreferates gelten auch den jungen steirischen Künstlern, deren Wegdegang fast nie, wie Sie wissen, von dem beruhigenden Gefühl materieller Sicherheit begleitet ist. Es würde zu weit führen, Zahlen oder Namen anzuführen. Der Bogen der Förderung spannt sich von der Betreuung junger Begabungen bis zu den jährlichen Zuwendungen an alternde, berufsunfähige, kranke Künstler, deren einstiges Können nicht in Vergessenheit geraten soll.

Nicht minder wichtig, Hohes Haus, als die Erhaltung und Förderung des geistigen Lebens erscheint mir aber auch die Pflege und Förderung des Lebensraumes, in dem wir alle als schaffende Menschen arbeiten. Das ist meiner Meinung nach insofern wichtig, als wir sonst eingekeilt würden in den Mechanismus unserer Umgebung und unseres technisierten Zeitalters. Wir haben die Pflicht, gerade aus dieser Perspektive heraus für einen seelischen Ausgleich zu sorgen, wie wir ihn in einer naturbelassenen Umwelt finden können. Ich meine da unsere Bestrebungen auf dem Gebiete des Naturschutzes. In vielen Industriestädten muß der Mensch heute schon um seine Atemluft bangen und ringen und ich habe mit Erschütterung irgendwo gelesen, daß in einer englischen Industriestadt Kinder mit Gasmasken zur Schule gehen müssen. Aus dieser Sorge um diesen Lebensraum ist uns eine interessante Aufgabe erwachsen, die im Naturschutz ihren Niederschlag hat. Es geht nicht nur um die Erhaltung eines unbeengten Raumes der Atemluft, es geht auch um ein „Halt“ im kulturellen Ausverkauf, es geht um die unvergleichliche Schönheit, damit wir sie nicht dem Augenblick opfern. Es geht ja nicht nur um die wirtschafts- und fremdenverkehrsfördernde, sondern auch um die soziale Funktion des Naturschutzes. Ich möchte als Beweis dafür, daß es sich hier um eine hohe Verpflichtung des Landes handelt, ein Wort der steirischen Dichterin Grogger anführen, die für die Natur folgende For-

derung aufgestellt hat, die mir sehr sinnreich erschienen ist:

„Schlag sie nicht in Scherben,
Denk, du lebest 100 Jahr
Und dann will die Enkelschar
Diesen Reichtum erben.“

Wir wären beim Naturschutz falsch beraten, wenn wir ein Naturschutzgebiet durch einen Stacheldrahtzaun begrenzen wollten oder wenn wir fürchten müßten, daß ein ewiger Urwald das Kulturland überwuchern würde. Naturschutz heißt, die Kultur dieser Naturlandschaft zu erhalten. Neben dem bereits bestehenden Naturschutzgebiet im Gesäuse wird das erste Vollnaturschutzgebiet in den Schladminger Tauern eine bahnbrechende Maßnahme der Steiermark sein. Aber auch die Festlegung von lärm- und verkehrsfreien Wanderwegen, wie solche schon in Mittelkärnten, in Gleichenberg, Bad Aussee, Radegund, Laßnitzhöhe usw. bestehen, würde kulturell und wirtschaftlich gleich hoch zu bewerten sein.

Meine Damen und Herren, das Jahr 1961 bringt für eine der bedeutendsten kulturellen Institutionen des Landes ein Jubiläum. 150 Jahre sind seit der Gründung des Landesmuseums „Joanneum“ vergangen. Sie wissen, daß die wissenschaftliche Tätigkeit dieser Institution weit über die Landesgrenzen hinausreicht, berühmt und geschätzt ist. Dieses Institut wird gerade im Jubiläumsjahr seine Tätigkeit intensivieren, und dies wird in Ausstellungen und Publikationen seinen Niederschlag finden. Die Abteilung Früh- und Vorgeschichte wird in diesem Jahre die Ausgrabungen an einer der ältesten kulturgeschichtlichen Stätte bei Flavia Solva, im Raume von Leibnitz, wieder aufnehmen und die kulturelle Vergangenheit unseres Landes um neue wertvolle Erkenntnisse bereichern. Bei dieser Gelegenheit soll auf folgendes hingewiesen werden. Die Ausgrabungen erfolgen vorwiegend im Sommer, was in der Natur der Sache liegt. Die Museen hingegen werden vorwiegend im Winter besucht. Unserem Klima entsprechend, wäre es zweckmäßig, in unserem Budget einen Betrag einzusetzen, um unsere Museen heizen und daher auch im Winter zugänglich machen zu können. Dies würde sich sicherlich auch an den Einnahmen auswirken.

Ich will noch einige Worte über andere Abteilungen unseres Joanneums sprechen, und zwar vor allem über die örtliche Lage des „Steirischen Heimatwerkes“, das vor kurzem sein 25jähriges Bestandsjubiläum feiern konnte. Leider wird die Bedeutung dieser Einrichtung, die durch den Absatz ihrer Produkte für die Wirtschaft der Steiermark schon Wertvolles geleistet hat, durch eine ungünstige Lage etwas geschmälert. Es wäre daher zweckmäßig, wenn dieses Heimatwerk eine bessere Lage als bisher bekommen könnte, um sich so der lohnenden Aufgabe, den Gewerbefleiß unseres Volkes zu fördern und der Pflege heimatlicher Überlieferungen besser widmen zu können. Die „Neue Galerie“ in der Sackstraße kann erfreulicherweise mit Besucherzahlen aufwarten, um die sie ähnliche Institute anderer Länder beneiden. Aber sie bedarf zur vollständigen Darbietung ihres Kunstbesitzes

einer verständnisvollen Mithilfe der Gebäudeverwaltung. Die in den Prunkräumen des Hauses Sackstraße 16 etablierte Agrarbezirksbehörde müßte anderswo untergebracht werden, um der Galerie die Möglichkeit einer vollen Entfaltung zu geben. Das ist eine Herzensangelegenheit unseres kunstverständigen Publikums.

Und nun noch ganz kurz einige Zahlen und einige Hinweise zu den Vereinigten Bühnen, weil sie doch einen wesentlichen Bestandteil des Kulturbudgets ausmachen, das wir aus ganzem Herzen bejahen, obwohl sich leider ein Großteil unserer Bevölkerung in der Steiermark dieser Institution nicht bedienen kann aus Gründen, die auf anderer Ebene liegen. Ich meine damit die Bewohnerschaft der außer Graz liegenden Landesteile. Der finanzielle Bedarf unserer Vereinigten Bühnen beläuft sich heuer auf rund 21 Millionen Schilling, wovon heuer ungefähr 550.000 Schilling als Erhöhung zu betrachten sind, begründet einerseits durch die Steigerung der Personalkosten und andererseits durch die Steigerung der Materialpreise. Es wird Sie interessieren, daß die Einnahmen die Ausgaben mit 24,2 % decken. Hier ist gegenüber dem Jahre 1953 eine stete Steigerung festzustellen, ein Beweis dafür, daß die Theater besser und häufiger frequentiert werden. Besonders hat sich dies im heurigen Jahr bei unserer Sprechbühne ausgewirkt. Es bereitet mir eine Freude, bei dieser Gelegenheit besonders auf die hohe Qualität unserer Opernkkräfte hinzuweisen, die wiederholt Gastspiele in Wien gaben und von Wien aus 66mal angefordert wurden. Ich tue dies bewußt, weil dieser Hilfeleistung bisher kein verstärktes finanzielles Entgegenkommen gegenüber der Grazer Oper von Seite Wiens gefolgt ist. In den anderen steirischen Städten wurde zusammen 30mal gastiert, zweifellos eine große Belastung für das Personal. Auch Ausfälle, die krankheitshalber erfolgen, wirken sich auf den Spielplan der Städtischen Bühnen aus.

Ich darf darauf hinweisen, daß eine solche Bespielung vieler kleinerer Städte mit gleicher Besetzung wie in Graz wohl kaum in anderen Ländern ein gleiches Ausmaß hat und betone daher, daß wir den Vereinigten Bühnen für diese Aufgabe, der sie sich unterziehen, dankbar sein müßten. Ich habe schon erwähnt, daß die Besucherzahl eine steigende ist und auch für die Kammerspiele eine solche mit 30 % gegenüber dem Vorjahr angegeben wird. Nach wie vor wirken sich die Ermäßigungen für die Jugend bei entsprechenden allgemeinen Vorstellungen besonders gut aus. Die Mischung zwischen jung und alt gibt den Aufführungen einen merkbaren Auftrieb. Auch in der kommenden Spielzeit soll das aufrechterhalten bleiben. Ferner hat es sich bewährt, daß größere Ermäßigungen dann gewährt werden, wenn der Besucher sich verpflichtet, eine gewisse Anzahl verschiedener Vorstellungen zu besuchen. Die Subvention des Bundes hat im Vorjahr wohl am Papier, aber kaum in Wirklichkeit eine Verbesserung erfahren, so daß wir in dieser Beziehung auf dem alten Standpunkt bleiben werden. Erfreulich ist die Tatsache, daß im a.o. Voranschlag, und zwar bedeckt, der Betrag von 10 Millionen Schilling für den Neubau des Schauspielhauses vorgesehen ist.

Nun, meine Damen und Herren, lassen Sie mich etwas zum musikalischen Leben in der Steiermark sagen. Dieses wird durch das Landeskonservatorium, durch die Vereinigung von Künstlern, den steirischen Tonkünstlerbund, den steirischen Sängerbund und durch instrumentale und chorische Vereinigungen anderer Art repräsentiert. Es ist im Jahre 1960, und das muß auch in einem Bericht über die kulturellen Angelegenheiten des Landes hervorgehoben werden, der Initiative verantwortlicher Kreise gelungen, zum erstenmal eine Konferenz, nämlich die der Präsidenten der Österr. Akademie für Musik, die der Konservatorien der Länder und Städte Österreichs in Graz zu einem Symposium zu versammeln. Auch der Österr. Musikrat der UNESCO hat dieser Veranstaltung beigewohnt. Von den großen Veranstaltungen muß wohl die internationale Musikwoche des Landeskonservatoriums in Raumberg bei Irnding und ein internationaler Orgelwettbewerb in Seckau angeführt werden. Speziell letzterer hat großen Anklang gefunden und gibt für ähnliche Veranstaltungen in der Zukunft berechnete Hoffnungen.

Hohes Haus, ich würde aber meiner Aufgabe als Abgeordneter nicht gerecht werden, wenn ich bei der Schilderung des musikalischen Lebens in der Steiermark nicht auch auf verschiedene Meinungsverschiedenheiten hinweisen würde, die zwischen den musikschaaffenden Künstlern und den offiziellen Vertretern bestehen. Die Tatsache, daß z. B. in den Konzerten des steirischen Musikvereines im Jahr 1960/61 kein lebender österreichischer, geschweige denn ein steirischer Komponist aufscheint, erregte berechnete Kritik. Nicht mit Unrecht müssen sich unsere Komponisten die Frage vorlegen, wer sie etwa aufführen wird, wenn die Heimat sie ignoriert. Hohes Haus, das offizielle Argument, daß diese Aufführungen auf das allgemeine Publikum bedacht sein müssen und daß auch auf ihre Instrumentierung Rücksicht genommen werden müsse, kann ich aber allerdings fürs erste nur bedingt, für das zweite überhaupt nicht gelten lassen, denn es sind technisch viel schwierigere Werke aufgeführt worden. Zum zweiten wird darauf verwiesen, daß seit 1953 ein Programmausschuß des Musikvereines besteht, daß bisher keine Sitzungen dieses Programmausschusses einberufen wurden, in der Programmwünsche hervorgebracht werden konnten. Endlich hat es meiner Meinung nach den Anschein, als würde hier gerade auf dem Gebiet des Persönlichen zu wenig Intuition und Rücksichtnahme herrschen. Die allgemeine Regel, Hohes Haus, daß geistiges Schaffen möglichst abseits von Behördenautorität zu lenken wäre, sollte meiner Meinung nach hier mehr Beachtung finden, denn der Ton macht bekanntlich die Musik. Zusammenfassend darf ich meiner Meinung Ausdruck geben, daß ein Zusammenfinden aller um unser Musikleben in der Steiermark interessierten Kreise notwendig, nützlich und erstrebenswert wäre.

Hohes Haus, beachtlich sind die repräsentativen Veranstaltungen, die im Künstlerhaus im Jahre 1960 bei 17 Ausstellungen von rund 42.000 Personen besucht wurden. Wie ich schon erwähnte, ist der Bogen an Zuwendungen groß, die das Land

verschiedenen Kulturvereinigungen und Organisationen auch heuer in gleichem Ausmaß wie im Vorjahr gab. Daß keine Erhöhungen eintreten konnten, liegt in der Ihnen bekannten Ursache. Es würde zu weit führen, wenn ich alle Förderungen anführen wollte, die den verschiedenen Zweigen der Wissenschaft, den steirischen Künstlern und Schriftstellern, den alternden Künstlern, den künstlerischen Veranstaltungen, dem Steirischen Sängerbund, den Chorschulen, der Denkmalpflege, dem neuen Grenzlandhaus in Spielfeld zugute kommen. Sie alle werden vom Land und vom Kulturreferat in der herkömmlichen Weise betreut und gefördert.

Und nun zum Abschluß ein Blick auf ein Werk, das gewissermaßen am Rande des großen Geschehens entstanden ist und durch den Fleiß und die Ideale einer kleinen Gruppe, die von Anfang an sich die Aufgabe gestellt hat, mit der trostlosen Ruine des Cafés Stadtpark fertig zu werden. An Stelle dieser Ruine wurde eine moderne Heimstätte für junge Grazer Künstler geschaffen. Beachtenswert sind der Idealismus und der Eifer, mit dem diese jungen Künstler an diese Idee glaubten und an der Ihnen bekannten Stelle ein nach modernen architektonischen Gesichtspunkten erbautes Gebäude errichteten, das vielleicht einen Markstein im steirischen Kulturleben, vielleicht auch ein Experiment darstellt. Die Antwort steht noch aus, aber ein Blick auf das Veranstaltungsprogramm und in das Publikum des „Forum Stadtpark“ läßt uns an die Richtigkeit dieser Idee glauben. Neben gutem Alten steht auch gutes Neues. An das Gestern reiht sich das Heute.

Die Kultur eines Landes ist weniger als das Wirtschaftsleben von materiellen Erwägungen abhängig. Das mag der Grund sein, warum das Kulturbudget verhältnismäßig niedriger ist. Mit rund 3½ Prozent Kulturanteil am Gesamtbudget steht es zwar nicht an letzter Stelle der österreichischen Bundesländer, aber trotzdem wäre eine Erhöhung auch hier angemessen. Immer, wie ich schon erwähnt habe, wird die Geschichte eines Volkes nach seiner Kultur beurteilt. Auch unsere Nachkommen werden von uns einmal Rechenschaft verlangen, ob wir unsere Aufgabe als christlich-abendländisches Kulturvolk erkannt und gelöst haben.

Damit, meine Damen und Herren, komme ich zum Schlusse. Ich muß bedauern, daß ich hier auf ein Propagandaplakat der SPO zurückkommen muß, das die ÖVP für eine Kulturpleite verantwortlich macht. Ich bedauere diese politische Entgleisung, die den Anschein erweckt, als gäbe es möglicherweise neben der ÖVP- auch eine SPO- und eine FPÖ- und KPÖ-Kultur, die also die Kultur nach politischen Gesichtspunkten sanktioniert und einteilt. Daß mit dieser Polemik eine Diskriminierung der ÖVP erzielt werden sollte, liegt auf der Hand. Ich stelle fest, wer in Österreich von einer Kulturpleite spricht, hat nicht nur das ganze Österreich, sondern auch das steirische Volk beleidigt. (Starker Beifall bei ÖVP.)

Abg. **Berger**: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es ist schon Mitternacht und ich möchte daher nur ganz kurz sprechen. Ich habe in der Tagespresse gelesen, daß aus dem Fremdenverkehr mehr als 6 Milliarden Schilling dem Bundesstaat

zugeflossen sind. Für mich war es besonders wertvoll, daß dort auch berichtet wurde, daß ein Großteil dieser Sommergäste nicht führende Orte, sondern einsamere und stillere Plätzchen aufgesucht hat. Aber auch diese Sommergäste verlangen von Zeit zu Zeit eine Unterhaltung, und hier komme ich schon zu unserer Blasmusik (Beifall). Ich muß wiederholen, was ich schon voriges Jahr gesagt habe, daß es besonders in diesen kleinen Orten, die neuerdings von den Sommergästen bevorzugt werden, leider viele Musiker gibt, die nicht in der Lage sind, eine Musikschule zu besuchen, weil sie zu weit davon entfernt wohnen. Daher möchte ich auch heuer wieder an das Finanzreferat der Landesregierung das Ersuchen richten, man möge sich doch endlich einmal überlegen, ob es nicht möglich wäre, Mittel zur Ausbildung solcher Musiker zur Verfügung zu stellen. Die Musiker nehmen ja auch große Opfer auf sich und sind nicht in der Lage, in einer Musikschule Unterricht zu nehmen. Wenn man das ermöglichen würde, bin ich überzeugt, daß unsere Musiker auf dem Lande ihr Können und Wissen noch weiter ausbauen werden. (Lebhafter Beifall.)

Präsident: Ich unterbreche die Sitzung bis morgen um 9 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung um 23.55 Uhr, Wiederaufnahme am 16. Dezember um 9.05 Uhr.)

Präsident: Hohes Haus! Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Wir halten bei Gruppe 3. Zu Wort gemeldet hat sich Abg. Edlinger, ich erteile ihm das Wort.

Abg. **Edlinger**: Hohes Haus! In der Gruppe 2 wurde sehr diskutiert über die Berufsschulen, über die Handwerker, was gut und was schlecht ist, was man tun soll und was nicht. Es wurde uns auch gesagt, daß diese Einrichtung bereits 60 Jahre bestehe, daß Sonntags- und Abendunterricht abgehalten wurde, daß Häuser gebaut wurden usw. usw. Man hat festgestellt, daß man für alle diese Einrichtungen noch keinen Ersatz hat. Man weiß nicht, gehört das Haus der Gemeinde, die den Grund zur Verfügung gestellt hat, gehört es der Innung oder der Handelskammer oder gehört es dem Land. Auf jeden Fall ist das eine Sache, die nicht sehr erfreulich ist.

Wir in der Landwirtschaft haben ja auch eine Fort- und Volksbildungsheimstätte, und zwar ist das St. Martin. Auch St. Martin kann zurückblicken auf fast 50 Jahre seines Bestehens. Bereits im Jahre 1914 wurden dort Einführungskurse abgehalten, in denen die Landschullehrer eingeschult werden sollten, um die Fortbildungsschulen in den Dörfern zu führen. Im Jahre 1918, nach dem ersten Weltkrieg — inzwischen ist dieses Schloß Kaserne gewesen — wurde diese Heimstätte wieder errichtet und der bekannte Hofrat Dr. Josef Steinberger wurde dort als Direktor eingesetzt. Im Jahre 1921 wurde Direktor Steinberger auch hier im Hause Abgeordneter und Landesrat bis zum Jahre 1922. Ihm wurde die Leitung des Volksbildungsheimes St. Martin übertragen. Ich kenne St. Martin aus dieser Zeit von 1919 bis 1921, weil ich damals selbst Schüler der Ackerbauschule Grottenhof war und weil wir uns

mit diesem Volksbildungsheim sehr verbunden fühlen. Vorträge wurden dort abgehalten und es gab auch Unterhaltungen für uns junge Burschen. Deshalb kenne ich dieses Heim von Anfang an. Direktor Steinberger hat es verstanden, in verhältnismäßig kurzer Zeit aus diesem Volksbildungsheim etwas zu machen. Bereits das Schuljahr 1927/28 konnte eine Schülerzahl von über 4000 aufweisen, und im Jahre 1938 hat dieses Volksbildungsheim über 60.000 bäuerliche Menschen erfaßt. Ich muß sagen, es ist auf diesem Gebiete sehr viel geleistet worden. Im Jahre 1930 hat dieses Volksbildungsheim resp. diese Einrichtung des Landes bereits ihr Gesetz erhalten. Ich glaube, am 5. Juni 1930 wurde es hier im Hause verabschiedet. In diesem Gesetz war alles verankert, welche Aufgaben und Pflichten und welche Rechte dieses Heim, diese Anstalt hatte, und für das ganze Land war dies maßgebend und richtungweisend. Leider wurde dieses Heim während der Kriegszeit durch Bomben schwer beschädigt.

Nach dem Jahre 1945 kam der inzwischen abgesetzte Direktor Dr. Steinberger wieder nach St. Martin, und durch seinen Fleiß, seine Umsicht und Tatkraft ist es gelungen, recht bald alles wieder instandzusetzen und recht bald die Tätigkeit in den einzelnen Fortbildungsschulen wiederaufzunehmen. Leider mußte Dr. Steinberger wegen seines hohen Alters, er war damals bereits über 70 Jahre, im Jahre 1949 in den Ruhestand gehen, hochgeehrt und ausgezeichnet vom Bund und der Universität.

Weil ich vorher bekrittelt habe, daß das handwerkliche Fortbildungswesen noch kein Gesetz hat und hier bereits nach zehnjähriger Tätigkeit eines für unsere landwirtschaftlichen Belange im Hohen Haus verabschiedet wurde, möchte ich dieses Gesetz etwas analysieren. § 3 behandelt die Tätigkeit und den Umfang des ländlichen Fortbildungsschulrates. Er hat eine große Aufgabe, denn im Gesetz, welches 18 Paragraphen umfaßt, ist fast in jedem Paragraph etwas einbezogen, was der Landesfortbildungsschulrat zu tun und zu machen hat. Die Einstellung, die Auflösung vor allem im § 12, die Teilnehmerzahl der Schüler, welche unter 15 nicht absinken darf, es sei denn, daß die Schule durch einen Beschluß des Landesfortbildungsschulrates trotzdem weitergeführt werden kann. § 15 regelt die Zusammensetzung des Landesfortbildungsschulrates und sieht darin vor, daß dieses Organ von verschiedenen Körperschaften beschickt werden und 18 Mitglieder umfassen soll. Dieser Fortbildungsschulrat soll nach dem erwähnten Gesetz mindestens 3mal im Jahre einberufen werden. Das ist gesetzlich vorgesehen. Aber dieser Fortbildungsschulrat könnte auch öfter zusammentreten. Nun, wie schaut es mit der Durchführung dieses Gesetzes aus? Im Jahre 1957, und zwar am 3. September, war die vorletzte Sitzung und am 30. Oktober 1960 war die letzte. Also volle drei Jahre wurde dieser Fortbildungsschulrat nicht einberufen. Ich muß schon sagen, daß man wohl wenig von der Einhaltung eines Gesetzes sagen kann, wenn volle drei Jahre verfließen, ehe eine im Gesetz vorgesehene Institution zu einer Sitzung einberufen wird. Diese Schule kostet ja nicht wenig. Die Kosten für diese Zentrale, wir

haben ja noch 7 Fortbildungsschulen, aber die in St. Martin ist die sogenannte Mutteranstalt und diejenige Anstalt, die verantwortlich ist für alle Fortbildungsschulen in Steiermark, und die große Aufgaben zu erfüllen hat — die Kosten für diese Zentrale sind außerordentlich hoch. In der Gruppe 3 haben wir hierfür Ausgaben von 1,749.000 S. Auf der Einnahmenseite sind 395.600 S festgelegt. Aber in der Gruppe 7 haben wir wieder Ausgaben für dieselbe Anstalt von insgesamt, einschließlich der Bundeszuschüsse, 7,279.600 S. Wenn man die Einnahmen, das sind ca. 400.000 S, wegchnet, so bleiben immer noch 6,879.600 S übrig.

Wie schaut das jetzt aus? Ich habe früher erwähnt, wie es unter Dr. Steinberger war. Ich möchte den letzten Bericht, den die jetzige Direktion in der letzten Sitzung vorgebracht hat, zur Kenntnis bringen. Im Schuljahr 1957/58 hatten wir 193 Schulen mit 3493 Schülern, im Jahre 1960/61 hatten wir 115 Schulen und 1118 Schüler; es sind 78 Schulen und 2375 Schüler weniger. Der Herr Direktor sagte, daß die Entwicklung rückläufig sei, und zwar die Schulen um 39 bis 40 Prozent und die Schüler um 68 Prozent. Das ist wohl ein Zeichen, daß da etwas nicht in Ordnung ist. Ich weiß, ich bin ja selbst mitten am Lande, daß es für die bäuerlichen Besitzer nicht leicht ist, die Jugend zwischen 14 und 18 Jahren in die Schule zu schicken. Aber einen so hohen Rückgang kann man nicht verantworten. Ich möchte hier im Hohen Haus den zuständigen Referenten bitten, er möge sich doch mit der Direktion und in erster Linie mit dem Landesfortbildungsschulrat ins Einvernehmen setzen, um Wege zu finden, die diesen außerordentlichen Rückgang vielleicht doch zum Stillstand bringen. Denn wenn die Kosten dieselben sind und die Erfolge immer kleiner werden, so kann man das wirklich in der Öffentlichkeit nicht mehr verantworten.

Ich möchte auf noch etwas verweisen. Die Landjugend hat bereits vor Jahren auf einer großen Tagung die Forderung aufgestellt und eine entsprechende Resolution den Abgeordneten der einzelnen Fraktionen zugehen lassen, daß endlich die obligate Schulpflicht für die landwirtschaftliche Fortbildungsschule eingeführt wird. Ich möchte hier wirklich bitten, daß recht bald ein Vorschlag eingebracht wird und man endlich ein Gesetz schafft, das den Besuch der landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen als obligat festlegt. (Beifall bei SPÖ.)

Abg. DDr. Stepantschitz: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ein ausländischer Journalist hat in einem Bericht über Österreich geschrieben, die Österreicher hätten hauptsächlich zwei Sorgen. Die erste sei, wie sie den Bauch los werden, und die zweite, wie sie einen Parkplatz finden. Das ist natürlich übertrieben und nicht richtig. Aber ein Körnchen Wahrheit liegt darin. Wir kümmern uns noch zu wenig um all das, was nämlich Kultur und Wissenschaft ausmacht. Wir kümmern uns zu wenig um den Auftrag, den wir Österreicher in dieser Zeit und in diesem Raum haben, um die Verpflichtung zu erfüllen und den Auftrag, in dieser weltweiten Auseinandersetzung zu bestehen. Wir können das nur tun, wenn wir eine größere Zahl von

Menschen haben, die die Bildung und das Wissen besitzen, um die Notwendigkeiten auch in materieller Hinsicht für diese Menschheit zu sichern und die darüber hinaus auch die geistigen Grundlagen geben können, die notwendig sind, wenn ein Volk auf die Dauer bestehen will.

Als erfreulich ist die Tatsache zu bezeichnen, daß der Betrag, der in diesem Budget für Stipendien aufscheint, um 200.000 S erhöht wurde und jetzt 1'4 Millionen Schilling beträgt und daß außerdem ein geringer Betrag von 300.000 S für die Förderung der steirischen Hochschulen vorgesehen ist. Die Zahl der Hochschüler in der Steiermark nimmt ständig zu. Gegenüber dem Vorjahr hat die Universität einen Zuwachs von 600 Studierenden aufzuweisen, die Technik einen solchen von etwa 1000. Diese Zahlen verteilen sich in ungefähr gleichem Verhältnis auf In- und Ausländer. Die Zahlen an den drei steirischen Hochschulen sind folgende: In Leoben studieren insgesamt 970, davon 265 Ausländer, in Graz an der Technik insgesamt 4312, davon 2651 Ausländer, das sind 61 Prozent. An der Universität studieren insgesamt 4532, davon 1129 Ausländer, das sind fast 25 Prozent. Insgesamt sind über 41 Prozent, im Durchschnitt gesehen, der an den steirischen Hochschulen Studierenden Ausländer. Wenn ich Ihnen diese Zahlen genannt habe, muß ich noch hinzufügen, daß an der Technik in Graz derzeit 22 Nationen vertreten sind. Zahlenmäßig den größten Anteil stellen die Deutschen, daneben aber auch die Griechen, Perser und Ägypter. Es ist klar, daß dies zu einem Problem wird, das uns vor eine wirklich große Aufgabe stellt. Es ist dies ein Ruf an unsere Bevölkerung, diesen Auftrag, an einer Neugestaltung der Welt mitzuarbeiten, auch zu erkennen. Wir dürfen nicht vorübergehen an den Nachholbestrebungen verschiedener Völker, die man heute als unterentwickelt zu bezeichnen beliebt. Wir haben den Auftrag, an sie weiterzugeben, was wir erarbeitet haben und was wir von unseren Vätern ererben konnten. Wir haben darüber hinaus die Aufgabe, diese Ausländer bekannt zu machen mit all dem, was wir als Kultur bezeichnen, mit unseren Theatern, Konzerten, mit unseren Vorträgen und mit unserer Wissenschaft. Diese Aufgabe haben wir, und ich glaube, ein Großteil der Bevölkerung hat dies auch erkannt. Wenn ich anführe, daß es vorwiegend Steirer sind, die zum Beispiel in Istanbul eine Mittelschule führen, so geht daraus hervor, daß der Steirer weiß um das Geschehen in dieser Zeit.

Meine Damen und Herren, wenn ich gesagt habe, daß wir mehrere tausend ausländische Studenten hier haben, so kann das nicht nur eine steirische Angelegenheit sein und auch nicht nur eine österreichische. Es darf jedem, der um die abendländische Kultur und europäische Aufgabe weiß, nicht gleichgültig sein, was hier bei uns vor sich geht. Es ist ein Aufruf notwendig — ich spreche da bewußt zum Fenster hinaus — an alle jene rund um uns herum, dieses Problem mitzuerkennen und mitanzupacken. Wir Steirer können das allein nicht lösen. Es gibt genug Menschen, denen es nicht gleichgültig sein kann, ob diese Ausländer hier in Steiermark studieren oder gezwungen sind, abzuwandern in andere Länder, die ihnen verlockende

Angebote gewiß machen. Daher der Aufruf: Helft doch alle mit, die ihr interessiert sein, an der Gestaltung einer Welt mitzuwirken, die ihr einen festen Standpunkt in der heutigen Spannung der Welt bezogen habt. Es sind auch erfreuliche Ansatzpunkte hier in der Steiermark vorhanden, diese Ausländer besonders zu betreuen. Ich darf erwähnen die Hammer-Purgstall-Gesellschaft, die es sich zum Ziele gesetzt hat, den Kontakt mit diesen Ausländern aufrechtzuerhalten. Selbstverständlich bedeutet dieser Zustrom von Ausländern eine besondere Belastung für unsere einheimischen Hochschüler. Die knappen Arbeitsplätze an der Technik und Universität werden dadurch noch knapper. Es ist ja schon einiges geschehen, um diesem Raumangel abzuwehren. Es ist gebaut worden, und zwar mit einem Betrag von über 4 Millionen an der Universität und von etwa 2 Millionen an der Technik. Es ist eine erfreuliche Tatsache, daß das Institutsgebäude der Grazer Technik schon im Herbstsemester 1961 beziehbar sein wird. Es wird damit ein großer Mangel behoben sein. Weiters ist das Wasserbaulaboratorium im Bau, und als nächstes Bauvorhaben ist vorgesehen ein Hochspannungslabor und ein neues Physikgebäude. Auch an der Montanistik wurde gebaut und es ist auch eine großzügige Erweiterung dieser Hochschule geplant und es ist zu hoffen, daß dieser Plan durchgeführt wird. Auch bei der Ausgestaltung der Technik steht noch ein großer Fortschritt bevor. Die Zentralstelle für Elektronen-Mikroskopie, deren Ruf weit über die Grenzen dieses Landes bekannt ist, befindet sich auch in großzügigem Ausbau und bereits im nächsten Sommer wird ihr ein Siemens-Hochleistungs-Elektronenmikroskop zur Verfügung stehen. Dieses wird nicht nur zur Forschung der Technik und den an ihr Studierenden dienen, sondern auch der Industrie zur Verfügung stehen. Auf der gleichen Basis soll auch ein Forschungsreaktor angeschafft werden. Schon im vergangenen Jahr wurde von der Notwendigkeit gesprochen, den Hochschulen einen solchen Reaktor zur Verfügung zu stellen. Ich hoffe, daß die begründete Aussicht besteht, daß dieses Projekt unter Mitwirkung von Wirtschaft und Industrie demnächst verwirklicht wird. Darüber hinaus haben wir noch viele offene Forderungen. Wir wissen, daß all das, was geschehen ist, noch zu wenig ist und daß die Stipendien noch immer nicht ausreichen. Wir müssen die Forderung aufstellen, daß es jedem begabten Studenten ermöglicht wird, sein Studium auch zu Ende zu führen. Wir wissen, daß da noch einiges zu tun ist, aber ich glaube auch, daß das Land Steiermark im Rahmen der Möglichkeiten schon einiges getan hat. Ich möchte noch einmal hinweisen auf die Errichtung des Studentenheimes Ries und auf die Unterstützung anderer Studentenheime in Graz und Leoben. Wir werden weiterhin bemüht sein müssen, daß die Entwicklung der Hochschulen mit den Erfordernissen der Zeit Schritt hält.

Es hilft uns jedoch nichts, meine Damen und Herren, wenn wir eine ausreichende Anzahl von Technikern, Ingenieuren, Juristen, Ärzten usw. heranbilden, diese aber nach Vollendung ihres Studiums, das mit so großen Opfern und mit Unterstützung seitens der Öffentlichkeit vor sich

ging, abwandern, Wir müssen auch Maßnahmen treffen, daß diese Abwanderung, vor allem der Techniker, zum Stillstand kommt. Zwei Voraussetzungen sind zu schaffen. Die eine ist, daß man ihnen ihr langjähriges Studium entlohnt und daß man auch bei der Entlohnung der Akademiker ein Lohnniveau schafft, das jenem Europas etwa angeglichen ist. Wir müssen für die materielle Sicherheit dieser jungen Akademiker mehr als bisher bedacht sein und wir müssen auch — und das scheint eine wesentliche Rolle zu spielen — die Freiheit dieser jungen Akademiker schützen. Wir müssen nicht geistige Polemiken heraufbeschwören, aber wir dürfen nicht Zustände einreißen lassen oder bestehen lassen, die von einem jungen Akademiker die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Partei als Voraussetzung für seine Anstellung verlangen. Wir müssen den jungen Menschen die Freiheit ihres geistigen Bereiches lassen, wir müssen ihnen materielle Sicherheit geben. Es ist einmal so, daß eine gesunde Intelligenzschicht notwendig ist zur Erhaltung des Volkes und daß diese Schicht besonders wichtig erscheint in einer Zeit weltweiter geistiger Auseinandersetzungen, in einem Land, das den Auftrag hat, in dieser Auseinandersetzung eine besondere Rolle zu spielen, wie schon die große Zahl der ausländischen Studenten das zeigt.

Meine Damen und Herren, ein altes Sprichwort, das in einer Klosterzelle gefunden wurde, lautet: „Was wächst, macht keinen Lärm.“ Schauen wir doch, daß unsere Wissenschaft weiterhin wachsen kann, daß unser geistiges Leben sich entwickeln kann in aller Ruhe und ohne Lärm. Dann werden auch in Zukunft Wissenschaft und kulturelles Leben in dieser Stadt und in diesem Land den Beitrag leisten können, der notwendig ist zu einer gedeihlichen Entwicklung unserer Heimat. (Allgemein lebhafter Beifall.)

Abg. Neumann: Hoher Landtag! Der erste Redner der Gruppe 3, Herr Abg. Dr. Pittermann, hat sehr anerkennende Worte über diese Gruppe gefunden. Ich möchte mich als Vertreter der jüngeren Generation diesen Worten herzlich anschließen. Wir können sagen, es widerspiegelt sich in dieser Gruppe wirklich die Vielfalt steirischer Kultur. Wir können feststellen, daß das Land Steiermark immer und überall bemüht war und bemüht ist, so auch im Landesvoranschlag 1961, diese Vielfalt steirischer Kultur zu wecken und zu fördern. Niemandem wird es, glaube ich, in dieser steirischen Heimat, in der immerhin durch 15 Jahre hindurch die OVP die Hauptverantwortung getragen hat, einfallen, von einer Kulturpleite zu reden, wie es kürzlich ein Minister der Bundesregierung der Koalition in Wien zum Vorwurf machte. Hohes Haus, es hat mich deshalb sehr gewundert, daß der Generalredner der SPO in unserem Landtag von einer erfolgreichen Zusammenarbeit unserer Koalition in Wien gesprochen hat, obwohl ein Mitglied dieser Koalition ausführte, daß diese Koalition zu einer Kulturpleite in Österreich führte.

Der Generalredner hat auch davon gesprochen, daß die arbeitende Bevölkerung unserer Heimat den entsprechenden Anteil haben muß am Sozialprodukt dieses Landes. Vielleicht könnte man die-

sen Satz etwas erweitern, daß die arbeitende Bevölkerung dieses Landes auch ein Anrecht darauf hat, einen Anteil nicht nur am Sozialprodukt, sondern auch am Volksvermögen unseres Landes zu haben. Ja, hätte man nicht dem Vorschlag unserer Fraktion in Wien zustimmen können, der darauf ausging, die arbeitende Bevölkerung durch die Ausgabe von Aktien 1. am Volksvermögen zu beteiligen und 2. durch diese Aktien eine Kulturpleite zu vermeiden? Jedenfalls, Hohes Haus, hat sich auch in der Kulturförderung die Mehrheit der OVP im Lande Steiermark sehr segensreich für die steirische Heimat ausgewirkt.

Es sei mir noch gestattet, zu einem Teil dieser Kulturförderung Stellung zu nehmen, und zwar zum steirischen Volksbildungswerk, welches im Volksbildungsheim St. Martin seinen geistigen Ursprung hat. Es hat mich gefreut, daß heute bereits ein Vertreter der SPO zu diesem bedeutenden Werk Stellung genommen hat, und zwar deshalb, weil, solange ich die Ehre habe, dem Hohen Haus anzugehören, gerade über das Volksbildungsheim St. Martin noch wenig gesprochen wurde. Es grüßt dieses alte, ehrwürdige ehemalige Kloster der Benediktiner symbolisch von einer kleinen Anhöhe bei Straßgang in jene steirische Heimat, für die dieses Volksbildungsheim beinahe fünf Jahrzehnte hindurch eine segensreiche volksbildnerische Tätigkeit entfaltet. Der Abg. Edlinger hat erwähnt, daß sich das Land Steiermark bereits nach dem ersten Weltkrieg in Anerkennung der Bedeutung dieses Werkes um St. Martin angenommen hat und der steirische Landtag, ich glaube 1920, St. Martin als Zentrale des bäuerlichen Fortbildungswesens errichtet hat. Im Jahre 1930 wurde das Volksbildungsheim St. Martin durch ein Landesgesetz geregelt. Es ist richtig, daß zur damaligen Zeit in der Steiermark 250 Fortbildungsschulen mit 4000 Teilnehmern bestanden haben. Wir müssen feststellen, daß diese Teilnehmerzahl im Laufe der Zeit zurückgegangen ist, ja, daß manche bäuerliche Fortbildungsschulen in steirischen Orten in ihrem Weiterbestand gefährdet waren oder zum Teil ihre Tätigkeit einstellen mußten. Ich muß den Abg. Edlinger jedoch richtigstellen, daß es heute, im Schuljahr 1960/61, noch insgesamt 1118 Schüler in 115 Fortbildungsschulen gibt. Diese Zahl stimmt nicht. Ich habe vor mir den Tätigkeitsbericht von Sankt Martin liegen. Da steht: Schuljahr 1960/61 115 Schulen mit insgesamt 1800 Schülern. Also noch um nahezu 700 mehr als der Abg. Edlinger anführte. Aber es ist dieser Rückgang, ich möchte sagen, doch geradezu erschreckend. Er hat zum Teil natürliche Ursachen. Diese liegen darin, daß sich in der Zwischenzeit im Laufe der Jahrzehnte auch andere Stellen mit bäuerlicher Fortbildung befaßten, daß vor allem die Landwirtschaftskammer eine reiche Kurstätigkeit entwickelt, Kammerfachkurse, Aufbaukurse und verschiedene andere Kurse ins Leben gerufen wurden. Das ist zum Teil die natürliche Ursache des Rückganges der bäuerlichen Fortbildungsschule St. Martin. Aber zum Teil sind es äußere Umstände, die mit der Entwicklung der Landwirtschaft zusammenhängen. Es arbeiten vielfach weniger Menschen in der Landwirtschaft, und dadurch ergibt sich auch ein Rückgang im bäuer-

lichen Fortbildungswesen. Viel könnte da auch die SPÖ mithelfen, daß man dieser Entwicklung entgegensteuert, und zwar dadurch, daß man mehr Agrargesinnung aufbringt. Es hat uns als junge bäuerliche Generation erschüttert, daß in einer vorjährigen Ausgabe vom 10. Juni die „Neue Zeit“ schreibt, daß die Viehexporte solange eingestellt werden sollten, bis endlich ein Rückgang beim Viehpreis beobachtbar wird. Sie wissen, daß die landwirtschaftliche Preisgestaltung bei weitem nicht kostendeckend ist. Ich habe mir gestern bei der Generalrede des Herrn Landesrates Sebastian gedacht, daß vielfach auch die Landwirtschaft und Landjugend nicht zu diesen 2.000.000 arbeitender Bevölkerung gerechnet wird, von denen er gesprochen hat. Aber ich glaube, Hoher Landtag, mit gutem Willen und bei mehr agrarischer Gesinnung könnte man auch dem entgegensteuern, daß die Landflucht weiter zunimmt, so daß das bäuerliche Bildungswesen in seinem Umfang erhalten werden kann.

Es sind die geistigen Anforderungen an die Landwirtschaft und an die Landjugend nicht geringer geworden. Die geistigen Anforderungen des Jahres 1960 sind nicht geringer als die im Jahre 1930, im Gegenteil, sie steigen noch von Jahr zu Jahr. Man spricht immer von einem wirtschaftlich vereinigten Europa und daß die Grenzen zwischen den Ländern fallen sollen, und da wird auch die Landwirtschaft einem großen Konkurrenzkampf gegenüber Osten und Westen ausgesetzt sein. Wir wissen, daß die Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte im Westen nahezu industriemäßig erfolgt. Das ist dort auch möglich in den großen Betrieben. Wir kennen auch die Kolchosenwirtschaft des Ostens, wo nicht zur Zufriedenheit der bäuerlichen Bevölkerung, sondern nur nach der Leistung getrachtet wird. Das interessiert uns zwar, aber wir wollen nicht die östlichen und nicht die westlichen Verhältnisse haben, sondern wir wollen in diesem europäischen Kampf des bäuerlichen Menschen eines bleiben, nämlich freie Bauern auf freier Scholle. Dagegen gibt es nur eine Waffe, und das ist die Waffe des Geistes, jene Waffe, an der gerade das Volksbildungsheim St. Martin schon seit Jahrzehnten schmiedet, und daher heißt es auch in Zukunft an dieser Waffe des Geistes weiterzuschmieden. Ein Sprichwort sagt: „Wer 1 Jahr ernten will, der säe Korn, wer auf 10 Jahre ernten will, der pflanze einen Baum, und wer auf 100 Jahre ernten will, der bilde die Jugend“. Ich möchte nur feststellen, daß das Land Steiermark sich der Bedeutung der Ausbildung der bäuerlichen Jugend immer bewußt war, und ich kann dem Herrn Abgeordneten Edlinger mitteilen, daß ein solches bäuerliches Pflichtschulgesetz bereits ausgearbeitet wurde von der Abteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung, und wie uns bei der letzten Sitzung des Landesfortbildungsschulrates mitgeteilt wurde, soll dieses bereits in allernächster Zeit dem Steiermärkischen Landtag zugewiesen werden. Die Ursache, warum gerade jetzt dieses Gesetz aktuell ist, wird sicher zum Teil in den ständigen Resolutionen der steirischen Landjugend zu suchen sein, die das gefordert hat, und in dem großen Verständnis der verantwortlichen Mitglie-

der der Steiermärkischen Landesregierung. Ich möchte gerade namens der Landjugend für dieses Verständnis recht herzlich danken.

Hoher Landtag! Im Laufe der Zeit entwickelte sich dieses bäuerliche Volksbildungsheim Sankt Martin immer mehr zu einer allgemeinen Bildungsstätte. Wir sehen im Unterabschnitt 331 zum Beispiel einen Betrag von 94.500 S für ein nicht bäuerliches Volksbildungsheim in der Weststeiermark in Maria Lankowitz, sozusagen als Zweigstelle von St. Martin. Dieses nicht bäuerliche Volksbildungsheim wird von Hunderten von nicht bäuerlichen Mädchen des weststeirischen Industriegebietes besucht, und wir wünschen ihm, daß es auch Jahrzehnte hindurch eine segensreiche Wirkung für das weststeirische Gebiet entfalte. Des weiteren sehen wir einen Betrag von 1.018.900 S für den Ausbau des Volksbildungsheimes für die kaufmännische und gewerbliche Jugend im Retzhof, was auch sehr begrüßenswert ist. Es freut uns dies besonders deshalb, weil wir wissen, daß auch dieses Volksbildungswerk, von St. Martin ausgehend, sich nicht nur mit der Vermittlung fachlichen Wissens befaßt, sondern daß es bemüht ist, den jungen Menschen ein Allgemeinwissen mit auf den Weg zu geben und die jungen Menschen auch auf ihre staatsbürgerlichen Aufgaben, Rechte und Pflichten vorzubereiten. Das deckt sich auch mit dem Sprichwort, das da heißt: „Fachmann sein ist heute zu wenig, man muß auch Volksmann sein.“ Es freut uns auch deshalb, weil wir aus der Praxis wissen, daß die Jugend nicht über die Volksbildung auf ihre staatsbürgerlichen Aufgaben vorbereitet wird, sondern daß die Jugend vielfach erst über Parteipolitik auf den Staat aufmerksam gemacht wird. Das tut uns manchmal weh. Vor kurzem ist bei meinem Sprechtag in Voitsberg ein junger Mann zu mir gekommen und hat mir geschildert, daß er der SPÖ beigetreten ist, weil er sonst keine Chance gehabt hätte, eine Wohnung von der roten Gemeinde zu erhalten. (Zwischenruf bei OVP: „Ja, gibt es so etwas?!)“ (Abg. Schabes: „Was ist das für ein Geist des Hasses!“) Und das hat mir sehr weh getan. (Landeshauptmann-Stellvertreter a. D. Horvatek: „Wie Du hineinrufst, so schallt es wieder!“) Ich glaube, es darf uns dann nicht wundern, wenn die Jugend die Funktionen des Staates verkennt und ihn als Fremdkörper betrachtet, als etwas, mit dem sie nichts zu tun haben möchte.

Hohes Haus, fördern wir daher dieses Volksbildungswerk St. Martin weiter. Danken wir in dieser Stunde auch jenem großen Steirer, der diesem Volksbildungsgedanken von St. Martin den Geist gegeben hat — der Herr Abg. Edlinger hat ihn ja schon genannt — es ist unser großer und weiser Hofrat Dr. Josef Steinberger, der steirische Volksfreund im Priesterkleid, dem wir zu großem Dank verpflichtet sind. Er hat den Geist vermittelt, so daß heute St. Martin als Volksbildungsheim des ganzen deutschen Sprachraumes als Vorbild bezeichnet wird. Es ist sicher nicht so, daß dieses St. Martin seine Aufgaben nicht mehr erfüllt, wie dies zum Teil in den Ausführungen des Herrn Abg. Edlinger zum Ausdruck gekommen ist. Es wird auch heute noch als vorbildlich angesehen und ist

schlechthin das Volksbildungsheim des ganzen deutschen Sprachraumes. Hohes Haus, sorgen wir dafür, daß dieser Geist von St. Martin auch in Zukunft erhalten bleibt und daß nicht ein Geist des Hasses, wie er aus der Generalrede des Herrn Landesrates Sebastian hervorging, zu Tage tritt, trachten wir, daß die Jugend nicht über den Haß, sondern über die Volksbildung her für ihre staatsbürgerlichen Aufgaben, Pflichten und Rechte vorbereitet wird. Die Jugend ist immer bereit, mit der älteren Generation mitzuverantworten, mitzugestalten und mitzuprägen das Antlitz unserer Heimat. Prägen wir in gemeinsamer Arbeit am Antlitz dieser unserer schönen Heimat zur Ehre ihrer Bürger, ihrer Jugend und zu aller Nutzen. (Beifall bei ÖVP.) (Abg. Wurm: „Wir verlangen den Namen des Bürgermeisters, der die Wohnungszuweisung verweigert hat. Es ist eine Gemeinheit, hier Behauptungen aufzustellen, ohne sie zu beweisen.“) (Verschiedene heftige Zwischenrufe, Lärm, Präsident mahnt mit Glockenzeichen zur Ruhe.)

Abg. Dr. Hueber: Hohes Haus! Es ist offenbar schon so mein Schicksal, wenn ich aufstehe, gibt es gewöhnlich einen Wirbel im Haus. Ich möchte aber dazu feststellen, daß ich diesen Wirbel nicht veranlaßt habe, also daß derselbe nicht in meiner Person gelegen ist, zumindest nicht diesmal. (Heiterkeit.)

Meine verehrten Vorredner haben sich bereits sehr eingehend mit der Gruppe Kulturwesen beschäftigt und auch sehr anerkennenswerte Worte für das steirische Kulturbemühen gefunden. Es wurde von ihnen auch der Bogen sehr weit gespannt. Ich möchte die Rede des Herrn Abg. Doktor Pittermann hervorheben, der das Kulturwesen umfassend behandelt hat. Auch mein unmittelbarer Vorredner hat den Bogen weit gespannt. Er kam vom Kulturwesen auf die Agrarpolitik, vom Viehexport auf die Wohnungsvergebung und die Parteibüchlwirtschaft zu sprechen. Fürwahr, ein umfassender Bogen, der hier gespannt wurde. Und es ist schon so, daß die Frage des Parteibüchls von den Koalitionsparteien nicht gern gehört wird. Ich bin der Meinung, daß diese sich wechselseitig einiges vorzuwerfen haben. Ich glaube aber, daß gerade das Kapitel Kultur nicht der richtige Rahmen ist, diese Mißstände, die zweifellos bestehen, zu erörtern. (Landesrat Pirsich: „Jedes bebaute Stück Boden, jede Wohnung ist Kultur.“)

Meine Damen und Herren, es ist in den Reden meiner Herren Vorredner viel Licht aufgezeigt worden. Dort, wo viel Licht ist, ist klarerweise auch Schatten, und es soll das letztere in einer Budgetdebatte auch nicht verschwiegen werden.

Lassen Sie mich zunächst über die Vereinigten Bühnen der Stadt Graz und des Landes Steiermark sprechen. Wie schon dargelegt wurde, kostet die Erhaltung der Vereinigten Bühnen sehr viel Geld. Von Jahr zu Jahr steigt die Subvention. Die Subvention des Landes ist von 8,050.000 auf 8,500.000 S gestiegen, also um 450.000 S. Es werden die steirischen Bühnen selbstverständlich nicht allein vom

Land subventioniert. Eine Subvention in gleicher Höhe wird auch von der Stadt gewährt. Ein Theaterbetrieb ist seit jeher ein Subventionsbetrieb. Wenn es seinerzeit die Fürsten waren, also die Potentaten, die das Theater fördern mußten, so ist in der Republik diese Aufgabe selbstverständlich auf die Regierung bzw. auf das gesetzgebende Haus übergegangen. Aber weil diese Subvention notwendig ist und weil diese Subvention eine sehr beträchtliche ist, kann die steirische Bevölkerung, die ja hier der Steuerträger und Geldgeber ist, umso mehr erwarten, daß die Darbietungen der von ihr subventionierten Bühnen von entsprechendem künstlerischem Niveau sind und daß auch ihren kulturellen Geschmack Rechnung getragen wird. Herr Abg. Dr. Pittermann hat von dem hohen Niveau der Grazer Bühnen bzw. der Grazer Oper gesprochen. Er hob die hohe Qualität unserer Oper hervor. Die Erwartungen, die die steirische Bevölkerung im Hinblick auf Niveau und im Hinblick auf den kulturellen Geschmack gestellt hat, sind nicht in allen Belangen erfüllt worden. Es ist hier ein erheblicher Teil offen geblieben. Vor Jahren hat man von seiten der Intendanz eine Publikumsabstimmung darüber durchgeführt, ob Richard Wagner in Graz aufgeführt werden soll, und von sehr kompetenter Seite wurde die Frage aufgeworfen, wo es eigentlich geschrieben stünde, daß Graz eine Wagnerstadt sei. Die Antwort der Grazer Bevölkerung ist erwartungsgemäß ausgefallen. Sie war sehr eindeutig, sie ließ diesbezüglich keine Zweifel offen, und seither stehen auch wiederum die unvergänglichen Werke dieses großen Meisters auf dem Spielplan unserer Oper. Es ist nicht alles hier in der Wiedergabe dieses großen Meisters gelungen. Vorzüglich, und ich möchte sagen, traditionell sind die „Meistersinger“-Aufführungen. Man kann schon sagen, das ist die Stammoper der Grazer. Die „Meistersinger“ werden immer prächtig herausgebracht. Nicht aber können wir das bei dem jüngst aufgeführten „Tannhäuser“ sagen. Die Regie, die hier der Darbietung zugrunde liegt, wird eine weitere Wiederholung dieses Werkes wohl nicht möglich erscheinen lassen. Auch ist es zu bedauern, meine Damen und Herren, daß die Vereinigten Bühnen nicht in der Lage sind, eine geschlossene Ringaufführung zu bringen. (Abg. Dr. Pittermann: „Ist vorgesehen!“) Sie mußten das auf Jahre aufteilen, und wir alle erinnern uns an unsere Jugendzeit, wo sehr wohl die Intendanz in jenen Jahren der Wirtschaftskrise, der wirtschaftlichen Notlage, in der Lage war, der Jugend den „Ring der Nibelungen“ in einer geschlossenen Folge darzubieten. Meine Damen und Herren, wir anerkennen durchaus diese Bemühungen, und der Zwischenruf des Herrn Abg. Dr. Pittermann hat prophezeit, daß die Vereinigten Bühnen in den nächsten Jahren zu einer zusammenfassenden, geschlossenen Aufführung des „Ringes“ kommen werden. Damit wird Graz wieder eine bescheidene Dependence der großen Bayreuther Spiele. Nur wenige sind in der Lage, sich es finanziell zu leisten, einmal Bayreuth zu erleben. Es möchten das zweifellos Tausende, und denen, die das nicht können, soll in Graz die Möglichkeit geboten werden, die Werke Wagners mit einem entsprechenden Niveau zu hören.

Wenn ich eingangs von dem Schatten gesprochen habe, so kann ich es nicht unerwähnt lassen, daß die Intendanz der Vereinigten Bühnen der Grazer Bevölkerung jüngst Bert Brechts „Dreigroschenoper“ beschert hat. Es ist uns unerfindlich, was die Intendanz veranlaßt hat, diesen verstaubten Ladenhüter aus einer verworrenen Nachkriegszeit jetzt wiederum auf die Grazer Bühnen zu bringen. Glaubt denn die Intendanz, daß das Grazer Theaterpublikum, das sich vor 30 Jahren durch einen heute noch in Erinnerung gebliebenen Protest gewehrt hat, inzwischen für ein solches Stück der Bettlerbanden, der Gangster und der Dirnen aufnahmebereiter geworden wäre? Wir dürfen uns nicht wundern, meine Damen und Herren, daß die Bevölkerung und auch die Presse gebührend reagiert haben. Was die Reaktion der Bevölkerung anlangt, so war sie nicht so wie vor 30 Jahren. Tumulte und Auspfeifen sind heute nicht mehr aktuell. Die Leute von heute sind im allgemeinen ruhiger und distanzierter geworden. Man reagiert heute anders, man reagiert, indem man sich zurückhält, mit Abstand und Verachtung, wenn ich so sagen darf. Es war daher unnötig, bei der Wiederaufführung der „Dreigroschenoper“ ein erhöhtes Polizeiaufgebot in das Opernhaus zu bringen. Es ist dies eine ausgesprochene Instinktlosigkeit gewesen, die Zeiten haben sich geändert, die Reaktion ist eine andere und auch zweckfremd hat sich dieses Polizeiaufgebot vor dem Opernhaus betätigt. Es hat nicht etwa die Aufgabe gehabt, Krawallisierende abzuführen, sondern es hat dort die Funktion von Türstehern und Portieren ausgeübt. Es soll im Hohen Haus nicht unerwähnt bleiben, wie die Presse reagiert hat. Das ist nämlich sehr bezeichnend. Ich lese Ihnen hier nicht etwa die Reaktion unserer Parteipresse, des „Alpenrufes“ vor. (Landesrat Prirsch: „Das kann ich verstehen.“) Ich möchte Ihnen sagen, Herr Landesrat Prirsch, wenn Sie den Artikel lesen, würden Sie ihn als treffend finden, nur wäre es nicht richtig, wenn ich als freiheitlicher Abgeordneter diesen Artikel vortragen würde. Aber wenn wir schon bei der Presse sind, lassen wir zuerst die „Tagespost“, das Blatt Ihrer Partei, Herr Landesrat, zu Worte kommen. (Landesrat Prirsch: „Wie es sich gehört!“) (Zwischenruf: „Ist ja die „Kleine Zeitung!“) „Das große Feuer in Soho ist nicht ausgebrochen, kein Skandal bei der „Dreigroschenoper“. Der Grund scheint darin zu liegen, daß etwas anderes ausgebrochen ist, nämlich dem Hai fisch das Gebiß.“ So schreibt die „Tagespost“. Die „Neue Zeit“ hat ähnlich reagiert, sie schrieb: „Au weh, war das aber fade, die beispiellose Grazer Pleite von vorgestern! Federico Wolf-Ferrari hat mit dieser Inszenierung wohl mit Abstand seine schwächste Grazer Arbeit gezeigt.“ Weil auch die Stellungnahme der „Kleinen Zeitung“ verlangt wurde, so will ich auch daraus den einen oder anderen Satz zur Vorlesung bringen. Sie schreibt: „Wer ist eigentlich auf den Gedanken gekommen, wer hat das bestellt und wer soll das bezahlen? Das Publikum? Hält man es wirklich für anspruchslos genug? Die feinen Leute, die damals (vor 30 Jahren) im Parkett saßen und das bezahlen konnten, erlebten die „Dreigroschenoper“ etwa so wie jene wohlorganisierten Expedi-

tionsfahrten, die Ladies und Gentlemans in die Pariser Unterwelt zu unternehmen pflegen, nach festen Tarifen und ganz ohne Risiko.“ Nun aber die „Wahrheit“! Was schreibt die steirische „Prawda“ über Bert Brecht? „Bravo, Federico Wolf-Ferrari! Wer seinem Publikum Bert Brecht bringt, muß Bert Brecht spielen, und das hat der Regisseur der Grazer Neueinstudierung mit peinlicher Sauberkeit getan. Bert Brecht siegte im Grazer Opernhaus!“ (Landesrat Prirsch: „Sieg Heil!“) Meine Damen und Herren, ich glaube, Bert Brecht hat sich im Grazer Opernhaus zu Tode besiegt. Ich kann das durchaus unterstreichen, nämlich die Forderung der „Kleinen Zeitung“, daß dieses Stück abgesetzt gehört. Meine Damen und Herren! Wem sollen solche Aufführungen dienen? Es ist eine unerhörte Instinktlosigkeit der Intendanz, die hier von der Opposition in diesem Hohen Haus angeprangert werden muß.

Ähnlich verhält es sich um das Schauspiel. Hier im alterwürdigen Landhaus-Rittersaal gibt es auch Schatten. Der Ruf nach Aufführung von Klassikern wurde bisher nur sehr zäh und spärlich erfüllt. Es werden zwar zeitweise Klassiker aufgeführt, aber wir sind der Meinung, daß mit „Nathan dem Weisen“ und mit „Des Meeres und der Liebe Wellen“ noch nicht die Forderung und der Ruf nach Aufführung unserer Klassiker hinlänglich erfüllt erscheint. Der hin und wieder noch erhobene Einwand, daß unsere Bevölkerung, insbesondere unsere Jugend, nicht nach Klassikern verlange, hat sich als unstichhältig erwiesen, insbesondere für diejenigen, die selbst gesehen haben, wie sehr die Jugend als interessierte Zuhörer in den Aufführungen unserer Klassiker anwesend ist. Aber selbst wenn dem so wäre, daß die Bevölkerung nicht mehr die Klassiker verlangen würde, müßten doch die hohen Subventionen von Land und Stadt dazu verwendet werden, unsere Bevölkerung zu den hohen Werten unserer Klassiker wiederum hinzuführen. Die Forderung an die Bühnen, die Schiller ausgesprochen hat, als „moralische Anstalt“ zu wirken, ist unserer Meinung nach nicht überholt und keineswegs antiquiert. Und dieser Aufforderung, moralische Anstalt zu sein, widersprechen zweifellos jene Stücke niederen Niveaus und seichter Erotik, die laufend neben den spärlichen Klassikeraufführungen in den Kammerspielen geboten werden. (Abg. Afritsch: „Das stimmt ja gar nicht.“) Haben Sie das Stück „Der Besuch der alten Dame“ gesehen? Eine Dirne kommt aus Amerika und stiftet die Dorfbewohner ihrer Heimat zum Mord an, und keiner hätte dieser Anstiftung widersprochen. (Abg. Afritsch: „Bei Shakespeare kommen auch Dirnen vor!“) Ich erinnere Sie an ein Stück in der letzten Saison, „Warten auf Godot“. Meine Damen und Herren, ein solches Stück sollen wir nicht subventionieren. Es mag Ihr Standpunkt sein, daß Sie es als Kulturpleite auffassen, wenn ein solches Stück nicht aufgeführt wird, aber wir sind der Meinung, diese Stücke gehören nicht subventioniert. (Abg. Bamm er: „Ein zu einfacher Nenner, auf den Sie diese Frage bringen!“) Auf alle Fälle, meine Damen und Herren, soll im neuen Schauspielhaus die Aufführung solcher Stücke. . . (Abg. Afritsch: „Tannhäuser am Venusberg ist

auch Erotik.") (Gelächter.) Aber Herr Kollege, Sie können doch nicht das Werk „Tannhäuser“ mit den Venusbergszenen in Verbindung bringen mit einem Stück wie „Der Besuch einer alten Dame“ oder die „Dreigroschenoper“. Meine Damen und Herren, lassen Sie mich daher etwas Grundsätzliches sagen, wie es unsere Väter gehalten haben, als das Grazer Opernhaus gebaut wurde. Unsere Väter haben in 2 Inschriften festgehalten, in welchem Geist sie dieses Haus geführt haben wollen. Die eine der 2 Tafeln beinhaltet die Mahnung Schillers an die Künstler — und sie gilt nicht allein für die auf führenden Künstler — die da lautet: „Der Menschheit Würde ist in eure Hand gegeben. Bewahrt sie, sie sinkt mit euch, mit euch wird sie sich heben.“ Die andere Inschrift beinhaltet die unsterblichen Worte aus Wagners „Meistersingern“ und lautet: „Ehrt eure deutschen Meister, dann bannt ihr gute Geister.“ In diesem Geiste ist der Grundstein für unsere Bühnen gelegt worden. Wir haben uns daher dafür einzusetzen, daß im Sinne des Vermächtnisses unserer Väter die Vereinigten Bühnen weitergeführt werden.

Und nun, meine Damen und Herren, noch einige Bemerkungen zu den Orchesterkonzerten des Musikvereines, die gleichfalls vom Land subventioniert werden. Schon Herr Kollege Dr. Pittermann hat vorgebracht, daß das Konzertprogramm des steirischen Musikvereines für die Saison 1960/61 kein einziges Werk eines lebenden österreichischen Komponisten, geschweige denn eines lebenden steirischen Komponisten, enthält. Es sind rund 90 Werke vorgesehen, und da ist dieser Mangel besonders auffallend. Wir haben daher im Finanzausschuß eine Resolution eingebracht, die ich ganz kurz in Erinnerung bringen möchte. Es ist die Resolution zur Gruppe 3: „Im Konzertprogramm des Steiermärkischen Musikvereines für die Saison 1960/61 ist kein Werk eines steirischen Komponisten vorgesehen. Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die finanzielle Förderung von einer entsprechenden Berücksichtigung steirischer Tonkünstler abhängig zu machen.“ Der Sinn dieser Resolution geht dahin, daß die im Steiermärkische Tonkünstlerbund zusammengefaßten steirischen Tonkünstler hier im Lande endlich einmal zur Geltung kommen sollen. Dieser Steiermärkische Tonkünstlerbund wurde von den steiermärkischen Musikschaffenden deshalb ins Leben gerufen, weil sie sich hier im Lande ganz an die Wand gedrückt fühlen und keinen anderen Weg finden konnten als den des Zusammenschlusses. Ich muß mit Bedauern hervorheben, daß der Herr Landesmusikdirektor nicht diesem steirischen Tonkünstlerbund angehört. Er teilt offenbar nicht die Sorgen und Probleme jener Künstler, die dem Steiermärkischen Tonkünstlerbund zugehören. Wenn ich beispielsweise nur einen dieser steirischen Tonkünstler nenne, Prof. Holenia, so ist daran zu erinnern, daß seit 8 Jahren die Werke Prof. Holenias in Musikvereinskonzerten nicht aufgeführt worden sind. Seit 1945 sind die Werke Holenias nicht mehr im Grazer Opernhaus aufgeführt worden. Wohl hat ihn die Stadt Graz zum Bürger ernannt und hat ihn auch als Künstler gefördert, aber Holenias Werke können in der Steiermark nur im Rundfunk gehört werden. Gerade bei ihm zeigt sich so richtig der

traurige Satz: *Nemo propheta in patria!* Das gilt auch für andere hochbegabte und förderungswürdige steirische Künstler. Wir danken Ihnen im Namen dieser Künstler, daß Sie unseren Resolutionsantrag einstimmig angenommen haben, von dem wir hoffen, daß er die Lage unserer steirischen schaffenden Tonkünstler verbessern wird.

Nun zum Abschluß noch einiges über die Sommerfestspiele. Diese Sommerfestspiele werden nicht allein vom Land, sondern auch vom Bund und ebenso von der Stadt Graz subventioniert. Ein erheblicher Anteil des Kulturgroschens fließt den Sommerfestspielen zu. Im Jahre 1954 wurde zwischen dem Land Steiermark und der Stadt Graz ein Übereinkommen getroffen, demzufolge die Entscheidung über die Finanzierung, Planung und Programmgestaltung der Sommerfestspiele einem Verwaltungsausschuß übertragen wurde. Vom Land Steiermark wurde dieses Übereinkommen im Jahre 1957 gekündigt, und zwar mit der Begründung, daß die rechtliche Grundlage der Sommerspiele erweitert werden müsse. Bisher, meine Damen und Herren, ist keine Neuregelung getroffen worden. Mit der Durchführung der Sommerfestspiele wurden einfach die Vereinigten Bühnen und der steirische Musikverein beauftragt. Da die Vereinigten Bühnen und der Steiermärkische Musikverein die Veranstalter sind bzw. als solche zu gelten haben, fließen ihnen nicht nur die Subventionen, sondern auch die Einnahmen aus diesen Festspielaufführungen zu. Und nun kommt das Absonderliche. Dessenungeachtet haben die Vereinigten Bühnen Jahr für Jahr hohe Entgelte für entgangene Vorstellungen in Anrechnung gebracht, obwohl dies Jahr für Jahr von den Kontrolleinrichtungen der Stadt Graz und des Landes ausdrücklich beanstandet wurde. Auch im Jahre 1959 wurden wiederum für angeblich entgangene Vorstellungen 142.000 S verrechnet.

Meine Damen und Herren, es ist unseres Erachtens an der Zeit, daß die Sommerfestspiele eine neue und endgültige organisatorische Grundlage erhalten. Dies nicht nur wegen der finanziellen Gebarung, sondern auch wegen der Planung und der Programmgestaltung. Diese Sommerfestspiele sind „Sommerspiele“ und keine Sommerfestspiele. Bezeichnenderweise nennt sie auch das Budget „Sommerspiele“. Sie sind nämlich keine Festspiele. Für letzteren Umstand fehlt schon die gestaltende Festspielidee. Theater- und Konzertaufführungen am Ende einer Saison ergeben noch keine Festspiele, selbst wenn sie aus dem Opernhaus und aus dem Konzertsaal ins Freie herausverlegt und dann meistens wegen schlechten Wetters wiederum in das Opernhaus und in den Konzertsaal zurückverlegt werden müssen. Durch diese Einrichtung ist Graz weder Festspielstadt noch Anziehungspunkt für den Fremdenverkehr geworden, was ja der eigentliche Sinn von Sommerfestspielen wäre. Man wird also aus dem aufgezeigten Stadium des Improvisierens einmal herauskommen oder ansonsten es aufgeben müssen, von Grazer Sommerfestspielen zu sprechen. Ich stelle die Frage: Wie wäre es, wenn ein aus hervorragenden Künstlern und Fachmännern zusammengesetztes Gremium das Schauspiel zum Mittel- und Angelpunkt der Festspiele machen würde und durch die Aufführung klassischer und zeitgenössischer Dra-

men von höchstem Niveau Graz neben der Musikstadt Salzburg zu einer Stadt echter Festspiele erheben würde? Was für ein Anreiz würde das für junge schaffende Talente, aber auch was für ein Anziehungspunkt für Jünger wahrer Kunst sein! Gerade Graz mit seinem einmaligen historischen Milieu wäre wie geschaffen für solche Festspiele, die das Schauspiel in den Mittel- und Angelpunkt rücken. Auch eine Verlegung der Festspiele vom Saisonschluß im Sommer an den Saisonbeginn und damit in den als Reisemonat so bevorzugten Monat September wäre immerhin erwägenswert. Der Besuch auch der Grazer Sommerspiele leidet zweifellos darunter, daß er in eine ungünstige Jahreszeit fällt. Daher unser Appell: Man schaffe endlich einmal entsprechende Grundlagen für echte Sommerfestspiele in Graz. Dazu ist sowohl die Stadt Graz als auch die Steiermark auf Grund ihrer kulturellen Mission verpflichtet. Vergessen wir nicht, daß Graz der kulturelle Eckpfeiler im äußersten Südosten des deutschen Sprachraumes ist und daß die von der Geschichte dieser Stadt zugewiesene Aufgabe sie verpflichtet, Träger und Vermittler der deutschen Kultur in diesem so bedeutsamen Grenzland zu sein. Meine Damen und Herren! Unsere Fraktion bittet Sie um Beherzigung dieser unserer Anregungen. (Beifall bei der FPÖ.)

Abg. **Dr. Kaan:** Hohes Haus! Ich bin zwar heuer nicht vorgesehen, zur Gruppe 3 zu sprechen, aber die Ausführungen des Herrn Abg. Dr. Hueber veranlassen mich doch, zu der Frage der Vereinigten Bühnen und der Sommerfestspiele einiges zu entgegnen. Richtig ist seine Feststellung, daß die Aufgaben, die früher die Mäzene hatten, längst allgemein auf die öffentliche Hand übergegangen sind. Mit dieser Tatsache müssen wir uns abfinden, obwohl auch diese Tatsache viele Schattenseiten hat. Wenn wir rückblickend die Entwicklung des Kunstlebens vom Gesichtspunkt der Mäzene aus betrachten, so ist das wesentlichste Element dazu, daß jemand einen Überschuß seiner Mittel, also seines Einkommens oder des Aufkommens dazu verwendet hat, persönliche Wünsche im Hinblick auf das Theater, Ballett, das Musikleben, also das Kunstleben, zu erfüllen, welches wir im allgemeinen mit dem Worte „Darstellende Kunst“ bezeichnen. Es ist also immer wieder der Ausdruck des persönlichen Geschmackes eines einzelnen Menschen gewesen oder einer gewissen Schichte und Kaste, eines Standes. Demgegenüber fehlt jetzt dieses individuell Bestimmende, denn wenn eine öffentliche Körperschaft der Mäzen ist, das heißt, das Geld dazu hergibt, ist noch lange nicht gesagt, daß diese auch ihren Wünschen in bezug auf die Gestaltung dieser Kunst Ausdruck verleihen kann oder soll.

Ich bin nun mehr als ein Jahrzehnt Mitglied des Theaterausschusses und habe in dieser Tätigkeit auch meine Erfahrungen gesammelt. Vor allem gipfeln sie in dem Satz, daß sich auf künstlerischem Gebiet der Ausschuß möglichst wenig einmischen soll und darf. Wohl aber hat er Grenzen zu setzen, und zwar Grenzen in folgender Richtung: Er muß unbedingt Einfluß nehmen und verhindern, daß das Theaterwesen, also Oper und Schauspiel zusammengekommen, etwa in einer satten Zufriedenheit er-

starrt, das heißt, daß das Verhältnis der Reprisen, der Neueinstudierungen und Neu- oder Uraufführungen ein gesundes sein muß. Es muß also das, was sich bewährt hat und immer bewähren wird, wieder aufgeführt werden und was neu aufgeführt werden soll und was überhaupt neu gebracht werden muß, zueinander in einem gesunden Verhältnis stehen. Darauf werde ich vielleicht noch später zu sprechen kommen. Die Ausführungen des Herrn Kollegen Dr. Hueber haben zweifellos ein kleines Körnchen Wahrheit enthalten. Es muß für das, was neu gebracht wird, auch eine Grenze gesetzt werden. Es gibt unter den neuen Stücken zweifellos solche, die nicht wieder aufgeführt werden sollen. Vorweg sie aber überhaupt nicht zu bringen wäre schon eine Vorschrift, die man der künstlerischen Leitung nicht machen darf. Wir haben ja überhaupt den Weg gewählt, den ich für den einzig richtigen halte, daß für die Programmgestaltung eine Person allein verantwortlich ist, und zwar der künstlerische Leiter. Wir lassen uns im Theaterausschuß mindestens einmal im Jahr, besser aber öfter, seine Pläne vorlegen, äußern Wünsche, geben ihm aber keine Weisungen und er bleibt dafür verantwortlich im wahrsten Sinne dieses Wortes. Wenn es schlecht ausgeht, muß er die Verantwortung tragen. Was heißt nun ein Schlechtausgehen? Der Herr Kollege Dr. Hueber hat von einer Volksabstimmung gesprochen, die einmal in Graz über Wagnerstücke gemacht worden ist und die selbstverständlich in Graz nur positiv ausfallen konnte. In jeder anderen kunstverständigen Stadt wäre sie ebenso positiv ausgefallen, nicht nur gerade in Graz. Noch dazu ist Graz in seinen Wagner verliebt, mit Recht, und es ist klar, daß eine solche Volksabstimmung hier nur so ausfallen mußte. Die wirkliche Volksabstimmung in dieser Sparte des Kunstlebens ist aber der Besuch, nicht das finanzielle Ergebnis, sondern der Besuch. Denn weil wir, die öffentliche Hand, die Erhalter dieser Anstalten sind, dürfen wir nicht das finanzielle Ergebnis als den alleinigen Maßstab nehmen. Ich sage, daß die richtige Abstimmung, das heißt, der Erfolg, der Besuch ist, das Bedürfnis nach Wiederholung, und auf diese Abstimmung muß man es ankommen lassen. Das Kunstleben ist Leben, ist also immer etwas Romantisches, ins Ungewisse Gehendes. Auch der künstlerische Leiter muß dieser Ungewißheit Raum geben, muß Dinge aufführen, von denen er nicht genau weiß, ob sie Erfolg bringen und ob es finanzieller Erfolg ist. Diese Chance muß er dem Kulturleben geben, diese Freiheit müssen wir ihm lassen. Wenn er zuviel verbraucht und in falscher Richtung, so hätte er die Konsequenzen zu tragen. Das weiß er so gut, und das ist im Kulturleben einmal überhaupt so. Nun greift aber ein Element dieser Abstimmung immer vor, die Kritik, die ja schon nach 12 Stunden, vielleicht auch schon nach kürzerer Zeit ihre Meinung zur Neuinszenierung oder überhaupt zu einer Aufführung gibt. Es kann ihr die Abgklärtheit nicht eingeräumt werden, sie muß ein rasches Urteil fällen, und dieses Urteil ist leider oft auch bestimmend für den Besuch, zumindest für den ersten Besuch. Wir sind mit der Kritik in Graz nicht immer einverstanden. Aber wir verkennen nicht die Notwendigkeit der Kritik und wir verkennen nicht die Tatsache, daß eine Kritik nur dann fruchtbar sein kann, wenn sie nicht gelenkt

ist. Ebensovienig wie wir den Intendanten lenken sollten, fällt uns ein, die Kritik zu lenken, aber auch da muß eine Grenze sein. Die Kritik darf nicht nur destruktiv, sie muß auch fruchtbar sein.

Und nun komme ich auf einen Umstand, der vielleicht wesentlich ist; aus meiner Erfahrung weiß ich, in diesem Teil des Kunstlebens genau wie in anderen Teilen des Kunstlebens gibt es keine Planung auf ein Jahr, es muß alles auf viele Jahre geplant werden, es ist ja ein Wachstumsvorgang, es ist ausgeschlossen, gute Opernaufführungen, gute Schauspielaufführungen zu machen, ohne daß ein entsprechendes Ensemble besteht oder das Orchester vorhanden ist. Weder ein Opernensemble, noch ein Orchester noch ein Schauspielensemble kann man in einem oder in 3 Jahren schaffen, sondern das entsteht, wächst und muß gepflegt, muß erhalten werden und muß immer wieder weiter ausgebaut werden. Diesem Erfordernis muß sich auch die Programmgestaltung anpassen. Wenn Sie, Herr Kollege Dr. Hueber, gerügt haben, daß noch keine gute geschlossene Ringaufführung zustande gebracht wurde, so sind das Besetzungsschwierigkeiten. Eine Ringaufführung ist nicht zu machen ohne daß man Gäste holt, denn dieses Ensemble können wir nicht haben. (Abg. Dr. Hueber: „In unserer Jugend haben wir diese Kräfte gehabt.“) Wenn man nicht die richtigen findet, hilft alle weitgesteckte Planung nichts. Zur damaligen Zeit waren aber auch die Wagneraufführungen oder die Fächer, die für Wagner notwendig sind, viel besser besetzt, das ist eine Wandlung der Zeit. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl. Ing. U d i e r: „Auf das, was es kostet, nicht vergessen!“) (Abg. Dr. Hueber: „Auch in der ersten Republik haben wir die Mittel gehabt!“) Auch eine Leitung, wenn sie nicht in den Händen eines Mäzens liegt, sondern einer öffentlichen Körperschaft, muß sich der Wandlung der Zeit anpassen und man kann gewiß dem Steiermärkischen Landtag und noch weniger der Gemeinde der Stadt Graz den Vorwurf machen, daß sie nicht großzügig waren in der Freistellung der Mittel für die Erhaltung und den Ausbau des Ensembles. Daß trotzdem immer noch finanzielle Schranken bestehen, muß man hinnehmen.

Sie, Herr Kollege Dr. Hueber, haben darauf verwiesen, daß im ehrwürdigen Rittersaal zuwenig Klassiker zur Aufführung gelangen. Es liegt nicht daran, daß die Jugend keinen Sinn für Klassiker hat. Ich gebe Ihnen vollkommen Recht, die Jugend hat Sinn für die Klassiker, sie hat Sinn für die ewigen Werte, und das, was wir klassisch nennen, ist das, was die ewigen Werte in sich aufgenommen hat. Es ist nicht alles, was alt ist, klassisch. Zwar ein böses Zitat, aber wahr: „daß klassisch ist, was selbst der Schulunterricht nicht hat vereckeln können“. Es ist eine außerordentliche Anteilnahme der Jugend an den klassischen Werken vorhanden und Sie wissen, daß es schwer ist, in diesem engen Rahmen die klassischen Werke richtig aufzuführen. Der Landtag gemeinsam mit der Gemeinde Graz hat es auf sich genommen, das Schauspielhaus wiederaufzubauen, obwohl genau bekannt ist, daß mit der Erreichung desselben die finanziellen Anspannungen nicht aufhören, sondern noch fortgehen werden.

Diese Nachbarschaft des ehrwürdigen Rittersaales mit der Landstube sollte darin liegen, daß auch in

diesem Saal hauptsächlich klassische Stücke aufgeführt werden sollten, Stücke, die in der Haltung mehr von der Erinnerung an die bestimmt ewigen Werte und weniger auf das Tagesgeschehen gerichtet sein sollten. Wenn eine kleine Kritik auf die letzten 10 Jahre gestattet ist, so waren sich dessen diejenigen, die diese Landstube mit Leben zu erfüllen haben, nicht immer voll bewußt. Aber auch deswegen kann man die Einrichtung nicht negieren. Es gehört eben zu den Erscheinungen des Lebens, daß man immer wieder extemporieren muß und immer etwas passiert, was vor der Kritik nicht bestehen kann. Im wesentlichen ist das, was Dr. Hueber gesagt hat, richtig. Aber es ist uns nicht gegeben, weder dem Landtag, noch dem Theaterausschuß, noch den Exponenten der beiden Körperschaften, sich in künstlerische Belange einzumischen. Aber unausgesprochen sollte es nicht bleiben. Wir können nicht dirigieren, wir können nur die beiden großen Grenzen setzen, die sich auch die Kritik setzen muß.

Auch an den Sommerfestspielen, die eine Verlängerung der Saison geworden sind, wurde Kritik geübt, daß für diese Festspiele nicht eine eigene Verwaltungskörperschaft gebildet wurde. Sie wollen also ein kleines Künstlerparlament, welches das lenken soll. Ich bin sicher dafür, daß das Kunstleben von Fachleuten geführt wird, aber sicher dagegen, daß sozusagen die demokratischen Grundsätze auf eine Körperschaft der Künstler übertragen werden, die dann führende Aufgaben hat. Ich bin vielmehr dafür, daß auch für die Sommerfestspiele letzten Endes ein einzelner Mann für deren Gestaltung und den künstlerischen Erfolg derselben verantwortlich sein soll. Daher hat es sich auch bewährt, daß die Aufgaben, die während des Jahres der Theater-Ausschuß und der Musikverein ausüben, auch für die Sommerfestspiele von ihnen erfüllt werden, und sie sind gut erfüllt worden. Das Niveau der Sommerfestspiele ist ständig im Steigen. Der Besuch ist tatsächlich ein sehr guter. Vergleicht man unsere Sommerfestspiele, die sozusagen, verkehrstechnisch gesehen, am letzten Zipfel Europas stattfinden, etwa mit Sommerfestspielen, die mitten im Herzen Europas sich abspielen, wie zum Beispiel die Festspiele von Bregenz, die allein an Bundeszuschüssen im Vorjahr 600.000 S bekommen haben, so muß man feststellen, daß diese weniger defizitär abgeschlossen haben. Sämtliche Zuschüsse vom Bund, Land und der Stadt für die Sommerfestspiele von Graz betragen höchstens 750.000 S. Wir machen unter wesentlich ungünstigeren Umständen Besseres und Farbigeres, als das, was die Bregenzer darstellten, mit einem wesentlich geringeren Betrag.

Sie haben ferner gesagt, es sei nicht in Ordnung, wie die Sommerfestspiele abgehalten werden, und fragten, ob es nicht erwägenswert wäre, zu versuchen, diese Sommerfestspiele in den Herbst zu verlegen und so nicht eine Verlängerung, sondern eine Verfrühung der Saison zu erreichen. Ich bin auch persönlich der Meinung, daß die eigentliche Theatersaison bei uns gekappt wird und die Sommerfestspiele dann gewaltsam hinten angeschlossen werden. Und ich wäre auch dafür, die Sommersaison zu kürzen und dafür etwas verfrüht anzufangen. Diese Frage wird wahrscheinlich ihre Lösung im Personellen finden müssen.

Trotz aller Kritik, der ja jeder Intendant ausgesetzt ist, kann ihm eines niemand absprechen, daß er eine ausgezeichnete Hand hat in der Auswahl und in der Behandlung der jungen Kräfte, die leider allzufrüh wieder von Graz auf größere Bühnen abgewandert sind. Dies war aber stets die Aufgabe der Grazer Oper und der Grazer Bühnen, die sie seit Jahrzehnten erfüllt haben, nämlich, daß die Jugend von hier aus ihr Sprungbrett findet, und wir wollen nur hoffen, daß diese Jugend der Grazer Oper und dem Grazer Schauspielhaus erhalten bleibt. (Allgemein sehr lebhafter Beifall.)

Landesrat **Dr. Koren:** Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst fühle ich mich veranlaßt, als Referent den Damen und Herren, die zu den Gruppen 2 und 3 sich in so erfreulicher Anzahl zu Worte gemeldet haben, herzlich zu danken. Sie haben damit nicht nur ein wirkliches und echtes Interesse an den Erziehungs- und Kulturaufgaben des Landes bewiesen, sondern vor allem durch die sachliche und ruhige Behandlung der Fragen gezeigt, daß sich der Landtag wirklich und ehrlich mit diesen Dingen beschäftigt, und aus den bisherigen Reden ist die Tatsache hervorgegangen, daß er, wenn auch bescheidene, bei sparsamer Handhabung aber immerhin ausreichende Mittel für diese Aufgaben bewilligt hat.

Aus der sachlichen Atmosphäre der einzelnen Reden hat es sich von selbst ergeben, daß im Spiel der Debatte die einzelnen Anfragen von den Abgeordneten gegenseitig beantwortet worden sind, so daß mir hier nicht mehr viel zu sagen übrig bleibt. Das gilt auch zu den Ausführungen des Herrn Abg. Edlinger und meines Freundes Neumann. Ich möchte nur noch eines sagen zu der Antwort, die Neumann gegeben hat hinsichtlich des Gesetzes über die bäuerliche Berufsausbildung. Dieses Gesetz steht schon am nächsten Montag bei der Regierungssitzung auf der Tagesordnung.

Ich fühle mich aber doch noch verpflichtet, Rechenschaft zu geben, nicht über einzelne Zahlen, sondern vielleicht über die Gesinnung und über die Absicht, mit der die Mittel des Landes für unsere Kultur- und Bildungsaufgaben verwendet werden. In einem gewissen Sinn gilt das für die Geldmittel aus allen Gruppen, aber für die Kultur und Erziehung gilt es in ganz besonderem Maße. Was hier heute vom Landtag beschlossen wird, was die Regierung im laufenden Jahr freigibt und was dann in den einzelnen Institutionen ausgegeben und verwendet wird, wird, soweit es sich eben um die Geldmittel der Gruppen 2 und 3 handelt, auf eine geistige Sparkasse gelegt, und dieses Kapital, das für Erziehung und Bildung ausgegeben wird, wird einmal im Leistungswillen, im Bildungsgut unserer Jugend und im Leben nachklingen und auf Groschen und Heller zurückbezahlt. Ich habe mir vorgenommen, Ihnen wenigstens in gedrängter Weise Rechenschaft zu geben und nach dem Standort der Bildungs- und Kulturarbeit im Lande zu fragen, in einem österreichischen Bundesland, aus dessen Kompetenz die großen Bildungsinstitutionen als Bundessache ausgenommen sind. Weder die Hochschulen noch die Mittelschulen aller Kategorien

gehören in den Aufgabenkreis des Landes; für die Pflichtschulen wird lediglich ein administratives Teilgebiet von einem Landesamt verwaltet und auch die Volksbildung, so selbstverständlich sie aus der Art des Landes erwächst und auf seine Mitwirkung angewiesen ist, weist die Verfassung den Bundesangelegenheiten zu. Was den landeseigenen und nur dem Land verpflichteten Dienstbereichen bleibt, ist also, in allen Bildungs- und Erziehungsaufgaben Beziehung und Bindung zum Land herzustellen, aus den Erfordernissen und Möglichkeiten des Landes abzuleiten und dem allgemeinen Nutzen des Landes zuzuführen.

Es ist also unsere Aufgabe, die Bildung und Erziehung unter das verpflichtende Zeichen der Heimat zu stellen und so das kulturelle Erbe zu bewahren, das Bildungsgut unseres Volkes zu mehren und damit die geistige Substanz dieses Landes zu fördern. Wenn wir diese Pflicht für das Land Steiermark erfüllen, schließen wir uns keineswegs in enge provinzielle Grenzen ein, sondern wir stärken damit gleichzeitig den heimatlichen Grund, auf dem wir nach unserer Art und Weise das österreichische Bewußtsein entfalten und in dieser Gesinnung mit dem Einsatz unseres kulturellen Erbes und Leistungswillens unseren zwar bescheidenen, aber von uns geforderten Teil zu einer europäischen Einigung beitragen. Seit es eine Steiermark gibt, haben die Steirer immer der kleinen Heimat, dem größeren Vaterland und dem Reich gedient, das über viele nationale Grenzen hinweg die Mitte und der Schild des Abendlandes gewesen ist. (Bravorufe und Applaus.) Auch unser Geschlecht will und darf keine kleinere Aufgabe als seinen Lebenssinn erkennen, als die Generationen vor uns, und wenn uns auch die politische Macht genommen ist und wenn das wirtschaftliche Gewicht unseres Landes, gemessen an der industriellen Potenz der Staatsgiganten unserer Zeit, gering befunden wird, nicht nur der Ruhm einer großen geistigen und künstlerischen Vergangenheit, auch die geistigen Anlagen unseres Volkes, sein Fleiß und sein Lebenswille sind die gleichen geblieben und es braucht nur der Kraft unserer Herzen, die uns heute auf diesem unserem Stück Erde zugemessene Pflicht zu erfüllen.

Dieses Stück Erde ist unsere Steiermark und unser Verhältnis zu diesem Land, unser Steirertum, ist der innere feste Kern und Ausgang unserer Vaterlandsliebe und unserer Weltaufgeschlossenheit. Ist es nicht eine altmodische, längst überholte Phrase, sich zum Heimatgedanken zu bekennen? Muß man nicht darüber lachen, wenn ich im Zeitalter der überwundenen Räume, in dem man sich anschickt, mit bemannten Raumschiffen auf den Mond zu fliegen, in vollem Ernst und im Ton eines Bekenntnisses sage: ich bin ein Steirer!? Das ist kein dummer Lokalstolz, keine Einbildung, kein Sich-besser-Dünken als die anderen: das ist eine sehr einfache und natürliche Sache und heißt nichts anderes als: ich liebe dieses Land, in dem ich geboren wurde, die Wiesen und Wälder meiner Kindheit, den Lebensraum meiner Familie, das Haus, in dem meine Mutter und meine Brüder wohnen, und das Grab meines Vaters. Aber ich stehe voll Ehrfurcht auch vor den vielen Tausenden von Grä-

bern der Väter und Mütter, die in diesem Land das Leben weitergegeben haben, von Jahrhundert zu Jahrhundert. Das heißt: ich liebe die Geschichte dieses Landes, sie ist das Glück und das Leid aller, die vor mir waren, das Schicksal der Generationen meiner Vorväter und Mütter, die dieses Land aus dem Urwald herausgerodet und zur näheren Heimat gestaltet, die es gehalten und bewahrt haben, mit ihrem Blut verteidigt und mit ihrem Schweiß gedüngt. Dieses Land ist kein zufälliges Gebilde, dessen Grenzen willkürlich in die Erdoberfläche eingezeichnet sind. Es ist ein historisch gewachsener Raum, oft gegen Widerstände in der landschaftlichen Struktur und aus der Kraft geistiger Führung zusammengeführt, zusammengefügt und seit Jahrhunderten als Heimat eigenständigen Lebens bewährt.

Dieses steirische Raumbewußtsein ist leider unserer Generation und der Generation vor uns abhanden gekommen. Im Land Tirol lebt dieses Raumbewußtsein unvergleichlich stärker. Darum die Selbstverständlichkeit, mit der heute die Jungen und Alten in Nordtirol das Südtirol als zum Lande gehörig betrachten. Wäre dieses Raumbewußtsein nicht durch geistige Kräfte des 19. Jahrhunderts erschüttert worden, hätte Steiermark im Jahre 1918 nicht so große Teile des Landes verloren. Wären nicht die Menschen, die sich als Steirer bezeichneten, so selbstverständlich in einen anderen Staatsverband übergegangen, es wäre vielleicht auch in der restlich verbliebenen Steiermark nicht so leicht gewesen, die Bereitschaft nicht so schnell dagewesen, auf diese Teile zu verzichten und sie zu vergessen. Vielleicht waren auch die psychologischen Voraussetzungen für manche Dinge, über die wir uns heute kränken und sorgen, wie z. B. für die im Hohen Haus zur Sprache gekommenen Archivalienforderungen, andere geworden.

Hier haben wir unseren Teil zu tun; unsere Mittel sind bescheiden. Die Taten, die wir vollbringen können, sind, gemessen am großen Sinn, dem sie untergeordnet sind, klein, aber sie sind nicht kleinlich. Sie sind vielfältig, vielzählig und in der nüchternen Aufzählung der Haushaltsposten eines Landesvoranschlages scheinbar zusammenhanglos. Aber hingeordnet auf die Bestimmung, dem Land, seiner Eigenart und seiner Entwicklung zu dienen, gewinnen sie ihre innere Einheit. Der Naturschutz dient der Erhaltung des Landes. Die alten Hammerwerke haben sich einmal stimmungsvoll in die wasserreichen Täler unserer Alpen eingefügt; das moderne Industriegelände hat sich selbstherrlich das Umland eingegliedert und verlangt immer mehr Boden. Überlandleitungen und Verkehrsmittel aller Kategorien greifen tief in die bisher unberührten Gebiete hinein. Um so dringender wird es, noch bestehende, unversehrte Zeugnisse der Größe und Schönheit unseres Landes sinnvoll zu erhalten. Sie werden bald die letzten Inseln der Stille in Mitteleuropa sein und einmal zu den wertvollsten Kapitalien unserer Heimat zählen. Es wäre zu wünschen, daß der Naturschutzgedanke auch in der Bevölkerung einen Widerhall findet, damit die Wirtschaftsplaner in diesem Landschaftsbereich nicht kurzfristig sind, wo es um die wirkliche Erhaltung der Substanz unserer Heimat geht. Daß die Schladminger

Tauern zum Vollnaturschutzgebiet erklärt werden konnten, ist ein erfreuliches Positivum, das wir aus den vergangenen Jahren mitnehmen. Das grandiose Naturmonument der Dachsteinsüdwände mit seinem Vorland darf nicht länger eines besonderen Schutzes entbehren.

Neben dem Naturcharakter des Landes gilt es, seine kulturelle Prägung zu erhalten. Für die Freilegung eines größeren Quartieres der alten Römerstadt Flavia Solva bei Leibnitz wurden schon in diesem Jahr Probegrabungen unternommen. Für 1961 ist ein größerer Betrag vorgesehen, mit dem die eigentliche Freilegung begonnen und ein gutes Stück weitergeführt werden kann. Die allen sichtbaren Zeugnisse einer fast zweitausendjährigen Stadt in unserem Land werden sicher nicht nur unserer Jugend den Blick in die Geschichte der Heimat vertiefen helfen, sondern sich den anderen Anziehungspunkten des Fremdenverkehrs in dem sich immer mehr erschließenden Grenzland wirkungsvoll einfügen. In unseren Burgen und Schlössern, in unseren Kirchen und in den geschlossenen Zeilen der Bürgerhäuser unserer Städte und Märkte hat der Charakter des Landes in einer sich durch Jahrhunderte bewährenden Ausdrucksweise Gestalt gewonnen. Ihn zu bewahren und sinnvoll in das Leben der Gegenwart hineinzufügen ist der Sinn aller Mittel, die das Land für die Denkmalpflege ausgibt und unter der wertvollen Mithilfe des Landeskonservators bedachtsam verwendet.

Nichts anderes will auch die aus dem Gedenkjahr weitergeführte Arbeit: allenthalben im Lande zur Verschönerung und Gestaltung des Ortsbildes, zur Pflege der Kriegergedächtnisstätten und der kleinen Denkmäler bescheidener Volkskunst, wie der Bildstöcke und Wegkapellen, beizutragen.

Von Goethe stammt der Ausspruch: „Man kann als Gönner nicht die Kunst fördern, sondern nur die Künstler.“ Dasselbe gilt wohl auch von der Förderung der geistigen Anlagen eines Landes. Man kann nicht das Steirertum fördern, sondern nur die Steirer, die es in sich tragen, in ihrer Art, in ihren Anlagen, die sie entfalten sollen, in ihrem Lebens- und Leistungswillen, den es zu erwecken und wach zu halten gilt. In dieser Gesinnung fördern wir die 861 Schüler und Schülerinnen, die in den Landes-schülerheimen die Gelegenheit zum Besuch jener Schulen haben, die am Wohnsitz ihrer Eltern nicht bestehen, der Lehrerbildungsanstalten, der Handelsakademie, der Bundesgewerbeschulen, der allgemeinbildenden Mittelschulen und der Hauptschulen. Zu diesen Plätzen in den Landesschülerheimen kommen noch die Studienbeihilfen für Mittelschüler, die in einer Gesamthöhe von fast 1 Million Schilling 735 Schülern zugute kommen. Söhne des Landes sind es, Studentinnen und Studenten an den Hochschulen in Graz, Leoben und Wien, denen über 1200 Stipendien im Jahr zugewendet werden, für die im kommenden Voranschlag 1¼ Millionen Schilling vorgesehen sind. Das Studentenheim des Landes Steiermark am Rieshang gibt 133 Studierenden eine einfache, aber schöne und preiswerte Wohngelegenheit. Ich denke dabei an die Initiative des Herrn Landeshauptmannes, dem wir die Errichtung dieses Heimes verdanken. Wenn auch das

Land für alle diese Schulen, für ihre Organisation und ihren Lehrplan nicht zuständig ist, so trifft uns doch die ganze Verantwortung dafür, daß immer mehr junge Menschen die Möglichkeit zu lernen und zu studieren erhalten. Es ist zwar ein natürlicher Vorgang, daß jeder Berufsstand seinen Nachwuchs zunächst aus seinen eigenen Reihen rekrutiert, es muß aber jedem begabten jungen Menschen, gleichgültig, wo immer er geboren ist, die gleiche Chance gegeben werden, in den geistig führenden Berufsschichten seinen Platz zu finden. Es ist anerkennenswert, daß die Studienförderung heute nicht allein der öffentlichen Hand überlassen bleibt. Es muß aber nachdenklich stimmen, daß der Anteil der Studierenden aus der Bauernschaft und der Arbeiterschaft — ich habe konkrete Zahlen von der Arbeiterkammer nicht bekommen können, denn es zeigt sich immer wieder, daß zwar gewisse Statistiken bestehen, aber nie so gesammelt, wie man sie braucht —, obwohl die Bauernschaft immerhin ein Fünftel unseres Volkes bildet, 20% von den Studierenden aller Kategorien nicht überschreitet. Das ist ein Verzicht, den wir uns hier leisten und der uns einmal nachgerechnet werden wird. Das Bauerntum ist eine vitale Grundschicht des Volkes mit großer geistiger Begabung, und wenn Menschen aus dem Bauerntum die Möglichkeit haben, aus einer gewissen Grenze auszubrechen, dann hat es sich oft gezeigt, daß sie zu den führenden Persönlichkeiten des Volkes zu zählen waren. Hier ist also ein großes Nachholverfahren notwendig. Es sind dies außerordentliche Verhältnisse, meine Damen und Herren, und diese erfordern auch außerordentliche Mittel. 1970 und 1980 werden wir ohne Zweifel viel mehr Absolventen der höheren und hohen Schulen brauchen, als nach dem heutigen Stand der Schulbeschickung zu erwarten ist.

Wir haben gestern gehört, daß im Jahre 1963 800 Lehrerposten nicht besetzt werden können, wenn es so weitergeht. Das sind Dinge, die wir nicht einfach hinnehmen können. Es geschehen viele Dinge — ich glaube, der Herr Abg. Abmann hat das gestern aufgezeigt — die von der Behörde des Landesschulrates unternommen werden, um diese Situation aufzufangen, aber auch bei normalem Abgang der Absolventen der Lehrerbildungsanstalten in den nächsten Jahren werden wir nicht dorthin kommen, wo wir sein müssen. Es wäre zu überlegen, ob wir nicht im Hinblick auf diese Situation zu außerordentlichen Mitteln greifen sollten und Begabungen, die das 15. Lebensjahr erreicht oder überschritten haben, Gelegenheit geben sollten, eine Aufbaumittelschule zu besuchen. Das wäre ein Ausweg für junge Menschen, die bis zum 14. Lebensjahr nicht die Möglichkeit gehabt haben, zu studieren, obwohl sie begabt waren. Ihnen sollte man den Weg zu einer höheren Bildung erschließen.

Es ist kein Luxus, wenn wir uns auch die Förderung der Künste aller Art, die in unserem Land immer eine durch schöne Eigenart ausgezeichnete Heimstätte gefunden haben, angelegen sein lassen. Die Förderung steirischer Künstler, Maler, Bildhauer und Dichter geschieht mit immer noch bescheiden zu nennenden Mitteln, die aber immerhin ein Zeichen unseres guten Willens sind. Der Joanneum-Kunstpreis, der heuer zum zweitenmal ver-

geben wurde, soll ein ständiger Impuls für die Schaffenden unseres Landes sein. In unseren Volksmusikschulen wächst für das ganze Land eine neue Generation von Musikern heran, die die starke musische Begabung unseres Volkes in strenge Zucht nimmt und so zu sehr hoffnungsvoller Entfaltung führt. Der Kenntnis und dem Verständnis unseres Landes in der ganzen Vielfalt seiner natürlichen Bedingungen, seines wirtschaftlichen und kulturellen Lebens dient die Landesstelle für Bild- und Ton-Dokumentation, die in thematischer Zuordnung zu den einzelnen Abteilungen des Landesmuseums „Joanneum“ mit den modernen Mitteln der Bestandsaufnahme eine möglichst geschlossene Darstellung unserer Gegenwart anstrebt. In den wenigen Monaten ihres Bestandes hat sie ihre Fundamente aus einem klaren Grundriß entwickelt. Das Steirertum lebt in unserem Land, und wenn es auch oft unter den Sorgen und unter dem Kampf des Alltags verdeckt ist, aber wenn es aufgerufen wird, wenn es sich bekunden kann in einem festlichen Bekenntnis oder in Werken und Taten der Heimatliebe, erleben wir es allenthalben im Lande als einen echten Patriotismus. Das Zeugnis dafür hat uns das steirische Gedenkjahr gegeben.

Nicht anders aber hat sich auch das Kärntnertum in seiner unser ganzes Nachbarland umfassenden Lebendigkeit erwiesen bei der großen Kundgebung am 10. Oktober zur 40-Jahr-Feier der Volksabstimmung und nicht minder eindrucksvoll hat sich das Tirolertum im Jahre 1959 in der Erinnerung an das Schicksalsjahr 1899 bestätigt. Das sind die geistigen Substanzen, aus denen ein Bundesstaat wie unsere Republik lebt und leben soll, die er aber auch respektieren soll und die er damit zu den wirklich tragenden Kräften seiner Selbstverwirklichung gewinnt. Das Steirertum erwächst gewissermaßen aus den elementaren Anlagen. Das österreichische Bewußtsein, auch wenn es Durchklingen ist von gefühlsmäßigen Menschen, ist eine Sache des Bekenntnisses. Wir bekennen uns rückhaltslos zu Österreich als einer seit den Türkenkriegen auch im staatlichen Sinne immer klarer sich abzeichnenden Realität und politischen Notwendigkeit.

Ein eindeutiges Zeichen dieses Österreich-Bewußtseins des Steirers waren die Feiern zum „Tag der österreichischen Fahne“ in diesem Jahr 1960. Das steirische Volksbildungswerk hatte die Vorbereitungsarbeiten übernommen. Es hat ein Sonderheft herausgegeben mit dem Titel „Steirische Berichte zur Volksbildung und Kulturarbeit“, das sogar gewürdigt wurde, als Musterbeispiel in einem Anschlagkasten des Bundesministeriums für Unterricht ausgestellt zu werden. Es hat die Sinndeutung dieses Festes gegeben und Anregungen, es richtig zu gestalten. Die von Wien aus etwas zu spät gegebene Parole, den Tag der Fahne nicht zu feiern, wurde in Steiermark kaum zur Kenntnis genommen, und so kam es, daß am 26. Oktober die ach so bösen Steirer sich zum österreichischen Vaterland bekannten, während die Nieder-, Ober- und manche Überösterreicher geschwiegen haben und es nicht taten. Aber gleichgültig, wie immer der Streit um diesen nationalen Feiertag endet, in der Grundgesinnung werden wir die Gleichen bleiben, freilich immer

auch mit dem Vorbehalt, daß wir neben der rot-weiß-roten Flagge auch unsere weiß-grünen Landesfarben hissen, denn auch sie ist eine österreichische Fahne.

Eine österreichische Aufgabe wäre auch ein Projekt, das ich dem wohlwollenden Interesse des Hohen Landtages anvertrauen möchte. Es ist noch ein Plan, aber ein Plan, der immerhin schon reiflich überdacht ist und viele Vorarbeiten veranlaßt hat, so daß man von ihm schon reden kann. Es handelt sich um ein österreichisches Freilichtmuseum: eine Aufstellung volkstümlicher Baudenkmäler, Bauernhäuser und ländlicher Gebäude, die in einer fast tausendjährigen Gestalt den Wohnraum unseres Volkes gebildet haben und die nun im Zeitalter einer den letzten Graben erreichenden Technisierung für immer zu versinken drohen. Es ist buchstäblich kein halbes Jahr mehr zu verlieren, um diese Kulturdenkmäler zu retten. Für diesen Plan soll das Land Steiermark das notwendige Areal zur Verfügung stellen. Ich darf hier mit Dankbarkeit feststellen, daß nicht nur der Herr Landeshauptmann mit großem Interesse und Verständnis seine schützende Hand über dieses Projekt erhoben hat, sondern auch in Gesprächen mit dem Landesfinanzreferenten die Möglichkeiten geprüft wurden und das Vorhaben nicht für ausgeschlossen gehalten wurde. Das Land sollte ein ganz bestimmtes Areal zur Verfügung stellen. Bedeutende Wirtschaftskreise haben ihre Mitwirkung zugesagt, und diese Mitwirkung wird auch von seiten der anderen Bundesländer gesichert werden müssen. Ich weiß nicht, wer das Glück und das Vergnügen hatte, die Freilichtmuseen in Holland, vor allem die der skandinavischen Länder, zu sehen. Sie sind nicht nur die großen wertvollen Kulturdenkmäler, sondern auch Nationalheiligtümer geworden und zählen zu den überragenden Anziehungspunkten des Nordens für den Fremdenverkehr. Ein österreichisches Freilichtmuseum in der Steiermark könnte manche Nachteile, die wir gegenüber Salzburg und Kärnten haben, einigermaßen aufheben.

Noch ein Wort darüber, wie wir, einer steirischen Verpflichtung entsprechend, unsere bescheidenen Mittel auch für ein geeinigtes Europa verwenden. Seit einigen Jahren haben wir in unserem Budget eine Haushaltsstelle für das Europahaus in Neumarkt, für das Schloß Forchtenstein. Wir freuen uns über die große Aktivität, die der „Bund Europäischer Föderalisten“ in unserem Lande, vor allem aber der „Bund Europäischer Jugend“ mit den Europawahlen entfaltet hat. Hier wird von kleinem Kreise aus Beachtliches geleistet. Vom Kulturreferat der Landesregierung aus wurde im vergangenen Jahr gemeinsam mit der Karl-Franzens-Universität die „Steirische Sommerakademie“ veranstaltet, die unter dem Generalthema „Die Steiermark, ein Land der Begegnung“ Vorträge und Vortragende gesammelt hat, die in ihrer Auswahl eine kleine gelehrte Europakonferenz gewesen ist. Die Sommerakademie wird auch im kommenden Jahr veranstaltet; diesmal wird, stärker als bisher, von der Landesseite her das „Joanneum“ Träger dieser Veranstaltungen sein, das damit gleichzeitig seinen 150jährigen Bestand feiert.

Und schließlich ist es ein wirklich europäisches Anliegen, das wir unter der Parole „Jeder Steirer lernt eine zweite Sprache“ zu verwirklichen uns bemühen. Freilich ist das nicht eine Aufgabe, die in einem oder in fünf Jahren erledigt werden kann. Das steirische Volksbildungswerk wird für jeden Menschen in diesem Land, der es will und kann, die Gelegenheit schaffen, eine Sprache zu lernen. Ausgesetzte Prämien für Lehrer und Lernende sollen den Anreiz für diese wichtige Sache wachhalten. Im großen Österreich haben einmal die anderen Nationalitäten die deutsche Sprache lernen müssen und können; sie ziehen heute noch Nutzen daraus. Wenn es uns ernst ist mit unserem Willen, weil wir hier und heute leben, dem Völkerfrieden in der Zusammenarbeit, wenigstens unter den europäischen Völkern, und unseren Nachbarn zu dienen, dann müssen wir in einem späten Nachholverfahren die Sprache der anderen erlernen, um sie verstehen und uns mit ihnen verständigen zu können. Welcher Vorteil aber wäre es auch, wenn es sich herumspräche, daß es keinen Ort in unserem Lande gibt, in dem nicht jeder Fremde in seiner Muttersprache die erwünschten Auskünfte erhalten könnte. Alle diese Dinge, die ich nannte, sind nur Beispiele für das Bemühen, das Heimatbewußtsein unserer Menschen zu stärken und aus diesem Gefühl heraus und für diese Welt ihre menschliche Pflicht erfüllen zu helfen.

Etwa 3 Prozent des gesamten Budgets sind es, die uns zur Verfügung stehen, aber alle Kraft und aller Idealismus dieses Landes, der Lehrer, Volksbildner, Künstler und Wissenschaftler werden zu diesen 3 Prozent dazugegeben, und so bewahren und stärken wir auch das innere Leben dieses Landes, die Seele dieses Landes. Das wird für den wirtschaftlichen Fortschritt und den sozialen Aufstieg unseres Landes gewiß kein Hindernis sein. (Allgemein sehr freundlicher Beifall.)

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter **Gottfried Brandl:** Die in den gestrigen Abendstunden begonnenen Diskussionen und die heute fortgesetzten Ausführungen zur Gruppe 3 des Landesvoranschlages haben den Beweis erbracht, welche Bedeutung dem steirischen Kulturleben zukommt. Das Übernommene zu erhalten und das Kulturleben auf allen Gebieten zu erneuern, muß auch in Zukunft eine Aufgabe des Landes bleiben. Ich wiederhole den Antrag, den ich gestern als Berichterstatter gestellt habe, das Hohe Haus möge das Kapitel 3 des Landesvoranschlages genehmigen.

Präsident: Wir können zur Abstimmung schreiten. Ich ersuche die Abgeordneten, die der Gruppe 3 ihre Zustimmung geben, eine Hand zu erheben. (Geschicht.)

Gruppe 3 ist angenommen.

Wir kommen zur

Gruppe 4,

Fürsorgewesen und Jugendhilfe.

Berichterstatter ist Abgeordneter Hofbauer. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Hofbauer**: Hoher Landtag! Bei der Gruppe 4, Fürsorgewesen und Jugendhilfe, haben wir auf der Ausgabenseite rund 90 Millionen zu verzeichnen und auf der Einnahmenseite etwas über 41 Millionen. Die gesamten Ausgaben stiegen für das Budget 1961 um 9 Millionen, aber auch auf der Einnahmenseite stellen wir eine Mehreinnahme von 6 Millionen fest. Bei genauer Betrachtung dieser Zahlen müssen wir weiters feststellen, daß das Land Steiermark immerhin 48'75 Millionen aus öffentlichen Mitteln für die Fürsorge aufwenden muß. Neu hinzugekommen zur Gruppe 4 sind die Untervorschlagsposten 669, 706, 707, 708 und 709. Bei diesen neuen Posten handelt es sich um Förderungsposten, die zum Teil in das Referat des Ersten Landeshauptmannstellvertreters Matzner fallen und zum Teil dem Herrn Landesrat Brunner zukommen. Bei diesen Förderungsbeiträgen handelt es sich um die Unterbringung von jungen Menschen in landwirtschaftlichen Lehrhöfen, Lehrwerkstätten, in Berufs- oder Werkschulen. Ganz allgemein wäre zu den Ansätzen der Gruppe 4 zu sagen, daß zwei Faktoren sich hier abzeichnen, die die Erhöhung auf der Ausgabenseite betreffen. Das sind einmal die Personalkosten mit Rücksicht auf die Verkürzung der Arbeitszeit und die normalen Vorrückungen. Hier beträgt der Mehraufwand 1,611.000 S. Der zweite Faktor ist der, daß sich mit Wirkung vom 1. Dezember 1960 die Fürsorgerichtsätze erhöhten, die ins Budget 1961 eingebaut werden mußten.

Ich darf weiterhin zu den Ansätzen der Gruppe 4 besonders hervorheben, daß sich die Wohnraumbeschaffung für kinderreiche Familien sehr segensreich ausgewirkt hat und daß diese Post eine Erhöhung um 400.000 S erfährt. Ganz besonders möchte ich aber erwähnen, daß die Blindenbeihilfe, die das Land Steiermark gewährt, eine Erhöhung um rund 665.000 S zu verzeichnen hat. Das Land Steiermark zahlt an 1050 Menschen die Blindenrente aus. Davon sind in der Steiermark allein 630 Vollblinde. Die Blindenrente beträgt im einzelnen 300 bis 500 S. Erwähnenswert erscheint mir auch, daß das Land Steiermark eine Vollmilch- und Weißbrotaktion durchführt, bei der in 193 Schülerspeisungen und 76 Vollkoststellen die Schüler betreut werden. Weiters möchte ich erwähnen, daß bei der Flüchtlingsfürsorge auch eine steigende Tendenz zu verzeichnen ist.

Wenn wir noch vor einigen Minuten die Gruppe 3 zu Ende führen konnten, so wurde dort von reinen Ewigkeitswerten und ethischen Werten gesprochen, während wir es hier in der Gruppe 4 mit rein menschlichen Dingen zu tun haben, bei denen das Land helfend eingreifen muß. Ich glaube, wir können uns glücklich schätzen, daß wir in der Lage sind, einen so hohen Betrag bedürftigen Menschen zuführen zu können.

Der Finanzausschuß hat sich in seiner Sitzung vom 9. Dezember 1960 mit den Ansätzen und den Erhöhungen, die rund 300.000 S ausmachen, beschäftigt und die Ansätze zustimmend zur Kenntnis genommen. Namens des Finanzausschusses ersuche ich das Hohe Haus, der Gruppe 4 die Zustimmung zu erteilen.

Abg. **Hella Lendl**: Ich möchte über eine Gruppe von Menschen und über das Leid und die Schwierigkeiten, die sie mitmachen, sprechen, denn auch diese bedürfen unserer Hilfe, und es gehört zu unseren Aufgaben, ihnen zu helfen. Es sind dies die zerebral gestörten oder gehirngeschädigten Kinder, die eine große Belastung für die betroffenen Eltern beziehungsweise deren Familien bedeuten. Sie zeichnen sich durch Eigentümlichkeiten aus, die auf die Außenwelt sehr störend wirken. Sie sind von einer Unruhe erfaßt, können überhaupt keine Minute stillsitzen, lernen auch nichts aus der Erfahrung und arten oft in Schrei- oder Zornkrämpfe aus. Die Mutter eines solchen Kindes ist vom frühen Morgen bis zum späten Abend überdurchschnittlich beansprucht und es leidet die ganze Familie darunter. Es ist aber auch schon vorgekommen, daß Eltern sich Vorwürfe wegen eines solchen Kindes machten und daß dadurch Ehen in Brüche gegangen sind. Die Zahl der Minder- und Schwachbegabten, denen man noch helfen könnte, ist weitaus größer als die der Blinden, Taubstummen oder Gelähmten. Solche Kinder gehören schon vom zartesten Alter an zu den Ausgestoßenen der menschlichen Gesellschaft. Derzeit gibt es etwa 1000 Gehirngeschädigte in der Steiermark. Sie wachsen über den Intelligenzgrad eines sechs- bis siebenjährigen Kindes nicht hinaus, sind aber oft körperlich sehr kräftig, und bei richtiger ärztlicher und individueller Behandlung wäre der Großteil von ihnen durchaus arbeitsfähig. Früher waren diese meist nur kurzlebigen gehirngeschädigten Kinder hauptsächlich den Familien überlassen und manches dieser armen Geschöpfe wurde auf dem Land — verzeihen Sie mir den Ausdruck, der sicher sehr hart ist — zu einem Dorfrottel gestempelt und in den Städten wurden diese Kinder, weil sie in der Öffentlichkeit nicht tragbar waren, in Siechenhäuser oder andere Anstalten eingewiesen. Diese Anstalten boten aber früher kaum die Möglichkeit, die geistige Weiterentwicklung dieser Kinder zu fördern. Sie werden in diesen Anstalten nicht beschäftigt, sind sich selbst überlassen und ihr Zustand verschlechtert sich dadurch. Die Eltern wollen ihre Kinder auch nicht in das Pius-Institut in Bruck oder in die Anstalt am Feldhof einweisen lassen, obwohl dort Kindergärten, Sonderklassen und Beschäftigungsklassen für Mädchen und Buben geführt werden. Es ist auch nicht gut, daß man Kinder, die noch bildungsfähig sind, mit den Irren in einer Anstalt unterbringt. Außerdem hat man erkannt, daß eine Einweisung in eine Anstalt möglichst spät erfolgen soll, denn die Geborgenheit und die Nestwärme im häuslichen Niveau trägt viel zur sozialen Einordnung solcher Kinder bei. Voraussetzung hiezu ist natürlich ein geordnetes Elternhaus, aber auch eine ambulante und vorübergehende stationäre Behandlung ist notwendig. Seit 20 Jahren arbeitet man an

der Rehabilitation solcher Kinder, und durch die modernen Medikamente und neuen Erkenntnisse auf dem Gebiet der Heilpädagogik, Heilgymnastik und der Psychologie sowie modernen Operationstechnik wurden überraschende Erfolge erzielt. Je früher eine ärztliche Behandlung einsetzt, und diese soll womöglich gleich nach der Geburt erfolgen, desto größer sind die Erfolgsaussichten. Es kommt immer wieder vor, daß Eltern mit ihrem Kind von Arzt zu Arzt laufen, die schwersten finanziellen Opfer bringen und der Erfolg trotzdem ausbleibt. Durch die moderne Behandlungsmethode und Medikamente wird das Lebensalter der Gehirngeschädigten, das früher im Durchschnitt 30 Jahre betrug, jetzt dem eines gesunden Menschen gleichgehalten. Daher finden wir jetzt eine größere Zahl solcher Patienten vor. Wenn heute besondere Kindergärten, Hilfs- und Sonderschulen geschaffen werden, so ist damit noch nicht alles getan. Denn wenn die Kinder die Altersgrenze erreichen und aus der Schule entlassen werden, ist in den meisten Fällen doch wieder die Einweisung in eine Anstalt notwendig, wo sie ihr ganzes Leben ohne Betätigung verbringen. Nach der Schulentlassung sind diese jungen Menschen große, kräftige Leute, sie sitzen zu Hause herum, man kann sie nirgends unterbringen, sie verbringen ihre Freizeit auf der Straße und werden dort zum Gespött ihrer Mitmenschen, werden aber oft auch zu kriminellen Handlungen mißbraucht, denn sie haben selber ja keine Urteilsfähigkeit. Die meisten derart Geschädigten besitzen einen geringen Intelligenzgrad, haben aber sehr oft Begabung für Handarbeit. Eine Heilung dieser Kinder ist nicht möglich, aber es müßte versucht werden, geschützte Werkstätten zu schaffen, wo sie unter fachmännischer Leitung liebevoll betreut und zur Arbeit angeleitet werden. In ganz geringer Zahl finden Zerebralgestörte Arbeit in der Landwirtschaft, es ist dies derzeit die einzige Möglichkeit, diese Patienten außerhalb einer Anstalt unterzubringen. Sie in die Wirtschaft einzugliedern, ist aus arbeitsrechtlichen Schwierigkeiten nicht möglich, es lehnen aber auch die Arbeitskameraden die Einstellung eines solchen Kranken ab. Aber von den behandelten Fällen wäre ein Großteil fähig, an geschützten Arbeitsstätten in der Wirtschaft produktive Arbeit zu leisten. Es wäre aber das Geld, welches für die Behandlung und für die Sonderschulung ausgegeben wird, unvernünftig verwendet, wenn zum Schluß diese Kinder wieder in einer Anstalt landen müßten. Durch besondere Behandlungsmethoden könnten mindestens zwei Drittel dieser zerebral gestörten Kinder soweit hergestellt werden, daß sie bildungsfähig und auch für die Umwelt tragbar sind.

In Wien existiert seit zirka 5 Jahren eine Anstalt für gehirngeschädigte Kinder, welcher eine Ambulanz angegliedert ist, und seit Bestehen dieser Einrichtungen kann eine große Anzahl dieser Kinder in häuslicher Pflege gelassen werden und braucht nicht in eine Anstalt kommen. Man hat aber in Wien angefangen, durch „Jugend am Werk“ geschützte Werkstätten zu errichten, und dieser Versuch ist erfolgreich gelungen. Diese jungen Menschen arbeiten dort mit Freude, denn sie haben jetzt auch eine Lebensaufgabe. Diesem Beispiel

folgt auch „Jugend am Werk“ in Graz und ist bemüht, für ungefähr 20 Jugendliche eine derartige Einrichtung zu schaffen. Es sollen dort Hilfsarbeiten für Gewerbebetriebe geleistet werden, und alle Jugendlichen erhalten ein Taschengeld und die Verpflegung, damit sie auch an dem Erfolg materiell beteiligt sind.

Von 100 neugeborenen Kindern sind im Durchschnitt 2 Kinder vom Schicksal, gehirngeschädigt zu sein, betroffen, aber auch gesund geborene Kinder können durch Krankheit oder durch Unfälle zu solchen bedauernswerten Geschöpfen werden. Hilfe für diese Kinder ist berechtigt. Die Errichtung einer Behandlungsstation mit einer Ambulanz nach modernen Gesichtspunkten, zu welchen die Eltern um Rat und ärztliche Hilfe kommen können, ist notwendig, ebenso die Schaffung einer Abteilung, wo diese Kinder vorübergehend zum Zwecke der Behandlung stationäre Aufnahme finden. Die Betreuung bei Blinden, Taubstummen, Körperbehinderten ist heute längst eingeführt und es muß daher von jedem als selbstverständlich empfunden werden, daß solche Einrichtungen für zerebral gestörte Kinder unbedingt notwendig sind. Diese bedauernswerten Kinder sollen nicht das Ziel des Spottes sein, es sind menschliche Wesen, die unserer Hilfe bedürfen. (Allgemeine Zustimmung.)

Abg. Krempf: Jeder Mensch, der im Besitz der geistigen und körperlichen Kräfte ist, hat heute die Möglichkeit in unserem Land zu arbeiten. Er hat die Möglichkeit etwas zu sparen, etwas auf die Seite zu legen. Er kann sich ein Radio, einen Fernsehapparat, ein Auto, eine Waschmaschine kaufen, die günstige Wirtschaftslage in Österreich ausnützen und sich und seiner Familie einen Wohlstand schaffen, wie ihn seine Väter und Großväter nicht gehabt haben. Es herrscht im Lande Vollbeschäftigung, ja es herrscht eine solche Vollbeschäftigung, daß die österreichische Wirtschaft sich Arbeitskräfte aus dem Ausland engagieren muß, um den steigenden Anforderungen gerecht zu werden. 2.300.000 Arbeiter und Angestellte leben in einem Staat, der sich bemüht, in jeder Hinsicht das Beste zu bieten und das Beste zu geben.

Wir dürfen mit gewissem Stolz feststellen, daß die Sonne des Wohlstandes in unserem Land scheint. Aber dieser Wohlstand ist uns nicht von ungefähr in den Schoß gefallen. Die Kraft, aus der uns dieser Wohlstand erblüht ist, ist einzig und allein der Fleiß, die Begabung, das Verantwortungsbewußtsein, die Verantwortungsfreude jener Menschen, die mitgeholfen haben, diesen Wohlstand zu schaffen, jener Menschen, die in Österreich und in der Steiermark gearbeitet haben. Jeder arbeitsfähige Mensch, ob Angestellter, Arbeiter, Gewerbetreibender oder Bauer, versteht die Sprache der „klingenden Münzen“ sehr gut, und als verantwortungsbewußte Politiker im Land haben wir die große Aufgabe, diesen Menschen vor Augen zu führen und nicht genug vor Augen zu führen, daß hinter diesem gesamten Wohlstand und hinter dem Wohlfahrtsstaat der sogenannte Versorgungsstaat steht, der uns alles gibt, und hinter diesem der totalitäre Staat, der den Menschen wieder alles wegnimmt.

Ein Blick hinter den eisernen Vorhang genügt. Ich brauche Ihnen nicht des weiteren den Freiheitskampf des ungarischen Volkes vor wenigen Jahren zu erklären, aus welchen Gründen die Ungarn zu den Waffen gegriffen und versucht haben, das Regime, das ihnen nicht gepaßt hat, das sie niederdrückte, aus dem Land zu treiben. Aus diesen Gründen müssen wir als verantwortliche Politiker im Land einer Politik unsere ganze Kraft zur Verfügung stellen, die der Steiermark und Österreich die Freiheit und Würde als Mensch und Staatsbürger garantiert.

Aus diesem Grunde müssen wir auch nein sagen, wenn unser derzeitiger Koalitionspartner uns Forderungen auf den gemeinsamen Tisch legt, müssen uns dagegen wehren, wenn aus wahltaktischen Gründen und dem Streben, endlich an die Macht zu kommen, das Volk aufgeputscht wird, über seine Kraft zu leben und dann, wenn die Kassen leer sind, von Sparsamkeit und wirtschaftlicher Verantwortung zu sprechen.

Woher der Herr Vizekanzler angesichts der VOEST-Schlafwagenonderzug-Affaire den Mut genommen hat, im Radio die Rede von der Sparsamkeit zu halten, ist mir nicht bekannt. Ich glaube, wir müssen hier einer Meinung sein, daß die gesamte verstaatlichte Industrie dem Volk und Österreich gehören und nicht der SPO oder dem Herrn Vizekanzler mit der ominösen Sektion IV. (LR. Maria Matzner: „Was heißt ominös? Ist doch gemeinsam beschlossen!“) Ich glaube, meine Damen und Herren, wenn man auf diese Weise systematisch auf Wahlstimmenfang ausgeht, wenn man auf diese Art und Weise die Wirtschaft systematisch zugrunde richten will, dann muß man wirklich und aufrichtig an der Ehrlichkeit unseres Koalitionspartners zweifeln. (Zwischenruf: „Sehr richtig!“) Minister Kreisky zitiert, „die SPO ist die Partei für die schlechteren Zeiten“, da hat er vollkommen recht, weil Sie, meine Damen und Herren, die schlechten Zeiten herbeiführen müssen, damit Sie politisch das erreichen, was Sie wollen. (Abg. Wurm: „Dafür hat der Arbeiter soviel geopfert! Eine Gemeinheit! Mit einer halben Semmel nur sind sie in die Grube gefahren!“) (Abg. Wegart: „Das kann der Kumpel genau beurteilen!“) Wir sind ehrlich bemüht, zu sparen, aber bei Ihnen wird immer nur gefordert. (Abg. Gruber: „Sparen gilt nur für uns, nicht für Euch!“) (Verschiedene Zwischenrufe, Unruhe, Glockenzeichen des Präsidenten.) Diese Lizitationspolitik scheint Ihr prädestinierter Weg zu sein, um an die Macht zu kommen. Aber mit diesen maßlosen Forderungen gefährden Sie die Wirtschaft und in der Folge selbstverständlich auch unsere Arbeitsplätze. Und diejenigen, die dann draufzahlen, das sind diejenigen, die Sie zu schützen vorgeben, es sind die Rentner und Pensionisten. Und wenn ich bedenke, daß heute 2 Beschäftigte für einen Rentner sorgen müssen, dann frage ich Sie, wer soll für diese Rentner und Pensionisten sorgen, wenn wir arbeitslos geworden sind? So weit kommt es nämlich noch, wenn wir dieser gefährlichen Tendenz der SPO nachgeben und ihre sämtlichen Forderungen und Wünsche erfüllen müßten. Dann könnten wir uns in wenigen Jahren sämtliche sozialen Errungenschaften auf den

Hut stecken. Was wir brauchen, sind nicht schlechte Zeiten, sondern Ruhe und Ordnung für unser Land, damit wir erfolgreich das, was wir auf sozialem Gebiet errungen haben, nicht nur erhalten, sondern noch weiter ausbauen können. (Beifall bei ÖVP.) Und zu diesem Aufbau der sozialen Errungenschaften gehört auch das, was gestern Kollege Gruber gesprochen hat von der Angleichung der Arbeiter an den Angestelltenstand. Wir sind weit davon entfernt, hier Gleichmacherei zu betreiben, denn Gleichmachen und Gleichschalten kann nicht mit Aufstieg verglichen werden, weil ihn das nur unterbindet. Wenn die Arbeiter einen verlängerten Urlaub bekommen und wenn die Karenzzeit bei Krankheit erlassen oder verkürzt wird und die anderen verschiedenen Paragraphen, die das Sozialministerium in einem Kodex mit 15 Hauptabschnitten herausgegeben hat, so fordert das nicht die SPO, wie Sie behauptet haben, Herr Kollege Gruber, sondern das ist eine Forderung des Gewerkschaftsbundes, und der steht auf einer überparteilichen Basis, und wenn Sie anders informiert sind, dann müssen Sie es nur sagen. (Abg. Gruber: „Und wer ist dagegen? Gegen die Kodifizierung des Arbeitsrechtes?“) (Abg. Wegart: „Eure Angestellten sind dagegen!“) (Abg. Dr. Pittermann: „Wir reden von der Wurst und der vom Abbeißen!“) (Heiterkeit!) (Abg. Gruber: „Ich habe nur gefragt, wer dagegen ist.“) Seien Sie froh, daß die christlichen Gewerkschafter da sind, denn sonst würden Sie nicht mehr überparteilich sein. Nur die Geschlossenheit aller Angestellten und Arbeiter im Gewerkschaftsbund hat es erreicht, daß diese Errungenschaften erzielt werden konnten. (Abg. Wegart: „Fragen Sie die Angestellten von der Alpine oder Böhler, sind die auch dafür? Die werden Euch noch einheizen! Ihr werdet schon sehen!“)

Ich will das Wort „Arbeitnehmervertreter“ gar nicht in den Mund nehmen. Für uns gibt es Arbeiter und Angestellte, weil der Angestelltenstand strukturell und sozial gewachsen ist und als solcher erhalten bleiben muß. Wir wollen kein Nivellieren und kein Gleichschalten wie in einem Kollektiv, für uns gilt jeder nach seiner Leistung. (Kleine Pause.) (Abg. Gruber: „Jetzt weiß er nicht weiter.“) Ich muß Ihnen ja Zeit lassen zum Nachdenken. (Heiterkeit.) Was wir wollen, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist, daß die Krankenkassen, die Unfallversicherung, die Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten und Arbeiter, die landwirtschaftliche Zuschußversicherungsanstalt und die Pensionsversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft selbständig werden und unabhängig werden von den staatlichen Zuschüssen und den Steuergeldern. Die soziale Frage zieht sich durch alle Berufsstände. (Abg. Gruber: „Der letzte Ausweg ist immer der, daß Sie persönlich werden, aber das kennen wir ja!“) Ich glaube schon, daß der Arbeiter und Angestellte auch Verständnis hat für die sozialen Bedürfnisse der anderen Berufsstände, sonst hätte gestern der Herr Abg. Sebastian nicht in einem fort über die arbeitenden Menschen gesprochen. Wir nennen das Kind beim Namen, wir sagen, es gibt Arbeiter, Angestellte, Bergbauern, Kleinbauern und Gewerbetreibende, die des sozia-

len Schutzes bedürfen. Sie sagen immer „arbeitende Menschen“, weil Sie fürchten, daß irgend- einer schief schauen könnte. Wenn ich bei der letzten Finanzausschußsitzung apostrophiert worden bin, dann wohl nur deswegen, weil ich von der ÖVP bin, von jener Partei, die auf alle Berufsstände Rücksicht nimmt, und das stimmt auch. Sie trauen sich das ja nur nicht zu sagen, Sie reden daher immer nur von „arbeitenden Menschen“. Meine Damen und Herren, das Gebot der Nächstenliebe setzt voraus, daß zwischen Mensch und Mensch eine Verpflichtung besteht, daß einer dem anderen etwas zu geben hat. Auch in Zeiten des Wohlstandes bleibt dieses Gebot aufrecht, ebenso wie in Zeiten der Not. Es muß die Sorge um die Mitmenschen besonders für die gewählten Vertreter des Volkes die vornehmste Verpflichtung sein. Unser Nächster ist selbstverständlich der Pensionist, der Rentner, ist selbstverständlich mein Arbeitskamerad, auch der Bauer, der Gewerbetreibende; echte Hilfe und Fürsorge ist für die ÖVP keine Frage des Wahlkampfes und der Wahltaktik, sondern ein Herzensbedürfnis.

Wir haben das Budget erstellt. Die sozialen Ausgaben des Landes machen 45,22 Prozent, also fast die Hälfte des Gesamtbudgets aus. Wir sind uns unserer sozialen Aufgaben bewußt, daß neben den hilfsbedürftigen Personen auch caritative Verbände, wie z. B. der Kriegsoferversband, subventioniert werden können. Ich glaube, wir müssen in diesem Zusammenhang allen Steuerzahlern unseren Dank aussprechen, die Woche für Woche, Monat für Monat an das Finanzamt ihren Obolus entrichten müssen. Ob Arbeiter oder Angestellter, ihre wirtschaftliche Kraft ist es, die unsere sozialen Leistungen bestimmt. Sie sind die Träger der Sozialpolitik, und wenn wir jene nicht vergessen, die unserer Hilfe bedürfen, wollen wir auch daran denken, woher das Geld kommt. In diesem Sinne stimmen wir den Ansätzen der Gruppe 4 zu (Beifall bei ÖVP.)

Präsident: Es wurde der Wunsch geäußert, dem Landeskulturausschuß Gelegenheit zu geben, während einer Unterbrechung des Landtages die Beratungen über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 101, Gesetz, mit dem die Steiermärkische Landarbeitsordnung abgeändert wird (Steiermärkische Landarbeitsnovelle 1960) fortzuführen. Der Landeskulturausschuß wird daher heute Mittag anschließend an die Beratungen des Finanzausschusses, die um 12 Uhr beginnen, also ungefähr um 12.15 Uhr im Zimmer 56, die Beratungen über diese Vorlage durchführen.

Ich unterbreche die Landtagssitzung und bitte die Mitglieder des Finanzausschusses, in das Sitzungszimmer des Finanzausschusses, Nr. 56, zu kommen.

Die Sitzung wird um 15 Uhr fortgesetzt.

(Unterbrechung der Sitzung: 12 Uhr—15.05 Uhr.)

Präsident: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Der Verkehrs- und volkswirtschaftliche Ausschuß und der Finanzausschuß haben heute vormittag die Beratungen über folgende Geschäftsstücke abgeschlossen und mit Rücksicht darauf, daß vor den Feiertagen keine Sitzung mehr anberaumt wird, auf die heutige Tagesordnung gesetzt:

8. Mündlicher Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 350, zum Antrag der Abgeordneten Hans Bammer, Friedrich Hofmann, Karl Operschall, Anton Afritsch und Genossen, betreffend die Fortsetzung der Elektrifizierungsarbeiten an den steirischen Strecken der Österreichischen Bundesbahnen.
9. Mündlicher Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 351, zum Antrag der Abgeordneten Adalbert Sebastian, Hans Bammer, Fritz Wurm, Otto Röber und Genossen, Einl.-Zahl 351, über Schritte bei der Bundesregierung wegen Überprüfung der Verordnung des Bundesministeriums für Finanzen vom 27. Jänner 1960, BGBl. Nr. 28, betreffend Änderung des Geschäftsplanes in der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung.
10. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 333, zum Antrag der Abgeordneten Karl Lackner, Dr. Alfred Rainer, Gottfried Ertl und Oswald Ebner, betreffend Aufhebung der den Gemeinden Donnersbach und Donnersbachwald mit Landtagsbeschluß vom 27. November 1952, Nr. 295, anläßlich der Übernahme der Gemeinestraße Donnersbach—Donnersbachwald als Landesstraße auferlegten Verpflichtung zur Leistung eines Instandsetzungsbeitrages von 300.000 bzw. 350.000 S hinsichtlich der noch aushaftenden Restbeträge.
11. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 47, über die Bedeckung einer überplanmäßigen Ausgabe für die Förderung der wissenschaftlichen Publikation „Erzherzog-Johann-Biographie“ von Dr. Theiss.
12. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 450, über die Bedeckung überplanmäßiger Ausgaben im ordentlichen Haushalt für die Gewährung eines Beihilfebetrages an die durch die Unwetterkatastrophe vom 12. August 1960 in der Oststeiermark Geschädigten.
13. Mündlicher Bericht des Landeskulturausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 101, Gesetz, mit dem die Steiermärkische Landarbeitsordnung neuerlich abgeändert wird (Steiermärkische Landarbeitsordnungs-Novelle 1960).

Das Wort hat nunmehr Frau Abg. Egger.

Abg. **Edda Egger:** Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! In der vorigen Landtagssitzung wurde von den Abgeordneten der ÖVP ein Antrag auf Errichtung einer Sozialakademie eingebracht, der überzeugender als viele Worte ist, unser Ja für die Fürsorge aufzeigt, denn durch die Arbeiten dieser Akademie wird manches im Bereich der Fürsorge wirklich verbessert werden können.

Diese Sozialakademie soll — erstmalig in Österreich als eine höhere Lehranstalt für Sozialarbeit — junge Menschen beiderlei Geschlechts in mehrjähriger Schulung zu Fürsorgern, Heimerziehern, Bewährungshelfern, Jugendpflegern und Sozialarbeitern im administrativen Dienst heranbilden. Sie

wird also jungen Menschen Fachkenntnisse, und zwar spezielle Fachkenntnisse für die verschiedenen Bereiche der Fürsorge vermitteln, weil die Fürsorgerin allein, wie wir sie heute ausbilden, nicht alles bewältigen kann, was an Hilfeleistung und sozialer Arbeit notwendig ist. Auch soll eine Weiterschulung von bereits tätigen Erziehern und auch die Ausbildung von Jugendhelfern vorgenommen werden.

Nun fragt es sich, warum dieser Aufwand, so viel neue Berufe, so viele daraus entstehende Kosten? Die Praxis des Lebens zeigt immer wieder, daß heute in der Fürsorge Verwalten und Geldverteilen nicht genügen. Es ist unbedingt eine Intensivierung des Menschlichen auch in der Fürsorge nötig, und dazu braucht man geschultes Personal; das nicht nur über Fachkenntnisse verfügt. Diese Menschen müssen auch selbst menschlich reif und urteilsfähig sein und über eine gute Allgemeinbildung verfügen. Daher ist es notwendig, daß sie eine wirklich lange und gründliche Ausbildung haben, die auf eine mittlere Lehranstalt aufbaut. Fachleute können bei den Hilfsbedürftigen den Angelpunkt besser erkennen und dort eingreifen, und damit läßt sich bei geringerem Aufwand eine größere Hilfeleistung erzielen. Es werden vor allem auch die Mängel frühzeitiger erkannt, und damit wird eine bessere Möglichkeit zur Wiederherstellung gegeben. Wir sehen es zum Beispiel an der steigenden Zahl der in die Fürsorgeerziehung eingewiesenen Jugendlichen über 16 Jahre, wie notwendig es ist, daß Mängel und Schäden frühzeitig erkannt werden. Wenn sie erst nach dem 16. Jahr eine solche Hilfe bekommen, dann ist der Erfolg sehr fraglich, dann ist schon soviel verfahren, daß eine Erziehung nicht mehr alles wiedergutmachen kann, wenn überhaupt noch etwas.

Wir brauchen auch immer wieder Menschen, die helfen können, den jugendlichen Straftlassenen zurück ins Leben zu führen. Für alle jugendlichen Straftlassenen ist es ein besonders schwieriger Moment, den Kontakt mit der Umwelt wieder zu finden, wenn sie selber in einen Beruf finden sollen und wenn dann niemand da ist, der für Wohnung, Essen usw. sorgt. Dann brauchen sie jemand, der ihnen zurück ins Leben helfen kann. Ebenso möchten wir, besser als jetzt, den alten Menschen helfen, die zwar materiell versorgt sind und ein Obdach in den Heimen haben, die aber doch kein innerlich befriedigendes Dasein mehr leben. Weiters brauchen wir eine solche menschliche Betreuung bei Alkoholikern und bei vielen Schwererziehbaren, die auch geschulte Erzieher brauchen. Auch für die Jugendlichen in den Heimen benötigen wir besonders gut ausgebildete Erzieher. Wir wissen natürlich, daß solche Fachleute mehr Geld kosten werden und für das Land mehr Dienstposten bedeuten. Sie werden nicht in die unterste Gehaltsstufe eingereiht werden können, sondern sicher in eine etwas höhere Entlohnungsgruppe kommen müssen. Dennoch scheint uns eine solche Qualitätsverbesserung in der Fürsorge bei bestimmten Aufgaben dringend nötig. Diese Aufgabe ist ein Beispiel dafür, was sich die ÖVP unter der Devise „den Staat vermenschlichen“ vorstellt. Denn für viele Fürsorgebedürftige ist der menschliche Anteil bei der Hilfe-

leistung von ausschlaggebender Bedeutung. Darum wollen wir diese Sozialakademie schaffen. Wir glauben auch, daß diese hohen Ausgaben mit der Zeit wieder hereingebracht werden können dadurch, daß die notwendigen Heimaufenthalte der Jugendlichen, die in Erziehungsheime kommen, sich verkürzen lassen werden. Es wird vielleicht in manchen Fällen eine rechtzeitige Vorbeugung spätere Maßnahmen überflüssig machen, und es werden auch durch ein Verhindern des Rückfälligwerdens jugendlicher Straftlassener Kosten eingespart werden können. Das nur zur materiellen Seite dieser Sache, wobei aber dem Menschlichen eine viel größere Bedeutung beizumessen ist.

Auf gleicher Linie liegt auch die Arbeit der heilpädagogischen Beobachtungsstation, die ja auch von uns vor einigen Jahren beantragt wurde und für die heuer 200.000 S im Budget vorgesehen sind. Damit wird sich auch hier ein entscheidender Anfang machen lassen. Diese Station wird auch der Intensivierung heilpädagogischer Maßnahmen dienen können, sie wird eine Hilfe bei der Erziehungsberatung und für die Schwererziehbaren sein, weil man diese dann besser beurteilen kann. Wir hoffen, daß diese Station keine laufenden Kosten für das Land bedeuten wird, weil sie unter ärztlicher Leitung stehen wird und daher die Kassen für die Kosten einer Einweisung aufkommen. Meines Wissens ist der wirtschaftliche Zusammenschluß dieser Beobachtungsstation mit dem „Mutter- und Kind“-Heim geplant. Das dürfte eine rationellere wirtschaftliche Führung bedeuten, weil nicht ein eigener Apparat für die Küchenleitung usw. geschaffen werden muß. Gleichzeitig wird diese Beobachtungsstation auch dem „Mutter- und Kind“-Heim einige Regien abnehmen. Das ist günstig, denn dieses Heim ist bei weitem nicht so frequentiert, daß sich die hohen Regien wirklich auszahlen. Auch etwas anderes wird uns durch dieses „Mutter- und Kind“-Heim deutlich gemacht. Die vom Kontrollamt aufgezeigten Geschehnisse des Jahres 1958/59 in der Wirtschaftsführung des Heimes zeigen, wie schwierig es für eine öffentliche Körperschaft ist, eine solche Institution zu führen. Denn häufig stehen keine geeigneten Kräfte für die Leitung des Heimes zur Verfügung, die fachlich und charaktermäßig den notwendigen Anforderungen entsprechen. Und gerade bei Betrieben, die mit Hauswirtschaft verbunden sind, ist die Kontrolle äußerst problematisch. Kleinere Vereinigungen, zum Beispiel der freien Wohlfahrtspflege, sind da besser geeignet, solche Heime zu errichten und zu führen, sie können sich auf solche Aufgaben besser konzentrieren, leichter überwachen und meistens auch mit geringeren Mitteln führen. Solche Erwägungen sind vielleicht auch anzustellen, bevor man weitere Bezirksfürsorgeheime plant und errichtet.

Ich möchte übrigens für die Planung solcher Bauten das Bauamt oder die mit dem Bau beauftragten Stellen bitten, daß sie hiebei wirkliche Fachleute zuziehen. Unter wirklichen Fachleuten verstehe ich jene Menschen, die dann tatsächlich in solchen Heimen arbeiten sollen oder dort schon gearbeitet haben. Nicht die Juristen der zuständigen Abteilungen, sondern z. B. die in einem solchen Erziehungsheim später arbeitenden Erzieher, Heimleiter, heil-

pädagogischen Mitarbeiter und ähnliche Fachleute sollen gefragt werden, die also mit diesen Dingen direkt zu tun haben. Denn diese wissen um die Notwendigkeiten eines solchen Heimes. Auch auf anderen Gebieten ist diese Zusammenarbeit notwendig. Der Herr Abg. Dr. Stepantschitz hat voriges Jahr im Zusammenhang mit Spitalsbauten diesen Wunsch geäußert, ein Wunsch, der immer wieder von den verschiedensten Seiten geäußert wird.

Daß freie Jugendwohlfahrtsorganisationen gut arbeiten, sehen wir an verschiedenen Beispielen. Wir haben im vorigen Jahr und heuer einen Betrag von 300.000 S für das SOS-Kinderdorf in Stübing vom Land aus bereitgestellt und bereits auch im heurigen Jahr verwendet. Dort sieht man, daß mit geringen öffentlichen Mitteln wirklich viel geschaffen werden kann, weil diese Mittel ja nur der Förderung dienen und nicht die einzigen sind, die dafür aufgewendet werden müssen. Es wurde im Laufe des Jahres das Haupthaus dieses Kinderdorfes umgebaut und ausgestaltet, und nun sind bereits 3 Familien, d. h. also 3 Mütter — wenn auch nicht leibliche Mütter — mit je 8 bis 10 Kindern dort untergebracht. Es ist erfreulich zu sehen, wie gut die Atmosphäre in diesem Heim ist. Die Räume sind durchaus einfach, aber doch hübsch und ordentlich ausgestaltet, und die Frauen, die die Aufgabe der Mütter übernommen haben, erscheinen besonders gut ausgewählt, so daß man wirklich den Eindruck hat, daß sie den Kindern, die von der Schattenseite des Lebens herkommen, eine gute Mutter sein können und ihnen Geborgenheit und Sicherheit für ihr Dasein vermitteln. Wir hoffen nur, daß auch weiterhin dieses Kinderdorf gut aufgebaut wird und alles in Ordnung sein wird. Der Beitrag des kommenden Jahres ist für die Kanalisation des Kinderdorfes gedacht. Die Kosten der Häuser selbst wurden von verschiedenen Seiten gestiftet. Aber diese allgemeinen Einrichtungen sind auch noch zu bezahlen. Darum ist die Leitung dieses Kinderdorfes dankbar, wenn sie auch heuer wieder einen Beitrag vom Land bekommt.

Im vergangenen Jahr wurde auch eine neue Einrichtung des Landes ins Leben gerufen und hat ihre Arbeit begonnen. Das ist die Arbeit des Jugendwohlfahrtsbeirates. Er wurde nach den Bestimmungen des Jugendwohlfahrtspflegegesetzes geschaffen, um die Zusammenarbeit der freien Jugendwohlfahrtsorganisationen mit den Behörden zu sichern. Man könnte auch hier fragen, warum denn wieder ein solcher Beirat, der nur beraten kann, also etwas, wo nur geredet wird, geschaffen wurde. Ich glaube, wenn man einmal die Arbeit solcher Beiräte mitgemacht hat, dann sieht man, wozu sie dienen. Wir freuen uns, daß diese Möglichkeiten von der Landesregierung geschaffen wurden, um zu echten demokratischen Einrichtungen zu kommen. Denn sie ermöglichen, daß Persönlichkeiten, die wirklich große Aufgaben im Zusammenleben der Menschen zu erfüllen haben, miteinander ins Gespräch kommen. Wir sind in diesem Jugendwohlfahrtsbeirat 12 Vertreter der verschiedensten Organisationen, und zwar von kirchlichen Organisationen ebenso wie von den Kinderfreunden oder dem Kinderrettungswerk, und auch 2 Vertreter der Behörden. Dabei zeigt sich immer wieder, wie bei

diesen Beratungen die Menschen Gelegenheit haben, die Formen der Zusammenarbeit erst kennenzulernen. Man sieht, wie schwer es ist, allen gerecht zu werden, und wie oft ein Wunsch, der von einer Seite zu weit vorpellt, auf das richtige Maß zurückgebracht werden muß. So kommt man in wirklicher Einsicht — und das ist demokratisch — im Gespräch miteinander zu der Lösung, die allgemein die beste ist, die Ausgleich schafft und nicht Einseitigkeiten. Dieses Tragen gemeinsamer Verantwortung ist ein sicher besonders gutes Beispiel, wie in einem Staate demokratisch gearbeitet werden kann. Wir können auch feststellen, wie schon bei einem anderen Beirat erwähnt wurde, daß auch dieser keine weiteren Kosten verursacht, so daß das nicht eine Aufblähung der Verwaltung bedeutet. Die erste Arbeit dieses Beirates war eine Stellungnahme zu den Richtlinien für die Führung und Errichtung von Jugendheimen. Alle verschiedenen Jugendwohlfahrtsorganisationen haben Jugendheime zu führen und kommen daher aus der Praxis. Man konnte feststellen, daß in sachlichen Dingen sehr rasch gemeinsame Lösungen gefunden wurden. Wir möchten nur bitten, daß diese Richtlinien, die wir gemeinsam ausgearbeitet haben, als Grundlage für die Beschlußfassung für die Landesregierung gelten mögen.

Ein weiteres Kapitel, das immer wieder den Jugendbeirat beschäftigt, sind die Bestimmungen des Jugendschutzgesetzes. Wir müssen häufig feststellen, daß die Bestimmungen des Jugendschutzgesetzes nicht im Sinne des Gesetzgebers durchgeführt werden. Da wird noch manches zu tun sein, von der Ausweispflicht der Jugendlichen angefangen bis zu verschiedenen anderen Maßnahmen, wie eine Novelle des Kinogesetzes in einigen Punkten. Z. B. erscheint es uns notwendig, das Mitnehmen von Schoßkindern in Kinos zu verbieten; wenn sie auch noch nicht den Inhalt verstehen, so sind sie doch überanstrengt durch den raschen Ablauf der Bilder, gerade weil sie sie nicht verstehen und weil ihnen die ganze Atmosphäre, die Dunkelheit, die schlechte Luft, alles eher als zuträglich ist. Ebenfalls wird gefordert, daß die Jugendlichen selbst bestraft werden können, wenn sie jugendverbotene Filme besuchen, und nicht nur der Besitzer des Kinos.

Sehr notwendig wäre es auch, daß bei der Durchführung des Jugendschutzgesetzes die Eltern mit mehr Verständnis mitarbeiten würden. Hier könnte die Elternschulung mithelfen. Die Elternschulung wird teilweise vom Jugendamt durchgeführt, und es werden die Lehrer dieser Elternschulung durch das Jugendamt geschult. Diese Tagungen sollten doch öfters stattfinden. Einmal im Jahr ist nicht viel. Eine Intensivierung wäre gut, weil heute bei der Jugend-erziehung nicht nur einfach Verhaltensmaßregeln gegeben werden können, mit denen nicht viel zu erreichen ist, sondern daß man die Erziehung doch psychologisch anpacken muß, um zu wirklichen Resultaten zu kommen.

Das ist eine sehr dankenswerte Aufgabe, und ich habe bei der letzten Tagung durch die Fragen in den Diskussionen gesehen, wie notwendig es ist, da noch intensiver zu arbeiten.

Ein weiteres Kapitel, das uns besondere Sorgen verursacht, und wo wir zu weiteren Maßnahmen kommen müßten, ist die Zunahme des Alkoholismus. Wir sehen immer mehr Menschen zu schweren Alkoholikern werden und leider auch — das muß ich besonders als Frau bedauern —, daß bei den Frauen eine wesentliche Zunahme zu verzeichnen ist. Es wäre sehr wichtig, daß ähnlich wie die Heilpädagogik, auch die Entwöhnungskuren bei Alkoholikern als ärztliche Leistung anerkannt werden, damit die Krankenkassen die Bezahlung übernehmen. Das könnte auf den ersten Blick als unbillig erscheinen, denn die Krankenkassen haben im allgemeinen nicht die Vorbeugung zu übernehmen, sondern die Heilung. Aber es ist doch so, daß bei Alkoholikern den Kassen immer sehr große Kosten erwachsen, weil durch schweren Alkoholismus körperliche und geistige Krankheiten hervorgerufen werden, die häufig sehr lange Anstaltsaufenthalte bedingen. Wenn man dieses Geld also ausgeben muß, wäre es wirklich besser, man würde es zum richtigen Zeitpunkt ausgeben, zu dem Zeitpunkt, in dem noch ein echter Erfolg erreicht werden kann, und nicht erst dann, wenn eigentlich schon alles zu spät ist.

Als letzter Wunsch an die Fürsorgeabteilung wäre noch anzuführen, daß wir eine raschere Erledigung der Ansuchen von kinderreichen Familien um Beihilfe zur Wohnungsbeschaffung wünschen würden. Wir wissen auch, daß solche Ansuchen wesentliche Erhebungen bedingen. Man kann sie selbstverständlich nicht ohne weiteres bewilligen und muß gründlich erheben, ob alles seine Richtigkeit hat und ob die Förderung auch sinnvoll ist. Aber trotzdem sollten sie etwas rascher erledigt werden.

Meine heutigen Vorschläge befassen sich zum Großteil mit der Jugendfürsorge. Es ist uns aber bewußt, daß es auch in der übrigen Fürsorge noch viele ungelöste oder nur zum Teil gelöste Probleme gibt. Besondere Anstrengungen sind noch für die alten Menschen zu machen, sowohl finanziell als auch, um ihnen zu einem befriedigenden Lebensabend zu verhelfen. Ich glaube, Ihnen durch meine Ausführungen gezeigt zu haben, daß die OVP nicht nur für die Ausgaben der Fürsorge stimmt, sondern auch tatkräftig um ihre Verbesserung besorgt ist. In dem Bemühen, zu helfen, befinden wir uns alle in einem guten Wettstreit. Er ist nicht von parteipolitischer Nützlichkeit diktiert, denn es gibt keinen Proporz für Menschlichkeit. (Allgemein starker Beifall.)

Abg. Vinzenz Lackner: Hoher Landtag! Verehrte Damen und Herren! Die Gruppe 4 mit ihren 6 Abschnitten und mehr als 2 Dutzend Unterabschnitten und ihrer Vielzahl von Posten kennzeichnet die große Aufgabe des Landes auf dem Gebiet der Fürsorge. Meine Vorrednerin hat ja zu dieser Sache schon eingehend Stellung genommen. Fürsorge ist etwas unteilbar Ganzes, das alle angeht und wirklich nicht nach dem Proporz behandelt werden kann. Wenn Sie die einzelnen Posten durchschauen, und sei es nur der Unterabschnitt „Hilfe des Landes für Körperbehinderte, Taubstumme, Blinde in der geschlossenen Fürsorge“, so scheinen diese Posten

in jeder Gruppe zu wiederholten Malen auf. Wir finden hier Posten für Förderung der freien Wohlfahrtspflege, der sonstigen Wohlfahrtspflege, der Versehrtenhilfe, der Tuberkulosehilfe, der Kriegsversehrten- und Kriegshinterbliebenenilfe, Hilfe für Kriegsgefangene und Heimkehrer, Opferfürsorgegesetz usw. usw., dann sehen Sie, wie umfangreich dieses Kapitel ist.

Ich möchte ganz kurz zur geschlossenen Fürsorge in den Heimen sprechen und dabei einen Wunsch zum Ausdruck bringen. In den Fürsorgeheimen befinden sich ja alte Menschen, und zwar Menschen aus allen Berufsgruppen unseres Landes, alte Gewerbetreibende, alte Arbeitnehmer, alte Bäuerinnen, zum Teil Landarbeiter und Landarbeiterinnen, also Menschen, die einmal wertvolle und nützliche Glieder in der Kette unserer Berufstätigen gewesen sind und nun im hohen Alter allein ankommen, auf sich selbst gestellt sind und der Fürsorge bedürfen. Menschen, die selbst vielleicht Familienväter und Mütter gewesen sind, und die durch ein tragisches Geschick im hohen Alter nicht auf ihre Kinder rechnen können, weil diese gefallen oder gestorben sind, und die nun in ein Heim kommen müssen. Wir haben ja in unserer Generation zwei schreckliche Kriege hinter uns. Viele Menschen stehen nun allein und bedürfen der Hilfe und Pflege in ihren alten Tagen.

Wenn ich mir vor Augen halte, daß Ehrnau ein mehrgeschossiger, düsterer Bau mit dicken Mauern ist, in dem auch solche Menschen untergebracht sind, die auf Grund ihres Alters nicht mehr ins Freie können und dort jahraus, jahrein wie Vögel eingesperrt sind, so möchte ich den Wunsch äußern, zu prüfen, ob man dort nicht einen Bettenaufzug anbringen oder wenigstens eine Terrasse bauen kann, wie man sie in anderen Heilstätten hat, damit man diese Menschen ins Freie bringen kann. Von 151 Betten in Ehrnau sind 148 ständig belegt, das heißt, es sind kaum 3 Betten in Reserve und der Durchzug ist gewiß nicht gering. Außerdem ist dies die einzige Anstalt, der gleich ein Friedhof angeschlossen ist. Und dieses trübe Bild hat nun der alte Mensch täglich vor Augen. Bei anderen Fürsorgeheimen ist das nicht so. Mein Wunsch wäre nun, daß sich das zuständige Referat damit befassen möge, ob man hier nicht eine Änderung treffen könnte, obwohl der Anstaltsfriedhof gewiß gepflegt ist.

Ein weiterer Punkt ist die Kinder- und Schülerspeisung. Es ist ein ansehnlicher Betrag, den das Land für diese Dinge ausgibt, und zwar insgesamt 2,340.000 S. Wie geschieht dies nun? Die Schülerspeisung ist nicht so, daß sie sich — wie der eine oder andere glauben möchte — vor allem auf die Industriezentren erstreckt, sondern sie erstreckt sich über das ganze Land. In der Nachkriegszeit hatte diese Schülerspeisung vor allem in den Industriegebieten und Großstädten besonderen Wert. Nun hat sich das verlagert auf die Landgebiete. Wir wissen, daß die Schüler am Lande vom frühen Morgen bis zum späten Abend unterwegs sind und daß sie im Winter, wenn die Tage kurz sind, im Finsternen vom Hause weggehen und im Finsternen wieder nach Hause kommen. Es gibt Anmarschwege bis zu zwei Stunden und auch mehr

vom Berg herunter durch den tiefen Schnee und durch die Gräben. Für diese Kinder hat die Schulausspeisung auch jetzt noch ihre besondere Bedeutung. Der Umfang ist beträchtlich. Für das Jahr 1959/60 wie in den vorangegangenen Jahren erstreckten sich die beiden Hauptaktionen auf 30.019 Kinder. Davon entfielen auf das Speiseprogramm 22.223 Kinder. An Portionen wurden ausgegeben 3.832.420 für das Speiseprogramm und 1.040.759 Portionen für das Vollmilch- und Weißbrotprogramm. Bei der Frühstücksaktion wurden 358.500 Portionen ausgegeben. Insgesamt wurden 5.231.679 Portionen ausgeteilt. Die Speiseaktion umfaßte zwar einfache Kost, wie z. B. Schmarren, Milchreis, Reisfleisch, Kaffee, Milch mit Weißbrot usw., aber es war ein umfangreicher und ausgiebiger Speisezettel, der hier zur Verfügung gestellt wurde. Vom Bund wurden zur Verfügung gestellt: Kartoffel, Fett, Kakao, Zucker, Reis, Tee, Milch, zusammen 131.575 kg im Werte von 494.679 S, Magermilch 231.815 Liter im Werte von 132.134 S. Insgesamt wurden vom Bund rund 2 Millionen Schilling einschließlich Transport und Lagerungskosten hierfür ausgegeben. Im Rahmen des Vollmilchprogrammes kann an jeden Teilnehmer an 5 Tagen pro Woche ein Viertelliter Vollmilch und ein weißes Gebäck ausgegeben werden. Dafür waren notwendig vom Bund 260.131 Liter Milch im Werte von 500.344 S und 47.324 kg Gebäck im Werte von 294.500 S. Dazu kommen noch die Ferialaktionen im Werte von 171.121 S. Bei den Erörterungen auf Seite 57, Post 51, sehen Sie, daß für die Kinder und Schüler Ausspeisungsaktionen im bisherigen Ausmaß weitergeführt werden. Insgesamt sind vom Ministerium für soziale Verwaltung Lebensmittel einschließlich Milch im Werte von 1'8 Millionen Schilling beigeestellt worden, an rund 240 Ausspeisungsstellen mehr als 3'9 Millionen Portionen, an weiteren 67 Abgabestellen sind zusätzlich mehr als eine Million Portionen Milch verabreicht worden. Wenn Sie diese Ziffern anschauen, so sehen Sie, daß der Anteil des Bundes überwiegt, und damit ist noch nicht alles gesagt. Zwei Drittel muß das Land aufbringen, ein Drittel der restlichen Kosten werden durch die Bezirksfürsorgeverbände und die Regiebeiträge heringebracht. Die Regiebeiträge betragen 20 Groschen pro Portion, eine beachtliche Summe, die heringebracht wird. Aber es gehören auch Menschen dazu, die diese Ausspeisung durchführen. Das sind vor allem die Lehrer und die Schulleiter mit ihren Frauen, die freiwillig diese Arbeit übernommen haben. Ihnen gebührt der Dank des Landes Steiermark für ihre freiwillige Leistung. Der Dank gebührt aber auch allen jenen, die das Gebäck herstellen in der Form, um noch einen größeren Kreis von Kindern zu erfassen und zu betreuen. Diese Betriebe arbeiten nur mit den Gestehungskosten und verzichten auf jeden weiteren Lohn.

Ein anderes Kapitel im Zusammenhang mit der Fürsorge möchte ich noch anführen, das ist die Säuglingsfürsorge. Sie gehört zwar in die nächste Gruppe, aber ich erlaube mir, dies dennoch in dieser Gruppe zu bringen, obwohl es in die nächste Gruppe gehört. Es ist vor allem die Fürsorge für Mutter und Kind, die Frau Abg. Egger schon gestreift hat. Wie wichtig dieses Kapitel ist, mögen

Sie daraus ersehen, daß es statistisch erwiesen ist, daß in unserem Land von 10.000 Lebendgeburten die Sterblichkeit der Mütter 0'11% beträgt, daß von 120.000 Säuglingen im ersten Lebensjahr 5000 sterben. Das ist ein Prozentsatz, der, gemessen an anderen Ländern, sehr hoch erscheint. Trotz Steigerung des Lebensstandards, trotz Steigerung der medizinischen Betreuung und des Fortschrittes auf dem medizinischen Sektor und trotz Verbesserung der Lebensmittelindustrie, trotz Verschwinden von Infektionskrankheiten, wie Diphtherie und Tuberkulose und anderen ist dieser Prozentsatz so hoch. Wenn ich Ihnen die Vergleichsziffern mit anderen Ländern sagen darf, so steht Österreich bezüglich der Müttersterblichkeit an dritter Stelle. Vor Österreich stehen noch die Bundesrepublik Deutschland und Italien. Nach uns kommen Finnland, die Schweiz, Belgien, Luxemburg, England, Frankreich, Holland, Dänemark, Schweden mit 0'62% von 10.000 Lebendgeburten. Österreich mit 11'1% und die Bundesrepublik mit 15'6%. Daß für diese Länder der Prozentsatz höher ist, ist auch darauf zurückzuführen, weil wir noch immer an den Nachwirkungen des Krieges auf gewissen Gebieten zu leiden haben. (Abg. Edda Egger: „Daher setzen wir uns für die Familienhilfe ein.“) Sehr richtig! Es ist bezeichnend, daß die Länder, die vom Krieg verschont geblieben sind, die niedrigsten Ziffern haben.

Ein besonderer Betrag ist auch dafür vorgesehen, um familienfördernd einzugreifen. Weil wir schon bei den Säuglingen sind, möchte ich noch kurz erwähnen, daß sich die Wäschepakete für die Säuglinge in allen Gemeinden durchgesetzt haben. Die Einführung dieser Pakete durch die Gemeinde Wien wurde von Dr. Tandler in den Jahren nach dem 1. Weltkrieg angeregt. Es wurde dadurch vor allem auch erreicht, daß sich die Mütter ärztlich untersuchen lassen mußten, und so konnten vorbeugende Maßnahmen rechtzeitig ergriffen werden. Es dürfte nicht unbekannt sein, daß nach dem 1. Weltkrieg viele Kinder in Wien auf Zeitungspapier zur Welt gekommen sind. Diese Einführung der Wäschepakete hat nun, wenn auch spät, im ganzen Bundesgebiet Eingang gehalten.

Eine weitere Verbesserung für die jungen Mütter bringt das neue Gesetz für die Familienförderung, das unter anderem beinhaltet, daß die jungen Mütter bis zu einem Jahr Karenzurlaub erhalten können. Ist eine Mutter selbst erwerbstätig, so kann sie aus der Arbeitslosenfürsorge Zuschüsse und Beiträge erhalten. Alle diese Dinge sind dazu angetan, den Kindern alles erdenklich Gute zukommen zu lassen, damit sie gute, lebensbejahende, brave Staatsbürger werden. Es gibt viele gute Einrichtungen, um den Müttern die entsprechende Möglichkeit zu geben, ihr Kind in Ruhe und Geborgenheit zur Welt zu bringen. Nicht nur bei den Landeskrankenanstalten in den großen Städten, wie schon Frau Kollegin Egger erzählt hat. Es ist erfreulich, daß im Budget auch ein Betrag enthalten ist zur Motorisierung der Fürsorgerinnen. Denn die Fürsorgerinnen sind der verlängerte Arm des Landes, der sich um den jüngsten Bürger zu kümmern hat. Wie notwendig dies ist, kann in einem Industriezentrum weniger erkannt werden, als vor allem

draußen auf dem Lande, wo heute die Fürsorgefrauen vielfach bei Schnee und Regen noch mit dem Fahrrad oder zu Fuß ihren schweren Aufgabe nachkommen müssen. Die 200.000 S sind dazu da, daß die Fürsorge motorisiert werden kann. Eine Erweiterung des Fürsorgedienstes wäre vor allem dahingehend vorzunehmen, daß man Hilfskräfte auf das Land hinausschickt, wo die bäuerliche Mutter ganz auf sich gestellt ist und keine Zeit für das Kleinkind hat. Die Fürsorge soll sich aber nicht allein um die Kinder kümmern, sondern man soll eine Familienhilfe beistellen, die die schweren Arbeiten der jungen Mutter abnehmen kann. Das wäre für die Bäuerin ein wirklich wertvolle Hilfe.

Werte Kollegen und Kolleginnen, das Kapitel Fürsorge, das nur schwach zur Hälfte durch Einnahmen gedeckt ist, gehört zur sozialen Gesetzgebung und Betreuung und ist unsere Pflicht. Wenn es sich aber um die Alten und um die Rentner dreht und man dort Forderungen erhebt, dann steht sofort das Gespenst der Inflation auf, wie man dies aus der Budgetrede des Herrn Abg. Rainer entnehmen konnte. (Abg. Dr. Pittermann: „Nur ja nicht verdrehen, das hat niemand behauptet!“) Der Kollege Rainer hat erklärt, und ich habe das mitgeschrieben: „Der Rentner hat lieber 800 S statt 2000 S.“ (Abg. Dr. Rainer: „Das stimmt nicht, das liegt im Protokoll auf!“) (Abg. Stöffler: „Daß Sie das nicht besser verstanden hätten, das glauben Sie ja selbst nicht?“) Sie regen sich da ganz unnütz auf, denn auch wir sind der Meinung, daß astronomische Ziffern allein beim Rentner oder auf dem Lohnstreifen nicht das Richtige sind. (Abg. Dr. Rainer: „Na also!“) Aber warum? Es wird niemand bestreiten, daß sich unser Geld jährlich um 2½ bis 3% verdünnt. (Abg. Scheer: „Mehr sogar!“) Ich bitte alle, die einmal in die Volksschule gegangen sind, oder meinetwegen auch in eine höhere Schule, einmal auszurechnen, wieviel das in 10 Jahren ist. Das sind nämlich 30%, also ein Drittel der Rente. Der Rentner, der also vor 10 Jahren in Pension gegangen ist, hat jetzt um ein Drittel weniger. Der in Arbeit Stehende hat die Möglichkeit, durch seine Berufsvertretung oder durch die Gewerkschaft das wettzumachen durch Lohnforderungen usw., wenn er natürlich damit auch hinten nach ist, aber nicht so der Rentner. (LH. Krainer: „Aber auch die Rentner haben immer wieder etwas bekommen in den letzten 10 Jahren.“) Scheinbar haben wir die besseren Lehrer gehabt in der Schule, weil wir besser zuhören können. (LH. Krainer: „Das ist nur eine Einbildung!“) Das ist keine Einbildung, das ist Tatsache. Wenn die Rentner nachgekommen wären, dann würden nicht so viele alte Leute Ausgleichszulagenbezieher sein, die über die Bezirksfürsorgeverbände ausgegeben werden. Denken Sie aber daran, daß ein Rentner ein echter Verbraucher ist, denn er steckt sein Geld nicht in ein Moped oder in eine Wurlitzerorgel, er ist froh, wenn er ein Stück Fleisch mehr in der Woche kaufen oder sich einen weißen Kaffee leisten kann. (LH. Krainer: „Sehr richtig!“) Und wem fließt dieses Geld zu? Der heimischen Wirtschaft, weil er Dinge verbraucht, die bei uns erzeugt werden. Ich habe gar nichts Schlechtes gesagt, wieso diese Aufregung zustande gekommen ist, weiß ich nicht. Vielleicht

deswegen, weil Ihre Seite nicht dafür war. Im Parlament ist alles durchgegangen. (Abg. Scheer: „Aber um Jahre zu spät!“) Es ist vieles später gekommen, worüber wir froh sind. Ich bin sogar so nett und anerkenne, daß die ÖVP und ihre Vorgänger in der Zeit, in der sie allein regiert haben, zwischen 1934 und 1938 auch eine Rentenreform ausgearbeitet haben. Aber am Schluß ist gestanden, daß diese Rentenreform nur dann in Kraft tritt, wenn die Arbeitslosenzahl unter 100.000 heruntersinkt. Wie scharf muß man also dahintergewesen sein, daß man die Arbeitslosenziffer auf 600.000 hinaufschnellen ließ. Das war damals nur eine Altersversorgung auf dem Papier. Ich möchte nur hinzufügen, daß die Rentenreform jetzt für die Angestelltenrentner ein Teil der Wiedergutmachung ist, denn im Jahre 1935 wurden die Angestelltenrentner um 25% gekürzt. Diese Rentenreform, die soviel kritisiert wird, soll ja in drei Etappen stattfinden. Viele Rentner erleben sie gar nicht mehr, aber es ist nur recht und billig, daß man sie gemacht hat.

Der Herr Kollege Ertl hat einen Zwischenruf gemacht wegen der bäuerlichen Rente. Herr Kollege Ertl, schauen Sie, es kann in Österreich kein Stand glücklich werden auf Kosten eines anderen. (Abg. Ertl: „Bravo!“) (Beifall bei ÖVP.) (Abg. Gruber: „Der Wirtschaftsband auch!“) (Abg. Stöffler: „Das müßt Ihr Euch merken!“) Ich danke für Ihren Beifall. Deshalb sind wir Sozialisten für das allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das neben den Angestellten und Arbeitern auch den Forstarbeitern, den landwirtschaftlichen Arbeitern, den Gewerbetreibenden und auch den freien Berufen Pensionen verschafft. (Abg. Wegart: „Ihr schenkt ja niemandem etwas, sie müssen sich das ja alles selbst bezahlen!“) (Abg. Stöffler: „Sozial ist der, der zahlt, und nicht der, der fordert.“) (Abg. Wegart: „Ihr sagt immer: wir Sozi zahlen die Renten. Ihr zahlt einen Schmarren, wir alle zahlen.“) (Glockenzeichen.) Herr Kollege Wegart, vielleicht haben Sie kein Gefühl für die Satzstellung. Ich schlage vor, besser aufzupassen, und dann brauchen Sie sich nicht aufregen. (Abg. Afritsch: „Sie haben scheinbar in der Schule einen schlechten Lehrer gehabt, Herr Wegart.“) (Abg. Wegart: „Wahrscheinlich bin ich bei Ihnen in die Schule gegangen.“) (Stürmische Heiterkeit.) 1. LHSt. Matzner: „So jung sind Sie auch wieder nicht.“)

Ich möchte eines sagen, daß für diese Pensionen seit Jahren Beiträge eingezahlt werden, und zwar in die Angestelltenversicherung, in die Arbeiterpensionsversicherung usw. Leider haben Sie auch verschiedene Rentenhöhen. Wenn diese Beiträge eingezahlt werden von seiten des Unternehmers, so ist es doch so, Herr Dr. Assmann, daß diese Beiträge auch von den Arbeitern erarbeitet und verdient werden müssen. Den Wohlfahrtsstaat, den Sie uns vorhalten, bezahlen wir schön brav aus unserer eigenen Tasche und jeder Stand in Österreich hat seine Beträge, die er aus den Steuermitteln bekommt. Schauen Sie, die Pensionsversicherung der Arbeiter, nicht die der Bergarbeiter, ist passiv und erhält 30% an Staatszuschuß. Aber die Pensionsversicherung der Land- und Forstwirtschaft ist noch mehr passiv und bekommt 70% vom Staat. Es ist richtig, daß auch die Gewerbetreibenden eine Rente

und auch die Landwirtschaft eine Zuschußrente erhält, wengleich auch heute gesagt wird, daß die landwirtschaftliche Zuschußrente nur ein Tabakgeld für den Bauern ist. Es gibt doch sehr viele, die darauf warten.

In einem Brief der Pensionsversicherungsanstalt war zu lesen, daß die Rentner etwas Geduld haben möchten, die ÖVP hat die Rente durchgesetzt, aber die Bearbeitung dauert so lange, weil sich so viele gemeldet haben. Wenn die Rente nicht so groß wäre, hätten sich nicht so viele gemeldet.

Nun, Herr Abg. Ertl, Sie haben 2 Söhne, und ich bin auch stolz auf Ihre Söhne (Heiterkeit). Sie sind gute, tüchtige Bauern, aber was ich weiter sagen wollte, Sie haben 2 Höfe gehabt zum aufteilen. Was macht ein Bauer, der 7 Kinder hat? Er kann den Hof nur einem übergeben, die anderen wandern ab in die Stadt, in die Industrie, sie suchen sich einen Arbeitsplatz, weil sie zu Hause nicht bleiben können. Der auf dem Hofe bleibt, wird gedrängt, daß er den Erbteil bald auszahlt, und wenn er nicht Holz schlagen kann, dann geht meistens der Hof noch zugrunde und in fremde Hände. Das ist die Tragik jenes Standes, der noch immer die Blutauffrischung unseres Volkes ist. Damit es auch dort besser wird und nicht soweit kommt, er bekommt als Auszügler ja seine Eier und seine Erdäpfel, die Milch, aber beim Geld hapert es halt immer, wurde die landwirtschaftliche Zuschußrente eingeführt. Am Sonntag möchte der alte Bauer auch noch einmal eine Zigarre rauchen und am Kirchplatz stehen wie früher einmal. Wir werden dafür sorgen, daß die Rente weiter verbessert wird. Wer gearbeitet hat, soll auch ein sorgenfreies Alter haben, wenn er nicht mehr arbeiten kann. (Abg. Wegart: „Solange unsere Wirtschaft in Ordnung ist.“) Immer dann, wenn man über die Renten redet, hegt man bezüglich der Wirtschaft Befürchtungen.

Zu der Fürsorge auf dem Land gehört die Wohnbauförderung. Auch in der Stadt gibt es eine Wohnungsnot, auf dem Lande gibt es buchstäblich Wohnungselend. Da wohnen landwirtschaftliche Rentner, die 40 bis 50 Jahre treu gedient haben, in halbzerfallenen Keuschen. In St. Peter hausen 2 Familien mit 6 Personen auf 25 m². Die zweite Familie haust in einem Raum mit 11 m². Die Kästen haben sie im Pfarrhof eingestellt. Zu Hause müssen sie zuerst die Mäuse aus den Kleidern herausbeuteln, wenn sie sie von dort holen. Abg. Ertl weiß, daß Wohnungen leer stehen. Landeshauptmann Krainer hat dem Bürgermeister und dem Besitzer einen Brief geschrieben, aber alle hatten taube Ohren. Niemand hat diesem Rentnerhepär, diesen landwirtschaftlichen Rentnern bis heute geholfen. Kein Pfarrer, kein Bürgermeister! Der Appell des Landeshauptmannes ist nicht gehört worden. (Heftige Gegenrufe bei ÖVP.) (Präsident mahnt zur Ruhe.) Wenn man mit den Dorfbürgermeistern spricht, sagen sie, seit das Wohnungsanforderungsgesetz aufgehoben ist, ist die Lage auf dem Lande geradezu katastrophal. Früher hatte der Bürgermeister die Möglichkeit, Familien einzuweisen, heute nicht mehr. (Zwischenruf bei ÖVP: „Warum haben Sie nicht geholfen?“) (Weiterer Zwischenruf bei ÖVP: „Ich könnte Ihnen einige Genossen sagen, die auch Platz hätten.“)

Wenn man von einem Wohlfahrtsstaat spricht und wenn man dann schaut, wo es noch zu helfen gäbe, dann sieht man erst, daß es wohl nicht so ist, wie es immer dargestellt wird und wir sind der Meinung, daß die Gemeinschaft noch vieles zu leisten hätte. Ein Zwischenruf, der vormittag bezüglich der VOEST gefallen ist, daß nämlich dieser Betrieb dem Volk gehört und daß Volksaktien ausgegeben werden sollen, führt mich auf eines. Es ist das, daß alles, was in Österreich steht, jeder Zaun, jedes Haus, jeder Besitz, wenn er auch dem einzelnen verschrieben ist, in Wirklichkeit das Volksvermögen ist und dem Volk gehört. (Abg. Stöffler: „Das ist ja reiner Kommunismus.“) (Zwischenruf: „Pözl hätte eine große Freude.“) (Abg. Wegart: „Dasselbe erzählen Stalin und Chruschtschow!“) (Weitere Zwischenrufe. Lärm.)

Präsident: Ich ersuche die Abgeordneten, den Redner aussprechen zu lassen.

Abg. **Vinzenz Lackner** (fortfahrend): Ich bitte, mich nicht mißzuverstehen. (LR. Prirsich: „Das war deutlich genug!“) Vielleicht, Herr Abg. Stöffler, bin ich der bessere Christ, als Sie. Diese Worte „alles irdische Gut ist ein zeitliches Lehen“, und davon bin ich ausgegangen, und vom väterlichen Gut heißt es: „Erwirb es, um es zu besitzen.“ Diese Worte sind aus einer Predigt, die Sie mit Kommunismus identifizieren. (Zwischenruf: „Das ist keine Predigt, das ist ein Zitat von Goethe.“) Der Pfarrer hat es benützt, vielleicht ist ihm nichts besseres eingefallen, weil sie eben keine guten und echten Christen sind. (Heiterkeit.) (Abg. Dr. Rainer: „Wie ist denn das dann mit der VOEST?“) (Abg. Scheer: „Das ist für uns sehr interessant. Die SPÖ und die ÖVP haben es nicht nötig, sich gegenseitig ihre Stellen als Aufsichtsräte vorzuwerfen.“) (Zwischenrufe und Lärm.) (Präsident: „Ich bitte um Ruhe. Wenn es so weiter geht, müßte ich die Sitzung unterbrechen, damit sich die Abgeordneten dann unterhalten können.“) (Abgeordneter Bammmer: „Herr Aufsichtsrat, das müßten Sie doch wissen.“)

Ich möchte nun zum Abgeordneten Krempl kommen und ihm folgendes sagen. Im Zentralvorstand der Gewerkschaft der Angestellten ist ein Beschluß gefaßt worden, wonach die Koordination des Arbeitsrechtes begrüßt wird, aber darunter verstanden wird, daß die Bestimmungen, die die Angestellten betreffen, aufrechterhalten bleiben. Es dreht sich um den Soziallohn und Leistungslohn. Ich bekenne mich dazu, daß der Soziallohn, wie Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld usw. dem Arbeiter genau so gebührt wie dem Angestellten. Und beim Leistungslohn gibt es wieder Abstufungen, die Hilfsarbeiter und Facharbeiter voneinander trennen. Ich glaube, der Herr Abg. Krempl hat sein Konzept mit dem Abgeordneten Assmann vertauscht, denn seine Rede war eine reine Unternehmerrede und nicht die Rede eines Angestelltenvertreters. (Abg. Krempl: „Wenn man Euch nicht nach dem Munde redet, ist es immer falsch. Haben Sie den Herrn Hittinger noch nicht gehört?“)

Und nun zum Schlusse dieses Kapitels. Der Grundsatz der Sozialisten war immer, bei unver-

schuldeter Not, bei Kindern, Jugendlichen oder Alten oder wer immer es sei, die Gemeinschaft einspringen zu lassen. (Abg. Dr. Kaan: „Wir vertreten alle Stände.“) Die Kollegin Egger hat schon angeführt, daß die Gemeinschaft nicht mit Geld allein arbeiten kann, sondern daß dazu auch Kräfte geschult werden müssen, die für diese Aufgaben herangezogen werden können. Und bei der Auswahl solcher Kräfte ist daran zu denken, daß es sich dabei nicht bloß darum handelt, daß jemand einen Beruf des Verdienstes wegen ergreift, sondern für diesen schweren Dienst kann ausschließlich nur Berufung und nicht nur Beruf maßgebend sein. Wir Sozialisten stehen weiter auf dem Standpunkt, daß Fürsorgehilfe im Alter, bei Krankheit und wo immer sie einsetzen muß, niemals ein Almosen sein kann, sondern immer ein Recht ist. Vormittags hat der Herr Abg. Dr. Stepantschitz so schön gesagt, was wächst, macht keinen Lärm und da kommt mir wieder Ihr Zwischenruf in Erinnerung. (Zwischenrufe.) Fürsorge kann man nicht mit dem Rechenstift machen. Dazu gehört ein Herz. Daß die Sozialisten dem Rechnung tragen, haben sie dadurch bewiesen, daß sie dieses verantwortungsvolle Referat einer Frau übertragen haben, die nicht allein mit dem Rechenstift arbeitet, sondern mit ihrem Empfinden dafür eintritt. Dafür danken wir. (Starker Beifall bei SPO.)

Erster Landeshauptmannstellvertreter **Fritz Matzner**: Meine Damen und Herren! Ich habe bisher in Debatten zu diesem Unterabschnitt „Sonstige Jugendhilfe“ nie eingegriffen, weil keine Kritik geübt wurde. Nachdem aber in letzter Zeit doch manchmal gefragt wurde, sogar ab und zu mit dem Unterton hämischer Kritik, ob denn die Gelder, die uns auf diesem Gebiet für Berufsschulung zur Verfügung stehen, auch richtig verwendet würden, muß ich doch darüber berichten.

Es handelt sich um die Gelder, die wir minderbemittelten Schulkindern, die die Bulme besuchen und dort ein Handwerk erlernen, als Stipendium zukommen lassen. Bleiben wir beim gegenwärtigen Schulbetrieb in der Bulme und stellen wir fest, daß im 1. bis 3. Jahrgang dieser mehr als fachlichen Bildung insgesamt 402 Schüler ihren Unterricht genießen. Von diesen 402 Schülern beziehen nur 102 das Stipendium, somit nur $\frac{1}{4}$. Wir haben eine ähnliche Einrichtung noch in der Fachschule in Bruck an der Mur. Gegenwärtig sind dort in drei Jahrgängen 164 Schüler in Ausbildung, von ihnen die Hälfte mit Stipendium. Die Stipendien werden nach den von der Landesregierung beschlossenen Richtsätzen festgelegt, die eine Unterstützung vorsehen, wenn ein gewisses Einkommen des Vaters oder der Familie nicht gegeben ist. Es kann nicht willkürlich geschehen, sondern genau nach diesen Richtsätzen. (Abg. Ing. Koch: „Sind das Industrielehrlinge in Bruck?“) Jawohl, die dort in der Fachschule ausgebildet werden. Sie erreichen dort einen recht guten Erfolg, denn diese jungen Leute werden, wenn sie fertig sind, von den Meistern, von der Industrie und von öffentlichen Unternehmungen, wie Bahn usw., sogar gesucht.

Ich möchte das nicht nur als Lob und Dank für die Lehrerschaft zum Ausdruck bringen, sondern ich

möchte damit darlegen, daß wir durch diese Einrichtung hochqualifizierte Arbeiter hervorbringen, wie Elektriker, Bauschlosser, Maschinenbauer, Schlosser usw. Manche von ihnen bleiben länger noch im Unterricht und machen den sogenannten kleinen Ingenieur, wie wir sagen. Durch die Unterstützung des Landes wird auf diesem Weg wirklich sehr viel Gutes geschaffen. Insgesamt sind gegenwärtig 187 solcher Stipendiaten in diesen beiden Anstalten untergebracht. Ich kann berichten, daß während der 4 Lehrjahre, beginnend mit dem Schuljahr 1956/57 bis zum Schuljahr 1959/60, insgesamt 341 solcher ausgebildeter junger Leute in die Wirtschaft gegangen sind. Das widerlegt, was zum Teil in der Generaldebatte und später zum Ausdruck gebracht wurde, die Sozialisten kümmern sich zuwenig um die Berufsausbildung. Wo wir die Möglichkeit dazu finden, ergreifen wir sie gern, und wenn wir allein dazu in der Lage sind, wie in diesem Fall, ist es selbstverständlich, daß wir uns bemühen.

Ich glaube, es ist die Überzeugung des ganzen Hauses, daß wir alle nicht genug dazu tun können, um berufstüchtige Menschen in die Wirtschaft zu bringen, ob das jetzt im bäuerlichen, industriellen, gewerblichen Leben geschieht, ist einerlei. Wir wissen alle, daß die Zukunft an unsere Jugend große Anforderungen stellen wird an Qualität, denn in der ganzen Welt wird immer mehr Qualität verlangt. Technik und Wissenschaft verlangen von den Menschen, daß sie immer mehr lernen und daß sie das Kommende und das Gegenwärtige besser bedienen können.

Die Gelder, die dafür ausgegeben worden sind, sind gut angelegt. Ich erwähne die Fachschule in Bruck, die Bulme in Gösting, und diese Bestrebungen haben auch schon auf die Technische Hochschule übergegriffen. Die Technische Hochschule wird aus Bundesmitteln zu wenig dotiert, und jeder, der dort ein Fach zu betreuen hat, versucht beim Land Hilfe zu finden. Das gilt auch für die Industrie, die auch in reichem Maße gibt, so daß unsere Technische Hochschule in Graz ein sehr hohes Niveau erreicht hat.

An der Technischen Hochschule wurde in dem Institut für Strömungslehre ein Schlosser ausgebildet, einer ist zur weiteren Ausbildung noch dort eingestellt. Jene Leute, die aus diesen Instituten kommen, sind sehr gefragt in der Industrie, denn das sind Leute, die auf Laboratoriumsarbeit eingestellt sind und jedes große Unternehmen hat selbstverständlich großen Bedarf an solchen Fachkräften. Das Institut für Strömungslehre und Strömungsmaschinen I hat gegenwärtig einen solchen jungen Schlosser zur Ausbildung. Das Institut für Dampf und Wärmekraft, ebenso das Institut für den Bau und Betrieb elektrischer Anlagen, hat drei Elektrotechniker in Ausbildung und 4 sind schon frei geworden. Das Institut für Grundlagen der Elektrotechnik und für theoretische Elektrotechnik hat 3 Elektrotechniker in Ausbildung und einer ist frei geworden. Das Institut für allgemeine Elektrotechnik und Elektromaschinenbau hat 2 Elektrotechniker in Ausbildung, einer ist fertig geworden. Das Institut für Papier, Zellstoff- und Verfahrenstechnik hat gegenwärtig 10 solcher junger Menschen in

Ausbildung, 9 sind schon fertig geworden. Ich darf für die in Steiermark so wichtige Papierindustrie sagen, daß auch sie sehr glücklich ist, solche junge Menschen zu bekommen, weil sie weit über das rein handwerkliche hinaus an der Technischen Hochschule gelernt haben und auch in der Lage sind, bei der Entwicklung mitzuarbeiten. Das ist nicht nur in Fürsorge für die jungen Leute geschehen, sondern mindestens auch in gleichem Maße als eine echte Unterstützung der Technischen Hochschule. Warum bei der Papierindustrie die größten Zahlen aufscheinen, ist dadurch zu erklären, daß Professor Dr. Adamik der erste gewesen ist, der auf den Gedanken gekommen ist, sich dieser Hilfsmittel des Landes zu bedienen und am längsten seine jungen Leute ausbildet. Wir sind auch der Technischen Hochschule und den Herren, die diese Burschen ausbilden, sehr dankbar dafür und glauben auch hier sagen zu können, daß wir vom Land her eine gute Tat selbstverständlich gern für unsere Jugend vollbracht haben und auch noch weiter vollbringen wollen.

Ich danke für die Ruhe, mit der Sie mir zugehört haben, fürchte nur für die Worte, die ich noch zu sagen habe, daß diese Widerspruch auslösen werden. Ich bitte um Duldsamkeit, Toleranz und wie sonst schöne Mahnungen heißen mögen. Denn das, was wir als Sozialisten sagen, ist von derselben Überzeugung getragen als wenn Sie reden; wenn Sie geredet haben, haben wir doch ruhig zugehört, wenn auch manches gesagt wurde, was unseren lebhaften Widerspruch hervorgerufen hat.

Lassen Sie mich daher zu den Äußerungen des Abg. Krempl etwas sagen. Das ist nicht gegen ihn gerichtet, sondern von grundsätzlicher Bedeutung und auch an ihn gerichtet. Abg. Krempl fragte, wieso Dr. Pittermann nur den Mut aufbringt, zur Sparsamkeit zu mahnen. Dr. Pittermann hat diesen Mut nicht erst jetzt aufgebracht, denn er hat diesen immer gehabt. (Gelächter bei der ÖVP.) Es ist nur merkwürdig, daß dann, wenn für die armen Schichten in der Bevölkerung Forderungen aufgestellt werden, man immer bewußt oder unbewußt, ich lasse das dahingestellt, Widerstand entgegensetzt. Sie sind der Meinung, daß müsse Inflation bringen, das schade zumindest der Wirtschaft. Ich gehöre leider oder Gott sei Dank zu den älteren Kollegen, die auf eine lange Erfahrung zurückblicken und darf sagen, das Lied höre ich seit 50 Jahren immer dann, wenn arbeitende Menschen etwas verlangt haben. Wenn Arbeiter oder Angestellte in den Betrieben etwas verlangt haben, dann ist immer wieder gesagt worden, schon in der Monarchie gesagt worden, das schade der Wirtschaft, das bringe den Betrieb um, das könne man nicht machen. Erinnern Sie sich jetzt an die 2. Republik. Ist nicht bei jeder Forderung, die von diesen Schichten gekommen ist, dasselbe gesagt worden? Ich bitte nicht nur den Herrn Abg. Krempl, sondern auch die anderen Mitglieder des Hohen Hauses, nicht nur nachzulesen und nachzusagen, was immer schon als eine Unwahrheit durch Tatsachen längst widerlegt, festgehalten wurde. Ich bitte, das eigene Denken kritisch anzuwenden und sich selber ein Urteil zurechtzulegen und nicht nur nachzusagen, was irgendwer aus bestimmten Gründen gegen solche Forderungen immer wieder eingewendet hat.

Dr. Pittermann, das dürfen wir sagen, gehört ja auch nicht zu den ganz hemmungslosen Menschen in der SPO. Er zählt zu den Männern mittleren Alters. Seine Initiative wird von uns sehr gern unterstützt und gerade wir als ältere Gewerkschafter dürfen wirklich sagen, wir haben bei der Aufstellung unserer Forderung immer genau geprüft, wie weit können wir gehen, ohne die Wirtschaft zu schädigen. (Abg. Wegart: „Als Gewerkschafter schon, aber nicht als Parteipolitiker!“) Denn das ist eine alte Binsenwahrheit, daß man nicht den Ast, auf dem man sitzt, sich selber absägen darf. Aber stereotyperweise wird alles, was gefordert wird, zunächst mit der Angst vor Inflation beantwortet, um im letzten Moment Förderer zu sein, mit dabei gewesen zu sein, daß die Rentner mehr bekommen. Dann erscheinen Bilder, wo man sich an einen Tisch setzt mit den Rentnern und dort so tut, als ob man eigentlich der Erfinder der so viel bekämpften, jetzt erfüllten Forderungen der Rentner wäre.

Man hört heute noch bei verschiedenen großen festlichen Anlässen den einen oder anderen sagen, was das für eine Vermassung ist, wenn man Bauern und Gewerbetreibenden auch eine Altersrente geben soll. Dann war man mit dabei und hat zugestimmt und ist jetzt glücklich darüber. Es ist so laut geschrien worden davon, daß die Leute geglaubt haben, Sie hätten das erfunden, obwohl Sie fast bis zur letzten Minute Widerstand geleistet haben. Daher immer ehrlich Stellung nehmen und abwägen, ob man etwas ablehnen muß aus Überzeugung oder nur auf falschen Rat hin, ob man sich zu einer bestimmten Auffassung mitreißen läßt und es einem dann später leid tut oder ob man sich gerne zu einer Sache bekennt. Diese Forderungen werden zu keiner Arbeitslosigkeit führen, da garantiere ich dafür. (Dr. Kaan: „Womit?“) Ich habe ein bißchen mehr Erfahrung in diesen Dingen und habe das auch begründet. Wir sind so glücklich, obwohl die ÖVP prophezeit hat, es müsse dadurch schlechter werden. Wir haben in den Betrieben gegen die Kommunisten zu kämpfen. (Abg. Wegart: „Bei Euch haben wir den Kommunismus geschmissen im Betriebsrat.“) Ihnen ist das erspart geblieben, in den Betrieben kämpfen Sie nicht, lieber Herr Wegart. Ich darf mich berufen auf die Dankreden und geschriebenen Worte in der „Tagespost“, die der Herr Landeshauptmann gebraucht hat, wenn wieder einmal die Gewerkschaft in den 50iger Jahren für die Republik und unsere Heimat etwas getan hat. Den Kampf haben in erster Linie wir führen müssen. (Abg. Dr. Kaan: „Wer ist wir? Die Gewerkschaft oder die SPO?“) Die Gewerkschaft, und zwar die sozialistischen Gewerkschafter, damit alles klar ist. Ich habe wirklich unter diesen Dingen persönlich gelitten, weil ich erlebt habe, daß christliche Gewerkschafter an der Seite der KP gekämpft haben, wie z. B. in Donawitz. (Unverständliche, heftige Zwischenrufe.) Ich habe doch um Geduld gebeten. Ich muß noch einmal betonen, daß christliche Gewerkschafter mit schuld gewesen sind, daß ich von den Kommunisten blutig geschlagen worden bin. Das ist in Donawitz 1949 geschehen. Daher machen Sie nicht den Versuch, wie es seinerzeit im kaiserlichen Deutschland geschehen ist, uns als die vaterlandslosen Gesellen

hinzustellen. Auch dafür bin ich Zeuge, 1918 waren es wirklich in erster Linie die Sozialdemokraten, die aus dem Wirrwarr Ordnung zu machen versucht haben. (Landeshauptmann Krainer: „Alle zusammen waren das, nicht die Sozialisten.“) Ich darf das auch für 1945 sagen, daß die schwersten Kämpfe für die Wiederaufrichtung der 2. Republik durch uns in den Betrieben zu führen gewesen sind. Wir haben sie selbstverständlich gerne unter Einsatz unserer Gesundheit und unseres Lebens für die engere Heimat und ganz Österreich geführt. (Abg. Dr. Kaan: „Also ist Österreich eine sozialistische Schöpfung!“) Ja, das ist das Verdienst der Sozialisten gewesen, das auch anerkannt wurde. Aber seither ist schon wieder eine längere Zeit verstrichen und Menschen, die oft auf Barrikaden für Gutes gekämpft haben, haben nachher eine Ablehnung erfahren, ich will nicht sagen, einen Fußtritt bekommen, denn soweit geht das ja nicht. Aber Ablehnung haben sie erfahren und sind um die Früchte ihres früheren Einsatzes gebracht worden. (Abg. Dr. Kaan: „Wir sind beim Kapitel Fürsorge!“)

Und manche glauben, es wäre jetzt wieder eine solche Zeit. Ich beschuldige nicht, um jeden Zweifel zu ersticken, den Herrn Landeshauptmann einer solchen Absicht, aber manche seiner Worte könnten eine solche Mißdeutung zulassen. Ich bin deswegen persönlich nicht überzeugt, daß er solcher Machenschaften beschuldigt werden kann, weil er in Zwiegesprächen anders gesprochen hat. Ich glaube daran, daß das nicht der Weg ist, den er gehen will. Wir wollen ihn nur bitten, mit seinen Worten vorsichtiger zu sein, damit keine falsche Meinung in der Bevölkerung aufkommen kann.

Unsere Erfahrung in der 2. Republik war doch, daß nur durch die gute Zusammenarbeit soviel Schönes, und zwar Schöneres als je zuvor, geschaffen werden konnte. Man ginge in die Irre, wenn man von diesem Weg abginge. Ich glaube, die Position innerhalb Österreichs oder gar außerhalb Österreichs ist nicht so, als daß wir uns innere Kämpfe leisten könnten und nicht doch weiter zusammenarbeiten müßten, um wirklich dem Volk noch weitere Erfolge zu bringen. Wir Sozialisten sind der Meinung, daß die Zusammenarbeit aller das beste Mittel ist . . . (Landeshauptmann Krainer: „Die ‚fruchtbare Zusammenarbeit‘, nicht vergessen!“), ich weiß nicht, was Sie als fruchtbar bezeichnen, vielleicht nur das, was der ÖVP dient. Wenn Sie also mit uns der Meinung sind, daß wir dem gesamten Volk zu dienen haben, dann müssen wir einer auf den anderen Rücksicht nehmen und versuchen, die Interessen aller wahrzunehmen. Natürlich werden Menschen, die in großem Überfluß leben, auch noch mehr verlangen als die, die erst langsam zu Menschen aufsteigen, nämlich zu zufriedenen Menschen, die auch ihr Glück fordern für die Familie, für sich usw. Wenn man also Sonderwünsche im Sinne besonders begüterter Menschen hat, dann müssen wir sagen, so geht das nicht. Wir wollen vor allem versuchen, die unteren Schichten zu heben. Das müßte auch der ÖVP die einzige Richtlinie sein, wenn sie ihren eigenen Grundsätzen treu bleiben will. (Landeshauptmann Krainer: „Und was ist mit den Kleinbauern?“). Ich rede

schon die ganze Zeit von den kleinen Existenzen, von allen noch nicht zufriedenen Menschen, die den Aufstieg noch nicht mitgemacht haben.

Wollen Sie überzeugt sein, die Sozialisten wollen keinem etwas zu Leid tun, wir wollen, daß es allen Menschen gut geht, wir wollen, daß jeder nach seiner Fassung leben und glücklich werden kann. Wir könnten viele Beispiele bringen, wo Menschen aus früher anderer Anschauungssphäre zu uns kommen und auf Grund der Taten sehen, daß wir nicht die Wauwau sind, als die man uns früher so gern hingestellt hat, und daß wir ehrlich bestrebt sind, jedem Bedrängten zu helfen und damit schließlich dem ganzen Volke. Wollen Sie daher mehr Ruhe bewahren, wenn ein Abgeordneter wie Lackner gesprochen hat, und dadurch das beweisen, was heute in der „Tagespost“ steht, nämlich: „Echte Demokratie vorgelebt.“ (Lebhafter Beifall bei SPO.)

Abg. Scheer: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Von seiten der FPÖ ist es notwendig, zu den Äußerungen, die wir heute von den Abgeordneten der ÖVP und SPO gehört haben, Stellung zu nehmen. Es war direkt herzig, was für ein niedliches rotes Katzerl unser Landeshauptmannstellvertreter Matzner gezeigt hat, man hat wirklich den Eindruck, wenn man ihn gehört hat, die Sozialisten hätten jede kämpferische Tätigkeit aufgegeben und würden nur niedlicher Weise ihren Standpunkt vertreten. Kamerad Abg. Lackner hat mit seiner Erklärung, kein Stand soll Vorteile zum Nachteil des anderen beanspruchen, geradezu den Kardinalpunkt des Programmes der FPÖ berührt. Wir sprechen ununterbrochen von diesem Grundsatz und möchten ihn einmal in Österreich verwirklicht sehen. Matzner sprach von der Zusammenarbeit, die es bisher in Österreich gegeben habe und die so ausgezeichnet gewesen sei. Wir stellen hingegen fest, die Parteivertreter der ÖVP und der SPO erzählen dem Volk vor jeder Wahl, wie unmöglich es ist, mit der anderen Koalitionspartei zusammenzuarbeiten, weshalb es notwendig wäre, die Wahlen vorzuverlegen. Ich frage die Herren der ÖVP und der SPO, was haben Sie denn bei der letzten Regierungsbildung, die 6 Wochen lang gedauert hat, gemacht? (LH. Krainer: „Die Generaldebatte ist längst vorüber.“) Herr Landeshauptmann, ich beanspruche genau dieselbe Redefreiheit wie die Herren der SPO und ÖVP.

Wir sprechen die ganze Zeit von den Auswirkungen der Rentenreform. Ich spreche nur deshalb von der Regierungsbildung, weil ich annehmen muß, daß diese Dinge, wie die Rentenreform und auch andere Maßnahmen, die die Regierung in den nächsten Jahren beabsichtigt, doch anläßlich einer Regierungsbildung ausgesprochen werden sollen. Ich gebe Herrn Landeshauptmannstellvertreter Matzner durchaus recht, daß immer dann, wenn von der Regierung Beschlüsse gefaßt werden, eine der Parteien für sich beansprucht, diese Sache durchgesetzt zu haben. Alles, was in Österreich bisher beschlossen wurde, muß die SPO und die ÖVP gemeinsam verantworten, da sie es auch gemeinsam beschlossen haben! Das ist ein Grundsatz, den niemand bestreiten kann. Das gilt nicht nur für das Gute, sondern auch für das Negative. Wenn der

Schilling dünner wird, und jedes Jahr wird er dünner, so ist das nicht allein die Schuld der SPO, sondern auch der ÖVP. (LH. Krainer: „Aber die Valuten auf der ganzen Welt werden dünner!“) Ich erinnere nur, mit welcher Schnelligkeit die D-Mark so dick geworden ist, daß sie nicht wissen, wohin mit den Milliarden. (LH. Krainer: Sie verwechseln ja die Kasse mit dem Geldwert!) Ich will nicht herumstreiten, ich stelle nur sachlich richtig, wir sprechen hier von der sozialen Frage, sowohl die ÖVP wie auch die SPO.

Wenn es Ihnen mit der sozialen Frage so ernst ist, meine Damen und Herren, dann tun Sie dort, wo die soziale Frage entschieden wird, das Nötige dazu. Wenn wir nur die Rentenreform vornehmen: Jahrelang haben die freiheitlichen Abgeordneten die Rentennachziehung gefordert, immer wieder gefordert, bis endlich jetzt die Regierung dazu gezwungen wurde, es zu tun, mit Mitteln, die wir ablehnen: Preiserhöhung der Zigaretten, Tarifierhöhungen bei der Bahn, Erhöhung der Beiträge an die Sozialversicherung. Diese ganzen Belastungen nehmen den Rentnern genau das weg, was sie bekommen haben.

Und wie ist die soziale Frage beim Mutterschutz? Welche Bäuerin kann 6 Wochen, ehe sie entbindet, den Herd verlassen, welche sonstige Hausfrau kann das machen, welche Gewerbetreibende kann sich 6 Wochen vor und nach der Entbindung von der Arbeit entfernen und irgendeinen Ersatz dafür einstellen? Eine Bäuerin steht noch eine Stunde vor der Entbindung am Herd und 3 oder 4 Tage später muß sie wieder in den Stall. (Abg. Wegart: „Wir sind trotz allem gesund geboren!“)

Wo ist das Weihnachtsgeld für die Gewerbetreibenden? Wo das Urlaubsgeld für diese Berufe? Haben Sie sich schon Gedanken gemacht, ob dafür ein entsprechender Ausgleich durch geringere Steuern gewährt wird? Ich habe noch nichts von der Gewerkschaft für Künstler und Schauspieler gehört. (Zwischenruf: „Gibt es ja!“) Es wäre sinnvoll, einmal zu fragen, wer die Künstler, Schauspieler und Schriftsteller fördert und was sie bekommen. (Abg. Wegart: „Wir machen den Matzner zum Vorsitzenden.“) (Heiterkeit.) Von einer anderen Warte betrachtet, ist im Wohlfahrtsstaat die soziale Frage nach dem Staatsgrundgesetz, nach der Verfassung zu lösen, und nun sagt § 1 der Staatsverfassung, daß jeder Staatsbürger vor dem Gesetz das gleiche Recht hat. Wenn sich die ÖVP und die SPO gegenseitig Vorwürfe machen, dann stellen wir fest, daß die Vorwürfe berechtigt sind, aber immer wieder auf das eigene Lager zurückfallen. (Beifall bei der FPÖ.)

Abg. Dr. Rainer: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich habe mich nicht auf den Appell des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Matzner hin, hier sich die Worte besser zu überlegen, zum Wort gemeldet, sondern um einige Ausführungen, die bei der Debatte des Abg. Vinzenz Lackner zum Vorschein gekommen sind, richtigzustellen. Und in diesem Zusammenhang möchte ich 2 andere Unrichtigkeiten, die mir gestern in der Debatte unterschoben wurden, richtigstellen. Ich habe gestern von lebenswerten Sozialisten gesprochen; unter diesen habe

ich sicherlich außer Herrn Landeshauptmannstellvertreter Horvatek und Herrn Landeshauptmannstellvertreter Matzner den Abg. Lackner gemeint. Aber trotzdem muß ich feststellen, daß in seiner Behauptung, daß ich in meiner Generaldebatte behauptet habe, den Rentnern wären 800 S lieber als mehr, eine Lüge ist. Sie ist falsch. Wenn Sie genau zugehört hätten, müßten Sie wissen, daß ich sagte, wir könnten den Rentnern auch 2000 oder 3000 Schilling geben, aber ob den Rentnern damit gedient ist, wenn sie mit 2000 Schilling sich weniger kaufen können als mit 800 Schilling, das ist die Frage. Ich muß sagen, das ist ein wesentlicher Unterschied. (LR. Prirsch: „Das hat er nicht begriffen!“) (LHSt. Matzner: „Das ist ungehörig!“) (LR. Prirsch: „Auf eine Verdrehung kann man nur so antworten.“) Herr Kollege Lackner, Sie wollen uns damit unterschreiben, daß wir für die Rentner nichts übrig haben und nur Ihre Partei die Altersrente für die gewerbetreibende Bevölkerung durchgesetzt hat. Auch das stimmt nicht. Es war für uns ein Anliegen schon seit Jahren, diese Frage zu lösen, allerdings mit Belastungen, die für die einzelnen Berufsgruppen auch noch tragbar sind. Ich habe mit Freude festgestellt, daß gewisse meiner Anliegen, die ich in der Generaldebatte vorgebracht habe, von Ihnen aufgegriffen wurden und, obwohl ich es fast nicht zu hoffen wagte, scheint es, daß es mir gelungen ist, den einen oder anderen von Ihnen zu überzeugen, vor allem, daß auch Sie jetzt auf dem Standpunkt stehen, daß in Österreich nicht ein Stand auf Kosten des anderen leben kann. Das ist richtig, ich glaube, hier treffen sich wirklich unsere Ansichten.

Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Matzner hat gesagt, der Herr Vizekanzler Pittermann hätte schon viel früher über Sparen gesprochen. Der Vizekanzler hat in den letzten 3 Jahren soviel geredet, daß er bestimmt auch das eine oder andere Mal sich zum Sparen bekannt hat. Wir wären glücklich, wenn die Taten folgten und er der Anregung des Bundeskanzlers zur Bildung einer Sparkommission in Wien seine Zustimmung gegeben hätte. Sie wissen aber, daß das nicht der Fall ist.

Wir von der ÖVP haben auch das Bestreben, und es ist unser erstes Anliegen, den unteren Schichten zu helfen, aber nur im Rahmen der Möglichkeiten der Wirtschaft. Sie führen aus, es wurde schon seit 40 bis 50 Jahren gesagt, die Wirtschaft hält das nicht aus. Ich bin zwar noch nicht so alt, aber Herr Landeshauptmann Matzner, ich möchte doch auch feststellen, in den letzten Jahren ist das Nationalprodukt verhältnismäßig wenig gewachsen. Der Herr Landesrat Sebastian hat davon gesprochen, daß die Arbeitenden — er hat sich aber nicht genau festlegen wollen, wen er darunter versteht — wünschen, daß der Zuwachs des Sozialproduktes hier richtig verteilt werden müßte. Der Zuwachs des Brutto-Nationalproduktes beträgt von 1958 auf 1959 37 Milliarden Schilling. Der Zuwachs ist von 1959 auf 1960 nach der Schätzung ungefähr gleich hoch. Das Jahr 1961 wird weniger bringen, weil die Arbeitskraftreserven ausgeschöpft sind. Es wird das Nationalprodukt etwa um 3 Milliarden tatsächlich steigen. Aber, meine Damen und Herren, davon wird ein großer Teil durch Investitionen gebunden,

ein Drittel davon wird wieder durch die Steuer vereinnahmt, womit der Finanzminister und die Bundesregierung in den letzten Tagen und Wochen in überreichem Maße gerechnet haben. Es wird also nicht viel bleiben zum Verteilen.

Nun sehen Sie sich aber einmal an, was in den letzten Jahren die einzelnen Berufsstände und Gruppen von diesem Mehr erhalten haben. Sie werden jede Sparte finden: Industrie, Gewerbe, sonstige soziale Leistungen, Handel usw., die alle eine Zunahme zu verzeichnen haben, lediglich die Landwirtschaft nicht. In der Landwirtschaft ist der Anteil am Brutto-Nationalprodukt vom Jahre 1958 mit 13,7% im Jahre 1959 auf 12,6% heruntergesunken. Ich glaube, nachdem der Herr Landeshauptmannstellvertreter Matzner gefordert hat, daß zu den Arbeitenden auch die Bauern gehören, daß hier ein weites Gebiet wäre, um diese Frage einer gerechten Aufteilung für alle Stände zu verwirklichen.

Der Herr Kollege Afritsch hat behauptet, ich hätte gesagt, die Mittelschulen wären nur dem Herrn Unterrichtsminister Drimmel zu verdanken, auch das stimmt nicht. Beim Herrn Landeshauptmannstellvertreter, der ja kein Schulmann ist, nehme ich diese Ungenauigkeit nicht so übel, aber Sie als Landeschulinspektor müßten doch gehört haben, daß 4 Mittelschulen gebaut wurden und daß der Herr Unterrichtsminister für die Steiermark immer ein offenes Ohr und Herz gehabt hat, und hiefür gebührt ihm Dank. Ich habe nicht gesagt, der Herr Unterrichtsminister hat die Schulen gebaut, selbstverständlich haben in erster Linie die Gemeinden und auch die Eltern hier Opfer gebracht. Besonders die Mittelschule in Stainach wurde unter großen Opfern der Eltern errichtet und dann dem Staat übergeben. Ich bitte das zur Kenntnis zu nehmen, daß der Herr Unterrichtsminister alle Bestrebungen sehr gefördert hat. Hiefür habe ich Dank gesagt.

Nun noch zu dem, was Herr Landeshauptmannstellvertreter Horvatek sagte im Zusammenhang damit, daß ich dem Herrn Landeshauptmann Krainer den Dank ausgesprochen habe. Ich habe gesagt, daß die Errungenschaften und Erfolge in den letzten 15 Jahren nur möglich waren infolge des Zusammenwirkens aller, aber alle muß einer leiten, führen und lenken. Und wenn Sie kritisieren, daß wir zuviel danken, dann ist das Auffassungssache. Es ist dies letztlich eine Sache der Höflichkeit. Ich war in Linz bei der Gleichfeier der VOEST. Dort war auch der Herr Vizekanzler. Dabei wurde nicht weniger als elfmal dem Herrn Vizekanzler gedankt, obwohl der Bau begonnen wurde, noch lange bevor er Chef der Abteilung 4 war, er mit dem Bau selbst gar nichts zu tun hatte und weder die Initiative noch die Idee ihm zuzuschreiben war. (1. LHSt. Matzner: „Waren es denn 11 Redner?“) Nein, aber in einer Rede wurde ihm schon drei- bis viermal gedankt.

Herr Landeshauptmannstellvertreter Horvatek hat sich gestern gewundert, wieso man von einer Gefährdung der Währung sprechen konnte. Selbstverständlich reden die Leute viel von einer Unsicherheit mit dem Geld, wenn im nächsten Jahr ein Drittel des Staatsdefizites gedeckt werden soll, dann

müßten die Einnahmen um 10% steigen, und das ist nicht leicht möglich.

Zum Abschluß! Der Herr Landesrat Sebastian hat gesagt, wir sollen nicht vom Kuhhandel in Wien reden, denn mit diesem Schlagwort würde die Demokratie gefährdet. Mit diesem Wort „Kuhhandel“, sehr verehrter Herr Landesrat, wird die Demokratie nicht gefährdet, aber mit der Tatsache. Unter Kuhhandel versteht man die Junktimierung gewisser Gesetze. Sie wissen, daß man verschiedene Gesetze gekoppelt hat in der Weise: „Stimmt ihr hier zu, stimmen wir dort zu“. Das ist der Demokratie so schädlich und gefährlich. (LR. Sebastian: „Wir werden bei passender Gelegenheit darauf zurückkommen.“) Wir haben diese Junktimierung bei der Beförderungssteuer erlebt. Es wurde in diesem Fall mit Waldbrunner ausgemacht, falls das Gesetz nicht beschlossen wird, wird er im nächsten Jahr die Eisenbahntarife nicht erhöhen. Und das ist eine Junktimierung, ein Kuhhandel, den wir ablehnen müssen und der Gott sei Dank bisher in der Steiermark in den letzten 4 Jahren nicht notwendig war. (Beifall bei ÖVP.)

Abg. Dr. Kaan (zur Geschäftsordnung): Ich melde mich deswegen zum Wort, um einen dringlichen Antrag einzubringen und bitte um dessen sofortige Behandlung im Gemeinde- und Verfassungsausschuß. Ich bitte auch, die Sitzung deshalb zu unterbrechen. Wie soeben bekannt wird, wurde das nach dem Kongo entsandte österreichische Sanitätskontingent in Stärke von 51 Personen von kongolesischen Truppen festgenommen. Bisher ist lediglich das einzige weibliche Mitglied des Kontingents über Intervention nigerischer UNO-Truppen wieder freigelassen worden. Da die Sicherheit der nach dem Kongo entsandten Österreicher anscheinend nicht gewährleistet werden kann, wird folgender Antrag gestellt:

Der Hohe Landtag wolle beschließen: „Die Bundesregierung wird aufgefordert, das österreichische nach dem Kongo entsandte Sanitätskontingent unverzüglich wieder zurückzuziehen, falls die UNO nicht in der Lage ist, die Sicherheit dieses Kontingents wirksamer als bisher zu garantieren.“

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Erhebt sich dagegen eine Gegenstimme? Wenn nicht, unterbreche ich die Sitzung zur Behandlung dieses Antrages auf eine halbe Stunde. Ich weise den Antrag dem Gemeinde- und Verfassungsausschuß zu.

Hiermit ist die Sitzung auf eine halbe Stunde unterbrochen.

(Unterbrechung der Sitzung von 17 Uhr bis 18.30 Uhr.)

Präsident: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Wir fahren fort in den Beratungen zur Gruppe 5. Zu Worte gemeldet hat sich Abgeordneter Wegart. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wegart: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Herr Abg. Lackner zur Linken hat sich sehr ausführlich mit den sozialen Fragen beschäftigt und hierbei Auffassungen vertreten, die nicht nur unwidersprochen bleiben können, sondern mit denen wir

uns sehr gründlich auseinanderzusetzen haben. Ich darf dazu grundsätzlich bemerken: Die Sozialpolitik ist kein Monopol der SPO. (1. LHSt. Horvatek a. D.: „Das hat auch niemand behauptet!“) Wir sollen den Topf füllen, und Sie wollen verteilen. Meine Herren, das geht nicht! Auf diesen einfachen Nenner wollen Sie es bringen. Die Sozialpolitik ist eine Frage, die den ganzen Landtag angeht, und der gesamte Landtag ist, wenn wir uns mit den Fragen der Sozialpolitik für Steiermark beschäftigen, zuständig. Es ist heute schon mehrfach zum Ausdruck gebracht worden, daß immerhin schon mehr als 45% unseres gesamten Haushaltsvoranschlages des Jahres 1961 der sozialen Wohlfahrt gewidmet ist. Mit einem Wort: Wohlfahrt, ja! Aber, Hohes Haus, jeder Wohlfahrt sind natürliche Grenzen gesetzt. Man kann nur so viel verteilen, als zuerst erarbeitet wurde (Zwischenruf: „Richtig!“) und nicht umgekehrt. Wir müssen aber ebenso im selben Atemzug zum Ausdruck bringen, daß sich die soziale Frage von 1960 nicht nur auf einen Stand beschränkt.

Ich habe mit großem Interesse vor einigen Wochen den politischen Bericht Ihres Parteivorsitzenden Dr. Schachner-Blazizek an Ihrem Landesparteitag gelesen. Er hat mit Recht ausgeführt, daß die Sozialversicherung, daß die Krankenhäuser, daß der ganze soziale Fortschritt, den wir heute haben, gesetzlich verankert ist, daß wir sehr weit gekommen sind und daß Einmaliges geleistet wurde. Ich kann das nur unterstreichen. Aber, Hohes Haus, diese ganze soziale Gesetzgebung, die wir geschaffen haben, sie würde nicht den Fetzen Papier wert sein, wenn wir etwa in eine Wirtschaftskrise kämen und wenn wir nicht in der Lage sein würden, hier auch mit jedem Schilling für den kleinen Mann zu sorgen. Das ist eine Feststellung, die diesem Bericht hinzuzufügen gewesen wäre. Das habe ich vermißt. Denn die soziale Frage von heute hat sich ja auch in andere Bereiche verlagert.

Schauen wir uns doch etwa einen kleinbäuerlichen Betrieb am Lande an. Ich entstamme einer landwirtschaftlichen Familie, die 6 Joch Grund besitzt. Ich kann das sehr wohl beurteilen. Da gibt es keine 45-Stundenwoche, keine 5-Tagewoche, da gibt es 12 und 14 Stunden tägliche Arbeit. Und wenn Sie dann fragen, was sie dafür erhalten, dann schaut das manchenmal verdammt knapp aus. Sehen Sie, das ist eine echte soziale Frage, die wir hier zu lösen haben. Wir fordern Sie auf, hier nicht nur schöne Reden zu halten, sondern auch jenes soziale Verständnis aufzubringen, wie wir es jederzeit aufgebracht haben, wenn Ihre Anliegen zur Sprache gekommen sind auf dem sozialen Sektor, den Sie irgendwo schwerpunktmäßig vertreten haben.

Schauen wir uns die kleinen Gewerbetreibenden an. Sie haben auch den einen oder anderen darunter. Auch hier sind soziale Fragen auf der Tagesordnung, die gemeinsam zu lösen wären. Sie tun nur so, als würde das ganze soziale Problem bei Ihnen zu Hause sein. (LR. Sebastian: „Das ist nur eine Behauptung!“) Wir müssen feststellen, daß die soziale Frage von uns gemeinsam zu lösen ist.

Meine sehr geehrten Herren von der Linken, Sie bedienen sich einer neuen Sprache. In einer Ihrer

Zeitungen las ich einen Leitartikel, der einen ganz neuen Slogan enthält, der scheinbar der Mottenkiste vergangener Zeiten entnommen wurde: „Die Reichen sollen zahlen!“ Hohes Haus, jetzt ist es notwendig, zu untersuchen, wer sind die Reichen in diesem Land. Die VOEST, die Alpine Montan, Böhler, Schöller-Bleckmann usw.? Aber wenn wir nach Ihrem Grundsatz vorgehen, die Reichen sollen zahlen, dann nehmen wir einmal gleich der Alpine oder der VOEST im Jahre 1961 1 Milliarde Schilling weg. Wir haben das vor Alpinearbeitern diskutiert und sind darauf gekommen, daß die Leute mehr volkswirtschaftliches Verständnis haben als so manche bei Ihnen weiter oben. Wissen Sie, was sie gesagt haben? Wir sind einverstanden, aber dann müssen Sie auch die Konsequenz auf sich nehmen, daß Tausende von unseren Arbeitern und Angestellten entlassen werden. Denn wenn wir konkurrenzfähig sein wollen, dann müssen unsere Betriebe modernst ausgestattet sein. Unser Eisen wird nicht nur in Österreich verkauft. Es geht in die Welt hinaus, und alles, was diese Betriebe erwirtschaften, muß selbstverständlich wieder diesen Betrieben zurückgegeben werden, damit sie modernst investieren können. Aber Sie bedienen sich der einfachen Sprache, die Reichen sollen zahlen. Das ist wohl, glaube ich, etwas zu billig und zu einfach gemacht. Stellen Sie sich vor, wenn wir in diesen Tagen 500.000 oder 600.000 Arbeitslose hätten. Meine Herren, wer würde mit diesen Leuten fertig werden, wir oder Sie? (Zwischenruf bei SPO: „Sie nicht!“) Die Kommunisten würden den Rahm abschöpfen! Die spekulieren darauf, daß solche Schwierigkeiten entstehen. Wir haben ein großes Interesse, daß die Vollbeschäftigung erhalten bleibt und daß damit die Renten und Pensionen ausbezahlt werden können.

Die Renten zahlt nicht die SPO und nicht die ÖVP, nicht der Finanzminister, sondern die Renten und Pensionen zahlt sich das österreichische Volk durch seinen Fleiß und seine Arbeit selbst und niemand anderer.

Wir legen Wert darauf, daß ordentlich und sauber gewirtschaftet wird. Sie behaupten, daß es Automaten gäbe, da wirft man oben einen Schilling hinein, drückt auf einen Knopf und unten kommen 100 S heraus. Diese Automaten gibt es. Wenn man oben einen Schilling hineinwirft und auf den Knopf drückt, dann kommen unten 10 Groschen heraus. Das übrige sind Leitungs- und Wärmeverluste bei diesem Gerät. Wir wünschen, daß wir über den Lohn unserer Arbeit selbst verfügen können. Wir sind mit dem Wohlfahrtsstaat einverstanden, das erkläre ich ausdrücklich, aber dem Faulbett des Versorgungsstaates sagen wir den schärfsten Kampf an. Nehmen Sie das zur Kenntnis. Denn der Schöpfer hat uns ein Leben gegeben, das mit einem Risiko ausgestattet ist. Nicht die Sozialgesetze sind es, die uns ein besseres Leben bringen werden, das haben wir bereits ausgesprochen, sondern der Fleiß, die Arbeit und die Sparsamkeit sind es. Fragen Sie einmal die Arbeiter und Angestellten in den Betrieben, wenn sie etwas erreichen wollen, müssen sie arbeiten und fleißig sein. (Zustimmung bei ÖVP.) Wir haben ihnen die Startbedingungen geschaffen,

die Leistung müssen sie selbst erbringen. Wir wollen den Wohlfahrtsstaat schaffen, der einen Fußboden hat, unter den der Mensch nicht herabsinken soll, aber wir wollen keinen Plafond, der ihn am Aufstieg hindert. Für Sie ist der Plafond die Hauptsache, die Gleichheit und die Nivellierung.

Der Herr Kollege Lackner hat es ja heute klassisch wiederholt, indem er sagte, daß jeder Gartenzaun, jeder Acker, jede Wiese Volkseigentum ist. Lieber Kollege Lackner, derselbe Spruch wird 60 km von hier hinter dem Eisernen Vorhang mit gleichen Formulierungen gebraucht. Dort gehört auch alles dem Volk, aber keinem etwas. Daß wir da nicht mitmachen können und nicht mitmachen werden, darauf können Sie sich verlassen, denn wir wissen ganz genau, wohin das führen wird. Natürlich ist es schön, große Reden zu halten und dann beim Verteilen gegen Vorweis des richtigen Parteibuches den feschen Kerl zu spielen. (Abg. Afritsch: „Das ist die reine Wählerversammlung!“) Genauso, wie ich es vom Lackner gehört habe, denn ich halte mich immer an gute Vorbilder. Es dürfte ja auch Ihnen bekannt sein, daß wir alles, was wir an sozialem Fortschritt erreichen, selbst bezahlen müssen. Selbst Ihre „Arbeiterzeitung“ sagte vor 8 Wochen nach den schwedischen Wahlen: „Der schwedische Steuerzahler wurde erst recht auf eine harte Probe gestellt, als für den Ausbau der sozialen Sicherheit eine neue Umsatzsteuer in Höhe von 4% eingeführt wurde. Wer hohe soziale Leistungen erwartet, muß dafür auch zahlen, das ist richtig, aber keineswegs sehr populär.“ Würden Sie diese Erkenntnis auch auf österreichische Verhältnisse übertragen, wäre der Rentenklau schon längst tot. Schauen Sie, was will denn ein Mensch, wenn er 70 bis 80 Jahre alt ist? Seine Ruhe will er. Er hat ja keine großen Ansprüche mehr an das Leben. Aber Sie gönnen ihm nicht diese Ruhe, und dann reden Sie den Rentnern ein, daß die böse OVP ihm die Rente kürzt oder gar stilllegen will. Niemand kann ihm etwas nehmen, und wir haben nur die eine Sorge, daß das, was wir erarbeitet haben, auch bleibt.

Man soll uns nicht immer unterschieben, wir seien gegen den Wohlfahrtsstaat und gegen die soziale Sicherheit. Ich warte nur darauf, daß Sie noch sagen, wir seien gegen die Vollbeschäftigung. Wir wollen, daß alles, was wir geschaffen haben, und zwar gemeinsam geschaffen haben, erhalten bleiben soll, heute und morgen. Aber dazu gehören Fleiß, Arbeit und Sparsamkeit. Das sind die Garanten, mit denen wir dieses Land weiterhin einer friedlichen Entwicklung entgegenführen werden. (Starker Beifall bei OVP.)

Landesrat **Maria Matzner**: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, ob zurückgedrängte Komplexe aus der Generaldebatte da sind, weil man im Rahmen dieser Gruppe 4 noch einmal mit der Generaldebatte begonnen hat, oder ist es deswegen, weil die Fürsorge und Jugendwohlfahrt des Landes Steiermark so allumfassend ist, daß sie sich nicht nur durch das ganze Budget, sondern auch durch das ganze Leben der Menschen, gleichgültig, welcher Berufsgruppe und welcher Altersgruppe hinzieht. Das kann einen nur freuen, weil es immer-

hin eine positive Einstellung ist, und es wäre zu bedauern, wenn es eine negative Einstellung wäre. Man kommt zu der Überzeugung, manches läßt sich mit Humor beseitigen, bei manchem muß man sich sehr zusammennehmen, wenn es allzusehr einseitig ins Politische geht, ja man kann fast sagen, ins Demagogische ausklingen.

Nachdem in der vorhergehenden Gruppe schon von Mitgliedern des Hohen Hauses zur Gruppe 4 gesprochen worden ist, gestatten Sie mir, daß ich zuerst einmal eingehe auf die Ausführungen des Abg. Ing. Koch und auf das, was er im Zusammenhang mit der Aktion „Jugend am Werk“ hier vorgetragen hat. Er hat davon gesprochen, daß heuer wieder „Jugend am Werk“ gefördert wurde, um die arbeitslose Jugend von der Straße weg in eine sinnvollere Tätigkeit zu bringen, und meinte, daß das heute nicht mehr sehr notwendig sei, weil eine unerhörte Nachfrage nach Lehrlingen bestehe, die gar nicht erfüllt werden könne. Herr Abg. Koch, es tut mir leid, daß schon in der Gruppe 2 zu diesem Problem Stellung genommen wurde, und zwar in meiner Abwesenheit, und daß ich vielleicht jetzt Dinge sage, die nicht Ihren Ausführungen entsprechen, aber, nachdem Sie im vergangenen Jahr zu der gleichen Frage gesprochen haben, nehme ich auch wieder Stellung dazu und ich muß Ihnen leider in gleicher oder ähnlicher Weise darauf antworten wie im vergangenen Jahr. Der Herr Abg. Koch hat nicht angeführt, in welchen Berufen es offene Lehrstellen gibt. Es gibt Berufe, für die die Jugend heute keinerlei Begeisterung aufbringt, vielleicht liegt das Verschulden darin, daß während der Schulzeit zu wenig auf bestimmte Berufe hingelenkt wird. Das ist aber nicht die Schuld von „Jugend am Werk“. Vielleicht ist auch das Elternhaus zu gleichgültig, um rechtzeitig eine bestimmte Berufsauswahl zu treffen. Wir wissen aber auch aus den vergangenen Jahren und aus dem derzeitigen Stand bei „Jugend am Werk“, daß es sich nicht um die berufsreife Jugend handelt, sondern um Jugendliche, die noch nicht berufsreif sind, vielleicht, weil sie die Hauptschule nicht absolvieren konnten, vielleicht, weil sie für bestimmte Berufe ungeeignet sind. Vor allem aber wissen wir aus dem Stand vom November 1960, daß bei „Jugend am Werk“ in der Steiermark über 400 junge Leute vereinigt sind, davon vier Fünftel Mädchen, und nicht Burschen, die eventuell auf Lehrplätzen von Kupferschmiedern, Spenglern, Dachdeckern oder Zimmerern untergebracht werden könnten. Das Problem, mit dem wir nicht nur in Österreich, vor allem in der Steiermark, zu ringen haben, ist im wesentlichen die Berufsunterbringung der Mädchen, die nicht beruflich so eingegliedert werden können, wie wir das alle wünschen. Wenn Sie „Jugend am Werk“-Stellen besuchen, können Sie feststellen, welche Auswahl es dort gibt. Wir haben aber gerade deshalb, weil in der Zeit der Vollbeschäftigung alle jungen Kräfte ebenfalls in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden sollen, den Versuch unternommen, auch die schwachen jungen Leute beruflich vorzubereiten. Es gibt in Steiermark „Jugend am Werk“-Stellen, in denen wir zum erstenmal eine schulische Nachhilfe und dann durch eine berufliche Vorbereitung für die Hilfsarbeit wenigstens vor-

sorgen wollen, damit überhaupt der Arbeitsprozeß, nämlich die selbständige Arbeit für den jungen behinderten Menschen abgeschlossen werden kann.

Es hat Frau Abg. Lendl von den gehirngeschädigten Kindern gesprochen, von dem Problem und dem Aufwand, der uns bevorsteht. Ich kann sagen, daß gerade in diesem Zusammenhang „Jugend am Werk“ neue, ich glaube wichtige Aufgaben erfüllt, nämlich diese gehirngeschädigten Kinder, wie dies schon in anderen Gebieten und Ländern in weit größerem Ausmaß geschieht und große finanzielle Unterstützung der Öffentlichkeit hat, für den Arbeitsprozeß zu trainieren und im Rahmen der geschützten Werkstätte zu verwenden.

Ich glaube also, daß wir trotz aller Wenn und Aber ein „Jugend am Werk“ brauchen, wenn auch nicht in der ganz gleichen Form oder nicht für die ganz gleiche Aufgabe wie seinerzeit, sondern in der geänderten Situation, und daß wir uns dazu positiv einstellen sollten. (Abg. Ing. Koch: „In St. Martin wäre eine ausgezeichnete Unterbringungsmöglichkeit für Mädchen. Dort sind erstklassige Kräfte im Vergleich zu „Jugend am Werk“, wo Kräfte eingesetzt sind, die weder pädagogisch noch fachlich besonders geschult sind.“) Ich darf sagen, daß das nicht ganz stimmt. Nichtbäuerliche Kurse sind im Rahmen von St. Martin auf einen sozialistischen Antrag vor vielen Jahren zurückzuführen. Der Antrag wurde damals damit begründet, die jungen Mädchen von der Strafe fernzuhalten und, sofern sie nicht in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden könnten, zu hausfraulichen Berufen heranzubilden und daraus Gewinn fürs ganze Leben zu ziehen. Die Verwendung der Räume des Volksbildungsheimes St. Martin in der Zeit, in der keine bäuerlichen Fortbildungskurse stattfinden, war ein sinnvoller Ausgleich, aber trotzdem wissen wir, daß in St. Martin zufolge der schwachen Geburtsjahrgänge ein Rückgang zu verzeichnen ist, der nicht allein auf die Vollbeschäftigung zurückzuführen ist. Wenn wir, was wir besonders im Hinblick auf St. Martin betonen müssen, in Lankowitz oder in Feistritz Internatskurse vollbesetzt haben, so sind auch die im Rahmen des „Jugend am Werk“ geführten Internatskurse, die mit Mädchen besetzt werden, absolut voll besetzt.

Der Herr Landesrat Brunner hat im Zusammenhang mit seinen Sorgen und Nöten darauf hingewiesen, daß im Voranschlag des Jahres 1961 sehr viele Mittel vor allem für die Fürsorgeerziehungsheime untergebracht sind, und er habe für seine vielen Tausende von Lehrlingen im Verhältnis zu der Zahl der jungen Menschen, die in der Fürsorgeerziehung sind, weniger Mittel. Es kosten also die gefallenen Mädchen, wenn Sie wollen, pro Stück gesehen (Heiterkeit), wesentlich mehr als die Lehrlinge.

Ich darf wiederholen, was ich in der Sitzung der Landesregierung gesagt habe. Wir sind alle irgendwie befangen von den Interessen oder von dem Arbeitsgebiet, in dem wir unmittelbar tätig sind, und wir kennen das Gebiet am besten und werden von diesen Dingen am ehesten und am besten sprechen können. Vor allem die Dinge, die wir für die wichtigsten halten und deshalb verlangen, daß

mehr und mehr dafür getan wird. Aber wie immer Sie sich den Voranschlag 1961 ansehen, werden Sie finden, daß er versucht, das gerecht aufzuteilen, was vorhanden ist. Denn es ist schon einmal so: man kann nicht mehr ausgeben als man einnimmt. Ich glaube, daß gerade die Berufsschulen für das Jahr 1961 einen wesentlichen Fortschritt haben. Aber, wenn Sie mir erlauben, da geht mir der Humor aus, das gebe ich zu. Ich glaube, meine Regierungskollegen können nicht sagen, daß ich nicht über Humor verfüge, wenn also überhaupt ein Vergleich herbeigezogen werden kann zwischen der Berufsausbildung und der Fürsorgeerziehung, dann wird man ernst und verstimmt. Denn, meine Damen und Herren, die Fürsorgeerziehung ist nicht deshalb eingesetzt, weil die Mädchen oder Burschen charakterlich schlecht sind und von der übrigen Gesellschaft bewahrt werden müßten, sondern im überwiegenden Teil der Fälle sind die jungen Menschen in Fürsorgeerziehung gekommen, weil ihre Eltern, ihre Familie die Ursache an der Einweisung sind, daß man sie bewahren muß vor der erwachsenen Umwelt, das ist die Ursache, und wir haben nun die Aufgabe, leider oftmals viel zu spät, das gutzumachen, was die Familien versäumt haben. Das ist das erste. Und zweitens sind vielfach die Erwachsenen in der Nachbarschaft zu feige, für die Kinder ein Bekenntnis abzulegen. Sie ziehen sich zurück und machen dadurch eine rechtzeitige Hilfe für einen solchen Menschen überhaupt unmöglich. Wenn dem nicht so wäre, würden wir uns manches ersparen, auch finanziell. Wir würden aber auch den jungen Menschen harte Schicksalsschläge ersparen, wenn die Schule vom Elternhaus und von der Nachbarschaft rechtzeitig aufmerksam gemacht würde und helfen könnte. Erst gestern haben wir gelesen, daß ein Kleinkind fast zu Tode geprügelt wurde, ohne daß die Nachbarschaft aufmerksam wird, weil sie keinen Konflikt haben wollen und sich mit diesen Familien nicht verfeinden wollen. Ja, meine Damen und Herren, dann haben wir damit zu rechnen, daß es da und dort gefallene Mädchen gibt. Wir dürfen aber sagen, daß von den im Hirtenkloster untergebrachten Mädchen, annähernd 90, nur 3 als gefallene Mädchen bezeichnet werden können.

Ich darf also nun zu den anderen Fragen kommen, die im Rahmen der Diskussion zur Gruppe 4 aufgetaucht sind, und ich werde versuchen, mich so kurz als möglich damit zu beschäftigen. Vor allem anknüpfend an die Ausführungen der Frau Abg. Lendl möchte ich mitteilen, daß wir versuchen, für die zerebralgestörten Kinder bestimmte Einrichtungen zu schaffen. Als erster Versuch, der nun bereits gestartet ist, wollen wir im Rahmen von „Jugend am Werk“ eine geschützte Werkstätte einrichten und wir wollen versuchen, die Kinderabteilung in der Anstalt „Feldhof“ so zu gestalten, daß eine bessere Beobachtung und Überprüfung der geistig und physisch defekten Kinder durchgeführt werden kann. Sicherlich ist Ihnen auch allen zugegangen die Aufforderung zu einer Beitragsleistung an eine Organisation, die sich gerade mit diesen schwerstbehinderten Kindern beschäftigt. Die Frau Abg. Egger hat, und dafür bin ich ihr sehr dankbar, den Wunschzettel wieder um einiges verlängert. Ich

bitte nicht ungehalten zu werden, wenn auf Grund der Erfüllung dieses Wunschzettels das Budget 1962 wieder sehr anwachsen wird. Sie hat damit zum Ausdruck gebracht, daß vorbeugende Maßnahmen zuerst einmal Geld kosten. Und wir wissen, daß jede vorbeugende Maßnahme sinnvoller und wirksamer ist als jede Maßnahme, die dann erst einsetzt, wenn die sogenannten Schwierigkeiten schon groß geworden sind und uns vielleicht dauernd wirtschaftlich belasten und die dann für die Gesellschaft keineswegs empfehlenswert sind. Sie hat darauf hingewiesen, daß wir vor allem bei der Behandlung der Akten für Kinderreiche zu einem rascheren Ergebnis kommen sollen. Das möchte ich besonders vermerken. Es ist aber in den letzten Wochen neuerdings die Schwierigkeit dazugekommen, daß die Bezirkshauptmannschaft ein Gutachten abgeben muß, weil ja das vorgeschlagene Wohnobjekt vielfach nicht geeignet erscheint oder nicht preiswert ist und dann ein anderes Objekt erst gesucht werden muß. Darf ich zu dem Wunschzettel, den die Frau Abg. Egger hier mit Recht angeführt hat, noch einen Wunsch hinzufügen und das ist, daß wir seit Jahren bemüht sind, auf gesamtösterreichischer Ebene ein Heim für schwersterziehbare männliche Jugendliche zu schaffen. Nicht ein Heim für bereits abgestrafte Jugendliche, sondern wir wollen ein Heim, wo die schwerst psychopathischen Jugendlichen besonders behandelt werden sollen.

Der Herr Abg. Lackner hat den Wunsch geäußert, daß wir versuchen sollten, in Ehrnau zu einer Verbesserung der Verhältnisse zu kommen. Nicht nur in Ehrnau sind wir dazu bereit. Ich bin bereit zu prüfen, ob überhaupt in diesem alten Schloß ein Bettenaufzug angebracht werden kann und ob die zweite Frage hinsichtlich der Verlegung des Friedhofes des Heimes in Erwägung gezogen werden kann.

Hinsichtlich der Säuglingssterblichkeit ist bekannt, daß in der Steiermark eine über den österreichischen Durchschnitt hinausgehende Sterblichkeit vorhanden ist. Das Jugendwohlfahrtsgesetz ist für Mutterschafts- und Schwangerenfürsorge zuständig, ist aber referatsmäßig in der Steiermark nicht im Rahmen der Abteilung 9, also der Fürsorge untergebracht, obwohl wir von uns aus alles forcieren, um zu einer verbesserten Schwangeren- und Mütterberatung zu kommen. Das hängt damit zusammen, daß wir eine besonders große Zahl von Fürsorgefällen haben. Es würden hiezu fliegende Beratungsstellen notwendig sein, wir können aber nicht mehr Geld ausgeben als wir haben und die Frage der Aufbringung der Geldmittel ist hier von besonderer Bedeutung. Der Ausbau des Mutter-schutzes ist auch eine sehr dringende Angelegenheit. Der Herr Abg. Scheer hat darauf verwiesen, daß die Bäuerin nicht in der Lage ist, sich 6 Wochen vor und 6 Wochen nach der Entbindung zu schonen, wie das bei anderen Berufstätigen möglich ist. Der Ausbau des Mutterschutzgesetzes ist uns eine Herzensangelegenheit. Auf dem Gebiete haben wir erste Erfolge durch familienpolitische Maßnahmen zu verzeichnen und es ist eine Forderung der Sozialisten, den Hausfrauenlohn einzuführen und ebenso eine finanzielle Sicherheit für die Hausfrau zu schaffen wie für die in anderen

Berufen Tätigen. Es ist darauf hingewiesen worden, daß die Hausfrauen den größten Teil des Volksvermögens verwalten und ausgeben, daß sie aber dabei den geringsten Teil für sich selbst haben, was umso schlimmer wird, wenn ein Mann, der vielleicht nur 2000 S verdient, meint, daß die Frau mit 1000 S für die ganze Familie auszukommen habe, weil er den Rest für sich benötigt und für seine Aufwendungen. Wir meinen also, daß auch hier noch etwas offen ist auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit, nehmen aber nicht an, daß wir Sozialisten allein das erfüllen können, sondern laden die ÖVP herzlich ein, bei dieser Arbeit und bei dieser Tätigkeit mitzuwirken. (Abg. DDr. Hueber: „Wer soll denn das zahlen? Der Mann oder der Staat?“) Der Mann natürlich. (Edda Egger: „Wir sind nicht die Diensthöfen der Männer!“)

Bitte, meine Damen und Herren, Sie müssen mir noch erlauben, auf etwas einzugehen, was der Herr Abg. Wegart gesagt hat. Er hat sich, wie ich mich erinnere, bei der Gruppe 4 vor allem mit sozialpolitischen Fragen beschäftigt, und er hat gesagt, daß nicht allein die Sozialisten es sind, die die sozialpolitischen Gesetze errungen haben und daß selbstverständlich die ÖVP nicht nur daran mitgewirkt habe, sondern daß es ihr eigenes Bedürfnis sei, solche Sozialgesetze zu verabschieden, also die soziale Sicherheit der Menschen zu verbessern. Wenn das der Fall ist, meine Damen und Herren, dann bin ich etwas verwundert über die Reden, die gestern und heute in diesem Hohen Haus zur Rentenreform gehalten worden sind. Wenn man so tut, als wäre dies eine Forderung der Sozialisten, die weit über das hinausgeht, was der Staat und unsere Währung ertragen könnten, wenn die ÖVP sich zur sozialen Sicherheit bekennt und sich dazu bekennt, dem nächsten Menschen zu helfen, dann muß sie sich auch positiv zu diesen Forderungen stellen. Und wenn darauf hingewiesen wird, daß man einen Satz geprägt hat: „Die Reichen sollen zahlen“, dann darf ich darauf hinweisen, daß es keineswegs so ist, daß nur die Reichen zahlen, sondern daß die soziale Besserung in Österreich zum überwiegenden Teil, jedenfalls zu einem größeren Teil als bisher vom Staat, wohl auch von den Arbeitnehmern und Arbeitgebern selbst bezahlt wird. Wenn hier ein Zuschuß verlangt worden ist, so werden wohl alle zu gleichen Teilen daran Anteil haben. Ich glaube, daß die Arbeiter und Angestellten darauf verweisen können, daß sie bereit sind, auch für wirtschaftlich schwächere Gruppen Opfer zu bringen, denn sie haben ja auch seinerzeit auf einen Lohnanteil von jährlich 1 Milliarde Schilling für den Familienlastenausgleichsfonds verzichtet, der den Bauern und den Selbständigen zur Verfügung steht. Man darf also nicht sagen, daß die Reichen allein zahlen. Wenn das gesagt wird, meinen wir nicht nur die Arbeiter und Angestellten, die Arbeitgeber der nichtselbständigen Berufstätigen allein, sondern darüber hinaus wird es noch eine kleine Gruppe von Menschen in Österreich, oder, wenn Sie wollen, von Betrieben in Österreich geben, die einen Beitrag dazu leisten können. Es wird gesagt, wenn man die Steuern erhöht, so nimmt man den Betrieben die Möglichkeit, soviel

zu investieren, um konkurrenzfähig zu bleiben. Da ist ein Widerspruch vorhanden. Denn der Herr Abg. Wegart hat vorgelesen, daß man in Schweden als Prinzip für den Ausbau und die Verbesserung der Volkspension eine Steuererhöhung vorgesehen hat. (Abg. H e g e n b a r t h : „Ja, aber die Umsatzsteuer.“) Es hat mich ein wenig verwundert, und es hat auch ein anderes Mitglied des Hohen Hauses dazu Stellung genommen, daß die Fürsorge sozusagen jetzt reicht von der verstaatlichten Wirtschaft bis zum Armenwesen. Es wurde die Auffassung vertreten, daß die verstaatlichte Wirtschaft in der heutigen Zeit ihre Aufgaben nicht voll erfülle und daß man sparen müsse, auch dort, wo die Sozialisten die Verantwortung tragen. Wir sollten kein so kurzes Gedächtnis haben, wenn wir über diese Frage sprechen, es ist nicht so lang her, daß immer wieder in den Zeitungen der ÖVP und in ihr nahestehenden unparteiischen Zeitungen zu lesen war, daß die verstaatlichten Betriebe eines Zuschusses des Staates bedürfen, und nun plötzlich hört man es ganz anders. Die Abgeordneten der ÖVP haben es vergessen, daß die Industrie- und Bergbauverwaltung nicht eine Forderung der Sozialisten, sondern eine Forderung der ÖVP gewesen ist. Ebenso wie die Auflösung der Industrie- und Bergbauverwaltung durch die Schaffung eines selbständigen Wirtschaftskörpers der verstaatlichten Industrie. Daß man, wenn die Sozialisten im Koalitionsausschuß den Forderungen der ÖVP nachgeben mußten, und zwar aus Erwägungen der Sparsamkeit nachgeben mußten, daß man hier im Hohen Haus so tut, als seien, wenn in der verstaatlichten Wirtschaft wieder die Sozialisten mitzuentcheiden haben, diese die Verschwender. Es wurde schon durch einen Zwischenruf darauf hingewiesen, und seinerzeit auch in der Presse geschrieben, daß gerade durch die von der ÖVP geforderte Auflösung der Industrie- und Bergbauverwaltung finanzielle Belastungen entstanden sind, die man sich hätte ersparen können. Herr Abg. Krempl hat davon gesprochen, daß man heute einen Wohlfahrtsstaat hat, und in Ergänzung dazu hat Herr Abg. Wegart sich zu diesem Wohlfahrtsstaat bekannt, daß aber hinter dem Wohlfahrtsstaat der Versorgungsstaat stehe. (Zwischenruf: „Aber, aber!“) Ich weiß nicht, was darunter zu verstehen ist. Ich weiß es nicht. Ich bitte, obwohl ich das Organisationsprogramm kenne, habe ich diesen Unterschied noch nicht wahrgenommen. Wenn aber der Versorgungsstaat von der ÖVP auf alle Fälle abgelehnt wird, entschuldigen Sie, ist die Berufung des Generalsekretärs der ÖVP auf den Posten eines Direktors im Rundfunk nur eine Angelegenheit des Wohlfahrts- oder Versorgungsstaates? (Abg. St ö f f l e r : „Der Zentralkommissar von Böhler war Luftschutzwart.“)

Meine Damen und Herren, ich hätte zu diesem Problem nicht gesprochen, wenn es nicht in der Gruppe 4, Fürsorge, vorgekommen wäre. Sie müssen mir erlauben, meine eigenen Schlußfolgerungen zu ziehen bzw. meine Gedanken dazu zu äußern. Es wird immer wieder, und nicht zum erstenmal, in diesem Hohen Haus davon gesprochen, daß der Herr Außenminister Kreisky einmal, und zwar aus dem Zusammenhang heraus, gesagt hat, daß die Sozialisten die Partei für die schlechten Zeiten sei, und ich

kann, weil das auch schon im Vorjahr gesagt wurde, nur darauf verweisen: Warum hätten wir Sozialisten es denn notwendig gehabt, sechs Jahrzehnte um die Verbesserung der Lebenshaltung der arbeitenden Menschen zu kämpfen, wenn es den Tatsachen entspräche, daß wir wollen, daß es den Menschen schlecht geht? Warum kämpften wir für die Rentenreform, für die Verbesserung der Einkommensverhältnisse der Alten, Kranken, der Witwen und Waisen, wenn wir die schlechten Zeiten wollen? Warum unsere Bemühungen, die Vollbeschäftigung zu erreichen, wenn wir für diese schlechten Zeiten sind? Warum leisten die arbeitenden Menschen auf so vieles Verzicht, wenn sie also die schlechten Zeiten wollten? Durch besondere Forderungen, die nicht erfüllbar sind, könnte es zu harten Auseinandersetzungen mit den Arbeitgebern kommen und wäre der Friede in Österreich gefährdet. Ja, warum, meine Damen und Herren, warum bemühen wir uns, immer noch ein Stück mehr für den Wohlstand unseres Landes, für alle Menschen in diesem Staate zu leisten? Sie können nicht behaupten, daß die Sozialisten für die kleinbäuerliche Bevölkerung nichts übrig haben. Sie können es nicht behaupten, wenn Sie es ehrlich meinen, daß die Sozialisten nur darauf achten, daß die Arbeiter und Angestellten ihren Anteil haben. (Abg. E r t l : „Geben Sie uns kostendeckende Preise, die nur Sie verhindern.“) (1. LHSt. M a t z n e r : „Gehen Sie zum Wirtschaftsbund!“) (Abg. E r t l : „Der Wirtschaftsbund hat damit nichts zu tun.“) Der Wirtschaftsbund verhindert die Aufstellung von Milchautomaten, wodurch mehr Milch konsumiert würde. Der Wirtschaftsbund muß sich einsetzen, daß die Bestimmungen der Gewerbeordnung fallen, wonach es nicht erlaubt ist, die Milchautomaten ohne Zustimmung der Kammer aufzustellen. (LH. K r a i n e r : „Auf das kommt es nicht an.“)

Aber, meine Damen und Herren, damit Sie nicht glauben, daß es nur einer bestimmten Gruppe der Bevölkerung in Steiermark nicht sehr gut geht und die am sogenannten Wohlfahrtsstaat nicht teilnimmt, habe ich mir vorgenommen, bei der heutigen Landtagssitzung in der Budgetdebatte vor allem darauf zu sprechen zu kommen, wie die wirtschaftliche Lage der Dauerbefürsorgten in der Steiermark ist.

Wir haben in der Steiermark noch über 10.000 dauerbefürsorgte Menschen, die alt und krank sind, die keinen Anspruch auf Rente haben, wir haben 2569 Pflegekinder zu betreuen und wir haben für diese über 12.000 Menschen in Steiermark einen Betrag — Sie können sagen: welcher Riesenbetrag, aber dividieren Sie ihn durch die Zahl der Befürsorgten — von über 36 Millionen Schilling aufzuwenden, und das durch 12 Monate des Jahres, und dann reden wir davon, daß nur eine bestimmte Gruppe in der Steiermark besonders bedürftig sei. Wir glauben, da gibt es manches zu tun auf diesem Gebiet, denn die Beträge, die wir im Rahmen der Fürsorge den Befürsorgten zur Verfügung stellen, sind unerhört gering, ja, ich muß sagen, sogar beschämend. Aber weil wir nicht mehr ausgeben können als wir einnehmen, sind diese Beträge unzulänglich in der heutigen Zeit, und wir werden gemeinsam trachten müssen, die Mittel freizumachen

auf irgendeine Weise, vielleicht durch Sparen, um auch dieser Gruppe einen besseren und schöneren Anteil am Wohlfahrtsstaat zu sichern. Ich darf darauf hinweisen, daß wir, also das Land, für Hilfsbedürftige, die keinem Bezirksfürsorgeverband zugeteilt sind, 27 Millionen Schilling aufwenden, für TBC-Kranke fast 12 Millionen Schilling, und zwar nur für Wirtschaftshilfe aufwenden, und daß die Blindenrenten in Steiermark 44 Millionen Schilling betragen. Wenn Sie das alles zusammenrechnen, kommt sehr viel heraus, man kommt auf einen Betrag von 47 Millionen Schilling für die Zuschußbedürftigen der Gruppe 4 im Landesvoranschlag 1961.

Aber, meine Damen und Herren, wir kommen noch dazu, daß die Fürsorgeleistungen nach den gesetzlichen Bestimmungen auch einer Rückersatzpflicht unterliegen. Wir wissen alle, daß diese Rückersätze annähernd 10% der ausgezahlten Fürsorgeunterstützungen ausmachen. Wir gehen noch darüber hinaus, wir haben nicht nur den Anteil der Familienangehörigen an den Fürsorgeleistungen, die ein Hilfsbedürftiger bekommt, wir sagen, es gibt noch eine Reihe von Familienangehörigen, die zwar nicht nach dem Gesetz verpflichtet sind, eine Unterhaltsleistung zu erbringen, sondern wir meinen, daß in der Praxis auch eine sittliche Verpflichtung zur Unterhaltsleistung für einen Bedürftigen notwendig ist, so daß z. B. auch der Schwiegersohn, obwohl im Gesetz nicht genannt, zu einer Mitunterhaltsleistung für seine Schwiegermutter herangezogen werden kann. Ich stelle im Rahmen der Diskussion zum Voranschlag des Landes fest, daß auch wir Sozialisten genau wissen, daß jede Familie, jeder Mensch sich zuerst selbst helfen muß, bevor er Ansprüche und Forderungen an die Fürsorge stellt. Die Selbsthilfe und die Selbstverantwortung stehen also im Vordergrund. Das zweite ist die Familienhilfe, das heißt, daß alle in einem Haushalt lebenden, und nicht immer nur die in einem Haushalt lebenden Familienangehörigen für den Hilfsbedürftigen mitzusorgen haben, und erst in dritter Linie kommt dann die öffentliche Hand mit ihren Leistungen dazu. Und viertens unterliegt das, was die öffentliche Hand leistet, noch der Rückersatzpflicht zu dem Zeitpunkt, in der der Betroffene oder seine Familie in der Lage sind, Rückzahlungsleistungen zu erbringen.

Man kann über die Höhe der Mittel verschiedener Ansicht sein, man kann einerseits sagen, es ist zuviel, und andererseits sagen, welche Schande für das Land, daß es so wenig aufwendet für diese Dauerbefürsorgten. Wir haben in der Fürsorge das Prinzip der Subsidiarität und wir wissen auch, daß auch auf dem Gebiet der Sozialversicherung dieses Prinzip, wenn auch in anderer Form, besteht. An die Stelle der Familienangehörigen tritt hier die Gruppe, die zuerst durch Versicherungsverträge die Leistungen für den hilfsbedürftigen Kranken, Invaliden usw. erbringt. Es ist also eine Selbstverständlichkeit, daß hier in erster Linie die Arbeiter, die Angestellten, aber auch andere Gruppen, die eine Versicherung haben, ihre Beiträge leisten. Für das Prinzip der Subsidiarität gilt also die Selbsthilfe der Gruppe. Eine Mithilfe anderer Gruppen gibt es bei der Rentenversicherung, und im Zusammenhang mit der neuen Rentenreform geht das ein-

deutig hervor. Die Zuschüsse, die der Staat im Jahre 1961 für die Rentenreform leisten wird, sind nicht gleich pro Kopf der Rentner, sondern verschieden nach der Leistungsmöglichkeit, wenn Sie wollen, je nach der Selbsthilfe, die einzelne Interessengruppen für sich aufbringen können. Sie beträgt z. B. bei der Angestelltenversicherung 4% staatlichen Zuschuß, bei der Bergarbeiterversicherung für die Gewährung der Ausgleichszulage nicht ganz 9%, bei der Pensionsversicherung der eisenverarbeitenden Industrie 16%, bei der Arbeiterpensionsversicherung fast 37%, bei der Pensionsversicherung der gewerblichen Wirtschaft 56% und bei der landwirtschaftlichen Zuschußrentenversicherung über 54%. (Abg. Hegenbarth: „Aber er muß ja weiterzahlen.“) Also auch hier können wir sagen, soweit die Gruppen Selbstleistungen zu erbringen in der Lage sind, hat der Staat keine Zuschüsse vorgesehen. Auch bei der Rentenreform kommt zwangsläufig die Leistung der eigenen Gruppe, und dann erst kommt subsidiär die Hilfe des Staates dazu. Bei dieser Tendenz, die nicht nur in der Fürsorge, sondern, wie ich hier sagen möchte, auch in der Sozialversicherung im allgemeinen Geltung hat, steht die Selbsthilfe und Solidarhaftung der gesamten Gruppe für die Leistung an erster Stelle. Es kommt dann dazu, daß alle Gruppen, und nicht nur die der Befürsorgten, und nicht nur die Arbeiter und Angestellten, nach diesem gleichen Prinzip vorgehen sollten und daß sodann erst die Gruppe, die nicht dazu in der Lage ist, oder die Familie, die nicht dazu in der Lage ist, Ausschau hält, woher die restliche Hilfe kommen soll. Ich komme also zur Überzeugung, daß auch bei der bäuerlichen Zuschußrentenversicherung das Prinzip der Subsidiarität zu gelten hat. Es steht im Widerspruch zu dem für alle anderen Gruppen geltenden Prinzip, daß gerade der Großgrundbesitz sich an den Verfassungsgerichtshof gewendet hat, um gegen die ihm vorgeschriebenen Beiträge einer Solidarhaftung auf das Verfassungsrecht zu berufen statt sich auf seine selbstverständliche und mögliche Hilfe für den ärmeren Bruder zu berufen.

Wieso komme ich in meinen Ausführungen zu solchen Vergleichen? Ich verwalte in der Landesregierung das Fürsorgereferat, und der echte Zuschußbedarf beträgt — das habe ich schon früher gesagt — etwas über 47 Millionen Schilling. Da fast in jedem Jahr in diesem Hohen Haus von unseren Aufwendungen auf sozialem Gebiet gesprochen wird, habe ich einmal eine Gruppe von Dauerbefürsorgten herausgegriffen, um darzutun, wie weit wir im Armenwesen noch in vergangenen Zeiten stehen und daß unsere gemeinsamen Bemühungen nicht erlahmen dürfen, um zur Wohlfahrt für alle zu kommen. Meine Damen und Herren, wenn ich vielleicht etwas zu lange zu dieser Gruppe gesprochen habe, dann verzeihen Sie mir, denn diese Gruppe ist so wichtig, daß sie fast die Debatten des ganzen Tages in Anspruch genommen hat, und ich glaube, was wir uns zu sagen haben — wenn auch nicht immer positiv — soll dazu führen, daß wir so wie in der Gegenwart auch in der Zukunft gemeinsam an einer Verbesserung der Hilfe für unsere Hilfsbedürftigen in diesem Lande arbeiten. (Allgemein lebhafter Beifall.)

Präsident: Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. **Bert Hofbauer:** Hoher Landtag! Ich darf als Berichterstatter der Gruppe 4 Sie noch einmal ersuchen, den Ansätzen und den vom Finanzausschuß beschlossenen Erhöhungen Ihre Zustimmung zu erteilen.

Präsident: Ich ersuche die Abgeordneten, die diesem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zur

Gruppe 5,

Gesundheitswesen und körperliche Ertüchtigung.

Berichterstatter ist Abgeordneter Rauch.

Berichterstatter Abg. **Rauch:** Hohes Haus! Die veranschlagten Ansätze der Gruppe 5 sind auch im ordentlichen Landesvoranschlag 1961 wiederum sehr hoch. Sie betragen auf der Ausgabe Seite fast 27% der Summe des ordentlichen Landesvoranschlages und mehr als 19% der Einnahmensumme.

Innerhalb der Gruppe 5 stellt der Abschnitt 52 für die landeseigenen Krankenanstalten, Sonderkrankenanstalten, Heil- und Pflegeanstalten die bedeutendsten Posten sowohl auf der Ausgaben- als auch auf der Einnahmenseite dar. Konnte im ordentlichen Landesvoranschlag für das laufende Jahr für diese Landesanstalten noch mit Aufwendungen von 302,435.000 S das Auslangen gefunden werden, so müssen für die gleiche Haushaltsstelle des Voranschlages 1961 326,341.200 S, also um 23,906.200 S mehr eingesetzt werden. Das ist eine Vermehrung der Ausgaben um 7,9%. Diesen vermehrten Ausgaben können jedoch bei den einzelnen Haushaltsstellen auch beachtlich erhöhte Einnahmen gegenüber gestellt werden, so daß die Einnahmensätze für 1961 um 23,589.200 S oder um 11% höher sind als im Voranschlag 1960. Das für die Krankenhäuser und Heil- und Pflegeanstalten erforderliche Mehr an Aufwendung wird also vollständig durch zu erwartende Mehreinnahmen bei den gleichen Haushaltspostengruppen hereingebracht werden können.

Trotzdem weist, wie auch im vergangenen Jahr, der vorliegende Voranschlag für diesen Haushaltsposten einen erheblichen Abgang auf, der bei den Landeskrankenanstalten mit 77,5 Millionen Schilling angenommen wird und bei den Sonder-, Heil- und Pflegeanstalten rund 11 Millionen Schilling beträgt. Die Begründung für die Erhöhung bei den Ausgaben für Krankenhäuser, Heil- und Pflegeanstalten und ihre teilweise Bedeckung wurde bereits in den Bemerkungen zum Gesetzesentwurf über den Landesvoranschlag 1961 dargelegt.

Die übrigen Ansätze in der Gruppe 5 fallen im Rahmen des Gesamtvoranschlages nicht ins Gewicht. Die Aufwendungen machen nur 4% der in der Gruppe 5 veranschlagten Ausgaben Summe aus. Eine Gegenüberstellung der Ausgaben und Einnahmen des ordentlichen Voranschlages 1961 ergibt,

daß für die Bedeckung des Abganges ein Betrag von 97,926.900 S erforderlich ist.

Der Finanzausschuß hat den Ansätzen der Gruppe 5 des ordentlichen Landesvoranschlages 1961 entsprechend der Anlage 1 zum Gesetzesentwurf und den Berichtigungen zugestimmt. Ich darf daher dem Hohen Haus deren Annahme empfehlen.

Abg. **Scheer:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich darf in dieser Gruppe „Sanitäts- und Gesundheitswesen“ auf etwas ganz besonderes aufmerksam machen. Sie wissen, daß Steiermark reich ist an Bodenschätzen, Eisenerzen, Magnesit, Kohle, Wasserkraften. Wir dürfen dem Kranz dieser ganz besonderen Schätze, die wir in der Steiermark haben, in letzter Zeit etwas hinzufügen, was die Aufmerksamkeit dieses Landtages besonders auf sich ziehen wird.

Es handelt sich darum, daß am Salzbergwerk Bad Aussee eine besondere Mineralquelle erschlossen wurde und vor zwei Tagen sogar offiziell vom Landessanitätsrat als Heilquelle erklärt wurde. Die Entdeckung dieser Quelle geht schon auf das Jahr 1944 zurück. Sie ist aber inzwischen infolge der Zeitereignisse in Vergessenheit geraten. Infolge des Kriegsgeschehens konnte die Absicht, die Quelle weiter zu nützen, nicht verwirklicht werden. Entdeckt wurde die Quelle von dem Medizinalrat Dr. Albert Hofer aus Bad Aussee. Sein Neffe, der heutige Kurarzt Dr. Konrad Hofer, hat die Angelegenheit neuerdings aufgegriffen. Auch Bergrat Dipl. Ing. Brandl hat sich der Sache angenommen. Die Kurkommission von Bad Aussee ist ebenfalls an dieser Quelle interessiert und hat ein besonderes Gutachten der Akademie der Wissenschaften, und zwar von Univ.-Prof. Dr. Scheminsky und Ing. Kommer, erhalten. Es liegt also ein 35 Seiten starkes wissenschaftliches Elaborat vor. Es liegen ebenso die notwendigen balneologischen Beurteilungen dieser Quelle vor, deren Ergebnis geradezu sensationell zu nennen ist. Es zeigt sich nämlich, daß nach Karlsbad und Mergentheim dies die dritte Quelle im mitteleuropäischen Raum ist, die eine gleiche Heilwirkung wie das Wasser von Karlsbad hat. Es handelt sich um eine Natriumchloridsulfat-Quelle, die besonders bei Leber- und Gallenblasenleiden, bei chronischen Magenkatarrhen und bei Darmträgheit besondere Wirkung zeigt. Wie Sie wissen, ist gerade das Karlsbader Wasser ein Importartikel, auf den die heutige Medizin nicht verzichten will.

Wenn es uns nunmehr gelingt, diese Quelle für die Steiermark zu aktivieren und entsprechend zu nützen, so würde das für den Fremdenverkehr einen außerordentlichen Gewinn bedeuten. Die Ergiebigkeit der Quelle beträgt 40.000 bis 48.000 Liter pro Tag, so daß man keine Sorge zu haben braucht, sie könnte eines Tages versiegen oder nicht ergiebig genug sein.

Der Sinn meiner Wortmeldung ist nicht allein, daß von dieser Sache gesprochen, sondern daß der Landtag einmal auf eine Angelegenheit hingewiesen wird, die eine Initiative der Landesregierung in dieser Richtung notwendig macht. Es ist klar, daß eine kleine Gemeinde nicht in der Lage ist, die finanziellen Mittel aufzubringen, um so eine Quelle aufzuschließen. Es wird der öffentlichen Hand be-

dürfen oder, wie wir meinen, vielleicht sogar über Initiative des Landes möglich sein, daß sich auch private Gesellschaften mit der Erschließung und Nutzbarmachung dieser Quelle für die allgemeine Gesundheit befassen. Darum bitte ich den Landtag, diesem Appell Folge zu leisten und sich in dieser Hinsicht Gedanken zu machen. Wenn auch im heurigen Budget noch keine Mittel für diesen Titel ausgewiesen sind, so werden wir uns doch vielleicht im kommenden Jahr mit dieser Quelle intensiver beschäftigen müssen.

Ich habe den Damen und Herren im Finanzausschuß eine Kostprobe dieses Wassers mitgebracht, und diejenigen, die davon gekostet haben, sollen Ihnen erzählen, wie die Wirkung war. (Abg. Bammer: „Ja, der Saal hat sich sofort geleert!“) (Heiterkeit.) Man hat den Kopf geschüttelt und gesagt: „So ein bitteres Wasser!“ Es trinkt sich nicht wie Quellwasser, weil es einen salzig-bitteren Geschmack hat. Unser Primarius Dr. Stepantschitz, der Abgeordnete der ÖVP, hat auch dieses Gutachten im Ausschuß studiert und gelesen und gemeint, daß diese wissenschaftliche Beurteilung die Grundlage für diese Quelle bilde und daß es sich tatsächlich um eine ganz große Sache zu handeln scheine.

Hohes Haus, meine Damen und Herren, ich glaube, mit wenigen Worten alles gesagt zu haben. Es ließe sich natürlich noch manches anführen. Ich kann Ihnen nur zurufen: Schaffen Sie ein steirisches und darüber hinaus ein österreichisches Karlsbad, und es wird Ihnen Österreich und die Steiermark hiefür zu danken wissen. Sie selbst aber werden damit eine wahrhafte Tat setzen im Sinne des Fremdenverkehrs und im Sinne der aufstrebenden Wirtschaft der Steiermark (Sehr lebhafter Beifall.)

Abg. **Bammer**: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Abschnitt 54 in der Gruppe 5 enthält jene Beträge, die das Land Steiermark der Sportförderung zugedacht hat. Die Beträge sind im Budget für das kommende Finanzjahr um den ganz bescheidenen Ansatz von insgesamt 30.000 S, zweckgebunden für den Schulsport, höher als im vergangenen Jahr. Und es könnte im Rahmen der Budgetdebatte und der Beleuchtung über die Zweckmäßigkeit der einzelnen Ausgaben die Frage auftauchen, was geschieht mit jenen Mitteln, die vom Steuerzahler aufgebracht und dieser Aufgabe des Landes zugedacht werden? Ich kann hier vor allem feststellen, daß der Betrag von 120.000 S für die Erfüllung des Personal- und Sachaufwandes der Landessportorganisationen einerseits, im besonderen aber auch die rund 600.000 S Förderungsbeitrag für die Sportler im Lande Steiermark zweckmäßig und sparsam verwendet werden. Sparsam schon deshalb, weil es sich auch bei dieser Post wie bei vielen anderen Posten unseres Budgets zeigt, daß der Betrag an sich für die in Aussicht genommenen Aufgaben bei weitem nicht hinreicht. Trotzdem glaube ich hier auch namens der Landessportorganisationen und des Präsidiums dieser Organisationen auf einige Leistungen hinweisen zu dürfen, die gesetzt werden konnten, weil das Land Steiermark nach dem Landessportgesetz, das vor mehr als 6 Jahren beschlossen worden ist, uns diesen Betrag für diese

Aufgaben zur Verfügung stellt. Vor allem möchte ich an die Spitze meines Kurzberichtes stellen, daß es zum Beispiel im Landessportrat und Sportpräsidium kaum noch vorkommt, daß andere Beschlüsse als einstimmige gefaßt worden sind. Der Appell, den ich bei der letzten Budgetdebatte an den zuständigen Referenten, Herrn Dr. Koren, richten durfte, der Landessportorganisation und ihren Vertretern die Mündigkeit bei der Verwendung der Mittel zuzuerkennen, hat, ich darf das freudig feststellen, zu 80% Erfolg gebracht. Wir haben zu einer gemeinsamen Basis gefunden und zu einer echten Selbstverwaltung in diesem nicht unwichtigen Zweig, der auch zur Freizeitgestaltung und Erhaltung der Volksgesundheit beiträgt. Wir haben einige nicht unwesentliche Arbeiten geleistet in diesem Jahr. Vor allem etwas, das zwar nicht an die Öffentlichkeit dringt, aber doch verdient, erwähnt zu werden. In vielen steirischen Sportvereinen, vor allem Turnvereinen, wird, angefangen vom Kinderturnen bis zum Altersturnen den Arbeitenden in den Industrieorten die Möglichkeit gegeben, einen Ausgleichssport für ihre einseitige körperliche Betätigung während eines 8- bis 9stündigen Arbeitstages zu betreiben.

Was den Sportvereinen fehlt, ist eine größere Anzahl ehrenamtlicher und uneigennütziger Übungsleiter, die sich täglich, ja man könnte fast sagen, Jahr für Jahr zur Verfügung stellen und ihre Freizeit diesem idealen Motiv widmen. Die Auswahl und Erziehung solcher ehrenamtlicher Idealisten ist eine sehr schwierige Aufgabe. Man hat sich hier ein bestimmtes Ziel gesetzt. Wir waren bei unserer ersten Ausschreibung, bei der wir meinten, das Höchste zu erreichen, wenn wir 90 Übungsleiter ausbilden können, überrascht, daß sich weit über 100 gemeldet haben, obwohl nur 90 eingeladen werden konnten; 88 davon haben das Lehrgangziel erreicht. Sie sind jeden Samstag und Sonntag 6 Stunden in der Woche nach Graz oder Leoben gekommen, um sich für diese unbezahlte ehrenamtliche Tätigkeit ausbilden zu lassen. Sie sehen also hier einen Personenkreis am Werk, der wirklich von idealer Gesinnung erfüllt sich dieser auf dem Gesundheitssektor so notwendigen Tätigkeit widmet.

Wir haben, weil oft nicht mit Unrecht behauptet wird, daß ein Großteil der Jugend nicht Sportler, sondern nur Sportzuseher ist, versucht, eine Aktion zur Erreichung der Bedingungen für das österreichische Sportabzeichen zu starten und diese Aktion mit bescheidenen Prämien ausgestattet. Es haben in den ersten 3 Monaten in allen Vereinen, unbeschadet ihrer politischen Zugehörigkeit, doppelt soviel Personen das Sportabzeichen erworben, als im ganzen Jahr, und darüber hinaus ist die dreifache Zahl dazu angetreten. Wir haben durch die Erweckung des Ehrgeizes einen großen Teil der Jugend aus der Zuschauermenge herausgerissen und damit erreicht, sie der aktiven Sportausübung zuzuführen. Wir wollen diese Aktion in Zukunft fortsetzen und wollen damit erreichen, daß die jungen Menschen nicht nur die Ränge der Sportplätze bei wichtigen Sportveranstaltungen füllen, sondern selbst etwas dazu tun, um gesund zu werden und gesund zu bleiben durch diese aktive Mitwirkung im Sport.

Es gibt dabei nicht nur Erfolge, sondern auch Sorgen, besonders Sorgen im Hinblick auf die Sportstätten in der steirischen Landeshauptstadt. Wie dem Hohen Haus bekannt ist, ermöglicht es die nicht sehr rosige finanzielle Lage der Landeshauptstadt unserer Gemeindevertretung nicht, diese Einrichtungen so entstehen zu lassen wie in den finanzstarken Städten. Auch die Verbindungen der westlichen Landeshauptstädte zur Bundeshauptstadt scheinen besser zu sein, und ohne Groll und ohne Bitterkeit sage ich, daß man in Wien bei den zuständigen Stellen des Bundes eher und lieber geneigt ist, nach Vorarlberg, Tirol, Salzburg und Linz Gelder zu lenken und zu leiten, und zwar nicht nur bei den sportlichen, sondern auch bei den kulturellen Forderungen, als nach Graz oder Klagenfurt. Wir haben damit zu rechnen, daß wir nur bescheiden unterstützt werden, und unsere Jugend spürt es, daß in der Landeshauptstadt bedeutende Sportanlagen fehlen. Ich denke an die Sportanlagen in Eggenberg, an die Turnhalle in der Engelgasse, die besonders für den Hallensport im Winter wichtig wäre, und an die Kunsteisbahn, die im Stadium der Planung ist. Nachdem dieses Budget im außerordentlichen Voranschlag einen Betrag des Landes für die Kunsteisbahn von 2 Millionen aufweist, hoffe ich, daß es den gemeinsamen Anstrengungen aller gelingen möge, daß schon die Saison 1961/62 den Grazer Eissporttreibenden die Gelegenheit gibt, den gesicherten Sportbetrieb im Winter aufzunehmen. Sie kennen die Misere auf dem Natureis: Gerade wenn die höchsten Gäste, die Interessantes bringen, zum Eishockey angemeldet waren, gab es Tauwetter, und alles spielte sich unter Wasser ab. Und wir würden es sehr wünschen, daß diese von allen Seiten, vom Land Steiermark, von der Stadtgemeinde Graz und vom Bundesministerium für Unterricht unternommenen Anstrengungen es ermöglichen, daß wir im nächsten Winter Graz die Kunsteisbahn übergeben und sie benutzen können. Denn Wien, Linz, Salzburg, Innsbruck, Klagenfurt, alle diese Städte verfügen über eine Kunsteisbahn. Es sind wahrscheinlich außerordentliche Anstrengungen notwendig, um den Vorsprung aufzuholen, den diese Länder in verschiedenen Disziplinen gewonnen haben, da ihnen schon viel früher solche Einrichtungen zur Verfügung gestanden sind.

Die Landessportorganisation plant einen Volksskitag. Alle Bezirke und Gemeinden müssen zu erreichen trachten, daß die Vereine, die Verbände, die Exekutive, die Klassen der mittleren oder höheren Schulen, die steirische Bevölkerung sich stark auf den Skisport besinnt und aufmerksam gemacht wird. Das sind außerordentlich wichtige Vorhaben, zu denen ich in aller Bescheidenheit anführen möchte, daß im nächsten Jahr bei der Budgeterstellung eine etwas großzügigere Hand für die Fragen der Sportförderung notwendig sein wird, um sie bewältigen zu können. In der Ramsau soll der 1. nordische Wintersporttag stattfinden. Alle europäischen nordischen Sportler werden kommen. In Weißenbach an der Enns ist die Austragung der Rodlerweltmeisterschaft in Aussicht genommen, bedeutsame Sportbewerbe, die den Namen unseres Landes und der die Veranstaltung ausrustenden Gemeinden und Bezirke über die Grenze unseres

Landes hinaustragen werden und nicht nur das sportliche Interesse, sondern das mit dem Fremdenverkehr verbundene Interesse stark berühren. Ich habe den zuständigen Referenten für den Fremdenverkehr, Landesrat Brunner, ersucht, diese Sportveranstaltungen nach den Gesichtspunkten des Fremdenverkehrs zu fördern.

Neben dem Problem der Sportförderung soll in der Gruppe 5 über die Frage der Jugendförderung einiges gesagt werden. Darf ich hier als Ausschußmitglied des Landesjugendreferates einiges sagen und mit Befriedigung aussprechen, daß sehr bedeutsame, auch der Höhe nach nahezu ausreichende Beträge vom Land für die Förderung der Tätigkeit unserer Jugendverbände und -vereine zur Verfügung gestellt werden. Wir haben im Budget in diesem Jahr unbestritten den Betrag von einer Viertelmillion, der zur Errichtung und für den Ausbau und die Erweiterung von Jugendheimen dient. Es ist dies eine Aufgabe, die deshalb außerordentlich notwendig ist, weil, das wissen wir doch alle, die Jugend sich nur in sauberen, netten und freundlichen Räumen wohlfühlt. Ich habe bei einer Diskussion, die nicht sehr attraktiv aufgemacht war, festgestellt, daß die Einstellung der Jugend zum Staat, zu den Problemen des Alltags, zu wirtschaftlichen Fragen dann nicht immer so positiv war wie nach Diskussionen in einem schön gestalteten Jugendheim.

Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, auf ein Ereignis besonders hinzuweisen, und zwar auf die Errichtung des Bezirksjugendheimes in Knittelfeld, das erst vor wenigen Wochen feierlich eingeweiht und eröffnet wurde. Hier darf man sagen: es hat ein an sich sehr kleiner Bezirk eine für die übrige Steiermark beispielgebende Leistung gesetzt. Das ist sicherlich nur dadurch möglich gewesen, daß sich alle Gemeinden dieses Bezirkes im Bezirksfürsorgeverband bereit gefunden haben, ihren Anteil dazu beizutragen, und der zuständige Referent für die Industriegemeinden sich bereit gefunden hat, Gelder für diesen wirklich guten Zweck beizusteuern. Das Bezirksjugendheim, das nun schon seit Wochen in Knittelfeld in Betrieb ist, wird die angestrebten Gedanken und Ziele erreichen. Man kann dort etwas beobachten, was man sonst selten findet, daß die Jugend, die Pflichtschüler, die infolge ihres von der Schule sehr abgelegenen Wohnortes als Fahrschüler bezeichnet werden, dort eine saubere und vorbildliche Unterkunft finden und darüber hinaus nicht von Lehrpersonen, sondern von Schülern des Gymnasiums und der Mittelschule bei der Lösung der Aufgaben unterstützt werden. Eine Aktion „Jugend hilft der Jugend“. Ohne daß hier ein besonderer Druck ausgeübt wird, ohne daß das Staberl gezeigt werden muß oder eine andere Beeinflussung erfolgt, die Jugend hilft sich hier in beispielhafter Weise selbst, weil sie von verständnisvollen Erwachsenen die notwendigen Unterlagen und Grundlagen erhält. Es erfolgt die Ausspeisung der Fahrschüler in einem Ausmaß wie nie früher, und es ist die Inbetriebnahme auch deshalb begrüßenswert, weil neben den nicht in den Jugendverbänden vertretenen Jugendlichen auch die Jugendverbände selbst sich dort treffen und so eine wirkliche demokratische Plattform zum gegenseitigen Kennenlernen

und zur Diskussion gegeben ist. Es haben einige Diskussionsabende stattgefunden, an denen „Vertreter aller Jugendverbände teilgenommen haben und als positives Ergebnis kann festgestellt werden, daß das Verständnis der verschiedenen Lebensinteressen und Lebensnotwendigkeiten bei diesen jungen Menschen in einem hohen Ausmaß vorhanden ist und auch tatsächlich unter Beweis gestellt worden ist. Es zeigt sich, daß diese praktische Erziehung zur Demokratie bei unserer Jugend möglich ist und daß sie Fortschritte aufweisen kann, wenn eine echte Plattform für die Diskussion, natürlich von den Erwachsenen bzw. vom Lande geboten wird.

Bei der Diskussion über die Frage der Jugendförderung hat im vorigen Jahr der Herr Abg. Neumann hier in diesem Hohen Hause Gelegenheit genommen, zu sprechen. Der Herr Abg. Neumann hat das unbestrittene Vorrecht, einer der jüngsten Abgeordneten in diesem Hause zu sein. Das ist eine Art unausgesprochener Schutz seitens aller anderen Abgeordneten, einen solchen jüngeren Abgeordneten milder zu behandeln und seine Worte nicht immer so auf die Apothekerwaage zu legen, wie das sonst üblich ist. Ich habe auch von diesem Schutz Gebrauch gemacht, als ich mit 31 Jahren in den Landtag eingezogen bin. Aber ich glaube, wenn ein jüngerer Abgeordneter, wie der Herr Abg. Neumann, Zwischenrufe macht so wie voriges Jahr bei der Rede des Herrn Dr. Hueber, indem er sagte, die Jugend habe ein sehr helles und waches Ohr für unechte Töne, dann müßte er selbst auch nach diesem Grundsatz handeln. Für einen solchen jungen, am Beginn seiner politischen Laufbahn stehenden Abgeordneten ist es bedauerlich, wenn er einen 78jährigen Bürgermeister, der ein halbes Jahrhundert seine ganze Freizeit und seine Gesundheit für die Gemeinschaft eingesetzt hat, in Abwesenheit einer Handlung beschuldigt, von der er sagt, daß sie wahr ist. Er hat unter dem Schutz der Tatsache, daß er einer der Jüngsten ist, den man nicht ganz ernst nimmt, versucht, dem Bürgermeister ein Haxel zu stellen und gleichzeitig dabei die Gelegenheit benützt, den Sozialisten eins auszuwischen, indem er erklärt hat, der Bürgermeister von Voitsberg habe einem jungen Menschen, weil er kein Mitglied der Sozialistischen Partei war, nahegelegt, dieser Partei beizutreten, weil er sonst keine Wohnung bekommen könnte. Bei einem so heiklen Problem, wie es die Wohnversorgung von Menschen in Industriegemeinden ist, dürfte man nicht eine solche unbegründete und unbewiesene Äußerung und Beschuldigung hier im offenen Haus aussprechen. (Abg. Neumann: „Ich könnte noch viele solche Fälle nennen!“) (LR. Fritz Matzner: „Dann tun Sie es doch!“) Mir kommt das so vor wie: „Schlagst Du meinen Juden, schlag ich Deinen Juden.“ Bitte, wir können das tun, aber ich will nicht unter allen Umständen eine solche Auseinandersetzung hier herbeiführen. Es ist traurig, daß ein Jugendfunktionär, der altersmäßig der übrigen Jugend Vorbild sein und die Wahrheit sagen müßte, nicht selbst darnach handelt. (LR. Prirsch: „Das ist eine Behauptung!“) Es wäre für mich sehr leicht, einen Brief zu verlesen, aus dem hervorgeht, daß der Herr Abg. Neumann nach den Gemeinderats-

wahlen dieses Jahres im April in einer weststeirischen Gemeinde seines Wahlkreises erklärt hat: „Jetzt wird die Straße nicht mehr asphaltiert, jetzt haben wir einen roten Bürgermeister.“ Es ist nicht notwendig, so etwas zu sagen. (Abg. Dr. Abmann: „Er hat gemeint, mit den Bedarfszuweisungsmitteln des Herrn Landeshauptmannes.“)

Meine Damen und Herren, was mir noch nicht gefällt, was ich aber hier aussprechen muß, das ist, daß man nicht versucht, die Jugend mit den demokratischen Einrichtungen und ihren Repräsentanten vertraut zu machen. Ich denke dabei an einen Vorfall, der sich am 9. Juli d. J. in Eibiswald abgespielt hat. Ich möchte nicht überprüfen, ob es notwendig war, daß man 2 Stunden, bevor der Herr Bundespräsident in Eibiswald eingetroffen ist, die Schüler der Landesberufsschule in Autobussen weggebracht hat. (Abg. Ing. Koch: „Ich bitte, den Wahrheitsbeweis anzutreten, das ist eine Ungeheuerlichkeit, was Sie hier in diesem Hohen Haus zu sagen wagen!“) Herr Ing. Koch, vielleicht könnte man sagen, daß der 9. Juli der Tag des Schulschlusses war und es für die Schüler keine andere Anschlußmöglichkeit gab. Ich könnte mir aber auch vorstellen, daß es bei einiger demokratischer Einstellung gegenüber dem Staatsoberhaupt möglich gewesen wäre, jede Gelegenheit den Schülern zu geben, das Staatsoberhaupt zu sehen und zu begrüßen. (Abg. Ing. Koch: „Selbstverständlich!“)

Meine Damen und Herren, ich habe mich verpflichtet gefühlt, auf diese Mängel in unserer Demokratie hinzuweisen, damit in den nächsten Jahren solche Vorkommnisse verhindert werden. (LR. Prirsch: „Sagen Sie das dem Herrn Vizekanzler Pittermann für seine Radioreden.“) Ich möchte nicht die Generaldebatte wieder eröffnen, Herr Landesrat Prirsch. (Abg. Dr. Pittermann: „Bleiben Sie lieber bei der Gruppe 5, was hat der Bundespräsident mit der Gruppe 5 zu tun?“) Ich habe darauf verwiesen bei der Jugenderziehung. (Abg. Stöffler: „Mit dem Reden werden Sie bald zu Ende sein, das sind persönliche Angriffe gegen Abgeordnete.“) Wenn dieser Zwischenruf, Herr Abg. Stöffler, den Sie jetzt gemacht haben, von einem sozialistischen Abgeordneten im Kärntner Landtag gemacht worden wäre, dann hätte der Herr Wegart wieder behauptet, wir drehen Euch das Gas ab.

Ich möchte eindeutig sagen, wenn die Mittel, die für die Jugendförderung eingesetzt sind, von den Jugendverbänden nach bestem Wissen und Gewissen verwendet werden und ihre echte Bedeutung erhalten sollen, dann muß man versuchen, der Jugend diese demokratische Republik, ihre Verfassung und ihre Gemeinschaft nahezubringen und sie ein Begriff werden zu lassen, und wir werden uns gemeinsam bemühen müssen, solche Vorfälle wie die erwähnten in Zukunft zu vermeiden. (Starker Beifall bei SPÖ.)

Abg. DDr. **Stepantschitz**: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Auch Gebäude haben ihre Geschichte. Vor etwa 700 Jahren hat ein Ritter von Messendorf südlich von Graz ein Bauernhaus erworben und es zu einem kleinen Schloß umgestaltet. Es hat eine eigenartige Geschichte mitgemacht.

Mehrere hundert Jahre ist es Familienbesitz geblieben. In der Mitte des 18. Jahrhunderts, als die von den Bauern geforderten Robotleistungen zu einem wilden Bauernaufstand führten, mußte der Ritter von Messendorf sein Haus verkaufen. Ein anderer Adeliger hat es erworben und darin eine Brauerei eingerichtet. Die Brauerei ging sehr bald zugrunde. Das Haus wechselte mehrfach den Besitzer. Es wurde im März 1865 vom Land Steiermark erworben und dort eine Zwangsarbeitsanstalt errichtet. Später wurde aus dieser Zwangsarbeitsanstalt ein Anhaltelager für politische Häftlinge. (Zwischenruf: „Matzner hat es auch kennengelernt!“) (Abg. Dr. Aßmann: „Da waren viele drinnen.“) Am 25. Juli 1934 hat es auch andere Insassen gehabt. Es hat damals um dieses Haus Kämpfe und Tod gegeben.

Von der Geschichte dieses Hauses, das jetzt Geisteskranken zum Aufenthalt dient, habe ich deshalb gesprochen, weil ich glaube, daß so, wie dieses Haus die feudalen Zeiten, dann Bauernkriege, den Versuch einer Industriegründung, der mißglückt ist, eine Zwangsarbeitsanstalt, die politische Unruhen miterlebt hat, wie dieses Haus alles überwinden mußte und jetzt Kranken dient, das wollte ich eigentlich sagen, so müssen auch wir nach dieser lebhaften Diskussion uns vorübergehend den Kranken zuwenden und die Geschichte beiseite lassen. Ich habe noch aus einem zweiten Grund davon zum Hohen Haus gesprochen. Ich behaupte keineswegs, daß es ein typischer Fall sei, aber ich möchte darauf aufmerksam machen, daß es auch bei der Fürsorge für Kranke, auch wenn sie geistig kranke Menschen sind — und wir sollen den Menschen auch dann achten, wenn er uns in einer furchtbaren Verzerrung dargeboten wird —, noch vieles zu tun gibt, da die Verhältnisse gerade in dieser Anstalt als jämmerlich zu bezeichnen sind. Ich darf aber feststellen, das ist kein typischer Fall. Ich will nur erinnern, daß es gerade auf dem Gebiet der Fürsorge für die Kranken immer noch etwas zu tun gibt, daß man sich auch jener annimmt, die vielleicht nicht die Fähigkeit haben, sich laut zu melden.

Wie schon der Berichterstatter sagte, haben wir auch im Jahre 1961 ein beachtliches Defizit für die Krankenanstalten zu bestreiten und der Herr Landesfinanzreferent hat uns gesagt, daß das Defizit in dem Moment, in dem die Anfangsbezüge erhöht werden, und das ist am 1. Jänner 1961, sich auf annähernd 100 Millionen Schilling beläuft, für unser Budget ein sehr ansehnlicher Betrag. Ich möchte gleich vorwegnehmen, daß wir dieses Defizit zur Kenntnis nehmen müssen. Man wird sich im Laufe des kommenden Jahres zu überlegen haben, wie man die Einnahmen vergrößern könnte. Es ist jedoch keine Frage, daß die Ausgaben nicht, zumindest nicht wesentlich, verringert werden können. Wir bekennen uns zur eindeutigen Pflicht des Landes, uns der kranken Menschen anzunehmen.

Wenn ich nun auf die Führung der Krankenhäuser zu sprechen komme, so darf ich auch hier eine beruhigende Feststellung machen. Es bestehen keine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten in der Führung der Krankenanstalten und der Heilanstal-

ten des Landes Steiermark. Es gibt Mängel hier und dort, Mängel gibt es überall. Ich würde es ablehnen, sie in der Öffentlichkeit zu behandeln, wenn sie besonders kraß wären. Ich glaube nicht, daß die Krankheiten anderer ein entsprechendes Thema sind, die politischen Leidenschaften anzufachen. Es gibt gewisse Mängel, man kann aber nicht behaupten, daß sie über ein Durchschnittsmaß hinausgehen. Ich weiß auch, daß es Mängel gibt, die einfach schlechthin unvermeidbar sind, weil gewisse Posten mit einer besonderen Verantwortung ausgestattet sind, und wenn dort der Mensch, der diesen Posten innehat, versagt, kann man zumindest beim derzeitigen politischen System nicht von vornherein erreichen, daß jemand sofort entlassen wird. Wir sind auf diesem Gebiet des Heilwesens abhängig von der Fähigkeit und dem Charakter, von der Anständigkeit einer großen Zahl von Persönlichkeiten. Die meisten erfüllen ihre Pflicht; wenn es hier und dort Versager gibt, so muß man sehr vorsichtig versuchen, die Schwächen dieser Menschen durch andere Mittel einzudämmen.

In der vergangenen Periode konnte insofern ein Fortschritt erzielt werden, als die Infektionsabteilungen infolge Zurückgehens der Infektionskrankheiten weiter reduziert werden konnten. Es liegt eine interessante Statistik der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse vor, die den Großteil der steirischen Bevölkerung betreut, so daß sie als typisch angesehen werden kann. Bisher wurde von Jahr zu Jahr eine Zunahme der Verpflegsfälle vermerkt. Im vergangenen Jahr ist die Zahl der Verpflegsfälle erstmals gesunken um 3292 auf 63.253. Wie ist es zu dem Sinken der Zahl der Verpflegsfälle gekommen? Es ist hier schon mehrmals zur Sprache gekommen, daß das Bezahlungssystem der Ärzte, die geänderte Art der Bezahlung, nämlich die Bezahlung der Leistung, sich positiv auswirkt, letztlich auch für das Land Steiermark. Wir stehen nicht mehr unter solchem Druck, das Krankenhaus auszuweiten wie bisher. Es ist bei der Gruppe Fürsorge zu betonen, daß nicht nur die Hilfe der öffentlichen Hand in Anspruch genommen werden darf, daß auch der einzelne die Pflicht hat, zu helfen. Ich darf diese Sätze aufgreifen und darf feststellen, daß wir schon auch erwarten dürfen, daß die kranken Menschen in der Familie bleiben. Die Familie ist noch immer der beste Schutz, auch für den Kranken. Die Feststellung, daß die Zahl der Verpflegsfälle zurückgegangen ist, trifft natürlich für die chirurgischen Abteilungen nicht zu. Man kann sich nicht Operationen ersparen. Man kann nicht zu Hause operieren. Es hat ferner die Zahl der Unfälle zugenommen. In der chirurgischen Klinik in Graz sind im Jahre 1957 3000 Personen versorgt worden, die einen Unfall mitgemacht hatten. Im Jahre 1959 waren es 7000 Personen. Die Zunahme ist auf erhöhten Verkehr und auch auf die an sich ja erfreuliche Zunahme des Sportes, vor allem des Wintersportes, zurückzuführen. Nun, die Führung der Krankenhäuser steht immer wieder vor der unangenehmen Tatsache, daß wir uns hier in einem Aufbau befinden, in einer Entwicklung, die noch nicht annähernd abgeschlossen ist. Vor etwa 20 Jahren hat ein Arzt im Landeskrankenhaus eine Blinddarmoperation unter Zuhilfenahme nur einer Kranken-

schwester ohne weiteres durchgeführt. Heute wird verlangt, daß mindestens 3 Ärzte dabei sind, 1 Facharzt für Chirurgie, 1 Assistent und 1 Anästhesist. Das kostet viel. Dieser Spaß ist aber nicht überflüssig. Es kann zwar bei jeder Operation einmal ein Unglück geben, aber Tatsache ist, daß die Zahl der Todesfälle bei Operationen abgenommen hat. Wir leben länger und sind im großen und ganzen alle gesünder und das kostet eben was. Das ist mit ein Grund, warum das Defizit der Krankenhäuser immer größer wird, weil immer mehr verlangt wird, aber auch mit ein Grund, daß die Führung der Krankenanstalten und aller ihrer Bereiche immer schwieriger und immer kostspieliger wird.

Wir leben in einer Zeit der Spezialisierung. Darf ich vielleicht erwähnen, daß im vergangenen Jahr für die chirurgische Klinik der Stadt Graz eine Herz-Lungen-Maschine bewilligt wurde. Mit der Anschaffung dieser Maschine allein ist aber so gut wie nichts getan. Denn sie verlangt noch einen großen Apparat um sich herum, neue fachlich ausgebildete Kräfte, Zusatzapparate und ein eigenes Labor. Das sind Tatsachen, die wir zur Kenntnis nehmen müssen, und das kostet alles enorm viel. Man wird überlegen müssen, wie weit man bei der Spezialisierung noch mit kann und wo hier die Grenzen gesetzt sind, wenn es um Dinge geht, die vielleicht nur an einem einzigen Ort Österreichs durchgeführt werden können.

Ich darf vielleicht nun noch ganz kurz eine Forderung erheben, vorerst aber feststellen, daß dies keine Forderung an den Herrn Referenten ist, denn ich weiß, daß er die Entwicklung genau so verfolgt wie wir alle und daß er weiß, daß wir auf diesem Gebiet von dem abhängig sind, was uns die Zukunft bringt. Es ist jetzt ein Nachteil, daß wir schon frühzeitig eine große Anzahl von Erweiterungen in unseren Spitälern gemacht haben, denn wir bleiben dann natürlich etwas zurück und die Anpassung an die modernen Verhältnisse fällt schwer. Wir brauchen Schwerpunktbildung, wir brauchen mehr chirurgische Betten, wir brauchen wegen der zunehmenden Unfälle Spezialabteilungen, die wir einrichten müssen, um die bisherigen Abteilungen zu entlasten. Wir würden brauchen eine Spezialabteilung für künstliche Beatmung. Es sind derzeit 3 eiserne Lungen vorhanden; so ein Beatmungsfall kostet das Land pro Monat schätzungsweise 50.000 Schilling. Es ist natürlich notwendig, daß man im Hinblick auf die Schwierigkeit dieser Behandlung und auch im Hinblick auf eine größere Einsatzmöglichkeit diese Arbeit in Hände legt, die immer damit zu tun haben und sich spezialisieren. Wir brauchen auch eine Abteilung für Hirnerkrankte. Auch diese Möglichkeit wird zu erwägen sein. Ich hoffe, daß es nach Fertigstellung der Kinderklinik möglich sein wird, durch entsprechende Vergrößerung der chirurgischen Abteilung Platz für diese Einrichtungen zu schaffen.

Ich möchte weiters feststellen, daß wir darauf bedacht sein müssen, die einzelnen Abteilungen nicht zu groß werden zu lassen. Es soll in den einzelnen Abteilungen der leitende Arzt den Überblick behalten können. In Amerika und in Westeuropa sind Abteilungen, die mehr als 200 Betten haben,

nicht mehr zu finden. Diese Tendenz besteht auch bei uns. Soviel also zu den Krankenanstalten.

Nun noch kurz einiges zur sogenannten prophylaktischen Medizin. In Deutschland ist ein neues Lebensmittelgesetz in Kraft getreten. Viele Fachleute sagen zwar, daß man dort etwas über das Ziel hinausgeschossen habe. Aber bei uns sind die Verhältnisse einer Revision bedürftig. Ersparen Sie mir die Aufzählung von einzelnen Dingen. Ich habe wieder zu sprechen über die Impfung gegen Kinderlähmung. Ein Großteil der Bevölkerung ist dem Angebot des Landes Steiermark nachgekommen und hat sich impfen lassen. Leider hat ein Großteil davon nicht Gebrauch gemacht. Erst in diesem Herbst hat sich der Fall ereignet, daß ein Kind mit Fieber erkrankte und 2 Tage später tot war. Es war ein Fall von Kinderlähmung ohne Impfung. Ich habe gehört, daß man plant, in Zukunft diese Impfungen generell bis zum 18. Lebensjahr durchzuführen. Es wird Aufgabe des Landes bleiben, und diesen Wunsch möchte ich als dringlich anmelden, dafür zu sorgen, daß auch die höheren Jahrgänge durchgeimpft werden, damit aber nicht so lange zu warten, bis die jetzt 18jährigen 50 Jahre alt geworden sind. Es wird notwendig sein, auch diese Kreise zu impfen, denn es ist tatsächlich so, daß heute an dieser Krankheit mehr Erwachsene erkranken als Kinder.

Ich darf hier noch den Wunsch anführen, sich der Hebammen mehr anzunehmen. Dieser Beruf hat heute mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, weil die Hausgeburten ständig abnehmen. Dennoch brauchen wir in jenen Gegenden, die verkehrsmäßig benachteiligt sind, immer noch die Arbeit der Hebamme, vor allem, um die schwangere Frau zu beraten und sie vor allem auch nach der Geburt zu betreuen. Daher möge man dafür sorgen, daß hier geholfen wird.

Der Herr Abg. Scheer hat — und das gehört auch noch in das Gebiet der prophylaktischen Medizin — von den Kurorten gesprochen. Ich darf Mitteilung machen, daß sich der Fremdenverkehrsreferent von der prompten Wirkung des Wassers von Bad Aussee persönlich überzeugen konnte. Es ist richtig, daß wir diese Gegebenheiten ausnützen müssen. Und zwar nicht nur in Bad Aussee, auch anderswo sprudeln solche Quellen hervor, aber wir dürfen uns nicht dazu verleiten lassen, alles als Heilwasser zu erklären, weil sonst Unfug damit getrieben würde.

Wir sind jedenfalls ein Land, in dem man noch gesund leben kann und das noch weitgehend verschont ist von Überzivilisationserscheinungen. Es gibt noch idyllische, ruhige und heilsame Landschaft bei uns. Ich glaube, daß auch Sanität und Fremdenverkehr diese nicht nur unserer Bevölkerung dienstbar machen, sondern auch dem Fremdenverkehr zur Verfügung stellen müßten, der sich ja weit über die Grenzen unseres Landes hinaus auswirkt.

Ich habe die Absicht, allen jenen zu danken, die in den Krankenhäusern gearbeitet haben. Es nützen uns die schönsten Neubauten nichts, wenn sie nicht erfüllt sind von einem wirklichen Leben. Es genügt nicht, wenn die Angestellten der Krankenhäuser nur einen Arbeitsplatz suchen, sie müssen

auch eine innere Berufung dafür mitbringen. Nur diese Berufung wird dazu führen, daß unsere Krankenhäuser den Geist haben, den wir von ihnen erwarten. Ich weiß auch, daß die Verwaltung der Krankenhäuser eine schwierige Aufgabe ist und danke daher auch den Beamten, vor allem dem Hofrat Dr. Zacharias, der die unangenehme Aufgabe hatte, oft besonders einsparen zu müssen, der aber trotzdem immer wieder ausgleichend über den Dingen gestanden ist.

Und wenn ich in meinen Ausführungen schon mit negativen Beispielen begonnen habe, so möchte ich wenigstens positiv enden. Im August 1958 ist ein junger Mann an Kinderlähmung erkrankt, er ist eingewiesen worden in die Nervenklinik und wurde dort in die eiserne Lunge gelegt und es konnte so das Weiterschreiten der Krankheit verhindert werden. Aber in der eisernen Lunge ist er bis heute geblieben. Er ist abhängig von einer Maschine, die ihm die Luft geben muß. Der Mann, der da eingeliefert wurde, ist aus Kreisen gekommen, die man vielleicht als Halbstarke bezeichnen möchte. Nun folgendes: Seine Braut ist in den Dienst des Landeskrankenhauses eingetreten, sie pflegt nicht nur ihn, sondern auch andere Patienten, die das schwere Schicksal dieser Krankheit mitmachen müssen. Auch andere junge Leute, die man vielleicht als Halbstarke zu bezeichnen versucht ist, besuchen Tag für Tag diesen armen Mann im Spital, spielen ihm Jazz-Musik vor und unterhalten ihn, um ihn von seiner Krankheit abzulenken. Sie haben sich in hervorragender Weise um ihn gekümmert und es zeigt sich an diesem Fall, daß, wenn der Anruf an die helfende Hand erfolgt, dieser auch vernommen wird von allen Kreisen und vor allem von der Jugend, die so oft falsch beurteilt wird. Auch sie weiß, wie sie sich zu verhalten hat, wenn es irgendwie gilt, wirkliche Not zu lindern. Mit diesem Beispiel darf ich schließen. Tag und Nacht schlägt der Motor einer Maschine, um ein Leben zu erhalten; Tag und Nacht schlagen die Herzen liebender Menschen, um helfen und einer schweren Aufgabe gerecht werden zu können. (Allgemein sehr starker Beifall.)

Abg. Krempf: Hoher Landtag! Ich habe die Ehre, über den Unterabschnitt 561, allgemeine Jugendförderung, einiges zu sprechen. Es hat mein Kollege Neumann, der vor wenigen Augenblicken in seiner Abwesenheit noch so gelästert wurde, einen Spruch geprägt über die Jugend, daß derjenige, der für hundert Jahre säen will, auf seine Jugend schauen muß. Ich glaube, daß das Land Steiermark den Reichtum seiner Jugend, den es birgt, daß es auf diesen Reichtum schaut. Es haben die besten Dichter des deutschen Sprachraumes der Jugendzeit und der Jugend als solcher im Wort die schönsten Denkmäler gesetzt.

Ich möchte, bevor ich mit meinen Ausführungen beginne, zuerst dem Landesjugendreferat, seinem Leiter und seinen Mitarbeitern für die Arbeit danken, die sie für die Jugend leisten. Ich möchte ihnen danken dafür, daß sie ihre Aufgabe im Dienst der Jugend ernst nehmen und daß sie mit großem Idealismus für die Jugend arbeiten, im

Bewußtsein, daß sie den kostbarsten Schatz unserer steirischen Heimat betreuen.

Es wurden heute schon einmal vom Kollegen Bammer auf den Jugendwarterraum in Knittelfeld, der vor kurzem eröffnet wurde, hingewiesen. Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß wir auf unseren Bahnhöfen in Steiermark solche Jugendwarterräume haben, die jene schulpflichtigen Kinder in ihrer Freizeit aufnehmen, die zwischen der Schule und der Heimfahrt eigentlich keine richtige Bleibe gehabt haben. Wenn wir bedenken, daß in der Steiermark von 30.000 Pflichtschülern zirka 7000 Schüler, das sind rund 20% dieser Anzahl, Fahrschüler sind, d. h. Schüler, die von ihrem Heimatort in einem anderen Ort zur Schule fahren müssen, wissen wir, daß die Jugendwarterräume eine große Aufgabe haben. Von 124 Hauptschulen in der Steiermark haben nur 7 Hauptschulen keine Fahrschüler. Auch die Einrichtung der Mittelschulen in den kleinen Städten, wie Bad Aussee, Gleisdorf, Leibnitz, haben das Problem der Fahrschüler nicht lösen können, sondern noch etwas größer gemacht. Die Fahrzeiten sind kürzer geworden und haben dort das Problem neu aufgeworfen. Auch in Bruck soll ein solcher Jugendwarterraum errichtet werden; vom Landesjugendreferat wurden diesbezügliche Ansuchen an das Bundesministerium für Verkehr gerichtet, leider ist bis heute keine Antwort zurückgekommen. Dieses Jahr wurden Warterräume eingerichtet, so daß die Schüler dort ihre Aufgaben machen können. Sie können sich anschließend mit Spiel beschäftigen, mit Zimmerspielen, sie können Bücher lesen, sie sind mit einem Wort von der Schule bis zu dem Augenblick, da sie wieder in den Zug einsteigen, betreut. Und was das bedeutet, weiß man, wenn man sich die Gefährdung der Jugend gerade auf den Bahnhöfen vor Augen hält! Verantwortungsvolle Menschen, die auf die Jugend aufpassen, die Eltern und die Lehrkräfte, müssen für diese Einrichtung ganz besonders dankbar sein. Ich möchte in diesem Zusammenhang den Jugendwarterraum in Hartberg hervorheben, weil er durch die Initiative des dortigen Bezirksjugendreferenten entstanden ist, der in der Knabenhauptschule einen aufgelassenen Raum ausgestaltet, hergerichtet und ihn so eingerichtet hat, daß sich die Kinder und Jugendlichen wohlfühlen. In der Zeit vor und nach dem Unterricht steht er den Schülern zur Verfügung und am Abend den diversen Jugendgruppen, die eben diesen Raum benutzen wollen.

Das Landesjugendreferat hat sich weiters in sehr dankenswerter Weise mit vielem Aufwand und Mühe dem Kampf gegen Schmutz und Schund zugewendet. Ich glaube, daß diese Aufgabe eine ganz besondere ist im Dienst unserer Jugend. Der Kampf gegen Schmutz und Schund in Wort, Bild und Ton. Ich glaube nicht, daß die Jugendlichen, die sich die Schlagertexte anhören, ganz besonders gefährdet sind, denn sie sind mehr blöd als gefährlich. Ich glaube, die besondere Aufgabe des Landesjugendreferates ist es, auf den Lesestoff hinzuweisen, den die Jugendlichen in die Hand bekommen, besonders wenn man weiß, in welchem großem Umfang Schmutz und Schund heute noch käuflich an den Zeitungsständen zu erwerben sind. Es gibt gegen hundert

solche die Jugend gefährdende Zeitschriften, die periodisch erscheinen. Das, meine Damen und Herren, ist der Teufelskreis, aus dem es fast keinen Ausweg gibt. Ich habe mir die Mühe genommen, mich der Aufgabe unterzogen, nachdem ich die Ehre habe, über dieses Thema zu sprechen, bei den Zeitungsständen in Graz mich hinzustellen um nachzuforschen, wo und ob überhaupt die Möglichkeit besteht, solche Literatur zu bekommen. Ich fand, daß es ohne weiteres möglich ist, solche die Jugend gefährdende Zeitschriften in die Hand zu bekommen.

Und nun ein zweites Problem! Die Gefahr, daß sich Erwachsene diese Zeitschriften kaufen und nicht mit Absicht zu Hause liegen lassen. Die Jugendlichen bekommen diese Zeitschriften in die Hand und können dadurch an der Seele Schaden erleiden. Die verbotenen Zeitschriften für Jugendliche müssen, glaube ich, durch etwas positives ersetzt werden. Dieses Positive sind die Jugendbücher, die verbilligt ausgegeben werden vom Landesjugendreferat. In der vierjährigen Tätigkeit sind rund 27.500 Bücher an Jugendliche und an steirische Büchereien ausgegeben worden. Weiters konnte mit den Budgetmitteln bisher für 315 Jugendbücher deren Beschaffung ermöglicht werden. Meine verehrten Damen und Herren! Von einem Erwachsenen setzt man voraus, daß er zwischen gut und böse unterscheiden kann. Helfen wir als Erwachsene mit, durch Förderung dieser Aktionen, daß auch der Jugendliche durch unser Beispiel stark genug wird, den Schmutz und Schund in den Zeitschriften zu meiden.

Das Landesjugendreferat hat sich in dankenswerter Weise einer Aufgabe zugewandt, die wohl bisher in Österreich einzigartig dasteht. Es hat sich bemüht, mit dem Bundesheer Kontakt aufzunehmen. Ich glaube, daß im Bundesheer doch der wertvollste Teil unserer männlichen Jugend vertreten ist. Es sind jene jungen Menschen, die ihrer Pflicht dem Vaterland gegenüber Genüge leisten. Es ist nur leider so, daß vielleicht auch von uns Erwachsenen der Name Bundesheer keinen sehr guten Klang hat. Wenn es früher eine Ehre gewesen ist, den grauen Rock zu tragen, so ist dies heute eigentlich eine verdamnte Pflicht und Schuldigkeit geworden. Und diese Einstellung ist meines Erachtens nicht richtig. Und wir als Erwachsene tragen deswegen zu dieser Meinung bei, weil wir, die wir selbst eingerückt gewesen sind, und unsere Väter, die eingerückt waren und das Ende des ersten oder zweiten Weltkrieges mitmachen mußten, daraufgekommen sind, daß das Vaterland die Treue seiner Söhne, die ihm im Waffenrock gedient haben, eigentlich sehr wenig vergilt. Aber trotzdem hat es das Landesjugendreferat unternommen, den Jungmännern, und zwar auf deren Wunsch und auf Wunsch der Chargen bei der Freizeitgestaltung beizustehen. Man will auf diese Weise auf die Jungmänner Einfluß gewinnen, um sie zu jenen männlichen Tugenden zu erziehen, die uns, glaube ich, allenthalben seit der 2. Republik abgehen, nämlich zur Treue, Kameradschaft, Heimatliebe und Vaterlandsliebe, welche Tugenden bei uns in Österreich immer hochgehalten wurden. Das Landesjugendreferat hat im Bun-

desheer Kurse abgehalten über alpines Jugendwandern, über Ausbildung von Skilehrern, über Leichtathletik, Seil- und Geräteturnen, über weihnachtliches Werken usw. Nicht zuletzt hat die 5. Gebirgsbrigade für den 13. Jänner 1961 eingeladen, die Einrichtungen des Bundesheeres zu besichtigen, um dann zu einer allgemeinen Aussprache mit den Vertretern des Bundesheeres und der Jugendverbände über den Wehrdienst und das Bundesheer zu kommen. Unser Bundesheer ist in gewisser Hinsicht der Repräsentant Österreichs, denn es wird bei jedem offiziellen Anlaß, bei jedem Besuch aus dem Ausland aufgerufen und bestellt. Und für die Mühe des Landesjugendreferates um diesen Repräsentanten Österreichs und dafür, daß es sich um diese Jungmänner so bemüht, sei ihm herzlich gedankt.

Als weiteren Punkt, mit dem sich das Landesjugendreferat beschäftigt, erwähne ich die Jungbürgerfeiern. Es gilt, Unterlagen zu sammeln über die Gestaltung dieser Jungbürgerfeiern und man hat auf Grund der bisherigen Berichte den Versuch gemacht, zwischen den verschiedenen Gemeinden der Steiermark einen Gedankenaustausch herbeizuführen. Es wurden seit dem Jahr 1959 15.720 Jungbürgerbücher und ebensoviele Jungbürgerbriefe an die Gemeinden ausgegeben. Ich selbst hatte schon mehrmals Gelegenheit, in meiner Heimatgemeinde solchen Jungbürgerfeiern beizuwohnen. Ich muß sagen, diese Feiern wurden immer sehr würdevoll abgehalten, und die Referenten, die in Eisenerz gewesen sind, haben dort über die Republik, über die Demokratie und alles, was der Jungbürger wissen muß und wissen soll, sehr gut gesprochen und sich auch persönlich im positiven Sinn über diese Feiern geäußert. Meine sehr verehrten Damen und Herren, seien Sie nicht ungehalten, wenn ich sagen muß, daß diesen grundsätzlichen Erklärungen bei den Jungbürgerfeiern meiner Heimatgemeinde das gute Beispiel, das der Jungbürger von uns erwartet hat, nicht gefolgt ist. Ich möchte nicht die Referenten ad personam angesprochen sehen, sondern ich möchte hier das System als solches ansprechen. Diesen Feiern konnte der volle Erfolg deshalb nicht beschieden sein, weil ihnen das gute Beispiel späterhin nicht folgte. (Abg. Scheer: „Bitte, Beispiele!“) Lebensnahe, wagemutige und besonders schöpferische junge Menschen bekommen immer weniger die Chance, im Leben vorwärts zu kommen. Deswegen können sie nicht vorwärtskommen, weil im öffentlichen Leben und besonders bei uns in der verstaatlichten Industrie alles zuviel verpolitisiert wird. Es greift eine Verpolitisierung Platz in unserem Lande, die wir nicht dulden sollten. Oder ist es Ihnen noch nicht untergekommen, daß ein junger Mensch Sie angesprochen hat und Ihnen den Vorwurf machen mußte, daß sowieso alles nur Theater sei? Und daß er mit dem Begriff Demokratie nichts oder zumindest nicht das anfangen kann, was er eigentlich damit hätte anfangen müssen. Wenn in der „Neuen Zeit“ zum Beispiel geschrieben steht, daß in Zukunft die Beamtenposten ausgeschrieben werden, und wenn man dann auf der anderen Seite hört und erfährt und aus eigener Erfahrung weiß, daß aber den Posten nicht der fähigere, der schöpferische, der tüchtigere

Mensch bekommt, sondern irgendein Parteimitglied dieser Richtung, dann ist hier eine Diskrepanz zwischen dem, was bei den Jungbürgerfeiern gesprochen wird und zwischen dem, was sich in der Praxis abspielt. (Abg. Scheer: „Das ist bei der ÖVP genau so!“) Und das ist das große Unbehagen, das in unseren jungen Menschen Platz greift, daß sie spüren, wenn sie nicht ein Parteibuch in der Hand haben, können sie zu nichts kommen. Nicht der fähige Mensch, sondern der Parteimensch wird bevorzugt. Auf Grund meiner Tätigkeit komme ich sehr viel in der Steiermark herum, vor allem sehr viel in der verstaatlichten Industrie. Und ich muß Ihnen sagen, daß die Praxis, die dort betrieben wird, keinesfalls demokratisch ist. Ich könnte Ihnen da mit einigen Beispielen aufwarten. Ich will aber nicht. (Abg. Bammer: „Der Schrei einer gequälten Betriebsratsobmannseele!“) Ich bin im Jahre 1948 Betriebsrat geworden, Herr Kollege Bammer, und ich konnte auch mit der Demokratie nichts anfangen. (Abg. Bammer: „Schreiben Sie das dem Generaldirektor Oberegger.“) Im Jahre 1946, als ich als Soldat zurückkam, bin ich in eine gute Schule gegangen — ich glaube, keiner meiner Kollegen hat sie —, nämlich in die Schule unseres verehrten Herrn Präsidenten Operschall, und der hat mir die Demokratie beigebracht wie selten einer. (Beifall bei SPÖ.) Und wenn ich heute als Betriebsratsobmann nach diesen demokratischen Grundsätzen handle, so wie er sie mir beigebracht hat, dann würden Sie sich anschauen. Für die Schule, die ich bei ihm mitgemacht habe, bin ich ihm von Herzen dankbar. (Abg. Wegart: „Man lernt nie aus!“)

Man sollte eben, meine Damen und Herren, nicht mit Steinen werfen, wenn man in einem Glashaus sitzt. (Abg. Bammer: „Wir haben ja eine große Geduld, merken Sie das nicht? So lange höre ich keinem in einer Versammlung zu!“) Ich glaube daher, wenn wir unserem Vaterland nützen wollen, wenn wir der Jugend vor allem nützen wollen, wenn wir haben wollen, daß die Jugend an die Demokratie und an unser Österreich glaubt, wenn wir haben wollen, daß unsere Jugend Gefolgschaft leistet, müssen wir an das Wort des Dichters glauben: „Sag deine Meinung ernst und schlicht, bleib bei der Wahrheit, lüge nicht, und zeige niemals dich aus List anders als ums Herz dir ist!“ (Lebhafter Beifall bei ÖVP.)

Abg. Gruber: Meine Herren, ich habe zwar die Absicht, zur Gruppe 5 zu sprechen und habe mich deshalb dazu zu Wort gemeldet, aber die Behauptungen und Zwischenrufe, die in den letzten zwei Stunden erfolgten, können nicht ganz unwidersprochen bleiben. Wenn der Herr Abg. Stöffler einen sehr verdienten Mann in unserer Wirtschaft als Karrieremacher vom Luftschutzwart zum Generaldirektor bezeichnet hat, so möchte ich hier wohl mit aller Deutlichkeit feststellen, daß eine solche Diffamierung von Personen, die den Mut gehabt haben, im Jahre 1945 an den Wiederaufbau zu schreiben, als die heute berühmten Wirtschaftsführer noch nicht dagewesen sind, nicht unwidersprochen bleiben darf. (Abg. Dr. Aßmann: „Weil sie damals eingesperrt waren!“) Denn ich muß fest-

stellen, daß dieser Mensch Hervorragendes für unsere Heimat geleistet hat und das in aller Öffentlichkeit durch entsprechende Auszeichnungen anerkannt wurde. Sie können darüber hinaus nicht nur in der sozialistischen Presse, sondern auch in der bürgerlichen Presse, in der ÖVP-Presse, nachlesen und werden dasselbe finden. Ich erinnere mich sehr gut, als die Bestellung bei der Alpine erfolgte, daß man 2 Techniker in den Alpinevorstand entsandt hatte. Als man darüber Beschwerde führte, daß man 2 Techniker in den Alpinevorstand entsendet und dies als nicht zweckmäßig bezeichnete, hat man nun einen Kaufmann und einen Techniker in den Alpinevorstand entsandt. Das ist die eine Sache.

Die zweite Sache, die immer wieder angeschnitten wird, ist das Sparen in der verstaatlichten Industrie und die Verpolitisierung, daß man nur Posten bekommen kann, wenn man ein Parteibuch hat. Ich möchte hier feststellen, daß in der verstaatlichten Industrie nach dem Proporz zwischen ÖVP und SPÖ auch der Vorstand besetzt wird. Sie stellen hier in dieser Form Ihren Herren, die Sie mit Ihrem Vertrauen ausgestattet und in den Vorstand entsandt haben, ein außerordentlich schlechtes Zeugnis aus, wenn Sie sagen, daß in der verstaatlichten Industrie nicht gespart und Verpolitisierung und eine Parteibüchlerwirtschaft betrieben wird. Das Gegenteil ist der Fall, denn das einzige Ministerium, das bisher überhaupt Dienstposten öffentlich ausgeschrieben hat, ist die Sektion IV für die verstaatlichten Betriebe. Dr. Pittermann hat bei der Neubesetzung der Sektion IV, die als Rechtsnachfolger der Industrie und Bergbauverwaltung mit der Führung der verstaatlichten Betriebe beauftragt wurde, hier Dienstposten öffentlich ausgeschrieben. Über das Sparen könnten wir eine lange Liste, ebenso über Fähigkeit und Unfähigkeit verschiedener Herren, aufstellen. (Zwischenruf.) Ich möchte feststellen, daß ein Urteil über die Fähigkeit und Unfähigkeit eines Vorstandsmitgliedes in die Zuständigkeit des Aufsichtsrates fällt, und wenn er eine solche Entscheidung getroffen hat, wenn die Leute auch Ihres Vertrauens darin sitzen, so glaube ich, ist diese Angelegenheit irgendwie erledigt. (Zwischenrufe.) (I. R. Prirsch: „Glauben Sie wirklich, daß Sie sich ein Urteil über Herrn Sikura erlauben dürfen? Ich darf nicht einmal mehr etwas sagen über die verstaatlichte Industrie, obwohl sie uns gehört.“)

Ich möchte noch einiges sagen zur Gruppe 5, Gesundheitswesen. Hier ist eine Entwicklung im Budget, die von außerordentlicher Wichtigkeit ist und auch in der heutigen Zeit der Technisierung immer mehr und mehr an Bedeutung gewinnt. Es wurde auf diesem Sektor seit dem Jahre 1945 im Land Steiermark außerordentlich viel geleistet. Es wurden sehr viele neue Umbauten und Erweiterungsbauten durchgeführt, es wurden dadurch Operationsäle, Patientenräume, Krankenräume, Kranken Nebenräume, Verwaltungsräume, Personalräume und vieles mehr, das in diesem Zusammenhang notwendig ist, geschaffen. Es darf festgestellt werden, daß 40% aller neugeschaffenen Räume ausschließlich Patientenzwecken zugeführt und hierfür erbaut wurden.

Der Herr Abg. Dr. Stepantschitz hat den Dank ausgesprochen an das Krankenpflegepersonal und an die Beamten der Verwaltung, dem ich mich selbstverständlich anschließe, den ich aber noch erweitern möchte auf die Verantwortlichen der Landesregierung, und hier insbesondere auf den Altländeshauptmann Machold und Dr. Schachner-Blazizek, die an der Spitze dieses Referates seit 1945 gestanden sind und die Verantwortung zu tragen hatten. Hier wurde vieles durch sinnvolle Planung auf lange Sicht geleistet, was anerkannt zu werden verdient. Seit 1945 wurden über den ordentlichen Haushalt rund 141 Millionen Schilling und über den außerordentlichen Haushalt rund 151 Millionen Schilling, insgesamt 292 Millionen Schilling, aufgewendet für den Aus- und Erweiterungsbau von Landeskranken-, Heil- und Pflegeanstalten. Wenn man dabei in Betracht zieht, daß dieser Betrag auf die Jahre zwischen 1946 und heute aufgeteilt werden muß, dann kann man erst richtig die Bedeutung dieser Leistung ermessen, besonders, wenn man vom heutigen Beschaffungswert ausgeht, weil man dann ein Vielfaches dafür aufwenden müßte, weil die Kosten inzwischen ja höher geworden sind. Trotz dieser vielen Neu- und Umbauten sind eine Reihe nicht nur dringender Wünsche, sondern auch notwendigster Bedürfnisse bisher nicht erfüllt worden. Nahezu alle unsere Landeskrankenhäuser weisen eine überdurchschnittliche Frequenz und einen Überbelag auf, was immer wieder dazu führt, daß Kranke, die Aufnahme suchen, aus Platzmangel abgewiesen werden müssen, trotzdem alle Krankenzimmer mit mehr Betten belegt sind, als dies dem idealen Durchschnitt entsprechen würde, trotzdem auf den Gängen Notbetten aufgestellt sind und noch andere Kunststücke von den Verantwortlichen gemacht werden. Sicherlich wird da oder dort in der 2. Klasse und 1. Klasse etwas frei sein und sich durch Umorganisation und durch Einschränkung etwas gewinnen lassen, aber Entscheidendes kann dabei nicht erreicht werden.

Hier, bei der Frage der Landeskrankenhäuser, schweben mir vor allem drei Landeskrankenhäuser vor Augen, die in meiner engeren Umgebung liegen, das ist Leoben mit 541 Betten, Bruck mit 356 Betten und Mürzzuschlag mit 246 Betten. Gerade diese drei Krankenhäuser weisen eine überdurchschnittliche Frequenz auf, weil sie erstens im obersteirischen Industriezentrum liegen, und zweitens, weil dort auch ein sehr großer Durchzugsverkehr herrscht. Das Landeskrankenhaus Leoben hat, wenn man die Grundfläche oder den Platz pro Bett betrachtet, den engsten Raum, weil es nicht nur für den Raum von Bruck, sondern auch für den von Mürzzuschlag Einzugsgebiet ist. Wir haben hier eine Reihe wirklich dringendster Bedürfnisse, weil wir einen Raum vor uns haben, in dem ungefähr 200.000 Menschen wohnen, denen ungefähr nur 1200 Krankenbetten zur Verfügung stehen. Wenn man dabei bedenkt, daß noch von anderen Gebieten, sogar aus anderen Bundesländern Kranke in diesen Anstalten Aufnahme finden müssen, dann sehen wir, daß hier wirklich dringendst Abhilfe notwendig ist. Besonders liegt mir am Herzen Bruck, das vor 80 Jahren errichtet wurde, zwar wohl durch einige Erweiterungsbauten seit 1945

mehr Raum gewonnen hat, aber derzeit noch immer außerordentlich beengt ist, weil es für ein Einzugsgebiet für rund 70.000 Menschen zur Verfügung steht. Schon vor Jahren wurde eine Neuplanung für Bruck beantragt und dabei die Bitte ausgesprochen, man möge zu einem etappenweisen Ausbau schreiten. Daher möchte ich die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, um die Bitte an die gesamte Landesregierung zu richten und an den zuständigen Referenten, durch den größtmöglichen Einsatz von finanziellen Mitteln diesem dringendsten Bedürfnis abzuwehren. (Beifall bei SPO.)

Abg. **Hofbauer:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich möchte kurz und sachlich einiges zur Gruppe 5 sprechen, sofern es mir die Gegenseite gestattet. Wenn mich das gleiche Schicksal ereilt wie meine Kollegen, dann dürfte ich freilich nicht sehr weit kommen. Ich bin nämlich der Dritte im Bunde, entschuldigen Sie, auch ein Betriebsrat, zwar kein Obmann, sondern nur ein Obmannstellvertreter.

Mich bewegen in der Gruppe 5 zwei Dinge, die unmittelbar mit dem Ort Bad Aussee, aber nichts mit der Gemeinde Bad Aussee zu tun haben. Und zwar möchte ich dort, wo der Kollege Gruber von den Krankenanstalten aufgehört hat, anfangen. Es handelt sich um unser Landeskrankenhaus in Bad Aussee. Wir alle wissen, daß wir ein neues und schönes Krankenhaus dort haben, doch steht fest, daß es der jetzigen Zeit nicht mehr entspricht. Schon der früher zuständige Chef, Herr Landesrat Dr. Schachner-Blazizek hat sich davon überzeugen können und vor 3 Jahren zugesagt, daß er einen Erweiterungsbau bei den zuständigen Kreisen vertreten wird. Aber auch der neue Referent, Herr Landesrat Sebastian, war oben und hat sich ebenfalls positiv zu diesem Erweiterungsbau gestellt. Was ist nun bis jetzt geschehen? Die Marktgemeinde Bad Aussee hat kostenlos einen Grund zur Verfügung gestellt für den im Jahre 1960 erfolgten Umbau der Waschküche, so daß der Platz für den Erweiterungsbau nun frei wäre. Bei Beratung des neuen ordentlichen Voranschlags stellen wir aber fest, daß wohl ein Betrag von 3½ Millionen dafür eingesetzt, aber nur eine Million hievon bedeckt ist. Ich glaube, mich an alle Regierungsmitglieder wenden zu müssen, damit nicht nur diese 1 Million, sondern auch die weiteren Millionen, soweit dies 1961 möglich ist, flüssiggemacht werden. Es würden dann ungefähr 78 Betten zur Verfügung stehen, und für das gesamte Ausseerland wäre der Bedarf in jeder Hinsicht gedeckt.

Das zweite, was mich bewegt, ist der Jugendherbergsbau in Bad Aussee. Am 25. Oktober d. J. hat durch den Ersten Landeshauptmannstellvertreter Fritz Matzner der Spatenstich stattgefunden und fast zur gleichen Zeit hat der Herr Landeshauptmann Krainer in der entgegengesetzten Richtung, in der Untersteiermark, einen Spatenstich im Grenzland für eine Jugendherberge vollzogen. Das müssen wir begrüßen, weil wir nicht genug Jugendherbergen haben können. In der Gemeinde Bad Aussee besteht eine alte Jugendherberge, die bis jetzt schon eine jährliche Besucherzahl von mindestens 10.000 aufweist. Die neue Jugendherberge, die einen Ko-

stenaufwand von rund 4 Millionen erfordern wird, soll 160 Betten umfassen, und bereits heute liegen internationale Anmeldungen aus Deutschland, Holland, Belgien und Frankreich vor. Für 1961 sind 100.000 Schilling enthalten. Dieser Neubau kostet rund 4 Millionen. Eine Million hat am Tage des Spatenstiches die deutsche Gewerkschaft auf den Tisch gelegt, so daß der Baubeginn der Jugendherberge gesichert ist.

Ich möchte ganz kurz noch ersuchen, daß für beide Projekte, für das Krankenhaus und für die Jugendherberge in Bad Aussee im Budget 1962 entsprechende Beträge vorgesehen werden. (Beifall.)

Abg. Wegart: Meine Damen und Herren! Die Stadt Radkersburg hat im heurigen Jahr ihr 40. Jubiläum jenes Tages, an dem im Jahre 1920 die jugoslawischen Besatzungstruppen abgezogen sind, gefeiert. Wir haben damals im Jahre 1919 durch eine unglückliche Grenzziehung unser Hinterland verloren; schon damals von 1919 bis 1945 und seither hat dieser Bezirk und vor allem diese Grenzstadt Radkersburg, die einzige österreichische Grenzstadt, wirtschaftlich schwer zu leiden gehabt. 1945 hat sie ein besonders hartes Schicksal getroffen. Zuerst sind im April die deutschen Truppen gekommen, hinterher aber die Russen. Dann, wenige Tage darauf, die Partisanen. Eine Woche später die bulgarischen Partisanen und zum Schluß die Engländer. Innerhalb von 7 Wochen war diese Stadt nicht nur Frontgebiet, sondern auch mehrfach von fremden Truppen besetzt. Zerstörung, Plünderung, mit einem Wort alles, was wir damals erlebt haben, hat diese Stadt besonders stark gespürt. Alle Häuser, mit Ausnahme von 5, sind mehr oder weniger oder total beschädigt worden. Die Stadt wurde aufgebaut und unter großen Opfern, und wer heute nach Radkersburg kommt, wird sie eigentlich nicht wieder erkennen.

Aber ich muß leider ebenso anmelden, daß das soziale Gefälle zwischen dem Binnenland und dem Grenzgebiet, insbesondere der Grenzstadt Radkersburg, ein zu großes ist, als daß wir darüber so ohne weiteres hinwegsehen könnten. Aber diese Stadt, die uns verblieben ist, hat gewisse natürliche Schätze, und es hat im Jahre 1927 jemand nach Erdöl gebohrt. Erdöl wurde zwar nicht gefunden, dafür aber Mineralwasser, das seit diesem Zeitpunkt plätschert. Die Gemeindeväter haben vor einiger Zeit Experten herangezogen, die dieses Wasser auf seine Heilkraft untersucht haben; hiebei sind sie auf ein sensationelles Ergebnis gestoßen: Dieses Heilwasser in Radkersburg ist dem Nierenheilbad Wildungen fast gleichwertig. Es besteht also die Möglichkeit, Radkersburg zu einem Kurort auszubauen und daraus im wahrsten Sinne des Wortes ein österreichisches Nierenbad zu gestalten. Private Interessenten wurden bisher nicht gefunden, wohl anscheinend wieder wegen der Grenzlage. Der Gemeinderat von Radkersburg hat den Entschluß gefaßt, die Sache selber in die Hand zu nehmen. Es liegt beim Lande Steiermark eine Anmeldung vor auf 1 Million Schilling für die erste Etappe bei Errichtung eines Kurhauses. Die Stadtgemeinde selbst wird ebenfalls aus eigenen Mitteln versuchen, den Ausbau zu fördern.

Ich möchte heute als Vertreter des Grenzlandbezirkes Radkersburg an das Hohe Haus appellieren, der Verwirklichung dieses Planes, dem Werden eines Kurortes Radkersburg und dieser hart geprüften Stadt Radkersburg seine ganze Unterstützung zu leihen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Bammer: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Ausführungen des Abg. Krempl veranlassen mich, Ihre Aufmerksamkeit nochmals in Anspruch zu nehmen. Die Äußerungen, die sich auf die Unterbringung und die Errichtung eines Arbeitsplatzes in irgendeinem der steirischen Betriebe beziehen, im Lichte eines Schreibens des ÖAAB betrachtet: „Geschätzte Mitarbeiter! Bereits seit dem Vorjahre haben unsere Bezirksleitungen eine Arbeitsplatzvermittlung eingerichtet, die sich gut bewährte. Wir empfehlen Ihnen, alle diesbezüglichen Fragen an uns weiterzugeben. Wir haben mit verschiedenen Großbetrieben und Unternehmen Kontakt aufgenommen, so daß uns derzeit mehr freie Posten zur Besetzung zur Verfügung stehen für Arbeiter und Angestellte. Wir ersuchen Sie daher, alle diesbezüglichen Wünsche Ihrer Ortsgruppen an uns weiterzugeben, aber auch Ihnen bekannte freie Stellen uns mitzuteilen. Gezeichnet: Bundesrat Peter Hirsch. ÖAAB.“

Es ist erklärlich, warum Abg. Dr. Rainer für die Abschaffung der Arbeitsämter und die Vermittlung durch die Parteisekretariate eintritt.

Abg. Sebastian: Meine Damen und Herren! Vorerst darf ich allen Herren, die zur Gruppe 5 gesprochen haben, besten Dank sagen. Grundsätzlich gilt für die Gruppe 5, glaube ich, im selben Maße das, was Herr Landesrat Univ.-Prof. Koren für die Gruppen 2 und 3 festgestellt hat. Die Gruppe 5, Gesundheitswesen, ist ebenfalls eine Sparkasse, wengleich auch nicht eine Sparkasse des Geistes, wie sie Univ.-Professor Koren für die Kultur bezeichnet hat, sondern eine Sparkasse unserer Volksgesundheit. Die Amortisationen dessen, was wir für unsere Volksgesundheit ausgeben, wird erst in späterer Folge zu Tage kommen. Wenn es immer wieder heißt, die Volksgesundheit ist unser höchstes Gut, so glaube ich, müssen wir für dieses höchste Gut Mittel zur Verfügung stellen, um es zu bewahren und erhalten zu können. Hier sei auch an die Spitze gestellt, daß das Land Steiermark gerade auf dem Gebiete des Gesundheitswesens, auf dem Sektor Landesheil- und Krankenanstalten Vorbildliches leistet und Vorbildliches auch in der Vergangenheit geleistet hat. Ich stehe nicht an, in aller Offenheit festzustellen und zu sagen, daß Sie es mir sicherlich als Anmaßung anrechnen würden, wenn ich behauptete, daß ich in der kurzen Zeit, in der ich die Ehre habe, dieses Referat zu führen, mir ein allumfassendes Wissen bei diesem sehr diffizilen, großen und schwierigen Referat schon hätte erarbeiten können. Selbst bei größtem Fleiß und Interesse ist das in dieser kurzen Zeit auf diesem Verwaltungsgebiet nicht möglich. Mir kommt, meine Damen und Herren, dabei zugute, daß mir ein sehr guter Stab von Beamten zur Verfügung steht, der gewissenhaft und korrekt und von hoher Sachkenntnis getragen, lange Jahre in dieser Sparte

tätig ist und der mir die Arbeit sehr erleichtert. Ich darf von dieser Stelle aus insbesondere dem Herrn Hofrat Zacharias und seinen Mitarbeitern meinen besten Dank aussprechen. Besonderer Dank gebührt auch dem Herrn Hofrat Dr. Strenger als Zentraldirektor des Landeskrankenhauses in Graz und allen übrigen Herren Direktoren und Verwaltern der einzelnen Krankenanstalten.

Herr Primarius Dr. Stepantschitz hat ja hier schon das Wesentlichste gesagt, nur in einem begehre ich mich in Widerspruch zu ihm, nämlich, daß in bestimmten Anstalten ein Rückgehen der Anzahl an Kranken festzustellen ist. Der Rückgang bezieht sich sicherlich nur auf einige ganz spezielle Krankenanstalten, denn wir haben noch immer ein Ansteigen der Patienten festzustellen, und manche Krankenanstalten sind derart gedrängt und überfüllt, daß es für jeden Arzt eine schwere Aufgabe ist, seinem Dienst am Krankenbett nachzukommen. Allein durch die vielen Unfälle ist die 1. Chirurgie dauernd überfüllt, und es ist einfach unmenschlich, wie manchmal die Menschen dort untergebracht werden müssen, weil man sie nicht abweisen kann. In dieses Gebiet des Ansteigens der Belagsziffern spielen viele Dinge hinein, und zwar nicht nur die Frage der höheren Lebenserwartung — die schon aufgezeigt wurde —, sondern auch die Fragen der Motorisierung, Mechanisierung, Spezialisierung und Verfachlichung auf dem medizinischen Gebiet, die Technik der medizinischen Wissenschaften, die all dies erforderlich machen. Das Land bemüht sich in weitestgehendem Maße, diesen Notwendigkeiten gerecht zu werden und unseren Kranken die besten Ärzte zur Verfügung zu stellen, daneben die besten Instrumente und Apparate und die besten Erngenschaften auf diesem Gebiet. Natürlich gibt es immer noch Wünsche, und sie sind auch von den anderen Herren Abgeordneten schon vorgebracht worden.

Es ist der Landesregierung sehr wohl bewußt, daß zum Beispiel in Bruck der Ausbau ein sehr vordringlicher wäre und daß auch der Ausbau in Bad Aussee vordringlich ist. Schon allein die Tatsache, daß diese Angelegenheit im außerordentlichen Voranschlag aufscheint und mit 1 Million Schilling bedeckt ist, zeigt, daß der Wille zur Hilfe beim Ausbau besteht.

Ich komme nun noch auf einen nicht erfreulichen Zustand zu sprechen, auf den schon Herr Abg. Doktor Stepantschitz hingewiesen hat. Messendorf ist ein Sorgenkind. Ein Aus- oder Umbau ist dort fast hoffnungslos, und es kann nur im Zuge der Umgestaltung im „Feldhof“ möglich werden, dort die Kranken aus Messendorf unterzubringen.

Meine Damen und Herren, damit Sie einen kurzen Überblick gewinnen über das, was das Land Steiermark im Jahre 1960 an Beginn- und Fortführung von Bauten und Arbeiten vorgenommen hat, möchte ich folgendes sagen: Im Jahre 1960 wurden begonnen bzw. weitergebaut die Gebärabteilung in Leoben, mit deren Fertigstellung man im Herbst 1961 rechnet. Dazu sei gesagt, daß hier sehr hohe Beträge aufgewendet wurden, aber schon wiederum der berechtigte Wunsch vom Verwalter an uns herangetragen wurde, die bestehende Kinderabteilung

auszugestalten. Es ist nicht abzusehen, wann wir diesen Wünschen Rechnung tragen werden können.

Weiters ist in diesem Jahr die Verlegung des Wirtschaftshofes fällig im Zusammenhang mit der Kinderklinik, die ja Jahre in Anspruch nehmen wird und sich sehr segensreich auf einem Sektor auswirken wird, auf dem schon dringend eine Abhilfe nötig ist. Auf der weiteren Wunschliste stehen ferner die Erweiterung der Gebärstation in Hartberg, der Ausbau von Mürzzuschlag, der Ausbau von Personal- und Wohnhäusern in Feldbach und Knittelfeld, Erweiterung der Hauptküche des bisherigen Isolierhauses in Radkersburg zu einem Wohnhaus für Schwestern, die Erweiterung der Personalunterkünfte auf der Stolzalpe, die Instandsetzung des D-Gebäudes „Am Feldhof“, Personalwohnungen in Leoben, die Anschaffung eines Kobalt-Bestrahlungsgerätes im Zentralröntgeninstitut in Graz. Für 1961 wird gefordert, aber ich betone, nur wenn die Mittel hierfür da sein werden, der Beginn des Baues der Kinderklinik, die Fortführung des Neubaus der Frauenabteilung in Leoben, die Instandsetzung der Gebärstationen in Knittelfeld, Voitsberg und Radkersburg, ferner das Vorhaben von Bad Aussee und der Ausbau der Operationssaalgruppe der 1. chirurgischen Klinik in Graz. Das ist nur ein bescheidener Ausschnitt dessen, was an Wünschen da ist. (LR. Prietsch: „Fürstenfeld ist vergessen worden!“) Der langgehegte Wunsch von Fürstenfeld, eine Unterführung und einen Bettenaufzug zu schaffen, ist ebenfalls an mich herangetragen worden. In Rottenmann fordert man den Zubau einer Operationssaalgruppe usw. usw. usw.

Ich glaube, daß das Land, welches bis jetzt schon eine sehr lockere Hand beim Ausbau unserer Landeskrankenhäuser bewiesen und das schon viele Millionen investiert hat, sich seiner weiteren Verpflichtung auf diesem Gebiet sicherlich bewußt bleiben wird. Es ist auch davon gesprochen worden, daß man Wege suchen soll, das bestehende Defizit abzubauen. Das ist ein ständiges Ringen, und schon bei der Gruppe 0 wurde darauf hingewiesen, daß man es bei den Landeskranken-, Heil- und Pflegeanstalten mit keinem bürokratischen Apparat zu tun hat, der besondere Möglichkeiten des Einsparens bietet. Die Organisation eines Landeskrankenhauses ist an und für sich eine diffizile, vielfältige und schwierige.

Aber lassen Sie mich zum Schluß noch folgendes sagen. Was wären all die vielen Investitionen, was wären die schönsten Bauten, die besten Instrumente wert, wenn es nicht die heilenden und helfenden Hände der Ärzte, der mehr als eineinhalbtausend Schwestern, Pfleger, Pflegerinnen und Wartepersonen gäbe, die in aufopferungsvoller Hingabe ihrer Berufung am Krankenbett nachkommen, dem Kranken zu dienen, wenn es nicht noch die vielen anderen Fachkräfte und Beamten gäbe, die es erst ermöglichen, eine solche Anstalt zu führen. Auch ihnen sei an dieser Stelle im Namen des Landes der beste Dank ausgesprochen. (Lebhafter Beifall.)

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. Ich bitte den Herrn Berichterstatter um das Schlußwort.

Abg. Rauch: Ich verzichte.

Präsident: Ich schreite zur Abstimmung und bitte die Abgeordneten, die mit der Gruppe 5 einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Gruppe 5 ist damit angenommen.

Wir kommen zur

Gruppe 6 „Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen“.

Berichterstatter ist Abg. Hans Koch. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Ing. Koch:** Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Gruppe 6 weist 289,526.000 Schilling auf der Ausgaben-, und 85,564.100 Schilling auf der Einnahmenseite auf. Gegenüber dem Vorjahr ist das eine Mehrausgabe von 24,826.800 Schilling. Die Gruppe 6 beinhaltet das Siedlungswesen, Straßenwesen, Wildbachverbauungen, Wasserleitungen, Landesplanung, Wohnbauförderung und sonstiges Bauwesen. Mit diesen Ansätzen werden viele weitere Millionen von seiten anderer Körperschaften zusätzlich mobilisiert, was eine außerordentliche wirtschaftliche Belebung für unser Land bedeutet. Der große finanzielle Einsatz stellt an die Beamten dieser Abteilungen, an das Landeswohn- und Siedlungsamt und an das Landesbauamt immer höhere und umfangreichere Anforderungen.

Bei dieser Gelegenheit darf ich im Namen des Finanzausschusses der gesamten Beamtenschaft ebenso wie jenen Männern, die bei Wind und Wetter, Tag und Nacht auf unseren Straßen für die Verkehrssicherheit sorgen, aufrichtigen Dank sagen.

Zur Gruppe 6 wurden im Finanzausschuß vier Anträge eingebracht, welche wie alle übrigen Anträge am Schluß der Debatte zur Abstimmung kommen. Der Finanzausschuß hat sich in seiner letzten Sitzung eingehend mit dieser Gruppe 6 beschäftigt, und in seinem Namen bitte ich das Hohe Haus, die Gruppe 6 mit den Ansätzen und Zusatzanträgen anzunehmen.

Abg. **Bammer:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! In der Steiermark wurden im auslaufenden Jahre vom Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds, verwaltet vom Ministerium für soziale Verwaltung in Wien, rund 2350 Neubauwohnungen gefördert bzw. ihr Bau durch die Gewährung von Darlehen und Zinszuschüssen ermöglicht. In diesem Gesamtergebnis sind jene Ziffern nicht enthalten, die sich aus den Bewilligungen des Wohnhauswiederaufbaufonds ergeben, weil die Mittel dort nicht so klar und deutlich auf die einzelnen Wohnungen zugemessen sind, sondern in ihren Ausweisen nur der Gesamtförderungsbetrag für jedes errichtete oder wiederaufgebaute Haus vorgesehen ist. Es ist interessant, daß eigentlich nur die Steiermark neben den Möglichkeiten aus den öffentlichen Fonds, aus dem Wohnbauförderungsfonds 1954 den Bau und die Errichtung von Einfamilienheimen zu fördern, auch noch eine eigene Förderung nach dem Landeswohnbauförderungsgesetz 1949 eingerichtet hat, die zwar in ihren Richtlinien nicht ganz an jene der Wohnbauförderung 1954 angepaßt ist, im wesentlichen sich aber gleich auswirkt und für den Bau

billiger Eigenheime in unserem Land außerordentlich zweckdienlich ist.

Ich darf vielleicht, nur weil es dazu gehört, aussprechen, daß vor kurzem die Jahresversammlung des Landesverbandes Steiermark der Gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen zutage gebracht hat, daß die Anzahl jener Wohnungen, die ohne Inanspruchnahme von öffentlichen Fondsmitteln erbaut werden, verschwindend ist und für die Wohnungsversorgung, für die Bekämpfung der Wohnungsnot in unserem Land überhaupt ohne Bedeutung ist und außer Betracht bleiben kann. Es zeigt auch eine Statistik, daß jene Bauvorhaben mit 9 bis 12 Wohnungen weit überwiegen und daß man, was sicherlich die erfreulichste Erkenntnis bei den Bauherren, Gemeinden und Genossenschaften ist, den größten Teil 2-Zimmer-Küche-Wohnungen, also jene Wohnungstypen errichtet, die von allen Familienverbänden und Einrichtungen, die sich mit der Wohnversorgungsfrage beschäftigen, als die notwendige Wohnungsgröße für unser Land und unsere Bevölkerung bezeichnet wird. Zur Verbesserung der Wohnkultur — und eine solche Verbesserung ist wirklich festzustellen — tragen sicherlich auch die Ausstellungen bei, die unter anderem nicht nur in eigenen Ausstellungen, sondern an den Objekten selbst in neuerbauten Wohnungshäusern einvernehmlich mit den Gemeinden, Gewerbetreibenden und sehr oft durch die Initiative des Institutes für Haushaltsforschung zustande gekommen sind. Die Besucherzahl und die der Interessenten an solchen Ausstellungen in eben fertig gewordenen Wohnhäusern zeigt, daß unsere Bevölkerung, soweit sie echtes Interesse an einer Verbesserung der Wohnkultur hat, doch daran Anteil nimmt und dieses Interesse bekundet. Wenn wir uns mit der Frage des Wohnungsbaues auseinandersetzen und die Frage gewissenhaft überprüfen, so vermissen wir eigentlich bei allen den vielen Statistiken, die über den Wohnungsbau aufgestellt werden, eine Statistik, die meiner Meinung nach besonders interessant wäre, nämlich eine Aufstellung darüber, welche Familien in die aus den öffentlichen Fonds geförderten Wohnungen tatsächlich eingezogen sind. Denn mit der Schlüsselübergabe durch die Gemeinde und Genossenschaft ist meist auch das öffentliche Interesse und das Interesse der Öffentlichkeit an diesem Wohnprojekt zu Ende gegangen. Ich muß feststellen, solche Ziffern gibt es nur für Einzelvorhaben und Einzelabschnitte, aber nicht im gesamten. Wer bezieht jene Wohnungen, die in den letzten Jahren mit viel Aufwand und Mühe von den öffentlichen Körperschaften, durch das Land und die Gemeinden gefördert, von den Genossenschaften errichtet worden sind? Ich glaube, das ist ein Mangel, wenn man feststellen darf, daß solche öffentliche Erhebungen in unzureichendem Ausmaß vorhanden sind.

Im möchte in der Frage der Unterbringung der wohnungssuchenden Familien gar nicht auf das Gebiet des Wohnhauswiederaufbaues abschwenken. Hier sind zum Teil bestürzende Verhältnisse. Sicherlich werden diese Verhältnisse auch noch alarmierender in der Öffentlichkeit gestaltet, weil durch einige Beispiele kraß zum Ausdruck kommt, daß es eine Kontrolle, ob Bedürftige in diese günstig ge-

förderten Wohnungen kommen, nicht gibt. Ich habe versucht, aus eigenem mit Unterstützung von Genossenschaftsfunktionären und mit Funktionären der Gemeindeverwaltung in diese Frage, wer unsere Neubauten, die vom Land gefördert werden, bezieht, Einblick zu gewinnen. Ich darf dazu noch sagen, daß diese Frage so brennend empfunden wird, geht auch daraus hervor, daß sich alle Parteien gemeinsam zu einem Antrag zusammengeschlossen und diesen Antrag zum Budget angemeldet haben, daß nämlich Mittel und Wege gesucht werden müßten, um kinderreiche Familien tatsächlich in diese Neubauwohnungen hineinzubringen.

Dieser Antrag, der von allen drei Parteien unterstützt wird, ermächtigt mich, zu dieser Frage ausführlicher zu sprechen. Ich habe aus 7 steirischen Gemeinden von Wohnhäusern, die in der Zeit zwischen 1953 und 1960 gebaut wurden, die Verhältnisse erhoben, wie nun diese Wohnungen bezogen worden sind. Das ist sehr interessant. Die Gemeinde Köflach hat in diesen 7 Jahren 92 Wohnungen errichtet — ohne die Genossenschaftswohnungen —. In diesen 92 Wohnungen wohnen insgesamt 191 Kinder. Ich könnte noch aufzählen, wie sich diese Familien gliedern. In Judenburg wurden errichtet 113 Wohnungen, belegt mit 173 Kindern, Leoben 609 Wohnungen und 680 Kindern, in Knittelfeld, von der Genossenschaft gebaut, 16 Wohnungen, belegt mit 30 Kindern, in Weiz die Gemeinde 29 Wohnungen, darin 37 Kinder, in Voitsberg 138 Wohnungen mit 197 Kindern. Es sind also insgesamt 997 Gemeindewohnungen von 7 steirischen Großgemeinden errichtet worden, in denen 1248 Kinder wohnen, das ist in Zehnteln ausgedrückt 1,2 Kinder je Wohnung. Ich habe leider nur bescheidene Vergleichsmöglichkeiten aus dem Genossenschafts- und Bauvereinigungssektor. Eine Grazer Wohnungsgenossenschaft errichtete 260 Wohnungen, dort leben 193 Kinder, eine andere 200 Wohnungen, in denen 122 Kinder leben und eine weitere 126 Wohnungen mit 120 Kindern. Das heißt, in den 586 von den Genossenschaften errichteten Wohnungen leben 435 Kinder. Ich stelle also ganz nüchtern und ohne jeglichen Vorwurf fest, daß in jenen Wohnungen, die von Gemeinden errichtet worden sind, kinderreichere Familien einziehen als in jenen, die von Genossenschaften oder Baugesellschaften errichtet werden. Warum ist das so? Ich kann mir nicht vorstellen, daß eine Genossenschaft die Absicht hat, von Haus aus kinderreiche Familien auszuschließen. Aber wir wissen, daß bei der Unterbringung kinderreicher Familien echte Schwierigkeiten bestehen. Nicht bei den Gemeinden, das wissen wir. Es müßte aber auch nicht bei den Genossenschaften so sein. Es besteht dort zwar keine Absicht zu dieser Tendenz, aber zum Unterschied von den Gemeinden müssen die Genossenschaften meistens auf Grund der bestehenden Finanzierungsmöglichkeiten aus den verschiedenen Fonds neben dem Grundanteil auch noch einen wesentlichen Anteil — meistens 10%, oft bis zu 30% — an den Baukosten aufrechnen, und das macht diese Verschiebung aus. Durch diese Umstände haben die kinderreichen Familien in den seltensten Fällen die Möglichkeit, eine solche Wohnung zu erwerben. Wenn ein Mann nicht das Glück hat, daß

seine Frau auch beschäftigt ist, so kann er sich auch nur mit einem Kind eine solche Wohnung nicht leisten. Es gibt Ausnahmefälle, in denen beide Ehegatten verdienen und überdies die Eltern oder Schwiegereltern auf das Kind schauen, so daß dann diese jungen Leute in der Lage sind, wenn auch mit vielen Schwierigkeiten, die 30—60.000 S aufzubringen, um eine solche Genossenschaftswohnung zu erwerben.

Wir haben derzeit bei den Förderungsrichtlinien zwischen dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 und jenem des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds wesentliche Unterschiede. Wir haben versucht, die Fonds einander anzupassen und einander näher zu bringen. Aber der Umstand, daß der Bund an Förderung pro Wohnungseinheit heute noch 72.000 S plus Zinszuschüsse gewährt und das Land Steiermark 80.000 S Darlehen plus Annuitätenschüsse, führt zu dem, was die Mieter nie begreifen, daß nämlich bei gleichem Grundriß die eine Wohnung teurer ist als die andere. Aus diesem Zahlenmaterial ergibt sich die Konsequenz, daß es den meisten Familienerhaltern nicht möglich ist, jene Beträge aufzubringen, die notwendig sind, um eine solche Genossenschafts-Eigentums- oder Mietwohnung überhaupt zu beanspruchen. Die Gemeinde kann die Eigenmittel aus den allgemeinen Mitteln der Gemeindeverwaltung aufbringen, die Genossenschaft aber ist gezwungen, sie auf die Mieter umzulegen.

Dem Hohen Haus liegt nun der von mir bereits erwähnte Antrag vor, daß hier Hilfsmaßnahmen oder Korrekturen eingebaut werden sollen, die es ermöglichen, daß auch eine kinderreiche Familie zu einer Neubauwohnung kommt. Ich glaube, daß dieser Antrag nicht der letzte und nicht die einzige Möglichkeit ist, diesem sehr unangenehmen Problem Herr zu werden. Die Finanzierungsart der Darlehensgewährung erscheint mir bei den verschiedenen Fakten, die zur Beurteilung der Bedürftigkeit einer Familie beitragen, sehr, sehr kompliziert und nicht leicht zu handhaben. Andere Länder und sehr viele Bundesländer Österreichs sind schon seit langem dazu übergegangen, zu den Förderungsbeiträgen des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds, die pro Wohnung 72.000 S betragen, das Landesdarlehen dazuzugeben, um eine bessere Förderung zu erreichen, um zu günstigeren Verhältnissen bei der Mietzinsgestaltung und einer Senkung der Baukostenbeiträge zu kommen. Niederösterreich, Oberösterreich, Wien und andere machen das so. Daraus ergibt sich die Konsequenz, einmal abzuklären, ob die Steiermark auch in Zukunft weiterhin viele Wohnungen zu nicht immer günstigen Bedingungen für kinderreiche Mieter errichten will oder lieber etwas weniger Wohnungen, die man aber diesem bedürftigen Personenkreis zugänglich macht. Diese Frage ist nicht leicht zu beantworten. Es würde viel Mut erfordern, der Bevölkerung zu sagen, wir machen die Wohnungen, die wir bauen, einem bedürftigen Personenkreis zugänglich und nicht mehr einer so großen Zahl von Eigentumswohnungswerbern wie in den letzten Jahren.

Es gäbe aber meiner Meinung nach noch eine andere Möglichkeit, den kinderreichen Familienvä-

tern, die auch heute noch mit großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, zu helfen, indem man die familienpolitische Seite betrachtet. Es wäre eine echte familienpolitische Maßnahme, wenn man anstreben wollte, aus dem Familienlastenausgleichsfonds nach der Kopfzahl der Kinder eine Beihilfe oder ein sehr begünstigtes Darlehen zu gewähren, damit der Familienvater davon Gebrauch machen kann, eine solche Neubauwohnung anzustreben. Natürlich kann das nur Hand in Hand gehen mit der Entscheidung, ob man in der nächsten Zukunft viele und für die Bedürftigen nicht immer günstige Wohnungen baut, oder lieber weniger und diese dafür einem bedürftigeren Personenkreis einräumt. Wir dürfen bei unseren Anstrengungen auf dem Gebiet des Wohnungsbaues auf jene Familienerhalter nicht vergessen, die am Rande der Autobahnen wohnen und einen Fernsehapparat, eine Filmkamera und die blaue Adria nur von Bildern her kennen. Wir sollten verhindern, daß diese Menschen und Familienerhalter das Gefühl bekommen, daß Kinderreichtum nicht ein Segen, sondern eher ein Nachteil ist.

Wenn wir uns diese Entscheidung zurechtgelegt haben und entsprechend unserem Herzen handeln, wie es heute schon der Herr Abg. Dr. Stepanitschitz gesagt hat, werden wir den gemeinsamen Weg finden, daß in Hinkunft besser als bisher den kinderreichen Familien ermöglicht wird, eine schöne, gesunde und moderne Wohnung zu beziehen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Stephan: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wir haben zur Gruppe 0 einen Beschlußantrag eingebracht, der eigentlich seinem Inhalt nach in diese Gruppe gehört. Er betrifft den Erlaß einer Bauordnung für das Land Steiermark. Ich erinnere mich aus meiner seinerzeitigen Tätigkeit in der Steiermärkischen Landesregierung, daß dieses Anliegen schon seit langem besteht, es aber leider bisher nicht gelungen ist, diese Angelegenheit zu erledigen. Ich höre nun bei persönlichen Erkundigungen, daß im Februar 1961 mit der Vorlage zu rechnen sein wird.

Das ist nun nicht mein eigentliches Anliegen, es ist vielmehr die Landesplanung. Ich habe schon bei vergangenen Voranschlagsdebatten darauf hingewiesen, daß im Oktober 1957 durch ein Verfassungsgerichtshofurteil die Stadtplanung der Gemeinde Bruck/Mur außer Kraft gesetzt wurde. Der Verfassungsgerichtshof hat angeregt, bis zum März 1958 ein diesbezügliches Landesgesetz zu erlassen. Im Februar 1958 wurde auch eine Regierungsvorlage im Landtag eingebracht und dem Ausschuß zugewiesen. Dieser Ausschuß hat die Vorlage wieder an die Landesregierung zurückverwiesen. Es hat nun einige Zeit gedauert, bis die Sachverständigen diesen neuen Entwurf dem Landtag zugeleitet haben. Aber wie ich höre, ist im September dieses Jahres dieser Entwurf eines Gesetzes über die Flächennutzungspläne und die Bebauungspläne wieder dem Landtag zugeleitet worden. Meine Nachforschung nach dem Verbleib dieser Vorlagen hat ergeben, daß sie sich in der Präsidialkanzlei befinden. Es wäre aus zwingenden Gründen ohne Zweifel sehr notwendig, diesen Entwurf

so bald als möglich einer näheren Beratung zu unterziehen, da Ihnen allen, die mit der Materie beschäftigt sind, sehr wohl klar sein muß, welche Schäden fast täglich dadurch entstehen, daß diese Planung keine Fortschritte macht.

Ich nenne einige Beispiele: Ein eng besiedeltes Gebiet, wo auf nicht bebaubaren Flächen Wohnungen und Siedlungen erbaut werden, die eigentlich per nefas dort errichtet werden. Ich nenne auf der anderen Seite Grundstücksverkäufe als Bauplätze, die als solche eigentlich gar nicht geeignet sind. (Abg. Dr. Rainer: „Das ist Sache der Gemeinden.“) Aber die Gemeinden brauchen das Gesetz. Der Verfassungsgerichtshof hat seinerzeit in Bruck den Bebauungsplan aufgehoben und die Steiermärkische Landesregierung nicht aufgefordert, ihr aber empfohlen, ein diesbezügliches Gesetz zu erlassen. Herr Abg. Dr. Rainer als Vorsitzender des Gemeinde- und Verfassungsausschusses weiß, daß der Gesetzesentwurf nunmehr in der Präsidialkanzlei liegt. Das diesbezügliche Gesetz ist im übrigen bei uns erstmals in Vorbereitung. Nach meiner Information haben Salzburg seit 1956, Vorarlberg seit 1923, Wien seit 1930, Kärnten seit 1959 ein solches Gesetz. Es mag sein, daß allen diesen Gesetzen gewisse Mängel anhaften, die weitgehend im steirischen Entwurf vermieden sein sollen. Insofern hat die Verzögerung ihren Nutzen gehabt. Ich wollte auch mit meinen Ausführungen nichts anderes bezwecken, als das zuständige Referat, in diesem Falle den Vorsitzenden des Gemeinde- und Verfassungsausschusses zu bitten, sich der Sache anzunehmen und sie so weiterzutreiben, daß sie unter Umständen in dieser Legislaturperiode zu Ende geführt werden kann.

Außerdem erlaube ich mir ein kleines Ersuchen an das Straßenbaureferat, die Landesstraße Ragnitz, Laubegg, St. Georgen, Feiting einer gnädigen Besichtigung (LH. Krainer: „Steht im Vorschlag.“) zu unterziehen.

Abg. Ertl: Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Zum Unterabschnitt 601, Landesstraßen, erlaube ich mir, die erfreuliche Feststellung zu machen, daß dieser eine Erhöhung von 8 Millionen erfahren hat. Die Frequenz unserer Landes- und Bundesstraßen ist in einem ungeahnten Ausmaße gestiegen. Die Anforderungen, die an das Referat gestellt wurden, konnten nur mit Einsatz der modernsten Wegbaumaschinen bewerkstelligt werden. Infolge der Kürze der Zeit und der Beengtheit der finanziellen Mittel konnten viele Wünsche der Bevölkerung auf diesem Gebiet nicht erfüllt werden.

In letzter Zeit machte man die Wahrnehmung, daß viele Reisende, Ferienurlauber und Ausflügler die Bundesstraßen mehr oder weniger meiden und in entlegene Täler und Gräben flüchten, um dort Ruhe und Entspannung zu finden. Es wird die nächste Aufgabe sein, unsere Aufmerksamkeit auf die Erhaltung dieser Straßenzüge zu richten. Es ist uns auch im vorigen Jahr gelungen, rund 100 km Landesstraße dem Bund zu übertragen. Von den zahlreichen Ansuchen, Güterwege dem Land zu übertragen, und den vielen Anträgen, die im Landtag eingebracht und in der Regierung vorgetragen wurden, muß es heuer gelingen, eine entsprechende An-

zahl zur Durchführung zu bringen, um besonders finanziell schwache Bergbauerngemeinden auf dem Wegausektor zu entlasten.

Hoher Landtag, es sei mir gestattet, auch in meinem eigenen Heimatgebiet die Leistung des Referates kurz aufzuzeigen und die Wünsche der Bevölkerung entsprechend anzuschließen. Erfreulicherweise ist die Ennstaler Bundesstraße zum größten Teil modern ausgebaut und auch neuzeitlich ausgebaut worden. Die Murtal-Bundesstraße ist bis auf einige wichtige Stellen ganz staubfrei, ich verweise auf die Umfahrung von Murau, Stadl und Litzmannsdorf. Hervorheben möchte ich noch, daß zwei schöne moderne Brücken in Scheifling und in Teufenbach über die Mur gebaut worden sind. Die Bundesstraße von Obdach bis zur Landesgrenze wird voraussichtlich auch im kommenden Jahr beendet sein, da dafür im Budget die notwendigen Beträge vorgesehen sind. Die Landesstraße nach St. Lorenzen ist im Bau und die Straße von Fohnsdorf nach Knittelfeld wird im kommenden Jahr fertiggestellt.

Wir mußten zur Kenntnis nehmen, daß die Stubalpen-Bundesstraße wieder an das Land zurück gegeben wurde und daß in den vergangenen Jahren hier verhältnismäßig wenig aufgewendet worden ist. Daher möchte ich an das Referat die Bitte richten, auch die Stubalpen-Bundesstraße, die ja die direkte und kürzeste Verbindung vom Murtal nach Graz ist, wieder entsprechend instand zu setzen und zu modernisieren. Ein Sorgenkind ist die Tauern-Bundesstraße, besonders das Stück von Hohentauern bis Trieben, bei der das Befahren im Frühjahr und Herbst mit Lebensgefahr verbunden ist. Ich höre, daß eine Verbreiterung und ein Ausbau der Tauern-Bundesstraße von Möderbrugg bis Hohentauern im kommenden Jahr durchgeführt wird und wir hoffen, daß auch das heikle Problem Hohentauern — Trieben in den folgenden Jahren einer zufriedenstellenden Lösung zugeführt wird.

Abschließend sage ich aufrichtigsten Dank dem Referat und unserem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dipl. Ing. Udier, denn es ist auf diesem Gebiet Einmaliges und Vorbildliches geleistet worden. Wir haben nur den einen Wunsch, daß auch die großen Anforderungen auf Instandsetzung, Ausbau und Modernisierung unseres Straßennetzes, die in den folgenden Jahren an das Referat gestellt werden, zufriedenstellend Erfüllung finden. (Beifall.)

Abg. Zagler: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Daß sich der Verkehr auf unseren Straßen vergrößert und verdichtet, kommt auch im Haushaltsplan der Jahre 1959—1961 zum Ausdruck. Trotzdem auf diesem Gebiet schon sehr viel geleistet wurde, bleiben immer noch größere Wünsche offen und es wird wahrscheinlich noch einige Jahre dauern, um dieses Straßenproblem überhaupt zu lösen. Ich möchte nur ganz kurz auf die Gaberl-Bundesstraße hinweisen, die jetzt durch das Land übernommen worden ist. Sei es wie immer, ob diese Straße übernommen wird vom Bund oder Land, es ist die kürzeste Verbindungsstraße zwischen dem weststeirischen Gebiet und dem oberen Murtal. Sie wird insofern interessant, weil in unserem weststeirischen Kohlenrevier die Arbeitsplätze immer knapper werden, so daß die Jugend schon jetzt

in das obersteirische Revier als Pendler übersiedelt. Andererseits braucht man die Straße auch für unseren Fremdenverkehr.

Weiters möchte ich noch folgende Anfragen an das Referat richten: Erstens, betreffend Staubbefreiung der Straße Nr. 300, die von der Bundesstraße Nr. 70 nach St. Martin abzweigt. Ca. 2 km sind bereits staubfrei gemacht, weitere 1½ km stehen noch aus. Zweitens wegen der Übernahme der Piberstraße von Köflach nach Bärnbach, die durch das Gestüt Piber stark frequentiert ist und von der Gemeinde Köflach zurzeit erhalten wird. Auch diese Straße trägt, glaube ich, zur Fremdenverkehrsförderung bei und es wäre daher notwendig, auch sie vom Land aus zu übernehmen. Für den Fremdenverkehr sehr wichtig ist weiters die Straße von Ligist bis St. Stephan, die sogenannte Hochstraße. Auch sie wäre in das Landeseigentum zu übernehmen, damit die dortige Gemeinde wirksam dieser schweren Belastung enthoben wird.

Diese Straßenwünsche möchte ich kurz zum Unterabschnitt 661 ausgeführt haben. (Beifall.)

Abg. Krempf: Hoher Landtag! Die Steiermark nennt sich auch die eherne Mark. Wenn man dem nachgeht, warum sie sich so nennt, so leitet sich diese Bezeichnung vom Erzberg ab. Der Erzberg ist eigentlich der Berg, der der Steiermark den Namen gibt, der ihre Geschichte schon seit Jahrhunderten beeinflusst. Wenn Sie aber auf den Erzberg kommen wollen, so müssen Sie auch nach Eisenerz kommen und dazu müssen Sie über den Prebichl fahren. Er ist in einem Zustand, der besonders von der Eisenerzseite her sehr unbefriedigend ist. Das ist sehr vornehm ausgedrückt. Im Winter ist es etwas besser, weil der Schnee diverse Unebenheiten ausgleicht. Aber wenn Sie im Sommer von Eisenerz her nach Leoben fahren, etwa mit einem Kleinauto, z. B. mit einem Puchwagen, dann kommen Sie sich vor, als ob Sie über eine Waschrummel fahren würden, so uneben ist diese Straße bis zur Paßhöhe. Wenn man sich auch bemüht, im Frühjahr und im Sommer mit einem Straßenhobel diese Unebenheiten auszugleichen, in wenigen Wochen nach einem Regenfall ist die gleiche Misere wieder da.

Es wundert uns Eisenerzer und vielleicht auch die übrigen Steirer sehr, daß bisher das Land Steiermark nicht imstande war, die Prebichlstraße, den Zugang zum Erzberg von der einen und der anderen Seite, so herzurichten, daß die über sie fahrenden Fremden auch gerne die grüne Steiermark besuchen. Es ist nun soweit, daß man eine Notstraße bauen muß, weil das Absturzgebiet der Alpine so nahe an die Prebichlstraße heranreicht, daß man es als lebensgefährlich ansieht, wenn das taube Gestein hinunterstürzt. Daher muß man diese Notstraße bauen, die meiner Schätzung nach rund 8 Millionen Schilling kostet. Vor Jahren schon haben wir hier im Hohen Haus darauf hingewiesen, daß der Bau der Prebichlstraße dringend notwendig wäre. Vor wenigen Wochen hat eine Delegation — keine Parteidelegation —, die sich zusammensetzte aus ÖVP und SPÖ, Automobilklub und Fremdenverkehrsverein beim Herrn Landeshauptmann vorgeprochen und ihm die ganze Situation nahegelegt.

Der Herr Landeshauptmann hat erklärt, die Prebichlstraße wäre das Straßenbauproblem Nr. 1 für die Steiermark. Ich möchte an den Herrn Referenten die Anfrage richten, inwieweit man daran denkt, die Prebichlstraße als Problem Nr. 1 zu betrachten und ob man wirklich die Möglichkeiten hat, diesen Mängeln abzuweichen. (Beifall.)

Abg. Gruber: Meine Damen und Herren! In der Gruppe 6 interessieren und beschäftigen uns zwei außerordentlich wichtige Gesetze, die bis heute der Landtag noch nicht beschlossen hat. Es ist dies das Gesetz über die Bebauungspläne und das Gesetz für eine neue steirische Bauordnung. Das Gesetz wurde dadurch akut, da der Flächenbebauungs- und -nutzungsplan der Stadtgemeinde Bruck/Mur 1957 durch einen Entscheid des Verfassungsgerichtshofes aufgehoben und bis 31. März 1958 befristet wurde. In der Zwischenzeit ist leider weiter nichts geschehen, als daß ein entsprechender Antrag, der bereits 1957 vom Abg. Rösch eingebracht wurde, zur Vorlage kam. (Abg. Dr. Rainer: „Es ist sehr viel geschehen.“) Die Bebauungspläne lassen sehr zu wünschen übrig. Gerade in der Stadtgemeinde Bruck/Mur hat die Aufhebung des Flächennutzungsplanes dazu geführt, daß man zwischen der Volksschule und dem Kindergarten eine Mechanikerwerkstätte errichtet hat und daß das Erfordernis einer Planung von allen Parteien bis zu einem gewissen Grad anerkannt wird.

Ich habe hier die Novemberrummer der Steirischen Gemeindenachrichten, die darauf verweisen, daß es beinahe schon ein Kreuz ist, daß man in der Steiermark mit den Flächennutzungs- und Bebauungsplänen zu keiner Regelung kommt. Gerade die steirische Bauordnung kann für sich in Anspruch nehmen, daß sie wohl zu den ältesten noch gültigen Gesetzen zählt. Sie ist über 100 Jahre alt und entspricht daher bei weitem nicht mehr den Erfordernissen der heutigen Zeit. Ich darf auch hier auf einen Artikel von Herrn Dipl. Ing. Alois Rieder hinweisen, der ebenso zu dem Schluß kommt, daß gerade die Steiermärkische Bauordnung ein äußerst dringliches Erfordernis ist. Sie müssen bedenken, daß sie 1857 durch die Statthaltereierlassung erlassen wurde. Wir erkennen daraus, daß sie den heutigen Verhältnissen nicht mehr gerecht werden kann. (Landesrat Prirsch: „Wie gut das Gesetz gewesen sein muß!“) Seit 40 Jahren, Herr Landesrat, so kann man hier nachlesen in verschiedenen Protokollen und Schriften, wird über diese Bauordnung diskutiert, über Änderung, Verfassung und Neufassung. Daß es trotzdem bis heute noch zu keiner Erledigung gekommen ist, ist wohl auch auf die vielen Probleme zurückzuführen, die in dieser Zeit immer neu entstehen. Ich möchte daher von dieser Stelle den dringenden Appell richten, die Steiermärkische Bauordnung und das Gesetz für die Flächennutzungs- und Bebauungspläne möglichst rasch zu behandeln und es zu einer den Erfordernissen unserer Zeit entsprechenden Regelung zu bringen.

In diesem Zusammenhang darf ich noch auf einen Antrag hinweisen, der nicht direkt, aber indirekt damit im Zusammenhang steht und gemeinsam von allen Parteien eingebracht wird und der sich mit der Frage der Abwasserreinigung beschäftigt. Auch

dieses Problem erscheint uns vordringlich. Ich darf einen Appell an die Bundesregierung richten, ein entsprechendes Gesetz zu erlassen. Daß wir unsere steirischen Seen und Flüsse von diesen schmutzigen Abwässern rein bekommen können, wäre ein ebenso außerordentlich dringliches Erfordernis. Die Wirklichkeit zeigt, daß die Verschmutzung der Flüsse außerordentlich stark und daher eine dringende Abhilfe notwendig ist.

Zu einer Frage, die auch in das Kapitel 6 gehört, zur Frage der Prebichlstraße, kann ich die Ausführungen des Abg. Krempel nur voll unterstreichen.

Aber darüber hinaus gibt es noch eine Vielzahl von dringenden Straßenwünschen. Vor allem hätten wir gerne, wenn so manche Gemeindestraße als Landesstraße übernommen werden würde. Im besonderen denke ich an die Gemeindestraße St. Michael—Bodenbauer, worüber schon einige Anträge von den ÖVP-Abgeordneten eingebracht wurden. Leider kann ich zu dieser Erklärung nur sagen, die Botschaft hör ich wohl!

Aber auch hinsichtlich der Übernahme von Bundesstraßen wäre hier ein Wort zu sagen. Bei der Umfahrung und Neutrassierung der Landes- und Bundesstraßen kommt es vielfach vor, daß Bundesstraßen in den Bereich der Gemeindestraßen zurückfallen. Nun ist es aber so, wie an vielen Beispielen erwiesen, daß die Umfahrungen und Neutrassierungen der Bundesstraßen nicht immer allen Verkehr von der Bundesstraße aufnehmen. Es gibt z. B. Umfahrungen mit Beschränkungen nicht nur für Mopeds und Fahrräder, sondern auch für Traktoren und andere langsam fahrende Kraftfahrzeuge. Dieser Verkehr wickelt sich nach wie vor über die alte Bundesstraße, die inzwischen Gemeindestraße geworden ist, ab und führt zu einem außerordentlichen Verschleiß dieser Straße. Das Problem wäre eingehend zu prüfen. Die Gemeinden wehren sich, daß einfach Bundesstraßen, die nicht nur den Gemeindeinteressen dienen, in den Gemeindebereich verwiesen werden.

Eine Vielzahl dieser Straßenprobleme gibt es, und ich darf meine kurzen Ausführungen mit der Bitte schließen, daß sich der Herr Referent diesem Problem eingehend widmen möge. (Beifall.)

Abg. DDr. Stepantschitz: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ein paar ganz kurze Worte. Eine mir bekannte Frau, die wegen hohen Alters ihren Haushalt aufgelassen hat, ist nach Linz zu ihrer Tochter übersiedelt. Ich habe sie gefragt, ob sie ihre Wohnung aufgeben würde. Sie sagte nein, ein Stückerl Heimat will ich mir behalten. Wie schaut das nun aus? Dieses Stückerl Heimat besteht aus einer 3-Zimmerwohnung, für die 250 S Miete bezahlt wird und für die etwa 900 S an Untermietzins eingenommen wird. Dieses Beispiel zeigt deutlich, wie unsinnig unsere Wohnungswirtschaft ist. Ich will davon reden, daß es viele alte Leute gibt, die nicht zu einer Tochter übersiedeln können und die darauf angewiesen sind, entweder in ein Altersheim zu gehen oder eine große Wohnung weiter zu erhalten. Nichts gegen die Altersheime, aber es ist dies ein Stadium im Leben, wo man sich noch nicht trennen will von seinen Möbeln und der